KW1 Präambel

Gremium:	Kreisvorstand
Beschlussdatum:	05.02.2020
Tagesordnungspunkt:	2.1. Präambel

Text

Liebe Düsseldorferinnen und Düsseldorfer,

am 13. September haben Sie die Wahl: für den Stadtrat, die Bezirksvertretungen, den Integrationsrat und den/die Oberbürgermeister*in. Die Kommunalwahl 2020 ist die erste Wahl in einem neuen Jahrzehnt, in einem entscheidenden Jahrzehnt. Wie werden wir, wie werden unsere Kinder und Enkelkinder auf die 20er Jahre dieses Jahrhunderts zurückblicken?

Wie Düsseldorf 2050 aussieht, wie lebenswert, gesund und rheinisch es ist, dafür stellen wir auch in der Kommunalpolitik in diesem Jahrzehnt die Weichen. Wir wollen es zu einem Jahrzehnt des grünen Aufbruchs machen, um uns und den kommenden Generationen ein gutes Leben in Düsseldorf zu ermöglichen. Gemeinsam arbeiten wir daran, dass unsere Kinder und Enkelkinder positiv auf die 20er Jahren zurückblicken. Denn wenn wir den Aufbruch schaffen, dann

- wohnen sie in lebendigen, urbanen, bezahlbaren und gleichzeitig grünen und gesunden Quartieren, die wir in den 20er Jahren planen.
- sitzen sie 2050 in den kühlen Schatten der Bäume, die wir heute pflanzen.
- gehen sie zu Fuß, nutzen Fahrrad, Busse, Bahnen und Car-Sharing, weil wir in den kommenden Jahren die Mobilitätswende zum Erfolg führen.
- haben sie teil an der vitalen Düsseldorfer Kulturszene, der wir heute Räume und Unterstützung sichern.
- leben sie in einem solidarischen Düsseldorf, da wir uns heute für Chancengerechtigkeit und Zusammenhalt einsetzen und Armut bekämpfen.
- sind sie in einem offenen, toleranten und vielfältigen Düsseldorf zu Hause, weil wir heute und jeden Tag unsere Stadt gegen Hass, Populismus und Rechtsradikalismus verteidigen.
- leben sie auf einem Planeten, auf dem weiterhin menschliches Leben möglich ist, nachdem wir in den 20er Jahren kommunal wie global die Klimakrise endlich gedreht haben.

Für diese Vision von Düsseldorf stehen wir GRÜNE. Wir wollen gemeinsam mit allen, die hier leben und die hier noch leben werden, das Leben in Düsseldorf gestalten: lebenswert, nachhaltig und zukunftsfähig. Dafür arbeiten wir auf allen Ebenen, in allen Themen und Fachbereichen – mit konkreten Ideen, kreativen Ansätzen und klaren Zielen. Deshalb wollen wir in Düsseldorf noch mehr Verantwortung übernehmen mit unserem Oberbürgermeister-Kandidaten Stefan Engstfeld und unseren Kandidat*innen für den Stadtrat und die Stadtbezirke. Deshalb: am 13. September die GRÜNEN wählen!

Beschluss Präambel

Gremium:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	07.03.2020
Tagesordnungspunkt:	2.1. Präambel

Text

Liebe Düsseldorferinnen und Düsseldorfer,

am 13. September haben Sie die Wahl: für den Stadtrat, die Bezirksvertretungen, den Integrationsrat und den/die Oberbürgermeister*in. Die Kommunalwahl 2020 ist die erste Wahl in einem neuen Jahrzehnt, in einem entscheidenden Jahrzehnt. Wie werden wir, wie werden unsere Kinder und Enkelkinder auf die 20er Jahre dieses Jahrhunderts zurückblicken?

Wie Düsseldorf 2050 aussieht, wie lebenswert, gesund und rheinisch es ist, dafür stellen wir auch in der Kommunalpolitik in diesem Jahrzehnt die Weichen. Wir wollen es zu einem Jahrzehnt des grünen Aufbruchs machen, um uns und den kommenden Generationen ein gutes Leben in Düsseldorf zu ermöglichen. Gemeinsam arbeiten wir daran, dass unsere Kinder und Enkelkinder positiv auf die 20er Jahren zurückblicken. Denn wenn wir den Aufbruch schaffen, dann

- wohnen sie in lebendigen, urbanen, bezahlbaren und gleichzeitig grünen und gesunden Quartieren, die wir in den 20er Jahren planen.
- sitzen sie 2050 in den kühlen Schatten der Bäume, die wir heute pflanzen.
- gehen sie zu Fuß, nutzen Fahrrad, Busse, Bahnen und Car-Sharing, weil wir in den kommenden Jahren die Mobilitätswende zum Erfolg führen.
- haben sie teil an der vitalen Düsseldorfer Kulturszene, der wir heute Räume und Unterstützung sichern.
- leben sie in einem solidarischen Düsseldorf, da wir uns heute für Chancengerechtigkeit und Zusammenhalt einsetzen und Armut bekämpfen.
- sind sie in einem offenen, toleranten und vielfältigen Düsseldorf zu Hause, weil wir heute und jeden Tag unsere Stadt gegen Hass, Populismus und Rechtsradikalismus verteidigen.
- leben sie auf einem Planeten, auf dem weiterhin menschliches Leben möglich ist, nachdem wir in den 20er Jahren kommunal wie global die Klimakrise endlich gedreht haben.

Für diese Vision von Düsseldorf stehen wir GRÜNE. Wir wollen gemeinsam mit allen, die hier leben und die hier noch leben werden, das Leben in Düsseldorf gestalten: lebenswert, nachhaltig und zukunftsfähig. Dafür arbeiten wir auf allen Ebenen, in allen Themen und Fachbereichen – mit konkreten Ideen, kreativen Ansätzen und klaren Zielen. Deshalb wollen wir in Düsseldorf noch mehr Verantwortung übernehmen mit unserem Oberbürgermeister-Kandidaten Stefan Engstfeld und unseren Kandidat*innen für den Stadtrat und die Stadtbezirke. Deshalb: am 13. September die GRÜNEN wählen!

KW3NEU Nachhaltiges Düsseldorf

Antragsteller*innen:
Tagesordnungspunkt: 2.2. Nachhaltiges Düsseldorf

Text

„Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“ - Die Aussage und Mahnung aus der Gründungszeit der GRÜNEN vor 40 Jahren gilt unverändert. Auch der Begriff der „Enkeltauglichkeit“ bringt unser Verständnis von Nachhaltigkeit auf den Punkt: Heutige und kommende Generationen müssen die nötigen Grundlagen und Handlungsspielräume für ihr Leben haben – überall auf unserer Erde. Wir dürfen nicht auf Kosten anderer Menschen in unserer Stadt oder in anderen Regionen der Erde leben und nicht auf Kosten zukünftiger Generationen.

Die Herausforderungen sind immens: entscheidet sich die Menschheit dazu, Wohlstand und Entwicklung mit weiterer Ausbeutung von Mensch und Natur aufrechtzuerhalten, dann werden die menschlichen Lebensgrundlagen und mit ihnen zusammen der gesellschaftliche Zusammenhalt zerstört. Innerhalb der planetaren Grenzen geht es deshalb um die nachhaltige Entwicklung in mehreren Dimensionen: ökologisch verträglich, sozial ausgewogen, wirtschaftlich leistungsfähig. Daran wollen wir GRÜNE unsere Politik auf allen Ebenen ausrichten. Düsseldorf muss global denken und lokal handeln. So können wir wiederum global wirken und zu einer zukunftsfähigen Entwicklung lokal wie global beitragen.

Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen

Dafür orientieren wir uns an den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (engl. „Sustainable Development Goals“, SDG), die auch für unser kommunales Handeln in Düsseldorf Leitprinzipien sind. Die SDG sind grundsätzlich und fundamental, können aber auch konkret auf unsere Stadt und unsere Herausforderungen runtergebrochen werden. Wir wollen gemeinsam mit allen, die hier leben, für ein lebenswertes, nachhaltiges und zukunftsfähiges Düsseldorf kämpfen – mit konkreten Ideen, kreativen Ansätzen und klaren Zielen.

Bei der Erarbeitung dieses Wahlprogramms haben wir die SDG als Leitprinzipien bereits berücksichtigt. Sichtbar wird diese Orientierung an den Symbolen der im jeweiligen Abschnitt tangierten Ziele.

(hier wird die SDG-Übersicht eingefügt)

Warum wir GRÜNE die VN-Nachhaltigkeitsziele als einen geeigneten Referenzrahmen für kommunale Politik ansehen, erläutern wir auf S. xxx. Und wie wir GRÜNE Nachhaltigkeit als echte Querschnittsaufgabe in der Düsseldorfer Stadtverwaltung und Kommunalpolitik stärken wollen, erläutern wir ab Seite XX (Hinweis auf Fach-Kapitel).

Beschluss Nachhaltiges Düsseldorf

Gremium:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	07.03.2020
Tagesordnungspunkt:	2.2. Nachhaltiges Düsseldorf

Text

„Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“ - Die Aussage und Mahnung aus der Gründungszeit der GRÜNEN vor 40 Jahren gilt unverändert. Auch der Begriff der „Enkeltauglichkeit“ bringt unser Verständnis von Nachhaltigkeit auf den Punkt: Heutige und kommende Generationen müssen die nötigen Grundlagen und Handlungsspielräume für ihr Leben haben – überall auf unserer Erde. Wir dürfen nicht auf Kosten anderer Menschen in unserer Stadt oder in anderen Regionen der Erde leben und nicht auf Kosten zukünftiger Generationen.

Die Herausforderungen sind immens: entscheidet sich die Menschheit dazu, Wohlstand und Entwicklung mit weiterer Ausbeutung von Mensch und Natur aufrechtzuerhalten, dann werden die menschlichen Lebensgrundlagen und mit ihnen zusammen der gesellschaftliche Zusammenhalt zerstört. Innerhalb der planetaren Grenzen geht es deshalb um die nachhaltige Entwicklung in mehreren Dimensionen: ökologisch verträglich, sozial ausgewogen, wirtschaftlich leistungsfähig. Daran wollen wir GRÜNE unsere Politik auf allen Ebenen ausrichten. Düsseldorf muss global denken und lokal handeln. So können wir wiederum global wirken und zu einer zukunftsfähigen Entwicklung lokal wie global beitragen.

Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen

Dafür orientieren wir uns an den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (engl. „Sustainable Development Goals“, SDG), die auch für unser kommunales Handeln in Düsseldorf Leitprinzipien sind. Die SDG sind grundsätzlich und fundamental, können aber auch konkret auf unsere Stadt und unsere Herausforderungen runtergebrochen werden. Wir wollen gemeinsam mit allen, die hier leben, für ein lebenswertes, nachhaltiges und zukunftsfähiges Düsseldorf kämpfen – mit konkreten Ideen, kreativen Ansätzen und klaren Zielen.

Bei der Erarbeitung dieses Wahlprogramms haben wir die SDG als Leitprinzipien bereits berücksichtigt. Sichtbar wird diese Orientierung an den Symbolen der im jeweiligen Abschnitt tangierten Ziele.

(hier wird die SDG-Übersicht eingefügt)

Warum wir GRÜNE die VN-Nachhaltigkeitsziele als einen geeigneten Referenzrahmen für kommunale Politik ansehen, erläutern wir auf S. xxx. Und wie wir GRÜNE Nachhaltigkeit als echte Querschnittsaufgabe in der Düsseldorfer Stadtverwaltung und Kommunalpolitik stärken wollen, erläutern wir ab Seite XX (Hinweis auf Fach-Kapitel).

KW4 Klimaschutz

Gremium:	Kreisvorstand
Beschlussdatum:	05.02.2020
Tagesordnungspunkt:	2.3. Klimaschutz

Text

Klimaschutz fängt in der Kommune an: Die Weltgemeinschaft hat nur noch wenige Jahre, um den Ausstoß an Treibhausgasen radikal zu reduzieren und die Erderhitzung auf maximal 1,5 Grad zu begrenzen. Nur so können wir globale Kipppunkte vermeiden und die drastischen Folgen des Klimawandels eindämmen: den Anstieg der Meeresspiegels und die Desertifikation, Naturkatastrophen wie Überschwemmungen und Waldbrände und ein nie dagewesenes Artensterben. Dies ist eine globale Aufgabe, deren Umsetzung lokal beginnt. Sie erfordert ein grundsätzliches Umdenken und radikal-realistisches Handeln, das die wissenschaftlichen Erkenntnisse als Basis nimmt.

Schon jetzt zeigen sich Vorboten der nahenden Klimakrise in Form von Wäldersterben und Hitzesommern, die insbesondere älteren und schwachen Menschen zu schaffen machen. Wir treten dafür an, dass Düsseldorf seiner Verantwortung beim Klimaschutz gerecht wird und als Vorreiter deutliche Emissionseinsparungen umsetzt. Echte Klimaschutzpolitik ist eine Politik zur Sicherung der Zukunft unserer Stadt, ihrer Bewohner*innen und der Wirtschaft. Dies sind wir der nächsten Generation, die uns mit aller Deutlichkeit an unsere Verantwortung erinnert, und allen Künftigen schuldig.

Die nächsten 5 Jahre sind entscheidend

Wir befinden uns im Klimanotstand. Tausende Bürger*innen gehen seit dem vergangenen Jahr auf die Straße und fordern konsequenten Klimaschutz. Der Ruf nach zügigem Handeln ist unüberhörbar und die Stadtgesellschaft politisiert. Daraufhin haben wir GRÜNE im Stadtrat die Forderung des Jugendrates aufgegriffen und das Ziel durchgesetzt, spätestens bis zum Jahr 2035 die Klimaneutralität zu erreichen. Wir nehmen den Klimanotstand ernst und wollen die notwendigen Veränderungen in allen Sektoren antreiben, um ein klimafreundliches, nachhaltiges und lebenswertes Düsseldorf in Gegenwart und Zukunft zu garantieren. Wir wollen Ansätze von weltweiten Vorbildern übernehmen, eigene Wege gehen und zum Vorreiter für Klimaschutz werden.

Dabei ist Klimaschutz auch eine soziale Frage. Nur gemeinsam lässt sich der Weg hin zur Klimaneutralität beschreiten. Wir wollen, dass Politik und Verwaltung nicht in erster Linie auf Eigenverantwortung setzen, sondern übergeordnete Rahmenbedingungen anpassen und Menschen unabhängig von ihrem Einkommen ermöglichen, klimafreundlich in Düsseldorf zu leben. Dafür müssen wir schneller und entschlossener handeln - denn uns bleibt nicht mehr viel Zeit.

<u>GRÜN wirkt</u>

In den letzten Jahren haben wir GRÜNE beim Klimaschutz viel bewegt. In 2017 haben wir ein neues, detailliertes Klimaschutzkonzept beschlossen. Mit dem ausgeweiteten Förderprogramm „Klimafreundliches Wohnen und Arbeiten“ fördert die Stadt unter anderem Solaranlagen und Gebäudesanierungen. Damit haben wir wirksame Anreize gesetzt, um die Bürger*innen beim Klimaschutz mitzunehmen. Für

weitere Maßnahmen nehmen in Kürze Klimaschutzmanager*innen ihre Arbeit auf und sorgen ämterübergreifend für die Umsetzung und das Controlling des Klimaschutzkonzeptes. Außerdem laufen Informationskampagnen in Form von Plakatwerbung, Klimasparbuch und „Klimafibel".

Mit dem Beschluss des Klimanotstands im Sommer 2019 haben wir das Zieldatum für die Klimaneutralität von 2050 auf 2035 vorgezogen. Damit einher geht die Notwendigkeit, schnellstmöglich konsequentere und wirksamere Klimaschutzmaßnahmen für unsere Stadt auf den Weg zu bringen. Wir werden unserer Verantwortung durch starkes grünes Engagement gerecht werden.

GRÜNE Vision

Wir wollen Klimahauptstadt werden, indem wir das Klimaschutzkonzept konsequent und gesamtstädtisch umsetzen, mit konkreten, verpflichtenden Zeitplänen, mehr Personal und einem für die Bürger*innen transparenten, regelmäßigen Monitoring. Die Zeit von Modellprojekten ist vorbei. Vielmehr wollen wir für jeden Beschluss und jede Maßnahme eine detaillierte Klimafolgenabschätzung.

Für die städtische Energiewende müssen wir das Düsseldorfer Solarpotenzial entschlossener nutzen. Die geeigneten Dachflächen sind mit 13 Quadratkilometer in etwa so groß wie 2.000 Fußballfelder und bieten ein Einsparpotenzial von knapp 1 Million Tonnen CO2 im Jahr. Wir GRÜNE wollen eine ambitionierte Ausbauinitiative für Photovoltaik- und Solarthermieanlagen, um dieses Potenzial bis 2035 schrittweise zu nutzen. Dabei wollen wir alle Akteur*innen - Verwaltung, Bürger*innen und Gewerbe - an der Energiewende beteiligen und von ihr profitieren lassen. Wir unterstützen Bürger*innensolaranlagen, Beteiligungsprojekte, Mieter*innenstrommodelle und dezentrale Speicherlösungen. Alle Verwaltungsstandorte wollen wir kurzfristig auf Solareignung überprüfen. Alle geeigneten städtischen Schulen sollen bis 2025 mit Solaranlagen ausgestattet sein. Auch auf die Hochschulen wollen wir zugehen.

Die Stadtverwaltung soll schnellstmöglich, spätestens bis zum Jahr 2025 zu 100 % Ökostrom beziehen bzw. selbst erzeugen. Bei der energetischen Sanierung der städtischen Gebäude machen wir mehr Tempo inkl. eines Ausbaus des Energiemonitorings und der Energieberichterstattung sowie einer zügigen Beleuchtungsumstellung und eines neuen gesamtstädtischen Lichtkonzepts.

Städtische Töchter als Nachhaltigkeitsvorbild: Wir wollen eine Sanierungs- und Klimaschutzoffensive bei allen städtischen Tochterunternehmen. Die Einsparung von Energie muss das wichtigste Ziel sein. Für eine nachhaltige Zukunftsvision stehen die Stadtwerke im Zentrum. Sie können und müssen einen wichtigen Beitrag zur Klimaneutralität bis 2035 leisten – als attraktiver Dienstleister für Strom, Wärme und zunehmend auch Mobilität. Der Ökostrom-Anteil soll auf 100 % ausgebaut werden. Dazu gehört auch ein langfristiges Konzept zur Belieferung des Kraftwerks mit aus erneuerbaren Energien erzeugtem Gas.

Die Stadtwerke müssen ihren Anteil von echtem Ökostrom aus neuen Kraftwerken deutlich steigern, einen festen Förderbetrag einführen und mit einer Zertifizierung für Transparenz sorgen.

Wir wollen, dass alle städtischen Töchter ihr Geld aus schmutzigen, nicht-nachhaltigen Investments rausholen. Die Stadtsparkasse soll sich zu einer klimafreundlichen Bank im Rahmen von Green Investment weiterentwickeln.

Die Wärmewende ist ein zentraler Baustein für die Klimaneutralität. Die Quote der energetischen Gebäudesanierung muss auf mindestens 3 % pro Jahr gesteigert werden. Wir wollen alle Hebel dazu nutzen: Anhebung der Förderung für Gebäudesanierung, die Förderung von Heizungstausch, Fernwärmeanschluss und Solarthermie. Dafür sind auch weitere Beratungsangebote nötig. Das Förderprogramm „Klimafreundlich Wohnen und Arbeiten“ sollte insgesamt auf mind. 5 Mio. Euro pro Jahr erhöht werden. Im Neubau wollen wir energetische Standards und einen Anteil von Nullenergiehäusern festschreiben.

Wir wollen mit einem Masterplan „Innovation City Düsseldorf“ mithilfe von Bundesfördermitteln eine klimagerechte Stadt- und Quartiersentwicklung initiieren – in enger Zusammenarbeit mit Bürger*innen, Industrie und Gewerbe und orientiert am Erfolgsmodell der „Innovation City“ Bottrop. Durch die Aktivierung aller Beteiligten wollen wir die „Energiewende von unten“ umsetzen. Die städtische Energieberatung soll auch auf mittelständische Betriebe ausgeweitet werden.

Wir wollen den Ausbau der Fernwärme in den innerstädtischen, verdichteten Quartieren fortsetzen und beschleunigen. Dazu gehört für uns auch der Ausbau von Solarthermie inklusive der Förderung dezentraler Wärmespeicher und die Möglichkeit der Einspeisung von Wärme in das Fernwärmenetz. Am Stadtrand setzen wir auf dezentrale klimaneutrale Technik wie beispielsweise mit Ökostrom betriebene Wärmepumpen.

Die Notwendigkeit, Gebäude zu kühlen, nimmt nicht zuletzt aufgrund der letzten Hitzesommer zu. Gleichzeitig sind Klimaanlagen große und ineffiziente Energieverbraucher. Deswegen wollen wir in Anlehnung an das Fernwärmenetz die Einrichtung eines lokalen Kältenetzwerkes.

Wir wollen ein Umdenken in der Nutzung von Baumaterialien anstoßen. Häufig sind statt energieintensivem Beton alternative Baustoffe wie Holz möglich. Hier braucht es einen engen Austausch mit Bauherr*innen und Beratung im Vorfeld.

Der Verkehr ist für ca. 30 % der CO2-Emissionen in Düsseldorf verantwortlich und hat bislang keine nennenswerten Reduktionen erreicht. Wir wollen Rad- und Fußverkehr, Bus und Bahn im Sinne einer klimafreundlichen Mobilitätswende konsequent fördern und klimaneutrale Mobilität jederzeit und komfortabel allen Menschen ermöglichen. Dafür müssen wir Straßen gerechter planen und Flächen anders aufteilen.

Die Rheinbahn ist eine wichtige Akteurin für ein klimaneutrales Düsseldorf. Wir wollen die Fahrgastzahlen deutlich steigern. Unser Ziel für den gesamten Umweltverbund im „Modal Split“ sind 80 % bis 2030. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Rheinbahn für U-Bahnen, Straßenbahnen und andere Infrastruktur zertifizierten Ökostrom nutzt.

Wir sehen Elektromobilität als eine Säule klimafreundlichen Verkehrs und wollen die Ladeinfrastruktur ausbauen und den städtischen Fuhrpark auf E-Autos umstellen. Gleichzeitig ist es aus Gründen der Energieeffizienz keine ausreichende Lösung, lediglich die Antriebsart zu wechseln.

Ein Ausbau des Flughafens ist für uns aus Gründen des Lärmschutzes und des Klimaschutzes nicht machbar. Die Nachtruhe muss verbessert werden. Wir wollen Flüge zu Zielen, die von Düsseldorf aus mit der Bahn in unter drei Stunden zu erreichen sind, möglich überflüssig zu machen und auf die Schiene verlagern.

Auch der Güter- und Lieferverkehr muss klimaverträglicher werden. Deshalb wollen wir Ansätze und Projekte verfolgen, welche Fahrten minimieren.

Kitas und Schulen haben eine zentrale Rolle für die Vermittlung von Klimawissen und -bewusstsein. Wir wollen die Bildung für nachhaltige Entwicklung stärken und die Schulen zu Orten des gelebten Klimaschutzes werden lassen.

Durch Öffentlichkeitsarbeit wollen wir die positive Vision der klimagerechten Stadt aufgreifen und vermitteln. Mit engagierten Bürger*innen und Initiativen wollen wir in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis für den Klimaschutz eintreten. Durch Beteiligung der Bürger*innen lassen sich der Klimaschutz von unten antreiben und Dynamiken entfalten

Der Agrarsektor hat in Form von Flächenbewirtschaftung und industrieller Tierhaltung einen großen Anteil an der Klimakrise. Wir wollen es einfacher machen, sich nachhaltig zu ernähren und setzen uns in Kita, Schule und städtischen Kantinen für eine abwechslungsreiche, ausgewogene, regionale, saisonale und erschwingliche Bio-Kost ein.

Innovation & Startups: Wir wollen das Potenzial von verstärktem Klimaschutz durch innovative, grüne Start-Ups nutzen, eine ökologischen Transformation erleichtern und die bestehende Wirtschaftsförderung noch stärker an Nachhaltigkeitsaspekten und CO2-Einsparungen ausrichten. (Hier Verweis auf das Kapitel Wirtschaftsförderung)

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 7 Bezahlbare und Saubere Energie
- 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden
- 12 Nachhaltige/r Konsum und Produktion
- 13 Massnahmen zum Klimaschutz

Beschluss Klimaschutz

Gremium:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	07.03.2020
Tagesordnungspunkt:	2.3. Klimaschutz

Text

Klimaschutz fängt in der Kommune an: Die Weltgemeinschaft hat nur noch wenige Jahre, um den Ausstoß an Treibhausgasen radikal zu reduzieren und die Erderhitzung auf maximal 1,5 Grad zu begrenzen. Nur so können wir globale Kipppunkte vermeiden und die drastischen Folgen des Klimawandels eindämmen: den Anstieg des Meeresspiegels und die Wüstenbildung, Naturkatastrophen wie Überschwemmungen und Waldbrände und ein nie dagewesenes Artensterben. Dies ist eine globale Aufgabe, deren Umsetzung lokal beginnt. Sie erfordert ein grundsätzliches Umdenken und radikal-realistisches Handeln, das die wissenschaftlichen Erkenntnisse als Basis nimmt.

Schon jetzt zeigen sich Auswirkungen der Klimakrise in Form von Wäldersterben und Hitzesommern, die insbesondere älteren und schwachen Menschen zu schaffen machen. Wir treten dafür an, dass Düsseldorf seiner Verantwortung beim Klimaschutz gerecht wird und als Vorreiter deutliche Emissionseinsparungen umsetzt. Echte Klimaschutzpolitik ist eine Politik zur Sicherung der Zukunft unserer Stadt, ihrer Bewohner*innen und der Wirtschaft. Dies sind wir den nächsten Generationen, die uns mit aller Deutlichkeit an unsere Verantwortung erinnern, schuldig.

Die nächsten 5 Jahre sind entscheidend

Wir befinden uns im Klimanotstand. Tausende Bürger*innen gehen seit dem vergangenen Jahr auf die Straße und fordern konsequenten Klimaschutz. Der Ruf nach zügigem Handeln ist unüberhörbar und die Stadtgesellschaft politisiert. Daraufhin haben wir GRÜNE im Stadtrat die Forderung des Jugendrates aufgegriffen und das Ziel durchgesetzt, spätestens bis zum Jahr 2035 die Klimaneutralität zu erreichen. Wir nehmen den Klimanotstand ernst und wollen die notwendigen Veränderungen in allen Sektoren antreiben, um ein klimafreundliches, nachhaltiges und lebenswertes Düsseldorf in Gegenwart und Zukunft zu garantieren. Wir wollen Ansätze von weltweiten Vorbildern übernehmen, eigene Wege gehen und zum Vorreiter für Klimaschutz werden.

Klimaschutz ist nicht nur eine ökologische, sondern auch eine wirtschaftliche und soziale Herausforderung. Nur gemeinsam mit den verschiedenen Interessengruppen in unserer Stadt lässt sich der Weg hin zur Klimaneutralität erfolgreich beschreiten. Wir wollen, dass Politik und Verwaltung nicht in erster Linie auf Eigenverantwortung setzen, sondern übergeordnete Rahmenbedingungen anpassen, damit klimafreundliches Verhalten ermöglicht und stärker ermutigt wird. Dabei ist auf die soziale Balance zu achten. Menschen muss es unabhängig von ihrem Einkommen möglich sein, klimafreundlich in Düsseldorf zu leben. Für effektiven Klimaschutz müssen wir schneller und entschlossener handeln - denn uns bleibt nicht mehr viel Zeit.

GRÜN wirkt

In den letzten Jahren haben wir GRÜNE beim Klimaschutz viel bewegt. In 2017 haben wir ein neues, detailliertes Klimaschutzkonzept beschlossen. Mit dem ausgeweiteten Förderprogramm „Klimafreundliches Wohnen und Arbeiten“ fördert die Stadt unter anderem Solaranlagen und Gebäudesanierungen. Damit haben wir wirksame Anreize gesetzt, um die Bürger*innen beim Klimaschutz mitzunehmen. In Schulen und KITAs haben wir das Programm „Mit Energie gewinnen“ neu aufgesetzt und für mehr Unterstützung der schulischen Aktivitäten zur Energieeinsparung gesorgt. Mit Bildungsangeboten zum Klimaschutz unterstützen wir die unterrichtliche Arbeit der Lehrer*innen. Für weitere Maßnahmen haben inzwischen Klimaschutzmanager*innen ihre Arbeit aufgenommen und sorgen ämterübergreifend für die Umsetzung und das Controlling des Klimaschutzkonzeptes.Außerdem laufen Informationskampagnen in Form von Plakatwerbung zu Initiativen wie z.B. dem Klimasparbuch und der „Klimafibel“.

Mit dem Beschluss des Klimanotstands im Sommer 2019 haben wir das Zieldatum für die Klimaneutralität von 2050 auf 2035 vorgezogen. Damit einher geht die Notwendigkeit, schnellstmöglich konsequentere und wirksamere Klimaschutzmaßnahmen für unsere Stadt auf den Weg zu bringen. Dabei ist klar: Klimaneutralität werden wir nicht ohne Bund und Land erreichen, aber wir werden unserer Verantwortung hier vor Ort durch starkes grünes Engagement gerecht werden.

GRÜNE Vision

Wir wollen Klimahauptstadt werden, indem wir das Klimaschutzkonzept konsequent und gesamtstädtisch umsetzen, mit konkreten, verpflichtenden Zeitplänen, mehr Personal und einem für die Bürger*innen transparenten, regelmäßigen Monitoring. Die Zeit von Modellprojekten ist vorbei. Vielmehr wollen wir für jeden Beschluss und jede Maßnahme eine detaillierte Klimafolgenabschätzung.

Für die städtische Energiewende müssen wir das Düsseldorfer Solarpotenzial entschlossener nutzen. Die geeigneten Dachflächen sind mit 13 Quadratkilometer in etwa so groß wie 2.000 Fußballfelder und bieten ein Einsparpotenzial von knapp 1 Million Tonnen CO2 im Jahr. Wir GRÜNE wollen eine ambitionierte Ausbauinitiative für Photovoltaik- und Solarthermieanlagen, um dieses Potenzial bis 2035 schrittweise zu nutzen. Dabei wollen wir alle Akteur*innen - Verwaltung, Bürger*innen und Gewerbe - an der Energiewende beteiligen und von ihr profitieren lassen. Wir unterstützen Bürger*innensolaranlagen, Beteiligungsprojekte, Mini-Photovoltaikanlagen auf Balkonen, Mieter*innenstrommodelle und dezentrale Speicherlösungen. Alle Verwaltungsstandorte wollen wir kurzfristig auf Solareignung überprüfen. Alle geeigneten städtischen Schulen sollen bis 2025 mit Solaranlagen ausgestattet sein. Auch auf die Hochschulen wollen wir zugehen.

Die Stadtverwaltung soll schnellstmöglich, spätestens bis zum Jahr 2025 zu 100 % Ökostrom beziehen bzw. selbst erzeugen. Bei der energetischen Sanierung der städtischen Gebäude machen wir mehr Tempo inkl. eines Ausbaus des Energiemonitorings und der Energieberichterstattung sowie einer zügigen Beleuchtungsumstellung und eines neuen gesamtstädtischen Lichtkonzepts.

Städtische Töchter als Nachhaltigkeitsvorbild: Wir wollen eine Sanierungs- und Klimaschutzoffensive bei allen städtischen Tochterunternehmen. Die Einsparung von Energie muss das wichtigste Ziel sein. Für eine nachhaltige Zukunftsvision stehen die Stadtwerke im Zentrum. Sie können und müssen einen wichtigen Beitrag

zur Klimaneutralität bis 2035 leisten – als attraktiver Dienstleister für Strom, Wärme und zunehmend auch Mobilität. Der Ökostrom-Anteil soll auf 100 % ausgebaut werden. Dazu gehört auch ein langfristiges Konzept zur Belieferung des Kraftwerks mit aus erneuerbaren Energien erzeugtem Gas.

Die Stadtwerke müssen ihren Anteil von echtem Ökostrom aus neuen Kraftwerken deutlich steigern, einen festen Förderbetrag einführen und mit einer Zertifizierung für Transparenz sorgen.

Wir wollen, dass alle städtischen Töchter ihr Geld aus schmutzigen, nicht-nachhaltigen Investments rausholen. Die Stadtsparkasse soll sich zu einer klimafreundlichen Bank im Rahmen von Green Investment weiterentwickeln.

Die Wärmewende ist ein zentraler Baustein für die Klimaneutralität. Die Quote der energetischen Gebäudesanierung muss auf mindestens 3 % pro Jahr gesteigert werden, derzeit liegt sie bei ca. 1%. . Wir wollen alle Hebel dazu nutzen: Anhebung der Förderung für Gebäudesanierung, die Förderung von Heizungstausch, Fernwärmeanschluss und Solarthermie. Dafür sind auch weitere Beratungsangebote nötig. Das Förderprogramm „Klimafreundlich Wohnen und Arbeiten“ sollte insgesamt auf mind. 5 Mio. Euro pro Jahr erhöht werden. Im Neubau wollen wir hohe energetische Standards und einen Anteil von Positiv- und Nullenergiehäusern festschreiben.

Wir wollen mit einem Masterplan „Innovation City Düsseldorf“ mithilfe von Bundesfördermitteln eine klimagerechte Stadt- und Quartiersentwicklung starten – in enger Zusammenarbeit mit Bürger*innen, Industrie und Gewerbe und orientiert am Erfolgsmodell der „Innovation City Bottrop". Durch die Aktivierung aller Beteiligten wollen wir die „Energiewende von unten“ umsetzen. Die städtische Energieberatung soll auch auf mittelständische Betriebe ausgeweitet werden.

Wir wollen den Ausbau der Fernwärme in den innerstädtischen, verdichteten Quartieren fortsetzen und beschleunigen. Dazu gehört für uns auch der Ausbau von Solarthermie inklusive der Förderung dezentraler Wärmespeicher und die Möglichkeit der Einspeisung von Wärme in das Fernwärmenetz. Am Stadtrand setzen wir auf dezentrale klimaneutrale Technik wie beispielsweise mit Ökostrom betriebene Wärmepumpen.

Die Notwendigkeit, Gebäude zu kühlen, nimmt nicht zuletzt aufgrund der letzten Hitzesommer zu. Gleichzeitig sind Klimaanlagen große und ineffiziente Energieverbraucher. Deswegen wollen wir in Anlehnung an das Fernwärmenetz die Einrichtung eines lokalen Kältenetzwerkes.

Wir wollen ein Umdenken in der Nutzung von Baumaterialien anstoßen. Häufig sind statt energieintensivem Beton alternative Baustoffe wie Holz möglich. Hier braucht es einen engen Austausch mit Bauherr*innen und Beratung im Vorfeld. Für die Auswahl von Bauweisen und Baumaterialien soll die Berechnung von Lebenszykluskosten berücksichtigt werden.

Zur CO2 Einsparung gehören für uns auch die Gastronomiebetriebe, die ihre Außenbereiche mit Heizstrahlern beheizen. Hier wollen wir gemeinsam mit den Gastronomiebetrieben im Dialog eine stadtweite Vereinbarung schließen, die als Zeichen für den Klimaschutz und der Nachhaltigkeit gesamtstädtisch den Einsatz untersagt.

Der Verkehr ist für ca. 30 % der CO2-Emissionen in Düsseldorf verantwortlich und hat bislang keine nennenswerten Reduktionen erreicht. Wir wollen Rad- und Fußverkehr, Bus und Bahn im Sinne einer klimafreundlichen Mobilitätswende konsequent fördern und klimaneutrale Mobilität jederzeit und komfortabel allen Menschen ermöglichen. Dafür müssen wir Straßen gerechter planen und Flächen anders aufteilen.

Die Rheinbahn ist eine wichtige Akteurin für ein klimaneutrales Düsseldorf. Wir wollen die Fahrgastzahlen deutlich steigern (und dabei auch den Reisekomfort steigern). Unser Ziel für den gesamten Umweltverbund (Fuß, Rad, Bus und Bahn) im sog. „Modal Split“ sind 80 % bis 2030 (gegenüber 60 % heute).. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Rheinbahn zertifizierten Ökostrom nutzt.

Wir sehen Elektromobilität als eine Säule des klimafreundlichen Verkehrs und wollen die Ladeinfrastruktur ausbauen und den städtischen Fuhrpark auf E-Autos umstellen. Gleichzeitig ist es aus Gründen der Energieeffizienz keine ausreichende Lösung, lediglich die Antriebsart zu wechseln.

Ein Ausbau des Flughafens ist für uns aus Gründen des Lärmschutzes und des Klimaschutzes nicht machbar. Die Einhaltung der Nachtruhe muss verbessert werden. Auch Lärm, der vor 6 Uhr, etwa bei den Startvorbereitungen entsteht, wollen wir reduzieren. Wir wollen Flüge zu Zielen, die von Düsseldorf aus mit der Bahn in unter vier Stunden zu erreichen sind, überflüssig machen und auf die Schiene verlagern.

Auch der Güter- und Lieferverkehr muss klimaverträglicher werden. Deshalb wollen wir Ansätze und Projekte verfolgen, welche Fahrten minimieren. Zu denken ist hier z. B. an die Einrichtung von Abholpunkten in den Stadtbezirken, an die Sammlung von Lieferungen verschiedener Logistikunternehmen, an die Einrichtung von gesonderten Parkmöglichkeiten, aber auch an die konsequente Ahndung von Zustellfirmen, die durch ihr Parken den fließenden Verkehr sowie Radfahrer und Fußgänger behindern.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Schiffsverkehr auf dem Rhein klimafreundlich und schadstoffarm wird. Neben dem weiteren Ausbau von Landstromanlagen unterstützen wir Initiativen und Gesetzesvorhaben, die den Schadstoffausstoß der Schiffe minimieren.

Kitas, Schulen und ökologisch orientierte Vereine haben eine zentrale Rolle für die Vermittlung von Klimawissen und -bewusstsein. Wir wollen die Bildung für nachhaltige Entwicklung stärken und die Schulen und andere Bildungsstätten zu Orten des gelebten Klimaschutzes werden lassen.

Durch Öffentlichkeitsarbeit wollen wir die positive Vision der klimagerechten Stadt aufgreifen und vermitteln. Mit engagierten Bürger*innen und Initiativen wollen wir in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis für den Klimaschutz eintreten. Durch Beteiligung der Bürger*innen lassen sich der Klimaschutz von unten antreiben und Dynamiken entfalten

Der Agrarsektor hat in Form von Flächenbewirtschaftung und industrieller Tierhaltung einen großen Anteil an der Klimakrise. Wir wollen es einfacher machen, sich nachhaltig zu ernähren und setzen uns in Kitas, Schulen und städtischen Kantinen für eine abwechslungsreiche, ausgewogene, regionale, saisonale und erschwingliche Bio-Kost ein. Ebenfalls soll bei Veranstaltungen in

öffentlichen Einrichtungen auf das Angebot vegetarischer, biologischer, fairer und regionaler Kost geachtet werden.

Innovation & Startups: Wir wollen das Potenzial von verstärktem Klimaschutz durch innovative, grüne Start-Ups nutzen, eine ökologische Transformation erleichtern und die bestehende Wirtschaftsförderung noch stärker an Nachhaltigkeitsaspekten und CO2-Einsparungen ausrichten. (Hier Verweis auf das Kapitel Wirtschaftsförderung)

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 7 Bezahlbare und Saubere Energie
- 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden
- 12 Nachhaltige/r Konsum und Produktion
- 13 Maßnahmen zum Klimaschutz

KW5 Umwelt, Grün & Anpassung an den Klimawandel

Gremium:	Kreisvorstand
Beschlussdatum:	05.02.2020
Tagesordnungspunkt:	2.4. Umwelt, Grün & Anpassung an den Klimawandel

Text

Eine grüne, gesunde und lebenswerte Stadt ist Kernziel unserer Politik. Wir treten ein für konsequenten Schutz der Umwelt, eine begrünte Stadt sowie umfassenden Artenschutz. Der Park um die Ecke, Straßenbäume, begrünte Dächer und Fassaden oder der renaturierte Bach bedeuten Lebensqualität und Wohlbefinden im Alltag. Natürliche Erholungsgebiete zeichnen unsere grüne Stadt aus. Gleichzeitig ist eine begrünte Stadt aber nicht nur ein Wohlfühl-Thema, sondern entscheidend für die Gesundheit der Menschen und sollte deshalb strategisch angegangen werden. Von zentraler Bedeutung sind angesichts der durch den Klimawandel zunehmend heißeren und trockeneren Sommer Maßnahmen, die Düsseldorf kühler und grüner machen. Wir müssen unsere Stadt an Klimaveränderungen anpassen.

Zum Umweltschutz gehören auch weniger Lärm und saubere Luft. Luftschadstoffe verursachen langfristige Gesundheitsschäden für die Anwohner*innen besonders belasteter Straßen. Dass Lärm krank macht, ist ebenso nachgewiesen. Wir wollen diese unsichtbaren Risiken reduzieren. Schadstoffe sowie Lärm wollen wir durch eine moderne Verkehrspolitik, die sich auf Rad- und Fußverkehr sowie Bus und Bahn fokussiert, konsequent vermindern. (Hier Verweis auf das Kapitel Verkehr)

Wir setzen uns für den Schutz der Tier- und Pflanzenarten ein. Dazu gehören für uns der Erhalt, die Aufwertung und der Ausbau des städtischen Grüns. Grüne Plätze und wilde (Blumen-)Wiesen sollen das Stadtbild prägen. Wir wollen noch mehr Bachläufe in einen naturnahen Zustand zurückversetzen und die bestehenden Naturschutzgebiete in Düsseldorf aufwerten.

Wir dürfen der Natur und künftigen Generationen keine Dauerlasten hinterlassen. Deshalb wollen wir, dass Düsseldorf Abfälle besser vermeidet und wiederverwertet. So wollen wir Kulturwandel hin zu nachhaltigem Konsum fördern.

<u>GRÜN wirkt</u>

Klimaanpassungskonzept: Wir haben erfolgreich für das Thema der Klimaanpassung sensibilisiert und das Klimaanpassungskonzept beschlossen. Es ist die Basis dafür, unsere Stadt für die klimatischen Veränderungen der nächsten Jahre zu wappnen.

Stadtbaumkonzept: Neben dem Schutz vorhandener Bäume haben wir mit dem Stadtbaumkonzept den Plan und das Geld für 1.000 neue Bäume in Düsseldorfs Straßen geschaffen.

Stadtplanung: Bei Planungsvorhaben haben wir den Erhalt von Frischluftschneisen, möglichst geringe Versiegelung, eine bessere Dachbegrünung und den Erhalt von Bäumen an vielen Stellen erfolgreich eingefordert.

Artenschutz: Von Nisthilfen für Vögel und Fledermäuse bis zum Glyphosatverbot auf städtischen Grünflächen und Äckern haben wir GRÜNE zahlreiche kleinere und größere Maßnahmen erreicht. Außerdem haben wir initiiert, dass Düsseldorf am

Label „Stadtgrün naturnah“ teilnimmt und auf diesem Weg weitere Schritte in Richtung einer nachhaltigen Grünbewirtschaftung geht.

Lärmschutz: Mit neuen Möglichkeiten der Online-Beteiligung beim Lärmaktionsplan und mehr als fünf Millionen Euro für „Flüsterasphalt“, Schallschutzwände und Schallschutzfenster haben wir beim Lärmschutz wichtige Maßnahmen umgesetzt. Erste Schritte haben wir GRÜNE auch für Temporeduzierungen aus Lärmschutzgründen geschafft.

Umwelt ins Zentrum: Wir haben uns für die Planung eines Umwelthauses im Stadtzentrum eingesetzt. „Umwelt ins Zentrum“ wird als Bildungs- und Informationszentrum Bestandteil des Klimaschutzkonzeptes. Die Entwicklung von der Idee über die Standortsuche bis zur konkreten Planung mit den Umweltverbänden und -initiativen haben wir politisch und finanziell unterstützt. Die Zeit ist reif für ein Zentrum für Umweltschutz in der Mitte der Stadt und damit in der Mitte der Gesellschaft.

Tierschutz: Beim Katzenschutz sowie beim Gänse- und Taubenmanagement haben wir tierfreundlichere und nachhaltigere Wege eingeschlagen. Wir setzen beispielsweise auf gänseabweisende Bepflanzung, die Ansiedlung von Schwänen und die Kontrolle des Fütterungsverbots statt auf Abschuss oder unwirksame Versuche mit Drohnen.

Abfallwirtschaft: Mit der kostenlosen Biotonne und der standardmäßigen Ausstattung mit Blauen Tonnen haben wir zentrale Projekte für ein besseres Recycling umgesetzt.

Sauberes Wasser: Da Kunstrasen eine Quelle von Mikroplastik ist, haben wir umgesetzt, dass neue Kunstrasen mit Kork oder Sand statt Plastikgranulat verfüllt werden. Beim Grundwasserschutz haben wir Großprojekte, wie die PFT-Sanierung beschlossen und umgesetzt. Ebenso haben wir die Reinigung bei z. B. PAK-Verseuchung weiter vorangebracht.

<u>GRÜNE Vision</u>

Der Klimawandel geht mit erheblichen Auswirkungen auf unsere Stadt einher. Schon jetzt spüren wir seine Auswirkungen. Wir müssen die Stadt und besonders stark betroffene Quartiere für die Veränderungen rüsten.

Mit mehr Grün: Wir wollen zusätzliche Bäume und blühende Hecken, neue kleine Grünflächen als „Klimaoasen“ und mehr Fassaden- und Dachbegrünung – verstärkte Förderung im Bestand und ambitioniertere Vorgaben im Neubau. Die Bewässerung und Pflege des Baumbestands wollen wir an die gestiegenen Anforderungen anpassen.

Mit mehr Wasser: Wir wollen neue Wasserflächen und Wasserzerstäuber anlegen, die zur Verdunstungskühlung beitragen. Auch weitere öffentliche Trinkbrunnen wollen wir in Kooperation mit den Stadtwerken ermöglichen.

Mit weniger Asphalt: Wir wollen versiegelte Flächen und Plätze aufbrechen und zusätzliche Versiegelung stoppen, indem Neuversiegelungen durch Entsiegelungen an anderen Orten mindestens ausgeglichen werden. Öffentliche Plätze müssen ausreichend Schatten bieten, am besten durch natürliches Grün.

Mit der „Schwammstadt“: Wir wollen, dass Regenwasser möglichst lokal aufgenommen und (zwischen-)gespeichert werden kann, u. a. durch multifunktionale Flächen wie

Wasserplätze oder Grünflächen, die bei Starkregen Wasser stauen können, damit es nicht zu Überflutungen kommt.

Mit frischer Luft: Wir wollen die Funktionen der Frischluftschneisen für Düsseldorf schützen und stärken. Die Klimaanalyse wollen wir aktualisieren und bei allen Baumaßnahmen berücksichtigen.

Mit hellen Baumaterialien: Wir wollen helle, lichtreflektierende Materialien zur Temperatursenkung einsetzen. Hier braucht es Beratung vor dem Bau. Wir wollen bei städtischen Neubauten mit einem guten Beispiel vorangehen.

Wir wollen, dass Stadtgrün in jedem Viertel erlebbar ist: Vom historischen Park über den Stadtwald bis zu begrünten Dächern, Wänden und Verkehrsinseln. Unsere Ansätze dafür sind unter anderem die Öffnung und Begrünung von Hinterhöfen, Wildwiesen, Fassaden- und Dachbegrünung, die Begrünung von Baumscheiben durch Patenschaften. Die planerische Basis dafür, den Grünordnungsplan, wollen wir in den Stadtbezirken und Quartieren konkretisieren und umsetzen. Unser Ziel ist ein verbindlicher Grünzuwachs in allen Stadtteilen.

Wir sprechen uns für den Erhalt und die Anpflanzung von Bäumen auf Rheindeichen aus, wo die örtlichen Voraussetzungen gegeben sind.

Beim Ausbau städtischen Grüns und der Nutzung von Freiflächen wollen wir die Anwohner*innen beteiligen und insbesondere die Interessen von Kindern und Jugendlichen berücksichtigen.

Für saubere Luft wollen wir den Luftreinhalteplan weiterentwickeln und konsequent umsetzen. Neben der nötigen Verkehrswende (Hier Hinweis auf Kapitel Mobilität) bearbeiten wir auch alle anderen Schadstoffquellen u. a. durch den weiteren Ausbau der Landstromversorgung für anliegende Schiffe. Für die Information der Bürger*innen wollen wir die Messung der Luftqualität ausbauen und transparenter über die aktuellen Werte informieren. Wir regen die Einführung eines autofreien Sonntags im Monat an, der die Vorteile einer autoarmen Stadt für Menschen, Luft, Umwelt und Gewerbe erlebbar machen soll.

Auch beim Lärmschutz liegen die entscheidenden Hebel in der Verkehrswende: Geschwindigkeitsreduzierungen sind die günstigsten und effektivsten Maßnahmen: Wir wollen stadtweit Tempo 30 zur Regel machen – mit Ausnahmen für Straßen mit physischer Abgrenzung des Fuß- und Fahrradverkehrs. Bei Erneuerungen von Fahrbahnbelägen soll konsequent Flüsterasphalt verwendet werden. (Hier Hinweis auf Kapitel Mobilität)

Beim Lärmschutz entlang der Güterverkehrsstrecken der Bahn fordern wir mit und für die betroffenen Bürger*innen endlich spürbare Verbesserungen durch die Bundesregierung und die Deutsche Bahn.

Zum Schutz der Nacht wollen wir einen „Plan Lumiére“ (Lichtplan), der die Reduzierung und Anpassung der Stadtbeleuchtung zum Schutz von Tieren und Menschen beinhaltet. Dazu gehören insbesondere eine insektenfreundliche Beleuchtung mit warmweißen und nach oben abgeschirmten LED, innovativen technischen Lösungen, wie Bewegungssensoren, unbeleuchtete Natur-Rückzugszonen an Siedlungsrändern und in bestimmten Parkgebieten sowie Kern-Nachtstunden für ausgewiesene Insektenschutzareale.

Für die Artenvielfalt wollen wir Düsseldorfs viele grüne Inseln stärken: vom „Straßenbegleitgrün“ bis zum Naturschutzgebiet. Wir GRÜNE wollen eine Biodiversitätsstrategie für das Düsseldorfer Stadtgebiet und eine Stärkung des Biotopverbundsystems in der Stadt. Dabei wollen wir den Artenschutz schon in der Stadtplanung verankern, die Artenschutzstandards bei der Grünflächenpflege ausbauen und die Naturschutzgebiete auf Düsseldorfer Stadtgebiet und deren angrenzende Kulisse stärken.

Im gesamten Stadtgebiet wollen wir konkrete Maßnahmen umsetzen: Noch mehr wilde Blühwiesen, weniger „Steingärten“, begrünte Dächer der Haltestellenhäuschen, Vogelschutzglas bei neuen Gebäuden wie bei Haltestellen.

Der Baumerhalt hat für uns GRÜNE eine hohe Priorität. Wir wollen, dass bei Bauprojekten kreativer geplant wird, um alte Bäume zu integrieren. Die Baumpflege und -kontrolle in Parks und auf Straßen wollen wir weiter verbessern, um weniger Bäume aus Gründen der Verkehrssicherheit fällen zu müssen. Nachpflanzungen sollen möglichst kurzfristig und in unmittelbarer Nähe erfolgen. Für Fällungen auf privaten Flächen wollen wir die Baumschutzsatzung überarbeiten und besser kontrollieren. Die Ausgleichszahlungen wollen wir in einen neuen Umweltschutzfond einfließen lassen.

Fond für Umweltschutz: Wir wollen, dass ein städtischer Fond zur Finanzierung von Naturschutzmaßnahmen eingerichtet wird. In den Fond sollen Mittel in Höhe aller Bußgelder aus Ordnungswidrigkeiten gegen die Umwelt sowie aller Ausgleichszahlungen im Rahmen der Baumschutzsatzung oder vergleichbarer Regelungen fließen.

Urban Gardening verbindet Umwelt- und Artenschutz mit gelebter Nachbarschaft. Wir wollen Kleingärten, Mieter*innengärten und Gemeinschaftsnutzgärten weiter unterstützen. Neben ungenutzten Flächen und Brachen wollen wir auch Dächer identifizieren, die für Gartennutzungen geeignet sind. Unter dem Titel „Essbare Stadt“ wollen wir Nutzpflanzen als Grün in die Stadt bringen: Obstbäume, Nussbäume, Beerensträucher und anderes mehr – beispielsweise auf Spielplätzen und als Hochbeete.

Die ökologische Bildung und die Bildung für nachhaltige Entwicklung wollen wir ausbauen – für Kinder und auch für Erwachsene. Neben der Waldschule und dem Aquazoo geht es uns dabei auch um Naturerfahrungsräume, die Gestaltung von Schulhöfen und Spielplätzen und pädagogische Angebote in und für Schulen. Zur Förderung von Abfalltrennung und -vermeidung wollen wir die Arbeit in Kindergärten und Schulen intensivieren.

In der Abfallwirtschaft setzen wir GRÜNE zuvorderst auf Abfallvermeidung. Wir wollen Projekte zur Wiederverwertung, wie Gebrauchtkaufhäuser, Fairkaufhäuser, Bücherschränke, neue Initiativen und Tauschbörsen sowie Reparaturtreffen flächendeckend unterstützen. Einwegprodukte wollen wir reduzieren und ersetzen, beispielsweise durch Vorgaben bei städtischen Veranstaltungen und durch Alternativen und Anreize wie bei „To-Go“ Bechern. Eine Abgabe auf Einwegverpackungen und -besteck im “To-Go”-Geschäft soll geprüft werden.

Der verbleibende Restmüll ist aktuell in Düsseldorf immer noch voller Rohstoffe. Für Kunststoff-Recycling wollen wir die gelbe Tonne zur Wertstofftonne machen, in der nicht nur Verpackungen, sondern alle Kunststoffe gesammelt werden. Für organische Abfälle wollen wir die inzwischen kostenlose Biotonne noch weiter

verbreiten und so den Anteil des organischen Mülls im Restmüll reduzieren. Dabei muss die Stadtverwaltung endlich Vorbild werden und an allen Standorten ihren Abfall vollständig trennen.

Bei einem möglichen Ersatz der alten Müllverbrennungsanlage muss eine kleinere und effizientere Anlage mit moderner Vorsortierung geplant werden. Für die Zukunft setzen wir uns für einen stärkeren städtischen Einfluss bei der Awista ein und streben dafür eine höhere Beteiligung an.

Land- und Forstwirtschaft: Unser Ziel ist, die Agrarwende gemeinsam mit den Kreisen und Städten der Region auch in und für Düsseldorf zu schaffen. Wir wollen untersuchen – analog zur Studie der Stadt Hamburg – aus welchem Umkreis Düsseldorf regional mit biologischen Lebensmitteln versorgt werden könnte. Wir Grüne treten dafür an, dass städtische Flächen ohne Pestizide bewirtschaftet werden und bei Neuverpachtungen städtischer Flächen Betriebe bevorzugt werden, die Bio-Bewirtschaftung garantieren. Wir unterstützen Landwirt*innen, die auf Bio-Anbau umsteigen möchten und wollen in Kooperation mit landwirtschaftlichen Betrieben in der Region beraten, wie deren Absatz in der Region verbessert werden kann, z. B. durch lokale Markthallen für nachhaltige Produkte oder durch einen Vermarktungsverbund mit Handelsverbänden.

Die ökologische Forstwirtschaft für einen zukunftsfähigen, naturnahen Wald in Düsseldorf werden wir weiter unterstützen. Im Stadtwald wollen wir naturnahe Begräbnisse in einem „Ruhewald“ ermöglichen.

Die Düsseldorfer Gewässer wollen wir in einen besseren ökologischen Zustand versetzen, Schadstoffbelastung bekämpfen und weitere Renaturierungen von Gewässern bzw. die Offenlegung von Fließgewässern umsetzen. Wir wollen mehr Gewässer in einen guten ökologischen Zustand überführen und für das naturnahe Baden öffnen.

In der Wasserversorgung und Stadtentwässerung stellen wir uns weiter gegen eine Privatisierung. Wegen der Zunahme resistenter Keime, Mikroplastik und Mikroschadstoffe wollen wir die Düsseldorfer Kläranlagen durch eine vierte Filterstufe weiterentwickeln, um Verunreinigungen besser herausfiltern zu können.

Den Ansatz, „Cradle-to-Cradle“, zu bauen wollen wir in Düsseldorf etablieren. Dabei werden Baumaterialien so ausgewählt, dass sie später möglichst komplett wiederverwendet werden können. Außerdem werden nur erneuerbare Energien sowie ökologisch und gesundheitlich unbedenkliche Materialien verwendet. Beim Neubau des Technischen Rathauses wollen wir das Prinzip erstmals anwenden.

Städtische Beschaffung: Wir setzen uns für die konsequente Einhaltung nachhaltiger, ökologischer und sozialer Standards bei Beschaffungen der Stadtverwaltung und der städtischen Töchter ein. Die Stadt kann und muss hier Vorreiter sein. Außerdem soll verstärkt ein Augenmerk auf recyclebare Produkte gelegt werdenn

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 2 Kein Hunger
- 6 Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen
- 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden
- 12 Nachhaltige/r Konsum und Produktion
- 15 Leben an Land

Beschluss Umwelt, Grün & Anpassung an den Klimawandel	
Gremium:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	07.03.2020
Tagesordnungspunkt:	2.4. Umwelt, Grün & Anpassung an den Klimawandel

Text

Eine grüne, gesunde und lebenswerte Stadt ist Kernziel unserer Politik. Wir treten ein für konsequenten Umweltschutz, eine begrünte Stadt sowie umfassenden Artenschutz. Der Park um die Ecke, Straßenbäume, begrünte Dächer und Fassaden und der renaturierte Bach bedeuten Lebensqualität und Wohlbefinden im Alltag. Natürliche Erholungsgebiete zeichnen unsere grüne Stadt aus. Gleichzeitig ist eine begrünte Stadt aber nicht nur ein Wohlfühl-Thema, sondern entscheidend für die Gesundheit der Menschen und sollte deshalb strategisch angegangen werden. Von zentraler Bedeutung sind angesichts der durch den Klimawandel zunehmend heißeren und trockeneren Sommer Maßnahmen, die Düsseldorf kühler, grüner und lebenswerter machen. Wir müssen unsere Stadt an Klimaveränderungen anpassen.

Zum Umweltschutz gehören auch weniger Lärm und saubere Luft. Luftschadstoffe verursachen langfristige Gesundheitsschäden für die Anwohner*innen. Dass Lärm krank macht, ist ebenso nachgewiesen. Wir wollen diese unsichtbaren Risiken reduzieren. Schadstoffe sowie Lärm wollen wir durch eine moderne Verkehrspolitik, die sich auf Rad- und Fußverkehr sowie Bus und Bahn fokussiert, konsequent vermindern. (Hier Verweis auf das Kapitel Verkehr)

Wir setzen uns für den Schutz der Tier- und Pflanzenarten ein. Dazu gehören für uns der Erhalt, die Aufwertung und der Ausbau des städtischen Grüns. Grüne Plätze und wilde (Blumen-)Wiesen sollen das Stadtbild prägen. Wir wollen noch mehr Bachläufe und Kleingewässer in einen naturnahen Zustand zurückversetzen und die bestehenden Naturschutzgebiete in Düsseldorf aufwerten.

Wir dürfen der Natur und künftigen Generationen keine Dauerlasten hinterlassen. Deshalb wollen wir, dass Düsseldorf Abfälle besser vermeidet und wiederverwertet. So wollen wir einen Kulturwandel hin zu einem nachhaltigen Konsum fördern.

<u>GRÜN wirkt</u>

Klimaanpassungskonzept: Wir haben erfolgreich für das Thema der Klimaanpassung sensibilisiert und das Klimaanpassungskonzept beschlossen. Es ist die Basis dafür, unsere Stadt für die klimatischen Veränderungen der nächsten Jahre zu wappnen.

Stadtbaumkonzept: Neben dem Schutz vorhandener Bäume haben wir mit dem Stadtbaumkonzept den Plan und das Geld für 1.000 neue Bäume in Düsseldorfs Straßen geschaffen.

Stadtplanung: Bei Planungsvorhaben haben wir den Erhalt von Frischluftschneisen, möglichst geringe Versiegelung, eine bessere Dachbegrünung und den Erhalt von Bäumen an vielen Stellen erfolgreich eingefordert.

Artenschutz: Von Nisthilfen für Vögel und Fledermäuse über die Reduzierung von Schadstoffeinträgen in Naturschutzgebieten bis zum Glyphosatverbot auf städtischen Grünflächen und Äckern haben wir GRÜNE zahlreiche kleinere und

größere Maßnahmen angestoßen. Außerdem haben wir initiiert, dass Düsseldorf am Label „Stadtgrün naturnah“ teilnimmt und auf diesem Weg weitere Schritte in Richtung einer nachhaltigen Grünbewirtschaftung geht.

Lärmschutz: Mit neuen Möglichkeiten der Online-Beteiligung beim Lärmaktionsplan und mehr als fünf Millionen Euro für „Flüsterasphalt“, Schallschutzwände und Schallschutzfenster haben wir beim Lärmschutz wichtige Maßnahmen umgesetzt. Erste Schritte haben wir GRÜNE auch für Temporeduzierungen aus Lärmschutzgründen geschafft.

Umwelt ins Zentrum: Wir haben uns für die Planung eines Umwelthauses im Stadtzentrum eingesetzt. „Umwelt ins Zentrum“ wird als Bildungs- und Informationszentrum Bestandteil des Klimaschutzkonzeptes. Die Entwicklung von der Idee über die Standortsuche bis zur konkreten Planung mit den Umweltverbänden und -initiativen haben wir politisch und finanziell unterstützt. Die Zeit ist reif für ein Zentrum für Umweltschutz in der Mitte der Stadt und damit in der Mitte der Gesellschaft.

Tierschutz: Beim Katzenschutz sowie beim Gänse- und Taubenmanagement haben wir tierfreundlichere und nachhaltigere Wege eingeschlagen. Wir setzen beispielsweise auf gänseabweisende Bepflanzung, die Ansiedlung von Schwänen und die Kontrolle des Fütterungsverbots statt auf Abschuss oder unwirksame Versuche mit Drohnen.

Abfallwirtschaft: Mit der kostenlosen Biotonne und der standardmäßigen Ausstattung mit Blauen Tonnen haben wir zentrale Projekte für ein besseres Recycling umgesetzt.

Sauberes Wasser: Da Kunstrasen eine Quelle von Mikroplastik ist, haben wir umgesetzt, dass neue Kunstrasen mit Kork oder Sand statt Plastikgranulat verfüllt werden. Beim Grundwasserschutz haben wir Großprojekte, wie die PFT-Sanierung beschlossen und umgesetzt. Ebenso haben wir die Reinigung bei z. B. PAK-Verseuchung weiter vorangebracht.

GRÜNE Vision

Der Klimawandel geht mit erheblichen Auswirkungen auf unsere Stadt einher. Schon jetzt spüren wir seine Auswirkungen. Wir müssen die Stadt und besonders stark betroffene Quartiere für die Veränderungen rüsten.

Mit mehr Grün: Wir wollen zusätzliche Bäume und blühende Hecken, neue kleine Grünflächen als „Klima-Oasen“ und mehr Fassaden- und Dachbegrünung – verstärkte Förderung im Bestand und ambitioniertere Vorgaben im Neubau. Die Bewässerung und Pflege des Baumbestands wollen wir an die gestiegenen Anforderungen anpassen.

Mit mehr Wasser: Wir wollen neue Wasserflächen und Wasserzerstäuber anlegen, die zur Verdunstungskühlung beitragen. Auch weitere öffentliche Trinkbrunnen wollen wir in Kooperation mit den Stadtwerken ermöglichen.

Mit weniger Asphalt: Wir wollen versiegelte Flächen und Plätze aufbrechen und zusätzliche Versiegelung stoppen, indem Neuversiegelungen durch Entsiegelungen an anderen Orten mindestens ausgeglichen werden. Öffentliche Plätze müssen ausreichend Schatten bieten, am besten durch natürliches Grün. Wo keine Baumpflanzungen möglich sind, können mit einheimischen Pflanzen berankte

Pergolen relativ schnell grüne Räume schaffen, die kahle Plätze auch ästhetisch aufwerten.

Mit der „Schwammstadt“: Wir wollen, dass Regenwasser möglichst lokal aufgenommen und (zwischen-)gespeichert werden kann, u. a. durch multifunktionale Flächen wie Wasserplätze oder Grünflächen, die bei Starkregen Wasser stauen können, damit es nicht zu Überflutungen kommt.

Mit frischer Luft: Wir wollen die Funktionen der Frischluftschneisen und Kaltluftentstehungsgebiete für Düsseldorf schützen und stärken. Die Klimaanalyse wollen wir aktualisieren und bei allen Baumaßnahmen berücksichtigen.

Mit hellen Baumaterialien: Wir wollen helle, lichtreflektierende Materialien zur Temperatursenkung einsetzen. Hier braucht es Beratung vor dem Bau. Wir wollen bei städtischen Neubauten mit einem guten Beispiel vorangehen.

Wir wollen, dass Stadtgrün in jedem Viertel erlebbar ist: Vom historischen Park über den Stadtwald bis zu begrünten Dächern, Wänden und Verkehrsinseln. Unsere Ansätze dafür sind unter anderem die Öffnung und Begrünung von Hinterhöfen, Wildwiesen, Fassaden- und Dachbegrünung, die Begrünung von Baumscheiben durch Patenschaften. Die planerische Basis dafür, den Grünordnungsplan, wollen wir in den Stadtbezirken und Quartieren konkretisieren und umsetzen.Dabei ist für uns die Schaffung und Berücksichtigung von Grünverbindungen bei der Bauleitplanung als Biotopverbund sehr wichtig.
Unser Ziel ist ein verbindlicher Grünzuwachs in allen Stadtteilen.

Der Klimawandel wird - so ist angesichts der zunehmenden Wetterextreme zu vermuten - auch die Hochwassergefahren für unsere Stadt verschärfen. Deshalb sprechen wir uns für die Schaffung von zusätzlichen Retentionsräumen aus. Dazu gehört in Düsseldorf auch die Rückverlegung des Himmelgeister Rheindeichs. Dort kann außerdem auf bisher landwirtschaftlich genutzter Fläche artenreiche Auenlandschaft geschaffen werden mit hohem Erholungswert für die Bürger*innen. Ebenso wäre der Schutz der gefährdeten Wildbienenarten, die im alten Deich siedeln, möglich.

Der Landschaftsraum Rhein mit seinen Deichen, mit Wiesen und Bäumen ist zudem ein wichtiger Faktor für den lokalen Klimaschutz. Ca. 10.000 Bäume stehen aktuell auf den Deichen, die – wenn sie ihr Lebensalter erreicht haben – nicht mehr nachgepflanzt werden sollen, Deshalb setzen wir uns für eine Anpassung des Konzeptes zum Hochwasserschutz auf Landesebene ein, die eine Vereinbarkeit von Bäumen und Deichschutz möglich machen soll.

Beim Ausbau städtischen Grüns und der Nutzung von Freiflächen wollen wir die Anwohner*innen beteiligen und insbesondere die Interessen von Kindern und Jugendlichen berücksichtigen.

Für saubere Luft wollen wir den Luftreinhalteplan weiterentwickeln und konsequent umsetzen. Neben der nötigen Verkehrswende (Hier Hinweis auf Kapitel Mobilität) bearbeiten wir auch alle anderen Schadstoffquellen u. a. durch den weiteren Ausbau der Landstromversorgung für anliegende Schiffe. Für die Information der Bürger*innen wollen wir die Messung der Luftqualität ausbauen und transparenter über die aktuellen Werte informieren. Wir regen die Einführung eines autofreien Sonntags im Monat an, der die Vorteile einer autoarmen Stadt für Menschen, Luft, Umwelt und Gewerbe erlebbar macht.

Auch beim Lärmschutz liegen die entscheidenden Hebel in der Verkehrswende: Geschwindigkeitsreduzierungen sind die günstigsten und effektivsten Maßnahmen: Wir wollen perspektivisch Tempo 30 stadtweit zur Regel machen. Tempo 50 muss die Ausnahme werden. Bei Erneuerungen von Fahrbahnbelägen soll konsequent Flüsterasphalt verwendet werden. (Hier Hinweis auf Kapitel Mobilität)

Beim Lärmschutz entlang der Güterverkehrsstrecken der Bahn fordern wir mit und für die betroffenen Bürger*innen endlich spürbare Verbesserungen durch die Bundesregierung und die Deutsche Bahn.

Zum Schutz der Nacht wollen wir einen „Plan Lumière“ (Lichtplan) aufstellen, der die Reduzierung und Anpassung der Stadtbeleuchtung zum Schutz von Tieren und Menschen beinhaltet. Dazu gehören insbesondere eine insektenfreundliche Beleuchtung mit warmweißen und Amber LED als Leuchtmittel , deren Lichtfarben als weniger störend wahrgenommen werden, innovativen technischen Lösungenwie dimmbare Leuchtmittel , unbeleuchtete Natur-Rückzugszonen an Siedlungsrändern und in bestimmten Parkgebieten sowie Kern-Nachtstunden für ausgewiesene Insektenschutzareale. Mit nach oben abgeschirmten Leuchten soll die Lichtverschmutzung im Allgemeinen bekämpft werden.

Für die Artenvielfalt wollen wir Düsseldorfs viele grüne Inseln stärken: vom „Straßenbegleitgrün“ bis zum Naturschutzgebiet. Wir GRÜNE wollen eine Biodiversitätsstrategie für das Düsseldorfer Stadtgebiet und eine Stärkung des Biotopverbundsystems in der Stadt. Dabei wollen wir den Artenschutz schon in der Stadtplanung verankern, die Artenschutzstandards bei der Grünflächenpflege ausbauen und die Naturschutzgebiete auf Düsseldorfer Stadtgebiet und deren angrenzende Kulisse stärken.

Im gesamten Stadtgebiet wollen wir konkrete Maßnahmen umsetzen: Noch mehr wilde Blühwiesen, weniger Schotter- und gepflasterte Vorgärten tolerieren, begrünte Dächer der Haltestellenhäuschen, Vogelschutzglas bei neuen Gebäuden wie bei Haltestellen.

Der Baumerhalt hat für uns GRÜNE eine hohe Priorität. Wir wollen, dass bei Bauprojekten kreativer geplant wird, um alte Bäume zu integrieren. Die Baumpflege und -kontrolle in Parks und auf Straßen wollen wir weiter verbessern, um weniger Bäume aus Gründen der Verkehrssicherheit fällen zu müssen. Nachpflanzungen sollen möglichst kurzfristig und in unmittelbarer Nähe erfolgen. Für Fällungen auf privaten Flächen wollen wir die Baumschutzsatzung überarbeiten und besser kontrollieren. Die Ausgleichszahlungen sollen in einen neuen Umweltschutzfond einfließen.

Fonds für Umweltschutz: Wir wollen, dass ein städtischer Fonds zur Finanzierung von Naturschutzmaßnahmen eingerichtet wird. In den Fond sollen Mittel in Höhe aller Bußgelder aus Ordnungswidrigkeiten gegen die Umwelt sowie aller Ausgleichszahlungen im Rahmen der Baumschutzsatzung oder vergleichbarer Regelungen fließen.

Urban Gardening verbindet Umwelt- und Artenschutz mit gelebter Nachbarschaft. Wir wollen Kleingärten, Mieter*innengärten und Gemeinschaftsnutzgärten weiter unterstützen. Neben ungenutzten Flächen und Brachen wollen wir auch Dächer identifizieren, die für Gartennutzungen geeignet sind. Unter dem Titel „Essbare Stadt“ wollen wir Nutzpflanzen als Grün in die Stadt bringen: Obstbäume,

Nussbäume, Beerensträucher und anderes mehr – beispielsweise auf Spielplätzen und als Hochbeete.

Die ökologische Bildung und die Bildung für nachhaltige Entwicklung wollen wir ausbauen – für Kinder und auch für Erwachsene. Neben der Waldschule und dem Aquazoo geht es uns dabei auch um Naturerfahrungsräume, die Gestaltung von Schulhöfen und Spielplätzen und pädagogische Angebote in und für Schulen. Zur Förderung von Abfalltrennung und -vermeidung sowie zum Energieeinsparen wollen wir die Arbeit in Kindergärten und Schulen intensivieren. Auf die Volkshochschule und andere Weiterbildungsträger wollen wir zugehen, um dort für Bildungsangebote zur Förderung nachhaltiger Entwicklung zu werben. Nachhaltige Entwicklung soll auch Thema im Rahmen der städtischen Aus- und Weiterbildung werden (AZUBIS und städtische Mitarbeiter*innen). Wir wollen eine ökologische Beratung für Bürger*innen und Bürger schaffen, damit alle Potenziale zum Gelingen einer ökologischen Wende ausgeschöpft werden.

In der Abfallwirtschaft setzen wir GRÜNE zuvorderst auf Abfallvermeidung. Wir wollen Projekte zur Wiederverwertung, wie Gebrauchtkaufhäuser, Fairkaufhäuser, Bücherschränke, neue Initiativen und Tauschbörsen sowie Reparaturtreffen flächendeckend unterstützen. Einwegprodukte wollen wir reduzieren und ersetzen, beispielsweise durch Vorgaben bei städtischen Veranstaltungen und durch Alternativen und Anreize wie bei „To-Go“ Bechern. Wir setzen uns für eine kommunale Verpackungsabgabe auf Einwegverpackungen, Einweggeschirr -und -besteck ein, um die Vermüllung von öffentlichen Flächen und Grünanlagen zu vermindern.

Der verbleibende Restmüll ist in Düsseldorf immer noch voller wiederverwertbarer Materialien. Deshalb wollen wir die gelbe Tonne zur Wertstofftonne machen, in der nicht nur Verpackungen, sondern alle Wertstoffe gesammelt werden und somit dem Recycling zugeführt werden können. Das spart Primärrohstoffe und macht Mülltrennung darüber hinaus für Verbraucher*innen einfacher. Für organische Abfälle wollen wir die inzwischen kostenlose Biotonne noch weiter verbreiten und so den Anteil des organischen Mülls im Restmüll reduzieren. Dabei muss die Stadtverwaltung endlich Vorbild werden und an allen Standorten ihren Abfall vollständig trennen.

Bei einem möglichen Ersatz der alten Müllverbrennungsanlage ist eine Kapazitätserweiterung nicht akzeptabel. Es muss eine effizientere Anlage nach modernstem technischen Umweltstandard mit Vorsortierung geplant werden. Für die Zukunft setzen wir uns für einen stärkeren städtischen Einfluss bei der Awista (Gesellschaft für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung) ein und streben dafür eine höhere Beteiligung an.

Land- und Forstwirtschaft: Unser Ziel ist, die Agrarwende gemeinsam mit den Kreisen und Städten der Region auch in und für Düsseldorf zu schaffen. Wir wollen untersuchen – analog zur Studie der Stadt Hamburg – aus welchem Umkreis Düsseldorf regional mit biologischen Lebensmitteln versorgt werden könnte. Wir Grüne treten dafür an, dass städtische Flächen ohne Pestizide bewirtschaftet werden. Bei der Verpachtungen städtischer Flächen sollen Betriebe bevorzugt werden, die Bio-Bewirtschaftung garantieren, so dass der Eintrag von konventioneller Gülle, mit den negativen Folgen für das Grundwasser und der Artenvielfall, auf unseren Äckern und Wiesen nicht mehr möglich sein wird. Wir unterstützen Landwirt*innen, die auf Bio-Anbau umsteigen möchten und wollen in Kooperation mit landwirtschaftlichen Betrieben in der Region beraten, wie deren

Absatz in der Region verbessert werden kann, z. B. durch lokale Markthallen für nachhaltige Produkte oder durch einen Vermarktungsverbund mit Handelsverbänden.

Die ökologische Forstwirtschaft für einen zukunftsfähigen, naturnahen Wald in Düsseldorf werden wir weiter unterstützen. Im Stadtwald wollen wir naturnahe Begräbnisse in einem „Ruhewald“ ermöglichen.

Die Düsseldorfer Gewässer wollen wir in einen besseren ökologischen Zustand versetzen, Schadstoffbelastung bekämpfen und weitere Renaturierungen von Gewässern bzw. die Offenlegung von Fließgewässern umsetzen. Wir wollen mehr Gewässer in einen guten ökologischen Zustand überführen und für das naturnahe Baden öffnen.

In der Wasserversorgung und Stadtentwässerung stellen wir uns weiter gegen eine Privatisierung. Wegen der Zunahme resistenter Keime, Mikroplastik und Mikroschadstoffe wollen wir die Düsseldorfer Kläranlagen durch eine vierte Filterstufe weiterentwickeln, um Verunreinigungen besser herausfiltern zu können.

Den Ansatz, „Cradle-to-Cradle“, zu bauen wollen wir in Düsseldorf etablieren. Dabei werden Baumaterialien so ausgewählt, dass sie später möglichst komplett wiederverwendet werden können. Außerdem werden nur erneuerbare Energien sowie ökologisch und gesundheitlich unbedenkliche Materialien verwendet. Beim Neubau des Technischen Rathauses wollen wir das Prinzip erstmals anwenden.

Städtische Beschaffung: Wir setzen uns für die konsequente Einhaltung nachhaltiger, ökologischer und sozialer Standards bei Beschaffungen der Stadtverwaltung und der städtischen Töchter ein. Die Stadt kann und muss hier Vorreiter sein. Konkret soll verstärkt ein Augenmerk auf Produkte aus Recyclingmaterial gelegt werden.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 2 Kein Hunger
- 6 Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen
- 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden
- 12 Nachhaltige/r Konsum und Produktion
- 15 Leben an Land

KW6 Mobilität

Gremium:	Kreisvorstand
Beschlussdatum:	05.02.2020
Tagesordnungspunkt:	2.5. Mobilität

Text

Die mobile Stadt - Für grüne Verbindungen!

Mobilität ist Ausdruck von Freiheit, Selbstbestimmung und Wohlstand. Aber unser Verkehrssystem stößt an räumliche, soziale und ökologische Belastungsgrenzen, gerade in der wachsenden Stadt Düsseldorf. Wir Grüne wollen die Mobilität der Düsseldorfer*innen, der Ein- und Auspendler*innen erhalten und zukunftsfest machen: klimafreundlich, sicher, gesund, bezahlbar und positiv für die Wohn- und Lebensqualität in der Stadt.

Mobilität muss klimafreundlich werden: Der Verkehr ist der einzige Sektor, der seit 1990 keine nennenswerten CO_2-Einsparungen erreicht hat. Autogerechte Städte sind ein großer Treiber der globalen Klimakrise. Unsere Chance: Durch eine gute Infrastruktur für nachhaltige Mobilität können wir die CO_2-Emissionen in unserer Stadt deutlich senken und die Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 erreichen. (Hinweis auf das Kapitel Klima). 60 % aller innerstädtischen Wege in der Stadt werden heute im sogenannten Umweltverbund, also zu Fuß, mit dem Rad oder mit dem ÖPNV, zurückgelegt. Doch das reicht nicht. Unser Ziel für den Umweltverbund im „Modal Split“ sind 80 % bis 2030.

Mobilität muss regional sein: Die Verkehrsbeziehungen im Rheinland und in ganz NRW sind intensiv. Rund 300.000 Menschen pendeln jeden Morgen meist mit dem Auto nach Düsseldorf ein, ca. 100.000 fahren hinaus. Diese Pendler*innen brauchen attraktive Angebote im ÖPNV, für das Rad, für Fahrgemeinschaften und durch verknüpfte Mobilität wie Bike & Ride und Park & Ride.

Mobilität muss städtische Lebensqualität ermöglichen: Wo parkende und fahrende Autos unsere Städte dominieren, verdrängen sie das gesellschaftliche Leben aus dem öffentlichen Raum. Unsere Chance: Durch eine gute Verkehrspolitik mit mehr Platz für Fußgänger*innen, Radfahrer*innen, mehr Freiräumen und Grünflächen kehrt das Leben auf die Straße zurück, verbessert sich die Gesundheit der Bürger*innen und steigt die Lebensqualität in unserer Stadt. Grüne Verkehrspolitik schafft die Grundlage für ein lebenswerteres Düsseldorf.

Mobilität muss sicher sein: Alle Bürger*innen sollen sich unabhängig von ihrem Verkehrsmittel sicher durch die Stadt bewegen können. Grüne Verkehrspolitik geht von den schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen aus. Diese schützt man durch weniger Autos, sichere Kreuzungen und niedrigere Höchstgeschwindigkeiten.

Mobilität muss zukunftsfest sein: Das bisherige Verkehrssystem ist für die wachsende Stadt Düsseldorf nicht zukunftsfähig. Gerade die Menschen, die sich mit dem Auto in der Stadt bewegen müssen wie Notfalldienste, Handwerksbetriebe oder Menschen mit Behinderung, gewinnen, wenn wir den ÖPNV, den Rad- und Fußverkehr stärken und somit den Autoverkehr entlasten. Die lokale Wirtschaft, der Einzelhandel und die Gastronomie profitieren auch von allen, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs sind. Wissenschaftliche Studien belegen zudem, dass

der Autoverkehr die Kommunen bis zu dreimal so viel kostet wie der öffentliche Nahverkehr.

Mobilität muss Teilhabe ermöglichen: Auch Menschen, die geringe Einkommen beziehen oder kein Auto besitzen, sollen sich komfortabel und bezahlbar durch unsere Stadt bewegen können. Das ist Mobilitätsteilhabe.

Mobilität muss barrierefrei sein: Wir setzen uns für den weiteren Ausbau der Barrierefreiheit ein und fordern unkomplizierte alltagstaugliche Lösungen für Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind.

GRÜN wirkt

Bei Bussen und Bahnen haben wir Beschleunigungen und bessere Takte, insbesondere am Abend und an den Wochenenden, erreicht sowie einen weiteren Ausbau initiiert. Die 701 fährt endlich bis zum ISS-Dome und die 708 haben wir erhalten.

Wir haben Radpolitik in Düsseldorf einen wesentlich höheren Stellenwert gegeben. Als Kernstück haben wir das Radhauptnetz geplant und beschlossen – es wird nur viel zu langsam umgesetzt.

Bei der Verkehrsplanung haben wir die Bürger*innen deutlich intensiver beteiligt und offene Formate genutzt, beispielsweise zur integrierten Verkehrsplanung beim Mobilitätsplan D.

Für bessere Luft und insbesondere für weniger Stickoxide haben wir gestritten, auch schon vor der Klage der Deutschen Umwelthilfe. Ein neuer Luftreinhalteplan, Umweltspuren und Landstromanschlüsse für Rheinschiffe, die in der Stadt anlegen sind erste Schritte.

Wir haben uns deutlich für sicheren Verkehr eingesetzt. Die erfolgreichen Pilotprojekte zu Tempo 30 vor Schulen können nun auf andere Straßen übertragen werden.

Wir haben deutlich gemacht: Düsseldorf braucht eine gerechte Umverteilung von Verkehrsflächen. Dazu haben wir die Stellplatzsatzung für mehr Fahrradstellplätze und weniger Autostellplätze überarbeitet und eine moderne Parkraumbewirtschaftung angestoßen.

GRÜNE Vision

Düsseldorf ist auf dem Weg in ein neues Zeitalter der klimafreundlichen, komfortablen, leisen und sauberen Mobilität. Doch noch ist viel zu tun. Unsere Grünen Ziele sind klar: Verbesserung der Lebensqualität und Erhalt der Mobilität in unserer Stadt.

Düsseldorf soll zur Fahrradstadt werden

Wir GRÜNE wollen den Radverkehr in der Breite attraktiv machen. Unser Ziel: Den Anteil an Radfahrer*innen bis zum Jahr 2025 auf 25 % und bis zum Jahr 2030 auf 30 % steigern.

Sicherheit und Platz: Wir wollen sichere Wege, die auch Kinder selbstständig nutzen können. Dafür muss die „Vision Zero“ (null Verkehrstote; Halbierung der Verkehrsverletzten) der Maßstab für die Planungen sein, insbesondere auf Kita- und Schulwegen (Hinweis auf Kapitel Schule). Radwege sollen durchgängig, verständlich markiert und einsehbar sein – nicht als Flickwerk und nicht im

Zick-Zack-Kurs über Nebenstraßen. Unfallstellen sollen innerhalb von 48 Stunden überprüft und notfalls temporär gesichert werden.

Wir müssen heute die Radinfrastruktur von morgen bauen: Auf Strecken des Radhauptnetzes wollen wir bei zwei oder mehr Spuren pro Fahrtrichtung einen geschützten Radweg einrichten – wo immer es möglich ist mit physischer Trennung von Fußweg und Fahrbahn. Bordsteinkanten müssen verschwinden und durchasphaltierte, komfortabel nutzbare Infrastruktur muss installiert werden.

Weitere Maßnahmen sind farbliche Markierung von Radwegen, Abbiegeassistenz-Systeme bei LKW der Stadt und der städtischen Töchter, ein besseres Baustellenmanagement sowie Radübungsplätze für Kinder und die Unterstützung von Initiativen zur Förderung des Radfahrens.

Radwegeparken: Auf Radwegen oder in zweiter Reihe parkende Autos sind akute Sicherheitsrisiken für Radfahrer*innen. Wir wollen es durch wirksame Kontrollen und Bußgelder sowie konsequenteres Abschleppen stoppen. Dafür soll die Fahrradstaffel bei der Verkehrsüberwachung aufgestockt werden, um rund um die Uhr und flächendeckend Wirksamkeit zu zeigen.

Komfort und Tempo: Wir wollen mehr Fahrradstraßen, möglichst als Netzverbund bzw. im Quartier und insbesondere an Schulen, wo das Fahrrad heute schon häufig das Hauptverkehrsmittel ist. Die Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr und die Überprüfung der Radwegenutzungspflicht sollen flächendeckend erfolgen.

Wir fordern die Grüne Welle für den Radverkehr im Radhauptnetz, die sich an einer Geschwindigkeit von 20 km/h orientiert. Radgerechte Kreuzungen haben außerdem separate Fahrradampeln und sind in einem Zug überquerbar.

Radschnellwege: Die Landes- und Bundesmittel für Radschnellwege stehen bereit, Düsseldorf muss die Planung gemeinsam mit den Nachbarstädten beschleunigen. Die Radschnellwege wollen wir als leistungsstarke kommunale Rad-Express-Hauptrouten auch durch das Stadtzentrum führen. Diese können nicht kreuzungsfrei sein, aber die Breite der Radschnellwege einhalten.

Wir Grüne wollen die Toulouser Allee zur zentralen Achse für die Express-Routen machen und Anbindungen zu den regionalen Radschnellwegen nach Duisburg, Ratingen, Wuppertal und den Süden schaffen.

Fahrradparken: Wohnquartiere und Einkaufsstraßen müssen über genügend Fahrradabstellplätze verfügen. Wo kein ausreichender Platz vorhanden ist, wollen wir weitere PKW-Stellplätze umwandeln. Für Altbauviertel wollen wir weitere Fahrrad-Parkhäuschen ermöglichen. Außerdem wollen wir die Nutzung von Parkhäusern für das Abstellen von Fahrrädern prüfen. Wir wollen die Zahl der Abstellanlagen an Bildungseinrichtungen und öffentlichen Gebäuden stark erhöhen, konkret: Nachrüstung an 20 Schulen pro Jahr.

Die Radinfrastruktur am Hauptbahnhof muss deutlich verbessert werden, damit dieser als Fahrrad-Hub fungieren kann. Dazu gehören ein radfreundlicher Bahnhofsvorplatz mit Fahrradparkhaus und eine bessere Ost-West-Verbindung. Weitere neue Radstationen werden wir in Bilk, Benrath und am Flughafen-Bahnhof einrichten.

Die Vielfalt an Fahrrädern soll immer mitbedacht werden, damit Abstelleinrichtungen beispielsweise auch für Lastenräder geeignet sind.

Neue städtische Tochter BauRad

Der Radwegeausbau und die Umsetzung des Radhauptnetzes stocken. Das wollen wir mit einer neuen städtischen Tochterfirma BauRad ändern – eine Struktur, mit der wir im Schulbau sehr gute Erfahrungen gemacht haben. BauRad soll Fahrradinfrastruktur schneller planen und umsetzen. Zielmarke sind pro Jahr 20 % des geplanten Radhauptnetzes. Auch die Radschnellwege sollte BauRad übernehmen und in einem zweiten Schritt könnten die Bezirksradnetze und die Sofortmaßnahmen bei Mängelmeldungen folgen. Alle Maßnahmen sollen transparent kommuniziert werden.

Steuerung: Radverkehrsmaßnahmen sollen durch eine Kleine Kommission aus Politik und Verwaltung unter Beteiligung von ADFC und VCD beraten, priorisiert und begleitet werden. Ferner soll auch eine Einbindung in die Unfallkommission stattfinden. Die Beteiligung der Bürger*innen soll weitergeführt und ausgebaut werden.

Lastenradförderung: Die vielfältigen neuen Lastenradmodelle erweitern die Möglichkeiten des Radverkehr immens. Wir wollen diese Potenziale mit einer kommunalen Förderung von 30 % für den privaten und gewerblichen Kauf von Elektro- und konventionellen Lastenrädern heben und Menschen damit beim Verzicht auf das Auto unterstützen.

Radaffine Verwaltung: In allen Ämtern und Dienststellen soll das Bewusstsein für die Rolle des Radverkehrs weiter geschärft werden, um bei allen Baustellen und Bauvorhaben wie z.B. bei einem Ausbau der Fernwärmeleitungen eine Verbesserung für den Fahrradverkehr mitzuplanen. Außerdem wollen wir flächendeckend sichere Fahrradstellplätze, ein Dienstradangebot, Umkleiden und Duschen an allen Verwaltungsstandorten.

Radtourismus, Orientierung, Kommunikation: Zur besseren Orientierung für Radfahrende wollen wir das niederländische Knotenpunkt-Leitsystem übernehmen. Zur Stärkung des Radtourismus soll Düsseldorf Mitglied der Radregion Rheinland werden und die Aufwertung des Rheinradwegs zur ADFC-Sternroute anstreben.

Nach der gefloppten und gestoppten Radschlag-App wollen wir die digitale Kommunikation mit und für Radfahrer*innen neu starten. Neben der Navigation geht es uns auch um Feedback zum Zustand der Radinfrastruktur sowie eine Möglichkeit zur Aufgabe von Drittanzeigen. Auf Feedback soll zügig reagiert werden und Rückmeldungen müssen transparent einsehbar sein. Dafür brauchen wir keine teure Eigenentwicklung, denn wir können auf gute Lösungen zurückgreifen.

Bus und Bahn

Wir setzen uns für einen deutlichen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs ein. Wir wollen den Takt verbessern, Lücken im ÖPNV-Netz schließen und schrittweise neue Linien auf den Weg bringen. Dabei stehen wir vor der Herausforderung, dass es lange dauert bis Bahnlinien gebaut und Fahrzeuge angeschafft sind. Die notwendigen massiven Investitionen müssen wir stemmen, da eine nachhaltige Mobilität nur mit einem deutlichen Ausbau des ÖPNV gelingen kann. Dabei orientieren wir uns an den Bedürfnissen der Bürger*innen und setzen auch auf innovative Ansätze wie On-Demand Angebote oder eine Seilbahn zur Erschließung der Bergischen Kaserne. Das Metrobus-Konzept wollen wir überarbeiten und zu einem echten Schnellbusnetz mit eigenen Linienplänen ausbauen, das Knotenpunkte schnell und komfortabel miteinander verbindet.

Wir wollen im ersten Schritt Taktverdichtungen und Verbesserungen im Fahrplan umsetzen, insbesondere den 7,5-Minuten-Takt auf den Linien U72, U75, U79, 701, 705, 707 und 709. Dieser ist im aktuellen Liniennetz umsetzbar und schafft deutliche Komfortsteigerungen.

In neuen Bussen und Bahnen wollen wir durch Großraumabteile mehr Platz für Rollstühle, Rollatoren und auch Kinderwagen schaffen. Im Bestand müssen mindestens die Beschilderung an den Türen und die Zugänglichkeit verbessert werden.

ÖPNV günstiger und einfacher machen: Wir wollen das Fahren mit Bus und Bahn günstiger machen, um allen Menschen eine bezahlbare, klimafreundliche und saubere Mobilität zu ermöglichen. Für unsere Ziele setzen wir uns im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) ein: Senkung der Fahrpreise um 50 % und eine deutlich einfachere Tarifstruktur im VRR. Zusätzlich muss das Sozialticket in allen Preisstufen einführt werden, jeweils zur Hälfte des regulären Preises. Das Schokoticket für Schüler*innen soll so erweitert werden, dass es abends und am Wochenende die Mitnahme von Geschwistern und zwei Erwachsenen ermöglicht. Außerdem wollen wir es schrittweise kostenfrei machen.

Wir stehen der Diskussion um das 365-Euro-Ticket offen gegenüber. Wichtig ist für uns: Preissenkungen entfalten ihre volle Wirkung nur, wenn sie über die Stadtgrenzen hinaus gehen. Daher unterstützen wir das Modell des VRR, die Tarife auf zwei Zonen zu reduzieren (stadtweit/verbundweit) und die Abos auf 50 Euro je Monat in der Stadt und 80 Euro je Monat für den gesamten VRR zu reduzieren. Dafür brauchen der VRR und die Kommunen die dauerhafte Unterstützung von Bund und Land. Ferner wollen wir eine zweckgebundene Teilfinanzierung aus der Parkraumbewirtschaftung erreichen und eine Nahverkehrsabgabe für mittlere und große Unternehmen oder eine Abgabe für angebotene Mitarbeiter*innenparkplätze, wofür das Land zunächst die Voraussetzungen schaffen muss. Ohne solche Unterstützung und Finanzierungsmodelle sind die nötigen deutlichen Preissenkungen oder auch ein perspektivisch kostenloser ÖPNV nicht möglich.

Fahrgastbeirat: Wir wollen bei der Rheinbahn einen Fahrgastbeirat gründen, der den Austausch und die Zusammenarbeit verbessert. Er soll sich nach Solinger Vorbild aus Fahrgästen, Vertreter*innen der Sozial-, Behinderten-, Jugend- und Fahrgastverbände, Verwaltung, Rheinbahn und Politik zusammensetzen.

Neue Stadt-/Straßenbahnlinien: Unsere Vision ist ein engmaschiges, leistungsstarkes Liniennetz aus Stadt- und Straßenbahnen. Dafür sind innerhalb der nächsten fünf Jahre die Weichen zu stellen. Beispielsweise:

- Anbindung Quellenbusch: Neue Linie von der Grafenberger Allee über Hellweg zum Bahnhof Gerresheim,
- Verlängerung der 705 über die Vennhauser Allee bis Bahnhof Gerresheim,
- Anbindung Hassels: Verlängerung U75 von Vennhauser Allee bis Bahnhof Reisholz
- Anbindung Itter/Himmelgeist: Verlängerung U73 von Uni Ost bis zur Münchener Straße/Ickerswarder Straße
- Erschließung Bilk-Südwest: Verbindung vom Südfriedhof über Aachener Platz zum Moorenplatz.
- Erschließung Medienhafen: Verbindung Stadttor-Erftplatz-Franziusstraße
- Lückenschluss 707-701 zwischen Unterrath und Theodorstraße / ISS-Dome

Regionale Mobilität: Düsseldorf ist eine Pendler*innenstadt. Wir wollen einen regionalen Mobilitätsplan zusammen mit dem Rhein-Kreis Neuss und dem Kreis Mettmann aufstellen und uns darüber hinaus in der Metropolregion Rheinland noch stärker abstimmen. Gemeinsam wollen wir Radschnellrouten und Park & Ride-Angebote in der Region realisieren und uns für deutlich mehr Investitionen in den regionalen ÖPNV einsetzen. Wichtig sind uns insbesondere bessere Takte auf den Linien RE10 (Düsseldorf – Krefeld – Kleve), S6 (Langenfeld – Düsseldorf – Ratingen) und S8 (Düsseldorf – Wuppertal) und ein systematisches Netz regionaler Schnellbusse, beispielsweise Verbindungen nach Heiligenhaus, Velbert und Wülfrath. Perspektivisch wollen wir hier eine Reaktivierung der Schienenanbindung. Ebenso wie die Reaktivierung über Lintorf nach Duisburg und die Verlängerung der S28 von Kaarst nach Viersen.

Die Straßen gehören den Menschen!

Wir GRÜNE wollen den Fußverkehr konsequent fördern. Gehwege müssen für die Fußgänger*innen zurückgewonnen und fehlende Gehwegabsenkungen in den Stadtteilen dringend geschaffen und von parkenden Autos freigehalten werden. Wir reduzieren Emissionen, machen die Luft gesünder, schaffen Raum für den Rad- und Fußverkehr sowie eine ÖPNV-Beschleunigung. Wir machen unsere Stadtteile und unsere Innenstadt für die Menschen lebenswerter und für den Einzelhandel attraktiver.

Wir wollen den Stadtraum neu verteilen: mehr Platz für Menschen zum Aufenthalt, Spiel, Spazieren, für Rad- und Fußverkehr, weniger für fahrende und parkende Autos. Breitere und freie Gehwege, neue Aufteilungen von mehrspurigen Straßen, geschützte Radwege, autoarme Quartiere und Innenstadt oder eine City-Maut sind mögliche Maßnahmen. Wichtig ist: Die Bedingungen müssen stimmen. So muss eine Einschränkung beim Autoverkehr mit dem Ausbau von Alternativen, wie dem Schienennetz, Schnellbussen, Fahrradinfrastruktur usw. einhergehen.

Autofreie Sonntage werden von vielen Autofahrer*innen zum Radfahren genutzt und bieten einen Anlass für tolle Stadtfeste. Wir Grüne wollen uns dafür einsetzen,

dass auch Düsseldorfer Bürger*innen sich regelmäßig die Straßen ihrer Stadt zu eigen machen können.

Umweltspuren

Die drei Umweltspuren sind der Versuch, gerichtlich angeordnete Dieselfahrverbote abzuwenden und die Luft in Düsseldorf kurzfristig gesünder zu machen. Aktuelle Urteile und Vergleiche mit anderen Städten zeigen, dass Umweltspuren dafür grundsätzlich geeignet sind.

Die Umsetzung der dritten Umweltspur haben wir Grüne deutlich kritisiert. Sie hätte besser vorbereitet und kommuniziert werden müssen. Auch zusätzliche Busse, die Bewerbung von Fahrgemeinschaften und P+R-Plätze oder die Teilnahme der Stadt als Arbeitgeberin an einer Mitfahrer-App haben wir gefordert. Stadtverwaltung und Rheinbahn haben es aber auch mehr als ein Jahr nach dem Beschluss nicht geschafft, die unterstützenden Maßnahmen umzusetzen.

Die Umweltspuren sind Verkehrsversuche! Die Kombination von Bussen, Taxen, Fahrgemeinschaften, E-Autos und Fahrradfahrer*innen auf einer Spur ist umstritten, aber einen Test wert.

Umweltspuren sind eine Möglichkeit, den Straßenraum gerechter und effizienter aufzuteilen – zugunsten des ÖPNV, des Radverkehrs und PKW mit mehreren Personen. Wo immer es im Stadtraum möglich ist, wollen wir geschützte Radwege und separate Trassen für Busse und Bahnen. Ob die drei Umweltspuren bleiben, werden wir jeweils nach einem Jahr und auf Basis ausführlicher Evaluationen entscheiden.

Parkraummanagement: Düsseldorf braucht in der Parkpolitik neue Prioritäten: mehr Carsharing, mehr Umwidmungen von Parkplätzen zu Baumstandorten, Radabstellanlagen oder Plätzen mit Bänken, angemessene Parkgebühren und stadtweite Parkraumbewirtschaftung. In den innerstädtischen Stadtbezirken 1 bis 4 wird das Anwohnerparken auf die gesamten Bezirke erweitert und zeitlich ausgeweitet. Mit Quartiersgaragen können parkende PKW zusätzlich aus dem knappen öffentlichen Raum verlagert werden. Die Einnahmen aus dem Parkraummanagement sollen der Förderung von ÖPNV-, Rad- und Fußverkehr zugutekommen.

Verkehrssicherheit: Dicht zugeparkte Wohnstraßen sind potenzielle Gefahrenstellen für Kinder. Wir wollen insbesondere die Kreuzungen und Querungen übersichtlich und einsehbar machen. Tempo 30 wollen wir perspektivisch in der gesamten Stadt zur Regelgeschwindigkeit machen - im ersten Schritt mindestens auf allen Straßen im Schulwegeverkehrsplan. In unmittelbarer Nähe der Schulen und Kitas wollen wir zu Stoßzeiten individuelle Halteverbote, um die Schulwege sicherer zu machen. Um den negativen Kreislauf der Elterntaxis zu durchbrechen, wollen wir Pilotprojekte für Kiss-and-Ride-Zonen in der Nähe von geeigneten Schulstandorten umsetzen und mehr Werbung für Projekte wie „I walk to school“ machen. Weitere Maßnahmen für sichere Schulwege wollen wir in Zusammenarbeit mit Schulen, Eltern und Schüler*innen planen. Die Jugendverkehrsschule und die Verkehrskadett*innen werden wir weiter unterstützen.

E-Mobilität: Für die Elektromobilität als einen wichtigen Baustein für eine Verkehrswende ist entscheidend, dass wir auf Ökostrom setzen. Dabei ist uns klar, dass ein Wechsel der Antriebsart alleine keine ausreichende Lösung ist.

Wir wollen ein flächendeckendes und leistungsfähigeres Netz von Ladestationen für E-Bikes und -Autos schaffen und setzen dabei auf gängige Zahlungsmittel,

Preistransparenz und kostengünstige Infrastruktur. Sukzessiv wollen wir jeden fünften Parkplatz für E-Autos mit Ladepunkt vorhalten. Wir wollen die Aufrüstung von Laternen zu Ladesäulen testen.

Carsharing hat das Potenzial, die Zahl der Fahrzeuge in der Stadt durch gemeinsame Nutzung deutlich zu reduzieren. Wir wollen Parkplätze für stationäres Carsharing ausweisen, insbesondere an Mobilitätsstationen, in Wohnvierteln und an zentralen Orten. Wo nötig, soll die Stadt Anschubhilfe leisten. Beim flexiblen „free floating" Carsharing wollen wir die Anbieter für größere Bediengebiete ohne Preisunterschiede gewinnen. Bei allen Maßnahmen wollen wir die Quote von Elektroautos im Carsharing steigern.

Vernetzte Mobilität: Die Mobilität von morgen ist multimodal. Wir wollen den nahtlosen Umstieg von einem Verkehrsmittel auf das andere leichter machen. Mobilitätsstationen, welche S-Bahn, ÖPNV, Fahrrad, Car- und Bike-Sharing verbinden, wollen wir an zahlreichen Punkten in der Stadt ermöglichen, beispielsweise: Messe, Mörsenbroicher Ei, Staufenplatz, Gerresheim S-Bahnhof, A46 Ausfahrt Eller, Südpark, Münchener Straße/Ickerswarder, Bahnhof Benrath, A46 Ausfahrt Bilk, Südfriedhof, Handweiser, Lörick und Flughafen Fernbahnhof. An den Mobilitätsstationen sollen auch Sharingangebote platziert werden - insbesondere wünschen wir uns den Ausbau des Lastenradverleihs. Mittels einer überregionalen App sollen die Möglichkeiten auch hinsichtlich der Kommunikation und Abrechnung vernetzt werden.

Mobilitätsberatung: Neben besserer Infrastruktur wollen wir auch eine qualifizierte Mobilitätsberatung etablieren, die für Privatpersonen wie für Betriebe Analysen und Beratung für die Nutzung umweltfreundlicher und vernetzter Mobilitätsangebote anbietet. Schwerpunkte sollen die Neubürger*innenberatung und die betriebliche Mobilitätsberatung in Kooperation mit der Rheinbahn und den Kammern sein, beispielsweise zu Homeoffice und der Mitfahr-App für Mitarbeiter*innen. Hier sollen eine städtische Kampagne und Gespräche mit großen Arbeitgebern zum betrieblichen Mobilitätsmanagement im Düsseldorfer Raum sinnvoll ansetzen.

Analog zum Umweltpreis soll der Düsseldorfer Mobilitätspreis eingeführt werden, bei dem innovative, saubere und klimafreundliche Mobilitätsprojekte prämiert werden, die unsere Stadt lebenswerter machen.

Flughafen: Der Flughafen ist ein wichtiger Standortfaktor für Düsseldorf und die Region. Die bisherigen Kapazitäten sind jedoch ausreichend. Denn Wachstum und damit Lärmzunahmen sind nur für ein internationales Drehkreuz oder einen Billigflieger-Stützpunkt notwendig. Das kann jedoch bei einem Stadtflughafen nicht das Ziel sein.

Vielmehr müssen das geltende Nachtflugverbot konsequenter durchgesetzt und Ausnahmen für die Home-Base-Carrier reduziert werden. Denn Fluglärm macht krank. Wir wollen tatsächliche Lärmpausen von mindestens sieben Stunden in der Nacht erreichen. Außerdem sollen die Flughafenentgelte nach dem Hamburger Modell neu geregelt werden: wer laut ist, zahlt deutlich mehr, erst recht bei späten Landungen.

Wir wollen Flüge zu Zielen, die von Düsseldorf aus mit der Bahn in unter drei Stunden zu erreichen sind, möglichst überflüssig machen und auf die Schiene verlagern.

Jegliche Bemühungen, die zur Reduzierung von Ultrafeinstaub führen, begrüßen wir. Der Flughafen steht in der Pflicht, Grenzwerte einzuhalten und für Luftmessungen und Transparenz zu sorgen.

10 grüne Lebensadern für Düsseldorf

Wir Grüne setzen uns für eine lebenswerte Stadt mit einladenden öffentlichen Plätzen und Straßen ein, in denen die Menschen sich gerne aufhalten. Zur Verkehrsreduktion und für mehr Grün in der Stadt wollen wir zehn „Lebensadern“ schaffen: autofreie, begrünte Straßen, die die Menschen zum Verweilen einladen und neue Chancen aus einem Umdenken von städtischem Raum für die Nachbar*innen und den Einzelhandel vor Ort ziehen.

Diese 10 „Lebensadern“ sollen begrünt, mit Sitzmöglichkeiten ausgestattet und mit dem Fahrrad befahrbar sein. So sollen Anwohner*innen in ruhiger und grüner Umgebung eingeladen werden, zusammenzukommen und sich zu treffen.

Anwohner*innen sollen ihre Straße, ihr Quartier für die „Lebensadern“ vorschlagen und bewerben können, so dass sie zu Vorboten einer von lebendiger Partizipation lebenden Verkehrswende werden, die neue Chancen und Visionen für unsere Stadt schafft. Sie werden von den Anwohner*innen nach ihren Wünschen gestaltet und können vielfältige Angebote für unterschiedliche Generationen umfassen.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 3 Gesundheit und Wohlergehen
- 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden
- 13 Massnahmen zum Klimaschutz

Beschluss Mobilität

Gremium:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	07.03.2020
Tagesordnungspunkt:	2.5. Mobilität

Text

Die mobile Stadt - Für grüne Verbindungen!

Mobilität ist Ausdruck von Freiheit, Selbstbestimmung und Wohlstand. Aber unser Verkehrssystem stößt an räumliche, soziale und ökologische Belastungsgrenzen, gerade in der wachsenden Stadt Düsseldorf. Wir Grüne wollen die Mobilität der Düsseldorfer*innen, der Ein- und Auspendler*innen erhalten und zukunftsfest machen: klimafreundlich, sicher, gesund, bezahlbar und positiv für die Wohn- und Lebensqualität in der Stadt.

Mobilität muss klimafreundlich werden: Der Verkehr ist der einzige Sektor, der seit 1990 keine nennenswerten CO_2-Einsparungen erreicht hat. Autogerechte Städte sind ein großer Treiber der globalen Klimakrise. Unsere Chance: Durch eine gute Infrastruktur für nachhaltige Mobilität können wir die CO_2-Emissionen in unserer Stadt deutlich senken und die Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 erreichen. (Hinweis auf das Kapitel Klima). 60 % aller innerstädtischen Wege in der Stadt werden heute im sogenannten Umweltverbund, also zu Fuß, mit dem Rad oder mit dem ÖPNV, zurückgelegt. Doch das reicht nicht. Unser Ziel für den Umweltverbund im „Modal Split“ sind 80 % bis 2030.

Mobilität muss regional sein: Die Verkehrsbeziehungen im Rheinland und in ganz NRW sind intensiv. Rund 300.000 Menschen pendeln jeden Morgen meist mit dem Auto nach Düsseldorf ein, ca. 100.000 fahren hinaus. Diese Pendler*innen brauchen attraktive Angebote im ÖPNV, für das Rad, für Fahrgemeinschaften und durch verknüpfte Mobilität wie Bike & Ride und Park & Ride.

Mobilität muss städtische Lebensqualität ermöglichen: Wo parkende und fahrende Autos unsere Städte dominieren, verdrängen sie das gesellschaftliche Leben aus dem öffentlichen Raum. Unsere Chance: Durch eine gute Verkehrspolitik mit mehr Platz für Fußgänger*innen, Radfahrer*innen, mehr Freiräumen und Grünflächen kehrt das Leben auf die Straße zurück, verbessert sich die Gesundheit der Bürger*innen und steigt die Lebensqualität in unserer Stadt. Grüne Verkehrspolitik schafft die Grundlage für ein lebenswerteres Düsseldorf.

Mobilität muss sicher sein: Alle Bürger*innen sollen sich unabhängig von ihrem Verkehrsmittel sicher durch die Stadt bewegen können. Grüne Verkehrspolitik geht von den schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen aus. Diese schützt man durch weniger Autos, sichere Kreuzungen und niedrigere Höchstgeschwindigkeiten.

Mobilität muss zukunftsfest sein: Das bisherige Verkehrssystem ist für die wachsende Stadt Düsseldorf nicht zukunftsfähig. Gerade die Menschen, die sich mit dem Auto in der Stadt bewegen müssen wie Notfalldienste, Handwerksbetriebe oder Menschen mit Behinderung, gewinnen, wenn wir den ÖPNV, den Rad- und Fußverkehr stärken und somit den Autoverkehr entlasten. Die lokale Wirtschaft, der Einzelhandel und die Gastronomie profitieren auch von allen, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs sind. Wissenschaftliche Studien belegen zudem, dass

der Autoverkehr die Kommunen bis zu dreimal so viel kostet wie der öffentliche Nahverkehr.

Mobilität muss Teilhabe ermöglichen: Auch Menschen, die geringe Einkommen beziehen oder kein Auto besitzen, sollen sich komfortabel und bezahlbar durch unsere Stadt bewegen können. Das ist Mobilitätsteilhabe.

Mobilität muss barrierefrei sein: Wir setzen uns für den weiteren Ausbau der Barrierefreiheit ein und fordern unkomplizierte alltagstaugliche Lösungen für Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind.

GRÜN wirkt

Bei Bussen und Bahnen haben wir Beschleunigungen und bessere Takte, insbesondere am Abend und an den Wochenenden, erreicht, sowie einen weiteren Ausbau initiiert. Die 701 fährt endlich bis zum ISS-Dome und die 708 haben wir erhalten.

Wir haben Radpolitik in Düsseldorf einen wesentlich höheren Stellenwert gegeben. Als Kernstück haben wir das Radhauptnetz geplant und beschlossen – es wird nur viel zu langsam umgesetzt.

Bei der Verkehrsplanung haben wir die Bürger*innen deutlich intensiver beteiligt und offene Formate genutzt, beispielsweise zur integrierten Verkehrsplanung beim Mobilitätsplan D.

Für bessere Luft und insbesondere für weniger Stickoxide haben wir gestritten, auch schon vor der Klage der Deutschen Umwelthilfe. Ein neuer Luftreinhalteplan, Umweltspuren und Landstromanschlüsse für Rheinschiffe, die in der Stadt anlegen, sind erste Schritte. Im Nahverkehrsplan haben wir bereits festgelegt, dass die Rheinbahn ab 2023 nur noch emissionsfreie Busse beschaffen soll.

Wir haben uns deutlich für sicheren Verkehr eingesetzt. Die erfolgreichen Pilotprojekte zu Tempo 30 vor Schulen können nun auf andere Straßen übertragen werden.

Wir haben deutlich gemacht: Düsseldorf braucht eine gerechte Umverteilung von Verkehrsflächen. Dazu haben wir die Stellplatzsatzung für mehr Fahrradstellplätze und weniger Autostellplätze überarbeitet und eine moderne Parkraumbewirtschaftung angestoßen.

GRÜNE Vision

Düsseldorf ist auf dem Weg in ein neues Zeitalter der klimafreundlichen, komfortablen, leisen und sauberen Mobilität. Doch noch ist viel zu tun. Unsere grünen Ziele sind klar: Verbesserung der Lebensqualität und Erhalt der Mobilität in unserer Stadt.

Düsseldorf soll zur Fahrradstadt werden

Wir GRÜNE wollen den Radverkehr in der Breite attraktiv machen. Unser Ziel: Den Anteil an Radfahrer*innen bis zum Jahr 2025 von 16 % auf 25 % und bis zum Jahr 2030 auf 30 % steigern.

Sicherheit und Platz: Wir wollen sichere Wege, die auch Kinder selbstständig nutzen können. Dafür muss die „Vision Zero“ (null Verkehrstote; Halbierung der Verkehrsverletzten) der Maßstab für die Planungen sein, insbesondere auf Kita-

und Schulwegen (Hinweis auf Kapitel Schule). Radwege sollen durchgängig, verständlich markiert und einsehbar sein – nicht als Flickwerk und nicht im Zick-Zack-Kurs über Nebenstraßen. Unfallstellen sollen innerhalb von 48 Stunden überprüft und notfalls temporär gesichert werden.

Wir müssen heute die Radinfrastruktur von morgen bauen: Auf Strecken des Radhauptnetzes wollen wir bei zwei oder mehr Spuren pro Fahrtrichtung einen geschützten Radweg einrichten – wo immer es möglich ist mit physischer Trennung von Fußweg und Fahrbahn. Bordsteinkanten müssen verschwinden und durchasphaltierte, komfortabel nutzbare Infrastruktur muss installiert werden.

Weitere Maßnahmen sind farbliche Markierung von Radwegen, Abbiegeassistenz-Systeme bei LKW der Stadt und der städtischen Töchter, ein besseres Baustellenmanagement sowie Radübungsplätze für Kinder und die Unterstützung von Initiativen zur Förderung des Radfahrens.

Radwegeparken: Auf Radwegen oder in zweiter Reihe parkende Autos sind akute Sicherheitsrisiken für Radfahrer*innen. Wir wollen es durch wirksame Kontrollen und Bußgelder sowie konsequenteres Abschleppen stoppen. Dafür soll die Fahrradstaffel bei der Verkehrsüberwachung aufgestockt werden, um rund um die Uhr und flächendeckend Wirksamkeit zu zeigen.

Komfort und Tempo: Wir wollen mehr Fahrradstraßen, möglichst als Netzverbund bzw. im Quartier und insbesondere an Schulen, wo das Fahrrad heute schon häufig das Hauptverkehrsmittel ist. Die Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr und die Überprüfung der Radwegenutzungspflicht sollen flächendeckend erfolgen.

Wir fordern die "Grüne Welle" für den Radverkehr im Radhauptnetz, die sich an einer Geschwindigkeit von 20 km/h orientiert. Radgerechte Kreuzungen haben außerdem separate Fahrradampeln und sind in einem Zug überquerbar.

Radschnellwege: Die Landes- und Bundesmittel für Radschnellwege stehen bereit, Düsseldorf muss die Planung gemeinsam mit den Nachbarstädten beschleunigen. Die Radschnellwege wollen wir als leistungsstarke kommunale Rad-Express-Hauptrouten auch durch das Stadtzentrum führen. Diese können nicht kreuzungsfrei sein, aber die Breite der Radschnellwege einhalten.

Wir GRÜNE wollen die Toulouser Allee zur zentralen Achse für die Express-Routen machen und Anbindungen zu den regionalen Radschnellwegen nach Duisburg, Ratingen, Wuppertal und den Süden schaffen.

Fahrradparken: Wohnquartiere und Einkaufsstraßen müssen über genügend Fahrradabstellplätze verfügen. Bis 2025 wollen wir 10% der öffentlichen PKW-Parkplätze im Innenstadtbereich in Fahrradstellplätze umwandeln. Für Altbauviertel wollen wir weitere Fahrrad-Parkhäuschen ermöglichen. Außerdem wollen wir die Nutzung von Parkhäusern für das Abstellen von Fahrrädern prüfen. Wir wollen die Zahl der Abstellanlagen an Bildungseinrichtungen und öffentlichen Gebäuden stark erhöhen, konkret: an 20 Schulen pro Jahr nachrüsten.

Die Radinfrastruktur am Hauptbahnhof muss deutlich verbessert werden, damit dieser als Fahrrad-Hub fungieren kann. Dazu gehören ein radfreundlicher Bahnhofsvorplatz mit Fahrradparkhaus und eine bessere Ost-West-Verbindung. Weitere neue Radstationen werden wir in Bilk, Benrath und am Flughafen-Bahnhof einrichten.

Die Vielfalt an Fahrrädern soll immer mitbedacht werden, damit Abstelleinrichtungen beispielsweise auch für Lastenräder geeignet sind.

Neue städtische Tochter BauRad

Der Radwegeausbau und die Umsetzung des Radhauptnetzes stocken. Das wollen wir mit einer neuen städtischen Tochterfirma BauRad ändern – eine Struktur, mit der wir im Schulbau sehr gute Erfahrungen gemacht haben. BauRad soll Fahrradinfrastruktur schneller planen und umsetzen. Zielmarke sind pro Jahr 20 % des geplanten Radhauptnetzes. Auch die Radschnellwege sollte BauRad übernehmen und in einem zweiten Schritt könnten die Bezirksradnetze und die Sofortmaßnahmen bei Mängelmeldungen folgen. Alle Maßnahmen sollen transparent kommuniziert werden.

Steuerung: Radverkehrsmaßnahmen sollen durch eine Kleine Kommission aus Politik und Verwaltung unter Beteiligung von ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club e.V.) und VCD (Verkehrsclub Deutschland e.V.) beraten, priorisiert und begleitet werden. Ferner soll auch eine Einbindung in die Unfallkommission stattfinden. Die Beteiligung der Bürger*innen soll weitergeführt und ausgebaut werden.

Lastenradförderung: Die vielfältigen neuen Lastenradmodelle erweitern die Möglichkeiten des Radverkehrs immens. Wir wollen diese Potenziale mit einer kommunalen Förderung von 30 % für den privaten und gewerblichen Kauf von Elektro- und konventionellen Lastenrädern heben und Menschen damit den Verzicht auf das Auto erleichtern. Gemeinnützige Vereine möchten wir bei der Anschaffung von Lastenrädern zusätzlich unterstützen.

Radaffine Verwaltung: In allen Ämtern und Dienststellen soll das Bewusstsein für die Rolle des Radverkehrs weiter geschärft werden, um bei allen Baustellen und Bauvorhaben wie z.B. bei einem Ausbau der Fernwärmeleitungen eine Verbesserung für den Fahrradverkehr mitzuplanen. Außerdem wollen wir flächendeckend sichere Fahrradstellplätze, ein Dienstradangebot, Umkleiden und Duschen an allen Verwaltungsstandorten.

Radtourismus, Orientierung, Kommunikation: Zur besseren Orientierung für Radfahrende wollen wir das niederländische Knotenpunkt-Leitsystem übernehmen. Zur Stärkung des Radtourismus soll Düsseldorf Mitglied der Radregion Rheinland werden und die Aufwertung des Rheinradwegs zur ADFC-Sternroute anstreben.

Nach der gefloppten und gestoppten Radschlag-App wollen wir die digitale Kommunikation mit und für Radfahrer*innen neu starten. Neben der Navigation geht es uns auch um Feedback zum Zustand der Radinfrastruktur sowie eine Möglichkeit zur Aufgabe von Drittanzeigen. Auf Feedback soll zügig reagiert werden und Rückmeldungen müssen transparent einsehbar sein. Dafür brauchen wir keine teure Eigenentwicklung, denn wir können auf gute Lösungen zurückgreifen.

Bus und Bahn

Wir setzen uns für einen deutlichen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs ein. Wir wollen den Takt verbessern, Lücken im ÖPNV-Netz schließen und schrittweise neue Linien auf den Weg bringen. Dabei stehen wir vor der Herausforderung, dass es lange dauert bis Bahnlinien gebaut und Fahrzeuge angeschafft sind. Die notwendigen massiven Investitionen müssen wir stemmen, da eine nachhaltige Mobilität nur mit einem deutlichen Ausbau des ÖPNV gelingen kann. Dabei

orientieren wir uns an den Bedürfnissen der Bürger*innen und setzen auch auf innovative Ansätze wie On-Demand Angebote oder eine Seilbahn zur Erschließung der Bergischen Kaserne. Das Metrobus-Konzept wollen wir überarbeiten und zu einem echten Schnellbusnetz mit eigenen Linienplänen ausbauen, das Knotenpunkte schnell und komfortabel miteinander verbindet.

Wir wollen im ersten Schritt Taktverdichtungen und Verbesserungen im Fahrplan umsetzen, insbesondere den 7,5-Minuten-Takt auf den Linien U72, U75, U76, U79, 701, 705, 707 und 709. Dieser ist im aktuellen Liniennetz umsetzbar und schafft deutliche Komfortsteigerungen.

Für einen attraktiven Universitätsstandort Düsseldorf muss eine gute Anbindung an die Universität selbstverständlich sein. Die Taktung von Bahnen, die die Heinrich-Heine-Universität mit dem Hauptbahnhof und der Innenstadt verbinden, müssen insbesondere in den späten Abendstunden sowie am Wochenende erhöht werden.

In neuen Bussen und Bahnen wollen wir durch Großraumabteile mehr Platz für Rollstühle, Rollatoren und auch Kinderwagen schaffen. Im Bestand müssen mindestens die Beschilderung an den Türen und die Zugänglichkeit verbessert werden.

ÖPNV günstiger und einfacher machen: Wir wollen das Fahren mit Bus und Bahn günstiger machen, um allen Menschen eine bezahlbare, klimafreundliche und saubere Mobilität zu ermöglichen. Für unsere Ziele setzen wir uns im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) ein: Senkung der Fahrpreise um 50 % und eine deutlich einfachere Tarifstruktur im VRR. Zusätzlich muss das Sozialticket in allen Preisstufen eingeführt werden, jeweils zur Hälfte des regulären Preises. Das Schokoticket für Schüler*innen soll so erweitert werden, dass es abends und am Wochenende die Mitnahme von zwei Kindern und zwei Erwachsenen ermöglicht. Außerdem wollen wir es schrittweise kostenfrei machen.

Wir stehen der Diskussion um das 365-Euro-Ticket offen gegenüber. Wichtig ist für uns: Preissenkungen entfalten ihre volle Wirkung nur, wenn sie über die Stadtgrenzen hinaus gehen. Daher unterstützen wir das Modell des VRR, die Tarife auf zwei Zonen zu reduzieren (stadtweit/verbundweit) und die Abos auf 50 Euro je Monat in der Stadt und 80 Euro je Monat für den gesamten VRR zu reduzieren. Dafür brauchen der VRR und die Kommunen die dauerhafte Unterstützung von Bund und Land. Ferner wollen wir eine zweckgebundene Teilfinanzierung aus der Parkraumbewirtschaftung erreichen und eine Nahverkehrsabgabe für mittlere und große Unternehmen oder eine Abgabe für angebotene Mitarbeiter*innenparkplätze, wofür das Land zunächst die Voraussetzungen schaffen muss. Ohne solche Unterstützung und Finanzierungsmodelle sind die nötigen deutlichen Preissenkungen oder auch ein perspektivisch kostenloser ÖPNV nicht möglich.

Tarifbrüche an Verbundgrenzen sind ein Ärgernis, nicht nur für Pendler*innen. Deshalb brauchen wir eine landeseinheitliche Tarifgestaltung, wie es für den elektronischen Tarif - auch durch grüne Initiative - jüngst vereinbart wurde.

Fahrgastbeirat: Wir wollen bei der Rheinbahn einen Fahrgastbeirat gründen, der den Austausch und die Zusammenarbeit verbessert. Er soll sich nach Solinger Vorbild aus Fahrgästen, Vertreter*innen der Sozial-, Behinderten-, Jugend- und Fahrgastverbände, Verwaltung, Rheinbahn und Politik zusammensetzen.

Neue Stadt-/Straßenbahnlinien: Unsere Vision ist ein engmaschiges, leistungsstarkes Liniennetz aus Stadt- und Straßenbahnen. Dafür sind innerhalb der nächsten fünf Jahre die Weichen zu stellen. Beispielsweise:

- Anbindung Quellenbusch: Neue Linie von der Grafenberger Allee über Hellweg zum Bahnhof Gerresheim,
- Verlängerung der 705 über die Vennhauser Allee bis Bahnhof Gerresheim,
- Anbindung Hassels: Verlängerung U75 von Vennhauser Allee bis Bahnhof Reisholz,
- Anbindung Itter/Himmelgeist: Verlängerung U73 von Uni Ost bis zur Münchener Straße/Ickerswarder Straße,
- Erschließung Bilk-Südwest: Verbindung vom Südfriedhof über Aachener Platz zum Moorenplatz,
- Erschließung Medienhafen: Verbindung Stadttor-Erftplatz-Franziusstraße,
- Lückenschluss 707-701 zwischen Unterrath und Theodorstraße / ISS-Dome.

Regionale Mobilität: Düsseldorf ist eine Pendler*innenstadt. Wir wollen einen regionalen Mobilitätsplan zusammen mit dem Rhein-Kreis Neuss und dem Kreis Mettmann aufstellen und uns darüber hinaus in der Metropolregion Rheinland noch stärker abstimmen. Gemeinsam wollen wir Radschnellrouten und Park & Ride-Angebote in der Region realisieren und uns für deutlich mehr Investitionen in den regionalen ÖPNV einsetzen. Wichtig sind uns insbesondere bessere Takte auf den Linien RE10 (Düsseldorf – Krefeld – Kleve), S6 (Langenfeld – Düsseldorf – Ratingen) und S8 (Düsseldorf – Wuppertal) und ein systematisches Netz regionaler Schnellbusse, beispielsweise Verbindungen nach Heiligenhaus, Velbert und Wülfrath. Perspektivisch wollen wir hier eine Reaktivierung der Schienenanbindung. Ebenso wie die Reaktivierung über Lintorf nach Duisburg und die Verlängerung der S28 von Kaarst nach Viersen. Zur Verbesserung der regionalen Mobilität sollte auch die geplante U81 mit der Anbindung der linksrheinischen Stadtteile, Neuss und Meerbusch über den Rhein, Richtung Ratingen in der Planung weiter voran gebracht werden.

Die Straßen gehören den Menschen!

Wir GRÜNE wollen den Fußverkehr konsequent fördern. Gehwege müssen für die Fußgänger*innen zurückgewonnen und fehlende Gehwegabsenkungen in den Stadtteilen dringend geschaffen und von parkenden Autos freigehalten werden. Wir reduzieren Emissionen, machen die Luft gesünder, schaffen Raum für den Rad- und Fußverkehr sowie eine ÖPNV-Beschleunigung. Wir machen unsere Stadtteile und unsere Innenstadt für die Menschen lebenswerter und für den Einzelhandel attraktiver.

Wir wollen den Stadtraum neu verteilen: mehr Platz für Menschen zum Aufenthalt, Spiel, Spazieren, für Rad- und Fußverkehr, weniger für fahrende und parkende Autos. Breitere und freie Gehwege, neue Aufteilungen von mehrspurigen Straßen, geschützte Radwege, autoarme Quartiere und Innenstadt oder eine City-Maut sind mögliche Maßnahmen. Wichtig ist: Die Bedingungen müssen stimmen. So muss eine Einschränkung beim Autoverkehr mit dem Ausbau von Alternativen, wie dem Schienennetz, Schnellbussen, Fahrradinfrastruktur usw. einhergehen.

Autofreie Sonntage werden von vielen Autofahrer*innen zum Radfahren genutzt und bieten einen Anlass für tolle Stadtfeste. Wir GRÜNE wollen uns dafür einsetzen, dass auch Düsseldorfer Bürger*innen sich regelmäßig die Straßen ihrer Stadt zu eigen machen können.

Umweltspuren

Die drei Umweltspuren sind der Versuch, gerichtlich angeordnete Dieselfahrverbote abzuwenden und die Luft in Düsseldorf kurzfristig gesünder zu machen. Aktuelle Urteile und Vergleiche mit anderen Städten zeigen, dass Umweltspuren dafür grundsätzlich geeignet sind.

Die Umsetzung der dritten Umweltspur haben wir GRÜNE deutlich kritisiert. Sie hätte besser vorbereitet und kommuniziert werden müssen. Auch zusätzliche Busse, die Bewerbung von Fahrgemeinschaften und P+R-Plätzen oder die Teilnahme der Stadt als Arbeitgeberin an einer Mitfahrer-App haben wir gefordert. Stadtverwaltung und Rheinbahn haben es aber auch mehr als ein Jahr nach dem Beschluss nicht geschafft, die unterstützenden Maßnahmen umzusetzen.

Die Umweltspuren sind Verkehrsversuche! Die Kombination von Bussen, Taxen, Fahrgemeinschaften, E-Autos und Fahrradfahrer*innen auf einer Spur ist umstritten, aber einen Test wert.

Umweltspuren sind eine Möglichkeit, den Straßenraum gerechter und effizienter aufzuteilen – zugunsten des ÖPNV, des Radverkehrs und PKW mit mehreren Personen. Wo immer es im Stadtraum möglich ist, wollen wir geschützte Radwege und separate Trassen für Busse und Bahnen. Ob die drei Umweltspuren bleiben, werden wir jeweils nach einem Jahr und auf Basis ausführlicher Evaluationen entscheiden.

Parkraummanagement: Düsseldorf braucht in der Parkpolitik neue Prioritäten: mehr Carsharing, mehr Umwidmungen von Parkplätzen zu Baumstandorten, Radabstellanlagen oder Plätzen mit Bänken, angemessene Parkgebühren und stadtweite Parkraumbewirtschaftung. In den innerstädtischen Stadtbezirken 1 bis 4 wird das Anwohnerparken auf die gesamten Bezirke erweitert und zeitlich ausgeweitet. Mit Quartiersgaragen können parkende PKW zusätzlich aus dem knappen öffentlichen Raum verlagert werden. Die Einnahmen aus dem Parkraummanagement sollen der Förderung von ÖPNV-, Rad- und Fußverkehr zugutekommen.

Verkehrssicherheit: Dicht zugeparkte Wohnstraßen sind potenzielle Gefahrenstellen für Kinder. Wir wollen insbesondere die Kreuzungen und Querungen übersichtlich und einsehbar machen. Tempo 30 wollen wir perspektivisch in der gesamten Stadt zur Regelgeschwindigkeit machen - im ersten Schritt mindestens auf allen Straßen im Schulwegeverkehrsplan. In unmittelbarer Nähe der Schulen und Kitas wollen wir zu Stoßzeiten individuelle Halteverbote, um die Schulwege sicherer zu machen. Um den negativen Kreislauf der Elterntaxis zu durchbrechen, wollen wir Pilotprojekte für Kiss-and-Ride-Zonen in der Nähe von geeigneten Schulstandorten umsetzen und mehr Werbung für Projekte wie „I walk to school“ machen. Weitere Maßnahmen für sichere Schulwege wollen wir in Zusammenarbeit mit Schulen, Eltern und Schüler*innen planen. Die Jugendverkehrsschule und die Verkehrskadett*innen werden wir weiter unterstützen.

Verkehrswende und Emissionsfreiheit: Für die Verkehrswende brauchen wir ein Drittel weniger Kraftfahrzeuge, ein Drittel E-Fahrzeuge und ein Drittel Fahrzeuge mit Wasserstoffantrieb. Letzterer ist vor allem für Nutzfahrzeuge und Busse eine leistungsfähige Möglichkeit. Für die Elektromobilität ist

entscheidend, dass wir auf Ökostrom setzen. Wir brauchen ein flächendeckendes und leistungsfähigeres Netz von Ladestationen für E-Bikes und -Autos und setzen dabei auf gängige Zahlungsmittel, Preistransparenz und kostengünstige Infrastruktur. Wir wollen die Aufrüstung von Laternen zu Ladesäulen testen.

Carsharing hat das Potenzial, die Zahl der Fahrzeuge in der Stadt durch gemeinsame Nutzung deutlich zu reduzieren. Wir wollen Parkplätze für stationäres Carsharing ausweisen, insbesondere an Mobilitätsstationen, in Wohnvierteln und an zentralen Orten. Wo nötig, soll die Stadt Anschubhilfe leisten. Beim flexiblen „free floating" Carsharing wollen wir die Anbieter für größere Bediengebiete ohne Preisunterschiede gewinnen. Wir wollen die Quote von Elektroautos im Carsharing unter anderem durch Vorgaben in der Rahmenvereinbarung mit den Betreibern in den nächsten Jahren deutlich steigern.

Vernetzte Mobilität: Die Mobilität von morgen ist multimodal und intermodal. Wir wollen den nahtlosen Umstieg von einem Verkehrsmittel auf das andere leichter machen. Mobilitätsstationen, welche S-Bahn, ÖPNV, Fahrrad, Car- und Bike-Sharing verbinden, wollen wir an zahlreichen Punkten in der Stadt ermöglichen, beispielsweise: Messe, Mörsenbroicher Ei, Staufenplatz, Gerresheim S-Bahnhof, A46 Ausfahrt Eller, Südpark, Münchener Straße/Ickerswarder, Bahnhof Benrath, A46 Ausfahrt Bilk, Südfriedhof, Handweiser, Lörick und Flughafen Fernbahnhof. An den Mobilitätsstationen sollen auch Sharingangebote platziert werden - insbesondere wünschen wir uns den Ausbau des Lastenradverleihs. Mittels einer überregionalen App sollen die Möglichkeiten auch hinsichtlich der Kommunikation und Abrechnung vernetzt werden.

Mobilitätsberatung: Neben besserer Infrastruktur wollen wir auch eine qualifizierte Mobilitätsberatung etablieren, die für Privatpersonen wie für Betriebe Analysen und Beratung für die Nutzung umweltfreundlicher und vernetzter Mobilitätsangebote anbietet. Schwerpunkte sollen die Neubürger*innenberatung und die betriebliche Mobilitätsberatung in Kooperation mit der Rheinbahn und den Kammern sein, beispielsweise zu Homeoffice und der Mitfahr-App für Mitarbeiter*innen. Hier sollen eine städtische Kampagne und Gespräche mit großen Arbeitgebern zum betrieblichen Mobilitätsmanagement im Düsseldorfer Raum sinnvoll ansetzen.

Analog zum Umweltpreis soll der Düsseldorfer Mobilitätspreis eingeführt werden, bei dem innovative, saubere und klimafreundliche Mobilitätsprojekte prämiert werden, die unsere Stadt lebenswerter machen.

Flughafen: Der Flughafen ist ein wichtiger Standortfaktor für Düsseldorf und für die Region. Die bisherigen Kapazitäten sind jedoch ausreichend. Denn Wachstum und damit Lärmzunahmen sind nur für ein internationales Drehkreuz oder einen Billigflieger-Stützpunkt notwendig. Das kann jedoch bei einem Stadtflughafen nicht das Ziel sein. Der Flughafen Düsseldorf muss daher angehalten werden, mit den Flughäfen in NRW zu kooperieren. Eine solche Kooperation lastet die vorhandene Infrastruktur besser aus und reduziert die hohe Verkehrsbelastung in den Ballungsgebieten.

Fluglärm macht krank. Das geltende Nachtflugverbot muss konsequenter durchgesetzt und Ausnahmen für die Home-Base-Carrier müssen reduziert werden. Denn Fluglärm macht krank. Wir wollen tatsächliche Lärmpausen von mindestens sieben Stunden in der Nacht erreichen. Außerdem sollen die Flughafenentgelte

nach dem Hamburger Modell neu geregelt werden: wer laut ist und viel CO2 ausstößt, zahlt deutlich mehr, erst recht bei späten Landungen.

Wir wollen Flüge zu Zielen, die von Düsseldorf aus mit der Bahn in unter vier Stunden zu erreichen sind, überflüssig machen und auf die Schiene verlagern. Wir möchten, dass kommunale Politik und städtische Angestellte ab 2021 mit gutem Beispiel vorangehen und bei Dienstreisen auf solche Flüge verzichten.

Jegliche Bemühungen, die zur Reduzierung von Ultrafeinstaub führen, begrüßen wir. Der Flughafen steht in der Pflicht, Grenzwerte einzuhalten und für Luftmessungen und Transparenz zu sorgen.

10 grüne Lebensadern für Düsseldorf

Wir GRÜNE setzen uns für eine lebenswerte Stadt mit einladenden öffentlichen Plätzen und Straßen ein, in denen die Menschen sich gerne aufhalten. Zur Verkehrsreduktion und für mehr Grün in der Stadt wollen wir bis 2025 zehn „Lebensadern“ schaffen: autofreie, begrünte Straßen, die die Menschen zum Verweilen einladen und neue Chancen aus einem Umdenken von städtischem Raum für die Nachbar*innen und den Einzelhandel vor Ort ziehen.

Diese 10 „Lebensadern“ sollen begrünt, mit Sitzmöglichkeiten ausgestattet und mit dem Fahrrad befahrbar sein. So sollen Anwohner*innen in ruhiger und grüner Umgebung eingeladen werden, zusammenzukommen und sich zu treffen.

Anwohner*innen sollen ihre Straße, ihr Quartier für die „Lebensadern“ vorschlagen und bewerben können, so dass sie zu Vorboten einer von lebendiger Partizipation lebenden Verkehrswende werden, die neue Chancen und Visionen für unsere Stadt schafft. Sie werden von den Anwohner*innen nach ihren Wünschen gestaltet und können vielfältige Angebote für unterschiedliche Generationen umfassen. Mit der Idee der 10 grünen Lebensadern wird der Ruf Düsseldorfs als Gartenstadt - oder besser: Stadt der Gärten - mit seinen vor gut 100 Jahren gestalteten grünen Plätzen neu und zukunftsweisend interpretiert.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 3 Gesundheit und Wohlergehen
- 9 Industrie, Innovation und Infrastruktur
- 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden
- 13 Maßnahmen zum Klimaschutz

KW2NEU Vielfältiges starkes Düsseldorf

Gremium:	Kreisvorstand
Beschlussdatum:	05.02.2020
Tagesordnungspunkt:	2.6. Vielfältiges starkes Düsseldorf

Text

Düsseldorfer*innen sind in Benrath, Damaskus oder Tokio geboren, sprechen zu Hause rheinländisches Platt, Pott, Japanisch oder Arabisch, sie sind alt, jung und junggeblieben. Leben mit und ohne Einschränkungen, in traditionellen Familien, in Regenbogenfamilien oder als Single. Sie definieren sich als heterosexuell, lesbisch, schwul oder bisexuell, als Frau, Mann oder non-binär. Sie gehören unterschiedlichen Religionen oder keiner Religion an und haben unterschiedliche Ziele im Leben. Jede Jeck is anders, und dat is jut so.

Eine starke Gesellschaft ist solidarisch und offen

Diese Vielfalt, die unser Zusammenleben bereichert, wird immer noch und immer wieder in Frage gestellt. Menschen, die nicht dem heteronormativen, patriarchalen Bild entsprechen, werden angefeindet und bedroht. Auch in Düsseldorf werden immer wieder Menschen auf Grund ihres Alters, ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Religion oder ihrer Behinderung benachteiligt oder ausgeschlossen. Es ist Aufgabe einer modernen Politik, gegen Diskriminierung und Vorurteile aktiv zu sein.

Anspruch grüner Politik ist es geschlechtergerecht, kultursensibel, diskriminierungsfrei und inklusiv zu sein. Wir stellen uns konsequent gegen den rechtspopulistischen Rollback, der sich mit seiner menschenfeindlichen Politik auf der ganzen Welt ausbreitet. Nie waren die Errungenschaften von Emanzipation und Dekolonialisierung so sichtbar, nie waren sie so sehr in Gefahr.

„Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit seiner Würde und seiner Freiheit“

Der erste Satz des GRÜNEN Grundsatzprogramms ist auch für unsere Kommunalpolitik in Düsseldorf und für dieses Wahlprogramm ein zentrales Leitprinzip. Der Einsatz für Toleranz, Weltoffenheit und Gleichberechtigung ist für uns eine Querschnittsaufgabe, die wir in allen Bereichen bearbeiten.

Für uns GRÜNE in Düsseldorf ist dabei auch eindeutig, wer „der Mensch“ ist, der im Mittelpunkt unserer Politik steht. Es ist jeder Mensch. Angelehnt an die Politik von Leoluca Orlando, dem Bürgermeister unserer Partnerstadt Palermo, heißt das für uns: Jeder Mensch, der in Düsseldorf lebt, ist Düsseldorfer*in.

Beschluss Vielfältiges starkes Düsseldorf

Gremium:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	07.03.2020
Tagesordnungspunkt:	2.6. Vielfältiges starkes Düsseldorf

Text

Düsseldorfer*innen sind in Benrath, Damaskus oder Tokio geboren, sprechen zu Hause rheinländisches Platt, Pott, Japanisch oder Arabisch, sie sind alt, jung und junggeblieben. Leben mit und ohne Unterstützungsbedarf, in traditionellen Familien, in Regenbogenfamilien oder als Single. Sie definieren sich als heterosexuell, lesbisch, schwul oder bisexuell, als Frau, Mann oder non-binär. Sie gehören unterschiedlichen Religionen oder keiner Religion an und haben unterschiedliche Ziele im Leben. Jäde Jeck es anders, on dat es jot so.

Eine starke Gesellschaft ist solidarisch und offen

Diese Vielfalt, die unser Zusammenleben bereichert, wird immer noch und immer wieder in Frage gestellt. Düsseldorf ist eine weltoffene, liberale, kulturell reiche und innovationsbereite Stadt. Die Stadtgesellschaft ist engagiert und solidarischen, wenn es um den Zusammenhalt aller Düsseldorfer*innen und darüber hinaus geht. Trotzdem: Menschen, die nicht dem heteronormativen, patriarchalen Bild entsprechen, werden auch in Düsseldorf angefeindet und bedroht. Menschen werden auf Grund ihres Alters, ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Religion oder ihrer Behinderung benachteiligt oder ausgeschlossen. Es ist Aufgabe einer modernen Politik, gegen Diskriminierung und Vorurteile aktiv zu sein.

Anspruch grüner Politik ist es geschlechtergerecht, kultursensibel, diskriminierungsfrei und inklusiv zu sein. Wir stellen uns konsequent gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, die sich menschenverachtend, demokratiefeindlich und tödlich weltweit ausbreiten.Nie waren die Errungenschaften von Emanzipation und Dekolonialisierung so sichtbar, nie waren sie gleichzeitig so sehr in Gefahr.

„Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit seiner Würde und seiner Freiheit“

Der erste Satz des GRÜNEN Grundsatzprogramms ist auch für unsere Kommunalpolitik in Düsseldorf und für dieses Wahlprogramm ein zentrales Leitprinzip. Der Einsatz für Toleranz, Weltoffenheit und Gleichberechtigung ist für uns eine Querschnittsaufgabe, die wir in allen Bereichen bearbeiten.

Für uns GRÜNE in Düsseldorf ist dabei auch eindeutig, wer „der Mensch“ ist, der im Mittelpunkt unserer Politik steht. Es ist jeder Mensch. Angelehnt an die Politik von Leoluca Orlando, dem Bürgermeister unserer Partnerstadt Palermo, heißt das für uns: Jeder Mensch, der in Düsseldorf lebt, ist Düsseldorfer*in.

Beschluss Vielfältiges starkes Düsseldorf

Gremium:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	07.03.2020
Tagesordnungspunkt:	2.6. Vielfältiges starkes Düsseldorf

Text

Düsseldorfer*innen sind in Benrath, Damaskus oder Tokio geboren, sprechen zu Hause rheinländisches Platt, Pott, Japanisch oder Arabisch, sie sind alt, jung und junggeblieben. Leben mit und ohne Unterstützungsbedarf, in traditionellen Familien, in Regenbogenfamilien oder als Single. Sie definieren sich als heterosexuell, lesbisch, schwul oder bisexuell, als Frau, Mann oder non-binär. Sie gehören unterschiedlichen Religionen oder keiner Religion an und haben unterschiedliche Ziele im Leben. Jäde Jeck es anders, on dat es jot so.

Eine starke Gesellschaft ist solidarisch und offen

Diese Vielfalt, die unser Zusammenleben bereichert, wird immer noch und immer wieder in Frage gestellt. Düsseldorf ist eine weltoffene, liberale, kulturell reiche und innovationsbereite Stadt. Die Stadtgesellschaft ist engagiert und solidarischen, wenn es um den Zusammenhalt aller Düsseldorfer*innen und darüber hinaus geht. Trotzdem: Menschen, die nicht dem heteronormativen, patriarchalen Bild entsprechen, werden auch in Düsseldorf angefeindet und bedroht. Menschen werden auf Grund ihres Alters, ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Religion oder ihrer Behinderung benachteiligt oder ausgeschlossen. Es ist Aufgabe einer modernen Politik, gegen Diskriminierung und Vorurteile aktiv zu sein.

Anspruch grüner Politik ist es geschlechtergerecht, kultursensibel, diskriminierungsfrei und inklusiv zu sein. Wir stellen uns konsequent gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, die sich menschenverachtend, demokratiefeindlich und tödlich weltweit ausbreiten.Nie waren die Errungenschaften von Emanzipation und Dekolonialisierung so sichtbar, nie waren sie gleichzeitig so sehr in Gefahr.

„Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit seiner Würde und seiner Freiheit“

Der erste Satz des GRÜNEN Grundsatzprogramms ist auch für unsere Kommunalpolitik in Düsseldorf und für dieses Wahlprogramm ein zentrales Leitprinzip. Der Einsatz für Toleranz, Weltoffenheit und Gleichberechtigung ist für uns eine Querschnittsaufgabe, die wir in allen Bereichen bearbeiten.

Für uns GRÜNE in Düsseldorf ist dabei auch eindeutig, wer „der Mensch“ ist, der im Mittelpunkt unserer Politik steht. Es ist jeder Mensch. Angelehnt an die Politik von Leoluca Orlando, dem Bürgermeister unserer Partnerstadt Palermo, heißt das für uns: Jeder Mensch, der in Düsseldorf lebt, ist Düsseldorfer*in.

KW7 Stadtentwicklung

Gremium:	Kreisvorstand
Beschlussdatum:	05.02.2020
Tagesordnungspunkt:	2.7. Stadtentwicklung

Text

Düsseldorf wächst. Wir GRÜNE wollen dieses Wachstum gestalten und die Stadt für alteingesessene, für neue wie für zukünftige Düsseldorfer*innen als lebenswerte Stadt erhalten und das Lebenswerte an Düsseldorf weiterentwickeln. Wir sind nicht der Meinung, dass „Bauen, Bauen, Bauen", wie es der aktuelle Oberbürgermeister und die SPD propagieren, der richtige Weg ist. Ebenso wenig geeignet ist der Wunschtraum von CDU und FDP, das Wachstum der Stadt und des Wohnungsbaus zu stoppen. Wir wollen die Stadtentwicklung so gestalten, dass die Stadtgesellschaft insgesamt gewinnt und nicht, dass unterschiedliche Interessen und Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt werden.

Düsseldorf hoch 3: Grün, Mobilität, Neubau

GRÜNE denken die Entwicklung von Düsseldorf integrativ: Mobilität, Freiraum sowie Bauflächen für Wohnen, Industrie und Gewerbe können und müssen gemeinsam gelöst werden. Unsere Ziele sind

- ein klimaangepasstes und grünes Düsseldorf, das auf heiße und trockene Sommer ebenso wie auf Starkregen und andere Wetterextreme vorbereitet ist,
- ein bezahlbares Düsseldorf, das Wohnraum für alle Einkommensgruppen schafft und erhält,
- ein mobiles Düsseldorf, das durch eine erfolgreiche Verkehrswende Mobilität sichert und aus dem Straßenraum wieder lebendigen Stadtraum macht,
- ein Düsseldorf der kurzen Wege, in dem die Stadtteile und Quartiere im Mittelpunkt stehen und
- ein gemischtes Düsseldorf, das Arbeiten, Wohnen und Freizeit nicht räumlich trennt, sondern im Quartier mischt.

Wachsen kann Düsseldorf zum überwiegenden Teil nur im Siedlungsbestand. Die Außenräume erfüllen vielfältige Anforderungen, insbesondere als klimatische Ausgleichsflächen und Frischluftschneisen, die wir schützen müssen. Damit das

Wachstum im Bestand gelingt, wollen wir innovative und mutige Ansätze zur Nachverdichtung nutzen.

- Nutzungen stapeln: Parkplätze können überbaut werden, über eingeschossigen Supermärkten sind Wohnungen möglich und vieles mehr.

- Auf die Dächer: Gärten, Freiflächen, Spiel- und Sportflächen sind auf vielen Flachdächern möglich und schaffen neue Freiräume und Nachbarschaftstreffs.

- Kompakt und clever: Eine intelligente dichte Bebauung ermöglicht vielfältige private, halböffentliche und öffentliche Räume – im Neubau, aber insbesondere auch bei der Nachverdichtung von Wohngebieten und Gewerbegebieten.

- Urbane Gebiete: Mit den im Planungsrecht neu definierten urbanen Gebieten können Gewerbegebiete zu gemischten Quartieren weiterentwickelt werden.

Jede Entwicklung, jedes Projekt muss der Stadt und dem Quartier mehrfachen Nutzen bringen. Grünes Ziel ist eine Stadtentwicklung hoch 3, bei der Bauprojekte nicht nur neue bezahlbare Wohnungen und Gewerbeflächen bringen, sondern auch mehr Grün und eine Verbesserung der Mobilität. Mehr Grün, beispielsweise durch neue öffentlich zugängliche Grün- und Spielflächen und durch die Begrünung von Dächern, Fassaden und Straßenräumen. Mehr bezahlbaren Wohnraum durch ein überarbeitetes Handlungskonzept Wohnen. Bessere Mobilität durch eine Planung, bei der Fuß- und Radwege, sowie neue ÖPNV-Verbindungen und Mobilitätsstationen im Mittelpunkt stehen.

Diesen Mehrwert für die Stadtentwicklung müssen wir gemeinsam mit den Eigentümer*innen, Entwickler*innen und Investor*innen erarbeiten, gegebenenfalls aber auch mit den Instrumenten der Baugesetzgebung gegen sie durchsetzen. Denn die absurden Spekulationsgewinne – beispielsweise mit dem Grundstück der ehemaligen Glashütte in Gerresheim – zeigen, dass der Immobilienmarkt entgrenzt ist. Für einige Akteur*innen ist unsere Stadt lediglich ein Spielfeld, auf dem irrationale Profite gewonnen werden können. Wir wollen den Mehrwert für die Quartiere und die Menschen wieder in den Vordergrund holen. Der Hebel dafür ist das Baurecht, das nur die Stadt schaffen kann.

GRÜN wirkt:

Grundsätzlich: Das „Raumwerk D“ ermöglicht allen Bürger*innen, ganz grundsätzlich über die Stadtentwicklung und die Zukunftsvision für Düsseldorf zu diskutieren – gemeinsam mit Expert*innen und eng verknüpft mit dem „Mobilitätsplan D“.

Offen: Wir haben eine neue Beteiligungskultur angestoßen. Sowohl bei den grundsätzlichen Themen als auch bei den einzelnen Projekten gibt es eine frühzeitige und intensive Beteiligung der Bürger*innen.

Qualifiziert: Beim „Raumwerk D“, beim „Blau-Grünen-Ring“, dem Hochhausbeirat und den verstärkt eingesetzten Wettbewerben setzen wir auf die Expertise von Architekt*innen, Stadt-, Verkehrs- und Freiraumplaner*innen.

Wohnen: Das Handlungskonzept Wohnen haben wir weiterentwickelt. Auf städtischen Grundstücken für den Wohnungsbau werden nur noch bezahlbare Wohnungen gebaut. (mehr zur grünen Wohnungspolitik ab Seite XY)

Nachhaltig: Wir haben die ökologischen Vorgaben im Rahmen der Bebauungspläne verbessert, beispielsweise zum Schutz der Frischluftschneisen und für den Erhalt von Bäumen. Die Standards für Baumpflanzung, Dach- und Fassadenbegrünungen haben wir erhöht, die Zahl der PKW Stellplätze bei Neubauten – zugunsten von mehr Fahrradstellplätzen – reduziert.

Im Quartier: Mit dem Rahmenkonzept zur integrierten Quartiersentwicklung haben wir eine wichtige Basis geschaffen, um wirksame Projekte für die jeweiligen Herausforderungen in den Düsseldorfer Quartieren zu entwickeln. In mehreren Stadtteilen haben wir bereits vorhandene Projekte fortgeführt (z. B. Rath und Wersten) und neue gestartet (z. B. Garath).

GRÜN denkt weiter

Unser Leitbild ist eine sozial- und umweltgerechte Stadtentwicklung, die den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verfolgt.

Grundlage der Planung stärken: Das „Raumwerk D“ mit dem „Mobilitätsplan D“ wollen wir weiterführen und zur Basis des städtischen Handelns werden lassen. Gemeinsam mit Bürger*innen und Expert*innen wollen wir die Umsetzung und Wirkung überprüfen und die Konzepte bei Bedarf nachjustieren.

Strukturierte Prozesse: Die Planungen einzelner Projekte ist oft von den Interessen der jeweiligen Eigentümer*innen und Investor*innen abhängig. Wir wollen von der Planung für einzelne Grundstücke hin zu mehr strukturierten Prozessen, die das gesamte Quartier und die Bedürfnisse der Stadtgesellschaft und Nutzer*innen bearbeiten.

Dem Klimawandel anpassen: Stadtplanung muss noch stärker auf die Herausforderungen des Klimawandels antworten. Unser Ziel ist eine grünere Stadt, die kommende Hitzesommer abkühlt, und eine „Schwammstadt“, die Starkregen und andere Extremwetter meistern kann. Zu den Grundlagen gehören eine aktualisierte Klimaanalyse (auch „Planungshinweiskarte“) sowie die Bodenfunktionskarte. Zu den Instrumenten gehören intensiv begrünte Dächer und Fassaden, Wasserflächen, begrünte Straßenräume und Vorgärten, die Entsiegelung und Begrünung von Plätzen und ein grünes Wegenetz sowie öffentliche Wasserspender. Für die Koordination setzen wir uns für eine*n Klimaanpassungsbeauftragte*r bei der Stadt ein (Hier Verweis auf Kapitel Grün und Klimaanpassung)

Klimaszenarien bewerten: Wir wollen bei Planungsvorhaben zukünftig die Klimaszenarien und die Auswirkung auf Menschen, Gebäude und städtische Infrastruktur schon in den frühen Planungsschritten berechnen lassen und bewerten, beispielsweise mit der „Greenpass-Methode“ oder vergleichbaren Instrumenten.

Klimaneutral planen: Ab dem ersten Planungsschritt für Neubau oder Nachverdichtung muss das Ziel sein, das Quartier klimaneutral zu machen, also mit netto Nullemissionen. Nur so können entsprechende Ansätze zu Energie- und Mobilitätskonzepten, Baustruktur und Baumaterialien in den Planungsverfahren gesichert werden. (Hier Verweis auf Kapitel Klimaschutz)

Neue bezahlbare Wohnungen schaffen: Bei der Entwicklung neuer Baugebiete profitieren die Eigentümer*innen und Investor*innen davon, dass die Grundstücke durch neues Baurecht enorm im Wert steigen. Wir wollen einen wesentlichen Teil dieses Planungsgewinns konsequent für die Stadtgesellschaft abschöpfen und einsetzen.

Das Handlungskonzept Wohnen wollen wir GRÜNE für mehr bezahlbare Wohnungen im Neubau weiter verschärfen. Als neues Instrument wollen wir, dass wahlweise ein Teil der zukünftigen Wohnbauflächen an die Stadt abgetreten wird („Münsteraner Modell", alternativ zur Vorgabe von Quoten für geförderte und preisgedämpfte Wohnungen). Dies würde einerseits die spekulativen Weiterverkäufe bremsen und andererseits die städtische Bodenvorratspolitik stärken.

Vorhandene bezahlbare Wohnungen sichern: Noch wichtiger als der Neubau sind die über 300.000 vorhandenen Wohnungen in Düsseldorf. Hier im Wohnungsbestand müssen wir alle planungsrechtlichen Mittel nutzen, um die vorhandenen noch bezahlbaren Wohnungen vor Spekulanten und Profitjägern zu sichern. (mehr zur grünen Wohnungspolitik ab Seite XY)

Die menschengerechte Stadt: Der Umbau der autogerechten Stadt zu einer menschengerechten Stadt ist auch für die Stadtplanung eine Herausforderung. Wir wollen die Straßenräume wieder zu Lebensräumen machen, indem Quartiere autoarm oder autofrei geplant bzw. umgeplant werden.

Planung mit Kinderaugen: Für eine zukunftsfeste und menschengerechte Stadt sind Kinder die vielleicht wichtigsten Ideengeber*innen. Wir wollen Kinder und Jugendliche noch stärker einbeziehen – sowohl bei grundsätzlichen Planungen als auch bei konkreten Bauvorhaben.

Arbeiten in der Stadt: In der Stadtplanung müssen auch Handwerk, Industrie- und produzierende („laute") Gewerbegebiete berücksichtigt werden. Wir GRÜNEN stehen zum Konzept der „Kernzonen". Industrie und Handwerk werden wir vor dem oft dominierenden Bürobau schützen. Auch gegenüber dem Wohnungsbau setzen wir uns für eine nachhaltige und sinnvolle Abwägung ein.

Kultur in der Stadt: Wachstum und Nachverdichtung verursachen oft auch Druck auf Kulturorte oder verdrängen sie komplett wie zuletzt bei der „Brause" und der „Botschaft". Wir setzen uns dafür ein, dass Räume der Kultur – von der Musik- und Clubkultur über Ateliers bis zur freien Szene und Off-Szene – strukturell in der Stadtentwicklung mitgedacht werden. Damit können vorhandene Räume geschützt und im Rahmen von Planungsprojekte auch neue Räume geschaffen werden.

Regional planen: Nur gemeinsam mit den Städten und Kreisen im Rheinland können wir das Düsseldorfer Wachstum gestalten. Wir GRÜNE wollen dabei nicht einzelne Probleme auf die Region abwälzen, sondern gemeinsam und integrativ die Herausforderungen angehen. Dazu gehören neben einem regionalen Flächennutzungsplan insbesondere ein gemeinsamer Mobilitätsplan und eine echte Kooperation in der Wirtschaftsförderung.

Hoch hinaus? Wir GRÜNE sind offen für Hochhausplanungen. Sie müssen aber wie alle anderen Projekte auch konkreten Nutzen für das Quartier und die Stadt haben. Dazu gehört, dass die Quoten öffentlich geförderter und preisgedämpfter Wohnungen erfüllt werden müssen. Dazu gehört auch, dass Maßnahmen für den ÖPNV, den Fuß- und Radverkehr mitfinanziert und realisiert werden, um die zusätzlichen

Verkehre nachhaltig zu lenken. Für eine hohe Qualität der Architektur, des Städtebaus und der Freiraumplanung stärken wir den Hochhausbeirat.

Baukultur schützen und schaffen: Zum Schutz von prägenden Gebäuden und städtebaulichen Bereichen wollen wir GRÜNE den Denkmalschutz aktiv und präventiv einsetzen. Der Verlust der ehemaligen „Brause“ trotz laufendem Prüfverfahren zeigt, dass wir die Baukultur notfalls auch gegen Eigentümer*innen und Investor*innen durchsetzen müssen. Für neue Bauprojekte von städtebaulicher Relevanz wollen wir einen beratenden, mit Expert*innen besetzten Gestaltungsbeirat schaffen.

Bei der Neugestaltung des Konrad-Adenauer-Platzes streiten wir weiter für den Erhalt möglichst vieler Bäume, für ein echtes Fahrradparkhaus mit mehr als 1.500 Stellplätzen und für mehr Aufenthaltsqualität statt Autoparkplätzen.

Eine neue Verkehrsplanung am Heinrich-Heine-Platz ohne Durchgangsverkehr zur Elisabethstraße begrüßen wir. Die vom Eigentümer des Carsch-Hauses gewünschte offene Treppe zum Untergeschoss sehen wir sehr kritisch. Die vorhandenen alten Bäume müssen erhalten werden.

Für das mögliche Openair-Gelände auf den Messeparkplätzen haben wir GRÜNE die Hau-Ruck-Planung gestoppt und ein transparentes Verfahren mit Beteiligung der Bürger*innen durchgesetzt. Nur wenn die Vorgaben des Natur- und des Artenschutzrechtes sowie die Belange des Lärmschutzes strikt berücksichtigt, die Zahl der Baumfällungen auf maximal 60 reduziert werden kann und der Ausgleich über das Stadtbaumkonzept mit 1.000 zusätzlichen neuen Bäumen weitergeht, stimmen wir zu.

Beim Neubau des Technischen Rathauses wollen wir ein echtes Vorbild schaffen: moderne und gesunde Arbeitsplätze für die Mitarbeiter*innen, grün und begrünt für das Stadtklima im Quartier, klimaneutral, wiederverwertbar im Sinne des „Cradle to Cradle“ Prinzips.

Stadtverwaltung stärken: Für die Gestaltung des Wachstums und die beschriebenen Aufgaben braucht die Stadt eine starke Fachverwaltung. Wir wollen die notwendigen Stellen schaffen und die Gewinnung von neuen qualifizierten Mitarbeiter*innen unterstützen (Hier Verweis auf das Kapitel Düsseldorf gut regiert).

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 9 Industrie, Innovation und Infrastruktur
- 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden
- 13 Massnahmen zum Klimaschutz

Beschluss Stadtentwicklung

Gremium:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	07.03.2020
Tagesordnungspunkt:	2.7. Stadtentwicklung

Text

Düsseldorf wächst. Wir GRÜNE wollen dieses Wachstum gestalten und die Stadt für alteingesessene, für neue wie für zukünftige Düsseldorfer*innen als lebenswerte Stadt erhalten und das Lebenswerte an Düsseldorf weiterentwickeln. Wir sind nicht der Meinung, dass „Bauen, Bauen, Bauen", wie es der aktuelle Oberbürgermeister und die SPD propagieren, der richtige Weg ist. Ebenso wenig geeignet ist der Wunschtraum von CDU und FDP, das Wachstum der Stadt und des Wohnungsbaus zu stoppen. Wir wollen die Stadtentwicklung so gestalten, dass die Stadtgesellschaft insgesamt gewinnt und nicht, dass unterschiedliche Interessen und Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt werden.

Düsseldorf hoch 3: Grün, Mobilität, Neubau

GRÜNE denken die Entwicklung von Düsseldorf integrativ: Mobilität, Freiraum sowie Bauflächen für Wohnen, Industrie und Gewerbe können und müssen gemeinsam gelöst werden. Unsere Ziele sind

- ein klimaangepasstes und grünes Düsseldorf, das auf heiße und trockene Sommer ebenso wie auf Starkregen und andere Wetterextreme vorbereitet ist,
- ein bezahlbares Düsseldorf, das Wohnraum für alle Einkommensgruppen schafft und erhält,
- ein mobiles Düsseldorf, das durch eine erfolgreiche Verkehrswende Mobilität sichert und aus dem Straßenraum wieder lebendigen Stadtraum macht,
- ein Düsseldorf der kurzen Wege, in dem die Stadtteile und Quartiere im Mittelpunkt stehen und
- ein gemischtes Düsseldorf, das Arbeiten, Wohnen und Freizeit nicht räumlich trennt, sondern im Quartier mischt.

Wachsen kann Düsseldorf zum überwiegenden Teil nur im Siedlungsbestand. Die Außenräume erfüllen vielfältige Anforderungen, insbesondere als klimatische Ausgleichsflächen und Frischluftschneisen, die wir schützen müssen. Damit das

Wachstum im Bestand gelingt, wollen wir innovative und mutige Ansätze zur Nachverdichtung nutzen.

- Nutzungen stapeln: Parkplätze können überbaut werden, über eingeschossigen Supermärkten sind Wohnungen möglich und vieles mehr.

- Auf die Dächer: Gärten, Freiflächen, Spiel- und Sportflächen sind auf vielen Flachdächern möglich und schaffen neue Freiräume und Nachbarschaftstreffs.

- Kompakt und clever: Eine intelligente dichte Bebauung ermöglicht vielfältige private, halböffentliche und öffentliche Räume – im Neubau, aber insbesondere auch bei der Nachverdichtung von Wohngebieten und Gewerbegebieten.

- Urbane Gebiete: Mit den im Planungsrecht neu definierten urbanen Gebieten können Gewerbegebiete zu gemischten Quartieren weiterentwickelt werden.

Jede Entwicklung, jedes Projekt muss der Stadt und dem Quartier mehrfachen Nutzen bringen. Grünes Ziel ist eine Stadtentwicklung hoch 3, bei der Bauprojekte nicht nur neue bezahlbare Wohnungen und Gewerbeflächen bringen, sondern auch mehr Grün und eine Verbesserung der Mobilität. Mehr Grün, beispielsweise durch neue öffentlich zugängliche Grün- und Spielflächen und durch die Begrünung von Dächern, Fassaden und Straßenräumen. Mehr bezahlbaren Wohnraum durch ein überarbeitetes Handlungskonzept Wohnen. Bessere Mobilität durch eine Planung, bei der Fuß- und Radwege, sowie neue ÖPNV-Verbindungen und Mobilitätsstationen im Mittelpunkt stehen.

Diesen Mehrwert für die Stadtentwicklung müssen wir gemeinsam mit den Eigentümer*innen, Entwickler*innen und Investor*innen erarbeiten, gegebenenfalls aber auch mit den Instrumenten der Baugesetzgebung gegen sie durchsetzen. Denn die absurden Spekulationsgewinne – beispielsweise mit dem Grundstück der ehemaligen Glashütte in Gerresheim – zeigen, dass der Immobilienmarkt entgrenzt ist. Für einige Akteur*innen ist unsere Stadt lediglich ein Spielfeld, auf dem irrationale Profite gewonnen werden können. Wir wollen den Mehrwert für die Quartiere und die Menschen wieder in den Vordergrund holen. Der Hebel dafür ist das Baurecht, das nur die Stadt schaffen kann.

GRÜN wirkt:

Grundsätzlich: Das Projekt „Raumwerk D“ ermöglicht allen Bürger*innen ganz grundsätzlich über die Stadtentwicklung und die Zukunftsvision für Düsseldorf zu diskutieren – gemeinsam mit Expert*innen und eng verknüpft mit dem „Mobilitätsplan D“.

Offen: Wir haben eine neue Beteiligungskultur angestoßen. Sowohl bei den grundsätzlichen Themen als auch bei den einzelnen Projekten gibt es eine frühzeitige und intensive Beteiligung der Bürger*innen.

Qualifiziert: Beim „Raumwerk D“, beim „Blau-Grünen-Ring“, dem Hochhausbeirat und den verstärkt eingesetzten Wettbewerben setzen wir auf die Expertise von Architekt*innen, Stadt-, Verkehrs- und Freiraumplaner*innen.

Wohnen: Das Handlungskonzept Wohnen haben wir weiterentwickelt. Auf städtischen Grundstücken für den Wohnungsbau werden nur noch bezahlbare Wohnungen gebaut. (mehr zur grünen Wohnungspolitik ab Seite XY)

Nachhaltig: Wir haben die ökologischen Vorgaben im Rahmen der Bebauungspläne verbessert, beispielsweise zum Schutz der Frischluftschneisen und für den Erhalt von Bäumen. Die Standards für Baumpflanzung, Dach- und Fassadenbegrünungen haben wir erhöht, die Zahl der PKW Stellplätze bei Neubauten – zugunsten von mehr Fahrradstellplätzen – reduziert.

Im Quartier: Mit dem Rahmenkonzept zur integrierten Quartiersentwicklung haben wir eine wichtige Basis geschaffen, um wirksame Projekte für die jeweiligen Herausforderungen in den Düsseldorfer Quartieren zu entwickeln. In mehreren Stadtteilen haben wir bereits vorhandene Projekte fortgeführt (z. B. Rath und Wersten) und neue gestartet (z. B. Garath).

GRÜN denkt weiter

Unser Leitbild ist eine sozial- und umweltgerechte Stadtentwicklung, die den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verfolgt.

Grundlage der Planung stärken: Das „Raumwerk D“ mit dem „Mobilitätsplan D“ wollen wir weiterführen und zur Basis des städtischen Handelns werden lassen. Gemeinsam mit Bürger*innen und Expert*innen wollen wir die Umsetzung und Wirkung überprüfen und die Konzepte bei Bedarf nachjustieren.

Strukturierte Prozesse: Die Planungen einzelner Projekte ist oft von den Interessen der jeweiligen Eigentümer*innen und Investor*innen abhängig. Wir wollen von der Planung für einzelne Grundstücke hin zu mehr strukturierten Prozessen, die das gesamte Quartier und die Bedürfnisse der Stadtgesellschaft und Nutzer*innen bearbeiten.

Dem Klimawandel anpassen: Stadtplanung muss noch stärker auf die Herausforderungen des Klimawandels antworten. Unser Ziel ist eine grünere Stadt, die kommende Hitzesommer abkühlt, und eine „Schwammstadt“, die Starkregen und andere Extremwetter meistern kann. Zu den Grundlagen gehören eine aktualisierte Klimaanalyse (auch „Planungshinweiskarte“) sowie die Bodenfunktionskarte. Zu den Instrumenten gehören intensiv begrünte Dächer und Fassaden, Wasserflächen, begrünte Straßenräume und Vorgärten, die Entsiegelung und Begrünung von Plätzen und ein grünes Wegenetz sowie öffentliche Wasserspender. Für die Koordination setzen wir uns für eine*n Klimaanpassungsbeauftragte*r bei der Stadt ein (Hier Verweis auf Kapitel Grün und Klimaanpassung).

Klimaszenarien bewerten: Wir wollen bei Planungsvorhaben zukünftig die Klimaszenarien und die Auswirkung auf Menschen, Gebäude und städtische Infrastruktur schon in den frühen Planungsschritten berechnen lassen und bewerten, beispielsweise mit der GREENPASS®-Methode oder vergleichbaren Instrumenten.

Klimaneutral planen: Ab dem ersten Planungsschritt für Neubau oder Nachverdichtung muss das Ziel sein, das Quartier klimaneutral zu machen, also mit netto Nullemissionen. Nur so können entsprechende Ansätze zu Energie- und Mobilitätskonzepten, Baustruktur und Baumaterialien in den Planungsverfahren gesichert werden. (Hier Verweis auf Kapitel Klimaschutz)

Neue bezahlbare Wohnungen schaffen: Bei der Entwicklung neuer Baugebiete profitieren die Eigentümer*innen und Investor*innen davon, dass die Grundstücke durch neues Baurecht enorm im Wert steigen. Wir wollen einen wesentlichen Teil dieses Planungsgewinns konsequent für die Stadtgesellschaft abschöpfen und einsetzen.

Das Handlungskonzept Wohnen wollen wir GRÜNE für mehr bezahlbare Wohnungen im Neubau weiter verschärfen. Als neues Instrument wollen wir, dass wahlweise ein Teil der zukünftigen Wohnbauflächen an die Stadt abgetreten wird („Münsteraner Modell", alternativ zur Vorgabe von Quoten für geförderte und preisgedämpfte Wohnungen). Dies würde einerseits die spekulativen Weiterverkäufe bremsen und andererseits die städtische Bodenvorratspolitik stärken.

Vorhandene bezahlbare Wohnungen sichern: Noch wichtiger als der Neubau sind die über 300.000 vorhandenen Wohnungen in Düsseldorf. Hier im Wohnungsbestand müssen wir alle planungsrechtlichen Mittel nutzen, um die vorhandenen noch bezahlbaren Wohnungen vor Spekulanten und Profitjägern zu sichern. (mehr zur grünen Wohnungspolitik ab Seite XY)

Die menschengerechte Stadt: Der Umbau der autogerechten Stadt zu einer menschengerechten Stadt ist auch für die Stadtplanung eine Herausforderung. Wir wollen die Straßenräume wieder zu Lebensräumen machen, indem Quartiere autoarm oder autofrei geplant bzw. umgeplant werden.

Planung mit Kinderaugen: Für eine zukunftsfeste und menschengerechte Stadt sind Kinder die vielleicht wichtigsten Ideengeber*innen. Wir wollen Kinder und Jugendliche noch stärker einbeziehen – sowohl bei grundsätzlichen Planungen als auch bei konkreten Bauvorhaben. Leben im Alter: heißt nicht nur Barrierefreiheit im Quartier, sondern bedeutet auch das Einplanen und Bereitstellen von Grundstücken und nutzbaren Räumen, um genügend altersgerechte Wohnungen, Pflegewohnungen und ggf. auch Pflegeheime zu ermöglichen.

Arbeiten in der Stadt: In der Stadtplanung müssen auch Handwerk, Industrie- und produzierende („laute") Gewerbegebiete berücksichtigt und weiterentwickelt werden. Wir GRÜNE stehen zum Konzept der „Kernzonen". Industrie und Handwerk werden wir vor dem oft dominierenden Bürobau schützen. Auch gegenüber dem Wohnungsbau wägen wir nachhaltig und sinnvoll ab. Wir setzen uns für "laute" Flächen mit einem Mix aus Handwerk, Produktion, Kreativen, Gründer*innen, Probe-, und Veranstaltungsräumen ein.

Kultur in der Stadt: Wachstum und Nachverdichtung verursachen oft auch Druck auf Kulturorte oder verdrängen sie komplett wie zuletzt bei der „Brause" und der „Botschaft". Wir setzen uns dafür ein, dass Räume der Kultur – von der Musik- und Clubkultur über Ateliers bis zur freien Szene und Off-Szene – strukturell in der Stadtentwicklung mitgedacht werden. Damit können vorhandene Räume geschützt und im Rahmen von Planungsprojekten auch neue Räume geschaffen werden. Schutz und Erhalt des Hofgartens als erster deutscher Bürgerpark, zentrale Grünfläche und Denkmal stehen für uns nicht zur Disposition.

Regional planen: Nur gemeinsam mit den Städten und Kreisen im Rheinland können wir das Düsseldorfer Wachstum gestalten. Wir GRÜNE wollen dabei nicht einzelne Probleme auf die Region abwälzen, sondern gemeinsam und integrativ die Herausforderungen angehen. Dazu gehören neben einem regionalen

Flächennutzungsplan insbesondere ein gemeinsamer Mobilitätsplan und eine echte Kooperation in der Wirtschaftsförderung.

Hoch hinaus? Wir GRÜNE sind offen für Hochhausplanungen. Sie müssen aber wie alle anderen Projekte auch konkreten Nutzen für das Quartier und die Stadt haben. Dazu gehört, dass die Quoten öffentlich geförderter und preisgedämpfter Wohnungen erfüllt werden müssen. Dazu gehört auch, dass Maßnahmen für den ÖPNV, den Fuß- und Radverkehr mitfinanziert und realisiert werden, um die zusätzlichen Verkehre nachhaltig zu lenken. Für eine hohe Qualität der Architektur, des Städtebaus und der Freiraumplanung stärken wir den Hochhausbeirat.

Baukultur schützen und schaffen: Zum Schutz von prägenden Gebäuden und städtebaulichen Bereichen wollen wir GRÜNE den Denkmalschutz aktiv und präventiv einsetzen. Der Verlust der ehemaligen „Brause“ trotz laufendem Prüfverfahren zeigt, dass wir die Baukultur notfalls auch gegen Eigentümer*innen und Investor*innen durchsetzen müssen. Für neue Bauprojekte von städtebaulicher Relevanz wollen wir einen beratenden, mit Expert*innen besetzten Gestaltungsbeirat schaffen.

Bei der Neugestaltung des Konrad-Adenauer-Platzes streiten wir weiter für den Erhalt möglichst vieler Bäume, für ein echtes Fahrradparkhaus mit mehr als 1.500 Stellplätzen und für mehr Aufenthaltsqualität statt Autoparkplätzen.

Eine neue Verkehrsplanung am Heinrich-Heine-Platz ohne Durchgangsverkehr zur Elisabethstraße begrüßen wir. Die vom Eigentümer des Carsch-Hauses gewünschte offene Treppe zum Untergeschoss sehen wir sehr kritisch. Die vorhandenen alten Bäume müssen erhalten werden. Der Platz muss in seiner Gänze öffentlich bleiben.

Mit der Umgestaltung des Belsenplatzes und der anschliessenden Luegallee werden wir darstellen, wie sich die autogerechtem Stadt in die menschengerechten Stadt entwickeln kann, in dem wir mehr Flächen an Fussgänger*innen und Radfahrer*innen und zum Verweilen einplanen werden.

Für die mögliche Herstellung eines Openair-Geländes auf dem Messeparkplatz P1 haben wir GRÜNE die Hauruck-Planung für ein einzelnes Konzert gestoppt und ein transparentes Verfahren mit einer umfassenden Beteiligung der Bürger*innen durchgesetzt. Nur wenn die Vorgaben des gesetzlich verankerten Natur- und Artenschutzes sowie die Belange des Lärmschutzes strikt berücksichtigt, die Zahl der Baumfällungen auf das absolut unumgängliche Maß (max. 60) reduziert und der Ausgleich über das Stadtbaumkonzept mit 1.000 zusätzlichen neuen Bäumen weitergeht, stimmen wir zu.

Beim Neubau des Technischen Rathauses wollen wir ein echtes Vorbild schaffen: moderne und gesunde Arbeitsplätze für die Mitarbeiter*innen, grün und begrünt für das Stadtklima im Quartier, klimaneutral, wiederverwertbar im Sinne des „Cradle to Cradle“ Prinzips. Alle städtischen Neubauten sollen grundsätzlich so geplant werden, dass sie ohne fossile Energieträger auskommen.

Stadtverwaltung stärken: Für die Gestaltung des Wachstums und die beschriebenen Aufgaben braucht die Stadt eine starke Fachverwaltung. Wir wollen die notwendigen Stellen schaffen und die Gewinnung von neuen qualifizierten Mitarbeiter*innen unterstützen (Hier Verweis auf das Kapitel Düsseldorf gut regiert).

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 9 Industrie, Innovation und Infrastruktur
- 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden
- 13 Maßnahmen zum Klimaschutz

KW8 Wohnen

Gremium:	Kreisvorstand
Beschlussdatum:	05.02.2020
Tagesordnungspunkt:	2.8. Wohnen

Text

Wohnen ist die zentrale soziale Gerechtigkeitsfrage in allen deutschen Großstädten. Auch in Düsseldorf ist der Wohnungsmarkt im unteren und mittleren Preissegment extrem angespannt. Die Sicherung und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sind zwei unserer wichtigsten Aufgaben. Wir GRÜNE setzen uns für eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik ein, die sowohl soziale als auch ökologische Aspekte im Fokus hat. In einer Wohnung zu leben, die bezahlbar ist, die lebenswert ist und die genug Platz bietet, verstehen wir als Grundrecht. Niemand in Düsseldorf soll mit der Sorge leben müssen, keinen Wohnraum zu finden oder gar seine bestehende Wohnung zu verlieren. Gleichzeitig wollen wir ökologische Standards garantieren. Bei der Schaffung von neuem Wohnraum wollen wir Grün- und Freiflächen erhalten und eine hohe Lebensqualität für alle Düsseldorfer*innen sichern.

Der rasante Anstieg der Mieten und Wohneigentumspreise ist nur zum Teil durch die wachsenden Bevölkerung in unserer Stadt zu erklären. Gründe sind im Wohnungsbestand vor allem aggressive Mieterhöhungen der börsennotierten und kapitalmarktgesteuerten Wohnungsunternehmen. Im Neubau ist insbesondere die Spekulation mit Bauland dafür verantwortlich, dass ein Großteil der neuen Wohnungen am Bedarf vorbei geht.

Darüber hinaus sind die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit auf Bundesebene, die Privatisierung von landeseigenen Wohnungsbeständen und der jahrzehntelange Rückzug von Bund, Land und Kommunen aus dem sozialen Wohnungsbau wesentliche Ursachen für den fehlenden preisgünstigen Wohnraum im ganzen Land.

<u>GRÜN wirkt</u>

In den letzten sechs Jahren haben wir GRÜNE wichtige Maßnahmen durchgesetzt, um die Wohnungssituation in Düsseldorf zu verbessern:

- Schon aus der Opposition heraus hatten wir jahrelang für ein Handlungskonzept Wohnen (HKW) gestritten. 2013 haben wir es zusammen mit der damaligen Ratsmehrheit beschlossen und damit endlich eine feste Quote von insgesamt 40 % für öffentlich geförderte und preisgedämpfte Wohnungen in Neubaugebieten festgelegt. Anschließend haben wir das HKW mit der Ampel-Mehrheit weiterentwickelt.

- Für städtische Grundstücke haben wir durchgesetzt, dass sie ausschließlich für öffentlich geförderte und preisgedämpfte Wohnungen oder für spezielle

Zielgruppen wie Menschen mit Behinderung, Senior*innen, Baugruppen oder Auszubildende vergeben werden.

- Die Städtische Wohnungsgesellschaft Düsseldorf (SWD) haben wir in den letzten Jahren reaktiviert und in die Lage versetzt, jetzt jährlich ca. 200 Wohnungen fertigzustellen.

- Die Düsseldorfer Genossenschaften und andere Akteur*innen, die sich einer gemeinwohlorientierten Wohnungspolitik verschrieben haben, haben wir ebenfalls gestärkt. Durch die Vergabe städtischer Grundstücke haben wir Wohnungsbau für mittlere und niedrige Einkommensgruppen ermöglicht.

- Für gemeinschaftliche Wohnprojekte und Baugruppen haben wir eine Agentur innerhalb der Verwaltung initiiert, die unterstützt, berät und Grundstücke speziell für Wohn- und Baugruppen vergibt.

- Schutz von Wohnraum: Gegen spekulativen Leerstand und kommerzielle Kurzzeitvermietungen wie beispielsweise über AirBnB haben wir die Wohnraumschutzsatzung durchgesetzt.

Bei allen Anstrengungen auf kommunaler Ebene wird jedoch deutlich, dass entscheidende Hebel durch bundes- und landespolitische Gesetzgebungen gesetzt werden müssen, um eine wirksame Mietbremse, eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit und weitere Maßnahmen gegen die immer rasantere Immobilienspekulation zu ermöglichen.

<u>GRÜN denkt weiter</u>

Bodenspekulationen vermeiden, aktive Bodenvorratspolitik betreiben

Boden ist eine wertvolle und endliche Ressource. Dass er zu einem Spekulationsobjekt geworden ist und Grundstücke unbezahlbar macht, ist einer der Hauptgründe, weshalb günstiges Bauen kaum mehr möglich ist. Eine Kommune, die wohnungspolitisch handlungsfähig sein will, muss über ihren Boden bestimmen können. Deshalb setzen wir uns für eine aktive Bodenvorratspolitik ein, in der die Stadt aktiv Grundstücke ankauft und eine gemeinwohlorientierte Entwicklung sichert.

Bestehende Vertragsverhältnisse sollen auf Rückkaufsoptionen geprüft werden. Ebenso müssen Vorkaufsrechte konsequent genutzt werden. Die Finanzierung kann durch Bürgerfonds unterstützt werden. Auch über die Aufnahme des „Münsteraner Modells“ in das HKW erhält die Stadt Zugriff auf Grundstücke. (Verweis Stadtentwicklung)

Zu einer nachhaltigen Wohnungspolitik gehört, dass städtische Grundstücke den folgenden Generationen erhalten bleiben. Wir wollen, dass Grundstücke der öffentlichen Hand vorwiegend im Erbbaurecht und mit Auflagen vergeben werden.

Eigentümer*innen, die mit unbebauten Grundstücken spekulieren, wollen wir durch das Baugebot verpflichten oder andernfalls die entsprechenden Grundstücke als Kommune ankaufen. Hierzu braucht es begleitend Änderungen auf Bundesebene, damit das Vorkaufsrecht der Kommunen gestärkt wird.

Dauerhaft preiswerten Wohnraum sichern

Die Quoten für sozialen sowie preisgedämpften Wohnungsbau im Handlungskonzept Wohnen wollen wir deutlich erhöhen, um den Anteil an preisreduziertem Wohnen in Düsseldorf mittelfristig stabil zu halten. Als neues Instrument wollen wir, dass wahlweise ein Teil der zukünftigen Wohnbauflächen an die Stadt abgetreten wird („Münsteraner Modell“). (Verweis Stadtentwicklung)

Es ist nicht nur wichtig, dass preisreduziert gebaut wird, sondern auch wo preisreduziert gebaut wird. Um in einem Neubaugebiet für alle eine gute Lebensqualität zu gewährleisten, fordern wir eine Anpassung des HKW, die eine Durchmischung von verschiedenen Bauformen, gefördertem Wohnraum und Wohneigentum in verschiedenen Preisstufen vorsieht.

Die SWD und andere gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen wie Genossenschaften, „Immovilien“ (Zivilgesellschaftliche Initiativen, die gemeinwohlorientierte Immobilien- und Quartiersprojekte zusammen mit der Nachbarschaft entwickeln) und soziale Träger wollen wir weiterhin stärken sowie ihre Rolle am Wohnungsmarkt spürbar erhöhen. Außerdem wollen wir eine Gründungsoffensive für neue Gesellschaften initiieren.

Wir wollen für Düsseldorf eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit. Dies liegt vorläufig in der Kompetenz bundesrechtlicher Regelungen. Nichtsdestotrotz werden wir alle sozial- und gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen und ähnliche Träger in der Stadt weiter und auch verstärkt unterstützen. Wir haben auch das Ziel, neue gemeinnützige Akteure zu etablieren, um die Vielfalt der Wohnformen weiter auszuweiten. Nicht zuletzt, weil es Träger in der Wohnungswirtschaft braucht, die antizyklisch zum Marktgeschehen aktiv werden wollen und können. Hierbei haben wir bereits viel Erfahrung mit dem Aufbau der Agentur für Wohn- und Baugemeinschaften gesammelt. Zukünftig soll das Kompetenzspektrum der Agentur auch den Aufbau neuer gemeinwohlorientierter Akteur*innen begleiten.

Die 2019 von uns eingeführte Wohnraumschutzsatzung gegen die Zweckentfremdung von Wohnungen wollen wir konsequent umsetzen, evaluieren und wo nötig nachschärfen, um bestehenden Wohnraum wieder der Wohnnutzung zuzuführen.

Mit sogenannten Milieuschutzsatzungen wollen wir die Menschen in Quartieren mit hohem Verdrängungsdruck schützen, indem die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen, sowie die Umnutzung von Wohnungen in Gewerbe beschränkt, Modernisierungen gesteuert und Vorkaufsrechte ausgeübt werden.

Studierende und Auszubildende haben es sehr schwer, Wohnungen oder Zimmer zu finden, die ihrem Budget und ihren Anforderungen entsprechen. Wir wollen das Studierendenwerk, die SWD, Genossenschaften und andere soziale Träger deshalb beim Bau von Studierenden- und Azubiwohnheimen verstärkt unterstützen.

Für die Rechte der Mieter*innen ist der Mietspiegel, in dem die ortsüblichen Vergleichsmieten ermittelt werden, ein zentrales Instrument. Wir wollen einen qualifizierten Mietspiegel, der beispielsweise auch die energetischen Standards enthält und der viel mehr als nur die neuen Mietverträge der letzten sechs Jahre berücksichtigt.

Wir erwarten von Bund und Land endlich wirksame Instrumente gegen die rasanten Mietsteigerungen gerade im Wohnungsbestand. Das sollte auch die Möglichkeit eines temporären Mietendeckels umfassen, zu dem beispielsweise ein Mietenstopp (keine Mieterhöhungen über Inflationsrate), Mietobergrenzen (gestaffelt nach Alter und Ausstattung der Gebäude), Mietkappungen (Absenkung von Mieten auf die

Mietobergrenzen) sowie eine Begrenzung der Modernisierungsumlage gehören können. Wichtig ist uns, dass Bund und Land diese Maßnahmen ermöglichen und die Stadt individuell die passenden Maßnahmen ergreifen kann.

Die Wohnungsnachfrage wird nicht allein in den Düsseldorfer Stadtgrenzen bewältigt. Wir brauchen mehr regionale Zusammenarbeit, um auch mit unseren Nachbarkommunen urbanen Wohnungsbau zu schaffen und das Pendeln mit Bus, Bahn und Fahrrad nach Düsseldorf zu verbessern (Verweis Regionale Kooperation).

Wohnungspolitik und Stadtentwicklung hängen eng miteinander zusammen. Wir wollen nicht „bauen, bauen, bauen“ ohne nachzudenken, sondern intelligente und innovative Stadtentwicklung mit dreifachem Nutzen: Bauprojekte bringen nicht nur neue bezahlbare Wohnungen und Gewerbeflächen, sondern auch mehr Grün und eine Verbesserung der Mobilität. (Verweis Stadtentwicklung)

Obdachlosigkeit bekämpfen, Wohnungslosigkeit präventiv vermeiden

Wir wollen die Prävention gegen Wohnungslosigkeit ausbauen und das Präventionskonzept mit den zuständigen städtischen Stellen und Trägern der Wohnungslosenhilfe weiterentwickeln. Dabei sollte Quartiersarbeit eine wichtige Rolle spielen, um von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen besser zu erreichen (Verweis Quartier und Soziales und Gesundheit).

Die Zahl der durch die Stadt angemieteten „Probewohnungen“ für obdachlose Menschen soll vergrößert werden und wir werden überprüfen, inwieweit heutige Unterkünfte in mietvertragliches Wohnen umgewandelt werden können. In diesem Zuge soll es auch weitere innovative Wohn-Projekte geben, um auf unterschiedliche Bedarfe eingehen zu können.

Verstärkte Wohnraumakquise für obdachlose und wohnungslose Menschen ist zwingend erforderlich. Deshalb wird die "Landesinitiative gegen Wohnungslosigkeit – endlich ein Zuhause" weiterhin unterstützt. Mit dem Land soll die Weiterführung über 2020 hinaus thematisiert werden.

Housing First ist ein Baustein von diversen Angeboten, die man aufgrund der vielfältigen Herausforderungen von obdachlosen Menschen benötigt, um Menschen ohne Wohnung zu unterstützen. Wir wollen diesen guten Ansatz stützen.

Die bisherige, neu gestaltete Kooperationsvereinbarung mit den Wohnungsunternehmen wird gemeinsam regelmäßig überprüft und wenn möglich weitergeführt. Wir wollen die Kooperation konkretisieren, indem wir eine Zielgröße für die Vermittlung von Wohnungen an obdachlose und wohnungslose Menschen setzen.

Barriere- und altersgerechtes Wohnen für ein selbstbestimmtes Leben

Altersgerechtes und barrierefreies Wohnen ist für ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben erforderlich. Neben einem inklusiven und barrierefreien Quartier der kurzen Wege wollen wir auch Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenwohnen unterstützen, damit sowohl ältere als auch Menschen mit Behinderungen in ihrer gewohnten und gewünschten Umgebung leben können.

Oftmals leben ältere Menschen in Wohnungen und Häusern, die zu groß für sie sind und in denen sie sich nicht wohl fühlen. Wir wollen ältere Menschen auf Wunsch dabei unterstützen, in kleinere Wohnungen oder Wohngemeinschaften umzuziehen

oder ihren Wohnraum mit Familien zu tauschen, die eine größere Wohnung dringend benötigen.

Klimafreundliches und ressourcensparendes Wohnen

Zentraler Baustein für klimafreundliches Wohnen ist die Wärmewende: weniger Heizbedarf durch energetische Sanierungen und Umtellung der Heizung auf CO2-neutrale oder -arme Brennstoffe. Dafür wollen wir alle städtischen Hebel nutzen. (Verweis Kapitel Klimaschutz)

Wir wollen ökologisches und wiederverwertbares Baumaterial. Holz als nachwachsender Rohstoff ist nachhaltig, speichert CO2 und schützt das Klima. Wir wollen die Nutzung von Holz als Baustoff bei Neubauten und der Gebäudesanierung fördern. Das „Cradle-to-Cradle"-Prinzip wollen wir auch im Wohnungsbau forcieren. (Verweis Kapitel Umwelt)

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden
- 13 Massnahmen zum Klimaschutz

Beschluss Wohnen

Gremium:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	07.03.2020
Tagesordnungspunkt:	2.8. Wohnen

Text

Wohnen ist die zentrale soziale Gerechtigkeitsfrage in allen deutschen Großstädten. Auch in Düsseldorf ist der Wohnungsmarkt im unteren und mittleren Preissegment extrem angespannt. Die Sicherung und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sind zwei unserer wichtigsten Aufgaben. Wir GRÜNE setzen uns für eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik ein, die sowohl soziale als auch ökologische Aspekte im Fokus hat. In einer Wohnung zu leben, die bezahlbar ist, die lebenswert ist und die genug Platz bietet, verstehen wir als Grundrecht. Niemand in Düsseldorf soll mit der Sorge leben müssen, keinen Wohnraum zu finden oder gar seine bestehende Wohnung zu verlieren. Gleichzeitig wollen wir ökologische Standards garantieren. Bei der Schaffung von neuem Wohnraum wollen wir Grün- und Freiflächen erhalten und eine hohe Lebensqualität für alle Düsseldorfer*innen sichern.

Der rasante Anstieg der Mieten und Wohneigentumspreise ist nur zum Teil durch die wachsende Bevölkerung in unserer Stadt zu erklären. Gründe sind im Wohnungsbestand vor allem aggressive Mieterhöhungen der börsennotierten und kapitalmarktgesteuerten Wohnungsunternehmen. Im Neubau ist insbesondere die Spekulation mit Bauland dafür verantwortlich, dass ein Großteil der neuen Wohnungen am Bedarf vorbei geht.

Darüber hinaus sind die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit auf Bundesebene, die Privatisierung von landeseigenen Wohnungsbeständen und der jahrzehntelange Rückzug von Bund, Land und Kommunen aus dem sozialen Wohnungsbau wesentliche Ursachen für den fehlenden preisgünstigen Wohnraum im ganzen Land.

<u>GRÜN wirkt</u>

In den letzten sechs Jahren haben wir GRÜNE wichtige Maßnahmen durchgesetzt, um die Wohnungssituation in Düsseldorf zu verbessern:

- Schon aus der Opposition heraus hatten wir jahrelang für ein Handlungskonzept Wohnen (HKW) gestritten. 2013 haben wir es zusammen mit der damaligen Ratsmehrheit beschlossen und damit endlich eine feste Quote von insgesamt 40 % für öffentlich geförderte und preisgedämpfte Wohnungen in Neubaugebieten festgelegt. Anschließend haben wir das HKW mit der Ampel-Mehrheit weiterentwickelt.

- Für städtische Grundstücke haben wir durchgesetzt, dass sie ausschließlich für öffentlich geförderte und preisgedämpfte Wohnungen oder für spezielle

Zielgruppen wie Menschen mit Behinderung, Senior*innen, Baugruppen oder Auszubildende vergeben werden.

- Die Städtische Wohnungsgesellschaft Düsseldorf (SWD) haben wir in den letzten Jahren reaktiviert und in die Lage versetzt, jetzt jährlich ca. 200 Wohnungen fertigzustellen.

- Die Düsseldorfer Genossenschaften und andere Akteur*innen, die sich einer gemeinwohlorientierten Wohnungspolitik verschrieben haben, haben wir ebenfalls gestärkt. Durch die Vergabe städtischer Grundstücke haben wir Wohnungsbau für mittlere und niedrige Einkommensgruppen ermöglicht.

- Für gemeinschaftliche Wohnprojekte und Baugruppen haben wir eine Agentur innerhalb der Verwaltung initiiert, die unterstützt, berät und Grundstücke speziell für Wohn- und Baugruppen vergibt.

- Schutz von Wohnraum: Gegen spekulativen Leerstand und kommerzielle Kurzzeitvermietungen wie beispielsweise über AirBnB haben wir die Wohnraumschutzsatzung durchgesetzt.

Bei allen Anstrengungen auf kommunaler Ebene wird jedoch deutlich, dass entscheidende Hebel durch bundes- und landespolitische Gesetzgebungen gesetzt werden müssen, um eine wirksame Mietbremse, eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit und weitere Maßnahmen gegen die immer rasantere Immobilienspekulation zu ermöglichen.

<u>GRÜN denkt weiter</u>

Bodenspekulationen vermeiden, aktive Bodenvorratspolitik betreiben

Boden ist eine wertvolle und endliche Ressource. Dass er zu einem Spekulationsobjekt geworden ist und Grundstücke unbezahlbar macht, ist einer der Hauptgründe, weshalb günstiges Bauen kaum mehr möglich ist. Eine Kommune, die wohnungspolitisch handlungsfähig sein will, muss über ihren Boden bestimmen können. Deshalb setzen wir uns für eine aktive Bodenvorratspolitik ein, in der die Stadt aktiv Grundstücke ankauft und eine gemeinwohlorientierte Entwicklung sichert. Weiterhin setzen wir uns für eine langfristige Immobilienbewirtschaftung ein, die im Sinne eines gemeinwohlorientierten Bestandshalters agiert.

Bestehende Vertragsverhältnisse sollen auf Rückkaufsoptionen geprüft werden. Ebenso müssen Vorkaufsrechte konsequent genutzt werden. Die Finanzierung kann durch Bürgerfonds unterstützt werden. Auch über die Aufnahme des „Münsteraner Modells“ in das HKW erhält die Stadt Zugriff auf Grundstücke. (Verweis Stadtentwicklung)

Zu einer nachhaltigen Wohnungspolitik gehört, dass städtische Grundstücke den folgenden Generationen erhalten bleiben. Wir wollen, dass Grundstücke der öffentlichen Hand vorwiegend im Erbbaurecht und mit Auflagen vergeben werden.

Eigentümer*innen, die mit unbebauten Grundstücken spekulieren, wollen wir durch das Baugebot verpflichten oder andernfalls die entsprechenden Grundstücke als Kommune ankaufen. Hierzu braucht es begleitend Änderungen auf Bundesebene, damit das Vorkaufsrecht der Kommunen gestärkt wird.

Um die Spekulation mit bebauten und unbebauten Grundstücken unattraktiver zu machen, soll die Stadt Druck auf Bund und Land ausüben, um für die Länder die Möglichkeit zu schaffen die Grunderwerbsteuer progressiv auszugestalten. Wenn Wohnungskonzerne große Immobilienbestände aufkaufen, soll eine höhere Grunderwerbsteuer fällig werden, als wenn Privatpersonen ein Wohneigentum erwerben.

Dauerhaft preiswerten Wohnraum sichern

Die Quoten für sozialen sowie preisgedämpften Wohnungsbau im Handlungskonzept Wohnen wollen wir deutlich erhöhen, um den Anteil an preisreduziertem Wohnen in Düsseldorf mittelfristig stabil zu halten. Als neues Instrument wollen wir, dass wahlweise ein Teil der zukünftigen Wohnbauflächen an die Stadt abgetreten wird („Münsteraner Modell“). (Verweis Stadtentwicklung)

Es ist nicht nur wichtig, dass preisreduziert gebaut wird, sondern auch wo preisreduziert gebaut wird. Um in einem Neubaugebiet für alle eine gute Lebensqualität zu gewährleisten, fordern wir eine Anpassung des HKW, die eine Durchmischung von verschiedenen Bauformen, gefördertem Wohnraum und Wohneigentum in verschiedenen Preisstufen vorsieht.

Die SWD und andere gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen wie Genossenschaften, „Immovilien“ (Zivilgesellschaftliche Initiativen, die gemeinwohlorientierte Immobilien- und Quartiersprojekte zusammen mit der Nachbarschaft entwickeln) und soziale Träger wollen wir weiterhin stärken sowie ihre Rolle am Wohnungsmarkt spürbar erhöhen. Außerdem wollen wir eine Gründungsoffensive für neue Gesellschaften initiieren.

Jeder Mieter soll erfahren können, wer sein wirtschaftlicher Vermieter ist. Eigentlich hat der Bund mit dem Transparenzregister ein Verzeichnis geschaffen, in dem Gesellschaften (auch Grundstücks- und Investmentgesellschaften) die natürlichen Personen angeben müssen, die letztlich hinter ihnen stehen. Allerdings erweist sich dieses oftmals als „zahnloser Tiger“, da Gesellschaften Eintragungen nicht vornehmen. Die Stadt wird sich gegenüber der zuständigen Bundesbehörde dafür einsetzen, dass dies nicht hingenommen wird und notfalls Bußgelder gegen solche Gesellschaften verhängt werden.

Wir wollen für Düsseldorf eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit. Dies liegt vorläufig in der Kompetenz bundesrechtlicher Regelungen. Nichtsdestotrotz werden wir alle sozial- und gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen und ähnliche Träger in der Stadt weiter und auch verstärkt unterstützen. Wir haben auch das Ziel, neue gemeinnützige Akteure zu etablieren, um die Vielfalt der Wohnformen weiter auszuweiten. Nicht zuletzt, weil es Träger in der Wohnungswirtschaft braucht, die antizyklisch zum Marktgeschehen aktiv werden wollen und können. Hierbei haben wir bereits viel Erfahrung mit dem Aufbau der Agentur für Wohn- und Baugemeinschaften gesammelt. Zukünftig soll das Kompetenzspektrum der Agentur auch den Aufbau neuer gemeinwohlorientierter Akteur*innen begleiten.

Die 2019 von uns eingeführte Wohnraumschutzsatzung gegen die Zweckentfremdung von Wohnungen wollen wir konsequent umsetzen, evaluieren und wo nötig nachschärfen, um bestehenden Wohnraum wieder der Wohnnutzung zuzuführen.

Mit sogenannten Milieuschutzsatzungen wollen wir die Menschen in Quartieren mit hohem Verdrängungsdruck schützen, indem die Umwandlung von Mietwohnungen in

Eigentumswohnungen, sowie die Umnutzung von Wohnungen in Gewerbe beschränkt, Modernisierungen gesteuert und Vorkaufsrechte ausgeübt werden.

Studierende und Auszubildende haben es sehr schwer, Wohnungen oder Zimmer zu finden, die ihrem Budget und ihren Anforderungen entsprechen. Wir wollen das Studierendenwerk, die SWD, Genossenschaften und andere soziale Träger deshalb beim Bau von Studierenden- und Azubiwohnheimen verstärkt unterstützen.

Für die Rechte der Mieter*innen ist der Mietspiegel, in dem die ortsüblichen Vergleichsmieten ermittelt werden, ein zentrales Instrument. Wir wollen einen qualifizierten Mietspiegel, der beispielsweise auch die energetischen Standards enthält und der viel mehr als nur die neuen Mietverträge der letzten sechs Jahre berücksichtigt.

Wir erwarten von Bund und Land endlich wirksame Instrumente gegen die rasanten Mietsteigerungen gerade im Wohnungsbestand. Das sollte auch die Möglichkeit eines temporären Mietendeckels umfassen, zu dem beispielsweise ein Mietenstopp (keine Mieterhöhungen über Inflationsrate), Mietobergrenzen (gestaffelt nach Alter und Ausstattung der Gebäude), Mietkappungen (Absenkung von Mieten auf die Mietobergrenzen) sowie eine Begrenzung der Modernisierungsumlage gehören können. Wichtig ist uns, dass Bund und Land diese Maßnahmen ermöglichen und die Stadt individuell die passenden Maßnahmen ergreifen kann.

Die Wohnungsnachfrage wird nicht allein in den Düsseldorfer Stadtgrenzen bewältigt. Wir brauchen mehr regionale Zusammenarbeit, um auch mit unseren Nachbarkommunen urbanen Wohnungsbau zu schaffen und das Pendeln mit Bus, Bahn und Fahrrad nach Düsseldorf zu verbessern (Verweis Regionale Kooperation).

Wohnungspolitik und Stadtentwicklung hängen eng miteinander zusammen. Wir wollen nicht „bauen, bauen, bauen“ ohne nachzudenken, sondern intelligente und innovative Stadtentwicklung mit dreifachem Nutzen: Bauprojekte bringen nicht nur neue bezahlbare Wohnungen und Gewerbeflächen, sondern auch mehr Grün und eine Verbesserung der Mobilität. (Verweis Stadtentwicklung)

Die anstehende Reform der Grundsteuer kann zu einer Erhöhung des Steueraufkommens im Stadtgebiet und damit zu einer Verteuerung des Wohnens führen. Wir werden eine Aufkommensneutralität der Grundsteuer in Düsseldorf sicherstellen.

Obdachlosigkeit bekämpfen, Wohnungslosigkeit präventiv vermeiden

Wir wollen die Prävention gegen Wohnungslosigkeit ausbauen und das Präventionskonzept mit den zuständigen städtischen Stellen und Trägern der Wohnungslosenhilfe weiterentwickeln. Dabei sollte Quartiersarbeit eine wichtige Rolle spielen, um von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen besser zu erreichen (Verweis Quartier und Soziales und Gesundheit).

Die Zahl der durch die Stadt angemieteten „Probewohnungen“ für obdachlose Menschen soll vergrößert werden und wir werden überprüfen, inwieweit heutige Unterkünfte in mietvertragliches Wohnen umgewandelt werden können. In diesem Zuge soll es auch weitere innovative Wohn-Projekte geben, um auf unterschiedliche Bedarfe eingehen zu können.

Verstärkte Wohnraumakquise für obdachlose und wohnungslose Menschen ist zwingend erforderlich. Deshalb wird die "Landesinitiative gegen Wohnungslosigkeit –

endlich ein Zuhause" weiterhin unterstützt. Mit dem Land soll die Weiterführung über 2020 hinaus thematisiert werden.

Housing First ist ein Baustein von diversen Angeboten, die man aufgrund der vielfältigen Herausforderungen von obdachlosen Menschen benötigt, um Menschen ohne Wohnung zu unterstützen. Wir wollen diesen guten Ansatz stützen.

Die bisherige, neu gestaltete Kooperationsvereinbarung mit den Wohnungsunternehmen wird gemeinsam regelmäßig überprüft und wenn möglich weitergeführt. Wir wollen die Kooperation konkretisieren, indem wir eine Zielgröße für die Vermittlung von Wohnungen an obdachlose und wohnungslose Menschen setzen.

Barriere- und altersgerechtes Wohnen für ein selbstbestimmtes Leben

Altersgerechtes und barrierefreies Wohnen ist für ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben erforderlich. Neben einem inklusiven und barrierefreien Quartier der kurzen Wege wollen wir auch Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenwohnen unterstützen, damit sowohl ältere als auch Menschen mit Behinderungen in ihrer gewohnten und gewünschten Umgebung leben können.

Oftmals leben ältere Menschen in Wohnungen und Häusern, die zu groß für sie sind und in denen sie sich nicht wohl fühlen. Wir wollen ältere Menschen auf Wunsch dabei unterstützen, in kleinere Wohnungen oder Wohngemeinschaften umzuziehen oder ihren Wohnraum mit Familien zu tauschen, die eine größere Wohnung dringend benötigen.

Klimafreundliches und ressourcensparendes Wohnen

Zentraler Baustein für klimafreundliches Wohnen ist die Wärmewende: weniger Heizbedarf durch energetische Sanierungen und Umstellung der Heizung auf CO2-neutrale oder -arme Brennstoffe. Dafür wollen wir alle städtischen Hebel nutzen. (Verweis Kapitel Klimaschutz)

Wir wollen ökologisches und wiederverwertbares Baumaterial. Holz als nachwachsender Rohstoff ist nachhaltig, speichert CO2 und schützt das Klima. Wir wollen die Nutzung von Holz als Baustoff bei Neubauten und der Gebäudesanierung fördern. Das „Cradle-to-Cradle"-Prinzip wollen wir auch im Wohnungsbau forcieren. Denn auch andere Baumaterialien sind potenziell wiederverwendbar, wenn Gebäude entsprechend konzipiert und verbaut werden: Eisenträger, Steine, Betonplatten, Glas und sogar Kunststoffteile. (Verweis Kapitel Umwelt)

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden
- 13 Maßnahmen zum Klimaschutz

KW9 Quartier

Gremium:	Kreisvorstand
Beschlussdatum:	05.02.2020
Tagesordnungspunkt:	2.9. Quartier

Text

Deine Straße, deine Gegend, dein Quartier.

Quartiere sind im Wandel: dort, wo Einzelhandel angesiedelt ist, ist der Druck des Online-Handels vor allem am Leerstand im Quartier zu erkennen. Supermärkte, Bankfilialen und kirchliche Einrichtungen schließen. Viele Menschen, die ihre wohnliche Situation verändern wollen, müssen ihre Quartiere verlassen, ob sie wollen oder nicht. Grund sind Gentrifizierung und ein Mangel an passendem und bezahlbarem Wohnraum – vor allem für ältere Menschen und Familien. Quartiere sind nicht selten durch sehr unterschiedliche, jeweils sehr homogene Bauweisen – Einfamilienhäuser auf der einen, Hochhäuser auf der anderen Seite – de facto durch ihre jeweilige Milieuzusammensetzung geradezu gespalten. Das alles schwächt Nachbarschaft und den sozialen Zusammenhalt im Quartier und somit auch in Düsseldorf als Ganzes.

Die GRÜNEN Düsseldorf wollen das Quartier weiter stärken. Denn hier ist Düsseldorf Dorf und Großstadt in Einem. Im Quartier gehen die Kinder zur Schule, im Quartier werden Besorgungen erledigt und Sport getrieben. Im Quartier findet der Alltag statt. Vor allem für Menschen, die weniger mobil sein können, ist es wichtig, dass das Quartier weiterhin viel zu bieten hat. Kinder erleben Selbstständigkeit und multikulturelle Normalität im Quartier und sind so eben ‚Großstadtkinder' und auch Kinder ihres Quartiers. Ältere Menschen pflegen Kontakte vor allem in der Nachbarschaft und Menschen mit körperlichen Einschränkungen sind um kurze Wege glücklich. Alle Menschen profitieren von einer wohnortnahen Versorgung mit Apotheken, Ärzt*innen und Einzelhandel.

Quartiere der Zukunft

Ein Quartier ist dann dynamisch und zukunftsfest, wenn es auf Demografie und technologischen Wandel zügig reagieren kann, statt in Schockstarre zu verharren.

Wir GRÜNE haben den Blick auf die Quartiere gestärkt. Neben den drei konkreten Projekten aus der Städtebauförderung (Rath, Wersten, Garath) haben wir das „Rahmenkonzept Quartiersentwicklung" initiiert. Diese grundlegende Arbeit wollen wir fortführen und daraus Projekte entwickeln, die zu den jeweiligen Herausforderungen der Quartiere passen. Nur wenn wir die integrierte Quartiersentwicklung ernst nehmen, wird es uns gelingen alle Quartiere in Düsseldorf nachhaltig und inklusiv zu gestalten.

Mittelfristig braucht es ein Monitoring der Quartiersentwicklung. Denn der Wandel kommt selten überraschend. Kinder werden lange vor ihrer Einschulung geboren, Ältere waren auch mal jung und soziale Einrichtungen oder Bankfilialen schließen auch nicht über Nacht. Die Politik in den Bezirken aber auch im Rat muss frühzeitig ganz konkret wissen, was es im Stadtteil braucht, um entsprechend unterstützend Politik gestalten zu können.

Lebendige Quartiere der Zukunft brauchen:

- Kurze Wege zur Kita und zur Schule schaffen Selbstständigkeitserfahrungen und tragen zur Sicherheit im Alltag sowie zum Umweltschutz bei.
- Kinder- und Jugendeinrichtungen sind geschützte Räume jenseits des Elternhauses, unterstützen Kinder und Jugendliche in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und schützen sie vor Kriminalität und Drogen.
- Auch pflegebedürftige Menschen möchten gerne im Quartier bleiben, auch wenn sie in eine Einrichtung ziehen müssen, denn dort leben Bekannte und Familie. Deshalb braucht es in jedem Quartier Pflegeeinrichtungen und ambulante Pflegedienste.
- Wer erst lange mit der Bahn fahren muss, bevor es mit dem Sport losgehen kann, fängt vielleicht gar nicht erst an. Deshalb brauchen alle Quartiere Sport- und Bewegungsangebote für Jung und Alt.
- In jedem Viertel gibt es Menschen mit besonderen sozialarbeiterischen Bedarfen, deshalb braucht es in allen Quartieren langfristig aufsuchende oder institutionelle gebundene Soziale Arbeit.
- Der Klimawandel ist global und hat lokale Auswirkungen – deswegen brauchen wir viele kühle Orte - cooling areas - für die immer heißeren Sommer.
- Apotheken, Ärzt*innen und Therapeuten – eine gesundheitliche Nahversorgung trägt stark zur Lebensqualität im Quartier bei.
- Orte der Begegnung für alle Altersstufen – je besser man sich im Quartier kennt, desto einfacher das Miteinander.
- Kultur im Quartier – Kindertheater, Kultkneipe und Kunstprojekt – sie brauchen Platz und politischen Rückhalt.
- Raum schaffen mit grünen Adern: Straßen ohne Autos oder autofreie Zeiten schaffen Platz für Bewegung, Begegnung und Nachbarschaft.
- Egal wie sehr man sein Quartier auch mag, manchmal will man Großstädter*in sein - deshalb braucht jedes Quartier selbstverständlich eine gute Anbindung an den ÖPNV.

Einer für alle – Alles in einem: die Stadtteilläden

Ein Modell, das in Frankreich seit einigen Jahren immer beliebter wird und vieles von dem mit anpackt, was wir uns für ein lebendiges Viertel wünschen, ist eine Art Stadtteilladen, in Frankreich genannt "Concièrgerie de Quartier". In diesem Sozialunternehmen – es arbeitet betriebswirtschaftlich, aber nicht profitorientiert - können Mitglieder gegen eine jährliche Gebühr viele Dienste kostenlos und andere gegen eine zusätzliche Gebühr in Anspruch nehmen. Mitglieder können: Pakete abholen, sich gemeinsam gegen Lebensmittelverschwendung engagieren, Dinge verschenken, Jobs im Viertel finden. In der "Conciergerie de Quartier" können VHS-Kurse stattfinden, Kleinstgewerbetreibende können hier eigene lokale Produkte vertreiben, Dienste wie Wäschereinigung oder das Vermitteln von Handwerker*innen können in Anspruch

genommen werden. Bei einem Tee zum Selbstkostenpreis lässt es sich entspannt mit den Nachbar*innen plaudern.

Diese Läden können helfen, die Verfügbarkeit von Diensten im Stadtteil zu erhalten, auch wenn die Nachfrage sinkt. Sie können Recyclingstation, repair-café und Orte des gemeinsamen Lernens oder gemeinsamer Hobbys werden. Kooperationen mit Post- oder Bankfilialen können zum Erhalt von Infrastruktur beitragen, die vielleicht anderswo schon aufgegeben werden musste. Je nach Lage können diese Läden auch Co-Working Spaces zur Verfügung stellen und somit Menschen, die selbstständig arbeiten, ein Büro im Viertel bieten.

Die Stadt hat mit der Zukunftswerkstatt eine Tochtergesellschaft, die solche Läden als Pilot starten könnte - passend zu ihrem Auftrag, berufliche Perspektiven zu schaffen und an der Lösung gesellschaftlicher Probleme zu arbeiten.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 9 Industrie, Innovation und Infrastruktur
- 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden
- 13 Massnahmen zum Klimaschutz

Beschluss Quartier

Gremium:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	07.03.2020
Tagesordnungspunkt:	2.9. Quartier

Text

Deine Straße, deine Gegend, dein Quartier.

Quartiere sind im Wandel: dort, wo Einzelhandel angesiedelt ist, ist der Druck des Online-Handels vor allem am Leerstand im Quartier zu erkennen. Supermärkte, Bankfilialen und kirchliche Einrichtungen schließen. Viele Menschen, die ihre wohnliche Situation verändern wollen, müssen ihre Quartiere verlassen, ob sie wollen oder nicht. Grund sind Gentrifizierung und ein Mangel an passendem und bezahlbarem Wohnraum – vor allem für ältere Menschen und Familien. Quartiere sind nicht selten durch sehr unterschiedliche, jeweils sehr homogene Bauweisen – Einfamilienhäuser auf der einen, Hochhäuser auf der anderen Seite – de facto durch ihre jeweilige Milieuzusammensetzung geradezu gespalten. Das alles schwächt Nachbarschaft und den sozialen Zusammenhalt im Quartier und somit auch in Düsseldorf als Ganzes.

Wir GRÜNE wollen das Quartier weiter stärken. Denn hier ist Düsseldorf Dorf und Großstadt in Einem. Im Quartier gehen die Kinder zur Schule, im Quartier werden Besorgungen erledigt und Sport getrieben. Im Quartier findet der Alltag statt. Vor allem für Menschen, die weniger mobil sind , ist es wichtig, dass das Quartier weiterhin viel zu bieten hat. Kinder erleben Selbstständigkeit und multikulturelle Normalität im Quartier und sind so eben ‚Großstadtkinder' und auch Kinder ihres Quartiers. Ältere Menschen pflegen Kontakte vor allem in der Nachbarschaft und Menschen mit körperlichen Einschränkungen sind um kurze Wege glücklich. Alle Menschen profitieren von einer wohnortnahen Versorgung mit Apotheken, Ärzt*innen und Einzelhandel.

Quartiere der Zukunft

Ein Quartier ist dann dynamisch und zukunftsfest, wenn es auf Demografie und technologischen Wandel zügig reagieren kann, statt in Schockstarre zu verharren.

Wir GRÜNE haben den Blick auf die Quartiere gestärkt. Neben den drei konkreten Projekten aus der Städtebauförderung (Rath, Wersten, Garath) haben wir das „Rahmenkonzept Quartiersentwicklung" initiiert. Diese grundlegende Arbeit wollen wir fortführen und daraus Projekte entwickeln, die zu den jeweiligen Herausforderungen der Quartiere passen. Dies gelingt am besten mit den starken Partner*innen vor Ort aus Wohlfahrt und Handel, den Bildunsgträgern und der dauerhaften Einbindung der Bürger*innen. Nur wenn wir die integrierte Quartiersentwicklung ernst nehmen, wird es uns gelingen alle Quartiere in Düsseldorf nachhaltig und inklusiv zu gestalten.

Mittelfristig braucht es ein Monitoring der Quartiersentwicklung. Denn der Wandel kommt selten überraschend. Kinder werden lange vor ihrer Einschulung geboren, Ältere waren auch mal jung und soziale Einrichtungen oder Bankfilialen schließen auch nicht über Nacht. Die Politik in den Bezirken aber auch im Rat muss frühzeitig ganz konkret wissen, was es im Stadtteil braucht, um entsprechend unterstützend Politik gestalten zu können. Dazu soll sie auch die

Mittel an die Hand bekommen, Bürger*innen frühzeitig zu befragen und einzubinden. (Verweis Kapitel Beteiligung)

Lebendige Quartiere der Zukunft brauchen:

- Kurze Wege zur Kita und zur Schule schaffen Selbstständigkeitserfahrungen und tragen zur Sicherheit im Alltag sowie zum Umweltschutz bei.
- Kinder- und Jugendeinrichtungen sind geschützte Räume jenseits des Elternhauses, unterstützen Kinder und Jugendliche in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und schützen sie vor Kriminalität und Drogen.
- Auch pflegebedürftige Menschen möchten gerne im Quartier bleiben, auch wenn sie in eine Einrichtung ziehen müssen, denn dort leben Bekannte und Familie. Deshalb braucht es in jedem Quartier Pflegestützpunkte, von denen aus von ambulanter bis stationärer Pflege alles rund um die Pflege organisiert werden kann.
- Wer erst lange mit der Bahn fahren muss, bevor es mit dem Sport losgehen kann, fängt vielleicht gar nicht erst an. Deshalb brauchen alle Quartiere ausreichend Sport- und Bewegungsangebote für Jung und Alt.
- Menschen aus allen Generationen brauchen ab und an Unterstützung im Leben, welche die Verwandtschaft, der Freundeskreis oder die Nachbarschaft nicht bieten können, deshalb braucht es in allen Quartieren langfristig aufsuchende oder institutionell gebundene Soziale Arbeit für alle Generationen und Bedarfe.
- Der Klimawandel ist global und hat lokale Auswirkungen – deswegen brauchen wir viele kühle Orte - cooling areas - für die immer heißeren Sommer.
- Gesundheitsstützpunkte sichern mit ihrem vielfältigen Angebot und kurzen Wegen die gesundheitliche Nahversorgung und tragen zur Lebensqualität im Quartier bei.
- Orte der Begegnung für alle Altersstufen – je besser man sich im Quartier kennt, desto einfacher das Miteinander.
- Kultur im Quartier – Kindertheater, Kultkneipe und Kunstprojekt – sie brauchen Platz und politischen Rückhalt.
- Raum schaffen mit grünen Adern: Straßen ohne Autos oder autofreie Zeiten schaffen Platz für Bewegung, Begegnung und Nachbarschaft. Anwohner*innen werden z. B. zu gemeinsamer, verbindender, gärtnerischer Tätigkeit motiviert.
- Egal wie sehr man sein Quartier auch mag, manchmal will man Großstädter*in sein - deshalb braucht jedes Quartier selbstverständlich eine gute Anbindung an den ÖPNV.

Einer für alle – Alles in einem: die Stadtteilläden

Ein Modell, das in Frankreich seit einigen Jahren immer beliebter wird und vieles von dem mit anpackt, was wir uns für ein lebendiges Viertel wünschen, ist

eine Art Stadtteilladen, in Frankreich genannt "Concièrgerie de Quartier". In diesem Sozialunternehmen – es arbeitet betriebswirtschaftlich, aber nicht profitorientiert - können Mitglieder gegen eine jährliche Gebühr viele Dienste kostenlos und andere gegen eine zusätzliche Gebühr in Anspruch nehmen. Mitglieder können z.B. Pakete abholen, sich gemeinsam gegen Lebensmittelverschwendung engagieren, Dinge verschenken, Jobs im Viertel finden. In der "Conciergerie de Quartier" können VHS-Kurse stattfinden, Kleinstgewerbetreibende können hier eigene lokale Produkte vertreiben, Dienste wie Wäschereinigung oder das Vermitteln von Handwerker*innen können in Anspruch genommen werden. Bei einem Tee zum Selbstkostenpreis lässt sich entspannt mit den Nachbar*innen plaudern.

Diese Läden können helfen, die Verfügbarkeit von Diensten im Stadtteil zu erhalten, auch wenn die Nachfrage sinkt. Sie können Recyclingstation, repair-café und Orte des gemeinsamen Lernens oder gemeinsamer Hobbys werden. Kooperationen mit Post- oder Bankfilialen können zum Erhalt von Infrastruktur beitragen, die vielleicht anderswo schon aufgegeben werden musste. Je nach Lage können diese Läden auch Co-Working Spaces zur Verfügung stellen und somit Menschen, die selbstständig arbeiten, ein Büro im Viertel bieten.

Die Stadt hat mit der Zukunftswerkstatt eine Tochtergesellschaft, die solche Läden als Pilot starten könnte - passend zu ihrem Auftrag, berufliche Perspektiven zu schaffen und an der Lösung gesellschaftlicher Probleme zu arbeiten.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 9 Industrie, Innovation und Infrastruktur
- 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden
- 13 Maßnahmen zum Klimaschutz

KW10 Gesundheit und Soziales

Gremium:	Kreisvorstand
Beschlussdatum:	05.02.2020
Tagesordnungspunkt:	2.10. Gesundheit und Soziales

Text

Düsseldorf ist eine Stadt, in der alle miteinander gut leben können. Unsere Ziele sind eine solidarische Sozialpolitik und ein gesundes und ein vielfältiges Düsseldorf, das sich aktiv gegen Ausgrenzung und Diskriminierung stellt. Wir GRÜNE wollen, dass alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, unabhängig von ihrem Alter, ihrem Einkommen oder möglichen körperlichen und geistigen Einschränkungen. Das ist für uns soziale Teilhabe und soziale Verantwortung. Wir setzen uns für frühzeitige und präventive Maßnahmen gegen soziale Spaltung und für Menschen mit besonderen Lebenslagen ein.

Auch für die gesunde Stadt Düsseldorf sind präventive Ansätze zur Gesundheitsförderung und -erhaltung entscheidend. Dabei ist Gesundheit für uns GRÜNE ein echtes Querschnittsthema, das sowohl mit den Umweltbedingungen als auch den sozialen Bedingungen der Bürger*innen zusammenhängt.

GRÜN wirkt

Mit der Beschäftigungsförderung haben wir die städtische Unterstützung von Langzeitarbeitslosen wieder neu aufgebaut und insbesondere mit den Projekten der „Sozialen Stadt“ in Rath und Wersten verknüpft. Die Angebote der Schuldnerberatung haben wir ausgebaut.

Die wachsende Alterseinsamkeit und Altersarmut haben wir zum Thema gemacht, und erarbeiten konkrete Maßnahmen. Ebenso ist die Weiterentwicklung der „Zentren Plus“ für bessere Beratung und Begegnung von Senior*innen angestoßen und das Projekt „Altern unter´m Regenbogen“ für ein offenes gemeinsames Leben im Alter gestartet.

Darüber hinaus haben wir viele kleinere und größere Projekte initiiert und finanziert, beispielsweise die Ehrenamtskarte, die interkulturelle Präventionsarbeit der AIDS-Hilfe, die Richtlinien HIV / Aids für respektvolles und aufgeklärtes Miteinander in der Verwaltung, die Hebammenzentrale, die medizinische Versorgung von Menschen ohne Papiere, eine professionelle Beratung bei Trans*Geschlechtlichkeit, das neue Suchtkrankenhilfekonzept und die Prüfung einer lizensierten Cannabis-Abgabe, für die wir uns weiter auf Bundesebene einsetzen.

GRÜNE Vision

Niedrigschwellige Beratung und Präventionssysteme: Unsere Hilfssysteme sind für die Menschen, die Hilfe benötigen, nicht immer leicht zugänglich. Gerade die differenzierten Beratungssysteme sind teilweise nicht niederschwellig. Wir werden überprüfen, was fehlt und je nach Bedarf Angebote hin zu ganzheitlichen und auf die Menschen zugehenden Beratungsangeboten entwickeln. Die Informationen der Stadt wollen wir schrittweise auch in Leichter Sprache bereitstellen.

Im Quartier leben: Soziale Teilhabe und Verantwortung beginnt im Quartier und hier können die Menschen in allen Lebenslagen am besten erreicht werden. Von der

Krabbelgruppe über die Beschäftigungsförderung bis zur Altenpflege: Wir wollen die integrierte Quartiersentwicklung zum zentralen Baustein der Düsseldorfer Sozial- und Gesundheitspolitik machen. (Hier Verweis auf das Kapitel Quartier)

Als Familie in Düsseldorf leben: Kinder, Eltern, Großeltern brauchen besondere Unterstützung. Für einen guten Start ins Leben setzen wir uns für eine Verbesserung der Situation der Hebammen und für den Ausbau der präventiven Dienste und Hilfen ein. Wir wollen die Betreuungsangebote in Kitas und Schulen weiter verbessern und die Anlaufstellen und Treffpunkte für Jugendliche weiter ausbauen (Hier Hinweis auf Kapitel Jugend und Schule). Darüber hinaus sind uns beispielsweise auch familienfreundliche Sprech- und Öffnungszeiten in städtischen Einrichtungen sowie Beratungs- und Unterstützungsleistungen für Alleinerziehende wichtig.

Älter werden in Düsseldorf – selbstbestimmt bleiben. Wir stehen für eine Politik, die gemeinsam mit den Düsseldorfer*innen die Lebensrealität älter werdender Menschen positiv gestaltet und das Miteinander der Generationen fördert. Dabei nehmen wir nicht nur die Probleme, sondern vor allem die Kenntnisse und Fähigkeiten älterer Menschen in den Blick.

Die Düsseldorfer*innen werden - zum Glück - immer älter. Deshalb halten wir es für zwingend notwendig, künftig ein besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse dieser Menschen zu richten.

Im Miteinander der Generationen wollen auch die älteren Menschen in unserer Stadt würdevoll ihre Rechte wahrnehmen können. Hierbei müssen wir insbesondere auf die Vielzahl der alleinlebenden Senior*innen achten und entsprechende Angebote vorhalten. Die “Zentren Plus” sind eine Erfolgsgeschichte, die wir weiter ausbauen werden.

Wir wollen die Angebote von der Unterstützung bis zur Pflege weiter verbessern, ambulant wie stationär. Dazu gehören niedrigschwellige Hilfen wie beispielsweise der Begleitservice der Rheinbahn oder das Programm „Wohnen für Hilfe“ ebenso wie die Modernisierung und der Ausbau der vollstationären Pflege. Wir legen den Fokus dabei auf das vorhandene Wohnumfeld und wollen durch die integrierte Quartiersentwicklung möglichst vielen Düsseldorfer*innen ein Älterwerden in der eigenen Nachbarschaft ermöglichen. (Hier Verweis auf das Kapitel Quartier)

Für die Entlastung pflegender Angehöriger wollen wir die Angebote der Hilfeeinrichtungen weiter ausbauen, Beratungsangebote, Selbsthilfegruppen, Tages-, Nacht- und Urlaubspflege verstärken.

Gemeinsam mit den Verbänden und Trägern der Seniorenarbeit kann die Stadt das Thema Pflegeberufe noch weiter nach vorne bringen. Um neue Seniorenzentren und Pflegeheime zu ermöglichen, wollen wir mehr städtische Grundstücke bereitstellen und Investor*innen auch bei Projekten der Nachverdichtung für das Thema gewinnen.

Die Begegnungs- und Beratungsstellen "Zentren Plus" werden wir weiterentwickeln, auch um das Thema Senior*innen mit Migrationshintergrund aufzugreifen, aber auch um die Einbindung ins Quartier stärker voranzutreiben. Geprüft werden muss in diesem großen Zusammenhang auch, ob die bisherigen "Zentren Plus" personell aufgestockt werden müssen. Auch das gerade initiierte Wohnungstauschprogramm sollte im Rahmen der “Zentren Plus” umgesetzt werden.

Große Aufmerksamkeit werden wir auf die Gestaltung der barrierefreien Quartiere und Plätze, Haltestellen, Straßen, Wohnungen und Begegnungsorten legen. Gerade im Straßenverkehr und im öffentlichen Personennahverkehr ist noch viel zu tun: viele Ampelschaltungen haben zu kurze Grünphasen für Fußgänger*innen, der Ausbau der Haltestellen mit Audioansagen und besserer Beleuchtung muss vorangetrieben werden.

Menschen mit Behinderungen müssen noch mehr Gehör für ihre Belange in unserer Gesellschaft finden und ihre Bedürfnisse müssen noch besser berücksichtigt werden. Dazu stärken wir den Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen und berücksichtigen das Thema noch stärker als Querschnitt in allen Fachbereichen. Im Öffentlichen Nahverkehr, im Straßenraum und auf öffentlichen Plätzen wollen wir bei allen Planungen und Baumaßnahmen die vollständige Barrierefreiheit erreichen. Im Bestand setzen wir uns für einen schnelleren Umbau und für konsequentere Kontrollen ein, beispielsweise gegen Gehwegparken. Bei der Beschäftigungsförderung werden wir Menschen mit Behinderungen ebenfalls stärker in den Blick nehmen.

Die Präventionsangebote gegen Sucht und Gewalt wollen wir weiterentwickeln und ausbauen. Die Angebote der Präventionsarbeit sollen verstärkt in Schulen vorgestellt werden. So bietet beispielsweise das Trebecafé (ein Angebot für wohnungslose Mädchen) ein Programm für Schulklassen an. Dort wird die Persönlichkeit der Schüler*innen gestärkt und dabei werden gleichzeitig die Hilfesysteme in der Stadt vorgestellt.

Hilfen für Menschen ohne Wohnung: Die Zahl der obdachlosen und wohnungslosen Menschen steigt wieder. Durch den hohen Bedarf an Wohnungen wächst die Gefahr, dass Menschen mit geringen Einkünften und besonderen persönlichen Problemen kaum noch Wohnungen finden. (Mehr zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit im Kapitel Wohnen)

Für die Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen obdachlos oder wohnungslos geworden sind, wollen wir die Hilfesysteme bedarfs- und zielgruppenorientiert ausbauen:

- Das Streetwork-Konzept, das größtenteils kommunal finanziert ist, wollen wir mit den Trägern der Streetwork-Angebote und der Wohnungslosenhilfe überprüfen und bei Bedarf neu aufstellen.

- Der Runden Tisch gegen Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit soll ebenso wie andere Beteiligungsformate weiterhin stattfinden. Hierbei sind Fachleute neben möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppen in den Prozess einzubeziehen.

- Die Plätze in den Notschlafstellen und Unterkünften sollen so gut ausgebaut werden, dass die Winternothilfe zukünftig überflüssig wird. Insgesamt muss es genügend Reserveplätze geben, auch abgestimmt mit Unterkunftsplätzen für geflüchtete Menschen.

- Digitale Informationen können neben den bereits existierenden Broschüren und Flyern zur Information obdachloser und wohnungsloser Menschen helfen, beispielsweise eine „Kälte-App“ nach Wiener Vorbild. Regelmäßige Kampagnen

für die Belange obdachloser und wohnungsloser Menschen sind ein weiterer Ansatz.

- Die Hilfen und Angebote für obdachlose und wohnungslose Frauen wollen wir entsprechend des gestiegenen Bedarfs ausbauen, mit einem neuen Standort für die Frauen-Notschlafstelle inklusive eines Tagesaufenthalts, speziellem Streetwork und zusätzlichen Frauenplätzen im Obdach.
- Für wohnungslose Menschen aus EU Staaten, die formal keinerlei Hilfen in Anspruch nehmen können, haben wir 2019 erste städtische Not-Angebote aufgebaut, die wir verbessern und ausbauen wollen.
- Für psychisch erkrankte Menschen müssen besondere Plätze in den Unterkünften ausgebaut werden, in Kooperation zwischen den zuständigen Ämtern und Trägern.

Menschen mit psychischen Erkrankungen/Auffälligkeiten und ihren Familien wollen wir Krisenanlaufstellen ermöglichen, die neben den bestehenden Landeskrankenhäusern und ihren ergänzenden ambulanten Strukturen unbürokratisch erste Hilfen schaffen. Auch in den Quartiersstrukturen muss dies Berücksichtigung finden.

Auf dem guten Erfolg des Düsselpasses aufbauend, können wir das Angebot zusammen mit den Kooperationspartnern erweitern und bürokratische Hürden beseitigen.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 1 Keine Armut
- 2 Kein Hunger
- 3 Gesundheit und Wohlergehen

Beschluss Gesundheit und Soziales

Gremium:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	07.03.2020
Tagesordnungspunkt:	2.10. Gesundheit und Soziales

Text

Düsseldorf ist eine Stadt, in der alle miteinander gut leben können. Unsere Ziele sind eine solidarische Sozialpolitik und ein gesundes und vielfältiges Düsseldorf, das sich aktiv gegen Ausgrenzung und Diskriminierung stellt. Wir GRÜNE wollen, dass alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, unabhängig von Alter, Einkommen oder möglichen körperlichen und geistigen Einschränkungen. Das ist für uns soziale Teilhabe und soziale Verantwortung. Wir setzen uns für frühzeitige und präventive Maßnahmen gegen soziale Spaltung und für Menschen in besonderen Lebenslagen ein.

Auch für die gesunde Stadt Düsseldorf sind präventive Ansätze zur Gesundheitsförderung und -erhaltung entscheidend. Dazu gehören Gesundheitsförderung in KITAs, Schulen, Betrieben, Verwaltung und öffentlichen Einrichtungen, z.B in den Bereichen Ernährung, Bewegung, Arbeitsabläufen etc. Dabei ist Gesundheit für uns GRÜNE ein echtes Querschnittsthema, das sowohl mit den Umweltbedingungen als auch den sozialen Bedingungen der Bürger*innen zusammenhängt.

GRÜN wirkt

Wir sind stolz darauf, dass wir bereits in 2015 mit der Ampel die Mittel für die Einrichtung der (bundesweit) ersten städtisch geförderten Hebammenzentrale Düsseldorf bereit gestellt haben. Die Hebammenzentrale ist ein wichtiger Baustein zur Versorgung von Schwangeren und frischgebackenen Eltern mit einer Hebamme während der Schwangerschaft, Geburt und Nachsorge. Durch die zentrale Vermittlung werden Hebammen und Eltern entlastet.

Mit der Beschäftigungsförderung haben wir die städtische Unterstützung von Langzeitarbeitslosen wieder neu aufgebaut und insbesondere mit den Projekten der „Sozialen Stadt“ in Rath und Wersten verknüpft. Die Angebote der Schuldnerberatung haben wir ausgebaut.

Die wachsende Alterseinsamkeit und -armut haben wir zum Thema gemacht. Ebenso ist die Weiterentwicklung der „Zentren Plus“ für bessere Beratung und Begegnung von Senior*innen angestoßen und das Projekt „Altern unter'm Regenbogen“, das für LSBTTI-Senior*innen als Zielgruppe sensibilisiert, gestartet.

Darüber hinaus haben wir viele kleinere und größere Projekte initiiert und finanziert, beispielsweise die Ehrenamtskarte, die interkulturelle Präventionsarbeit der AIDS-Hilfe, die Richtlinien HIV / Aids für respektvolles und aufgeklärtes Miteinander in der Verwaltung, die Hebammenzentrale, die medizinische Versorgung von Menschen ohne Papiere, eine professionelle Beratung bei Trans*Geschlechtlichkeit, das neue Suchthilfekonzept und die Prüfung einer lizensierten Cannabis-Abgabe, für die wir uns weiter auf Bundesebene einsetzen.

GRÜNE Vision

Beratung niedrigschwellig anbieten: Menschen, die in unterschiedlichen Lebenslagen Hilfe und Unterstützung benötigen, müssen sich ohne Zugangshemmnisse umfassend informieren und beraten lassen können. Deshalb wollen wir ganzheitliche und zugehende Beratungsangebote, die kultursensibel und inklusiv sind, entwickeln und ausbauen. Die schriftlichen Informationen der Stadt wollen wir bedarfsgerecht auch in Leichter Sprache zur Verfügung stellen.

Im Quartier leben: Soziale Teilhabe und Verantwortung beginnt im Quartier und hier können die Menschen in allen Lebenslagen am besten erreicht werden. Von der Krabbelgruppe über die Beschäftigungsförderung bis zur Altenpflege: Wir wollen die integrierte Quartiersentwicklung zum zentralen Baustein der Düsseldorfer Sozial- und Gesundheitspolitik machen. Die Gesundheitsversorgung sollte dezentral durch Gesundheitsstützpunkte im Quartier gestaltet werden. (Hier Verweis auf das Kapitel Quartier)

Als Familie in Düsseldorf leben: Kinder, Eltern, Großeltern brauchen besondere Unterstützung. Für einen guten Start ins Leben setzen wir uns für eine Verbesserung der Situation der Hebammen und die Sicherung der Finanzierung der Hebammenzentrale Düsseldorf sowie den Ausbau der präventiven Dienste und Hilfen ein. Wir wollen die Betreuungsangebote in Kitas und Schulen weiter verbessern und die Anlaufstellen und Treffpunkte für Jugendliche weiter ausbauen (Hier Hinweis auf Kapitel Jugend und Schule). Darüber hinaus sind uns beispielsweise auch familienfreundliche Sprech- und Öffnungszeiten in städtischen Einrichtungen sowie Beratungs- und Unterstützungsleistungen für Alleinerziehende wichtig.

Älter werden in Düsseldorf – selbstbestimmt bleiben. Wir stehen für eine Politik, die gemeinsam mit den Düsseldorfer*innen die Lebensrealität älter werdender Menschen positiv gestaltet und das Miteinander der Generationen fördert. Dabei nehmen wir nicht nur die Probleme, sondern vor allem die Kenntnisse und Fähigkeiten älterer Menschen in den Blick.

Die Düsseldorfer*innen werden - zum Glück - immer älter. Deshalb halten wir es für zwingend notwendig, künftig ein besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse dieser Menschen zu richten.

Im Miteinander der Generationen wollen auch die älteren Menschen in unserer Stadt würdevoll ihre Rechte wahrnehmen können. Hierbei müssen wir insbesondere auf die Vielzahl der alleinlebenden Senior*innen achten und entsprechende Angebote vorhalten. Die “Zentren Plus” sind eine Erfolgsgeschichte, die wir weiter ausbauen werden.

Ältere Menschen möchten auch im Falle von Pflegebedürftigkeit im häuslichen Umfeld bleiben. Deshalb wollen wir in die verbindliche Pflegebedarfsplanung einsteigen, die alle Angebote, von vielfältigen ambulanten Möglichkeiten wie beispielsweise Pflegewohnungen oder betreuten Wohngruppen bis hin zu stationären Einrichtungen, aus den Bedarfen im Quartier heraus entwickelt und aufeinander abstimmt. Die entsprechende Bindung städtischer Grundstücke spielt dabei eine ebenso große Rolle wie der Aufbau eines Pflege- und Hilfemixes aus professioneller Pflege und Unterstützung, sozialen Netzwerken und Nachbarschaften im Quartier. (Hier Verweis auf das Kapitel Quartier)

Für die Entlastung pflegender Angehöriger wollen wir die Angebote der Hilfeeinrichtungen weiter ausbauen, Beratungsangebote, Selbsthilfegruppen, Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege verstärken.

Gemeinsam mit den Verbänden und Trägern der Seniorenarbeit kann die Stadt das Thema Pflegeberufe noch weiter nach vorne bringen.

Die Begegnungs- und Beratungsstellen "Zentren Plus" werden wir weiterentwickeln, auch um das Thema Senior*innen mit Migrationshintergrund aufzugreifen, aber auch um die Einbindung ins Quartier stärker voranzutreiben. Geprüft werden muss in diesem großen Zusammenhang auch, ob die bisherigen "Zentren Plus" personell aufgestockt werden müssen. Auch das gerade initiierte Wohnungstauschprogramm sollte in diesem Rahmen umgesetzt werden.

Große Aufmerksamkeit werden wir auf die Gestaltung der barrierefreien Quartiere und Plätze, Haltestellen, Straßen, Wohnungen und Begegnungsorte legen. Gerade im Straßenverkehr und im öffentlichen Personennahverkehr ist noch viel zu tun: viele Ampelschaltungen haben zu kurze Grünphasen für Fußgänger*innen, der Ausbau der Haltestellen mit Audioansagen und besserer Beleuchtung muss vorangetrieben werden.

Menschen mit Behinderungen müssen noch mehr Gehör für ihre Belange in unserer Gesellschaft finden und ihre Bedürfnisse müssen noch besser berücksichtigt werden. Dazu stärken wir den Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen und berücksichtigen das Thema noch stärker als Querschnitt in allen Fachbereichen. Im öffentlichen Nahverkehr, im Straßenraum und auf öffentlichen Plätzen wollen wir bei allen Planungen und Baumaßnahmen die vollständige Barrierefreiheit erreichen. Im Bestand setzen wir uns für einen schnelleren Umbau und für konsequentere Kontrollen ein, beispielsweise gegen Gehwegparken. Bei der Beschäftigungsförderung werden wir Menschen mit Behinderungen ebenfalls stärker in den Blick nehmen.

Das Düsseldorfer Suchthilfekonzept mit seinen drei Bausteinen "Prävention", "Überlebenshilfen" und "ausstiegsorientierte Hilfen" werden wir konsequent umsetzen und weiterentwickeln. Die Angebote der Präventionsarbeit sollen verstärkt in Schulen vorgestellt werden. So bietet beispielsweise das Trebecafé (ein Angebot für wohnungslose und von Sucht und Gewalt betroffeneMädchen) ein Programm für Schulklassen an. Dort wird die Persönlichkeit der Schüler*innen gestärkt und dabei werden gleichzeitig die Hilfesysteme in der Stadt vorgestellt. Die Erweiterung des Drogenkonsumraums ist bereits auf den Weg gebracht, zwei dezentrale Hilfeeinrichtungen für Diamorphin- bzw. Methadonsubstituierte befinden sich in der Aufbauphase. Die Beratungsangebote stellen sich zunehmend darauf ein, dass die Zielgruppe mehrsprachig ist bzw. älter wird.

Hilfen für Menschen ohne Wohnung: Die Zahl der obdachlosen und wohnungslosen Menschen steigt wieder. Durch den hohen Bedarf an Wohnungen wächst die Gefahr, dass Menschen mit geringen Einkünften und besonderen persönlichen Problemen kaum noch Wohnungen finden. (Mehr zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit im Kapitel Wohnen)

Für die Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen obdachlos oder wohnungslos geworden sind, wollen wir die Hilfesysteme bedarfs- und zielgruppenorientiert ausbauen:

- Das Streetwork-Konzept, das größtenteils kommunal finanziert ist, wollen wir mit den Trägern der Streetwork-Angebote und der Wohnungslosenhilfe überprüfen und bei Bedarf neu aufstellen.
- Der "Runde Tisch" gegen Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit soll ebenso wie andere Beteiligungsformate weiterhin stattfinden. Hierbei sind Fachleute neben möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppen in den Prozess einzubeziehen.
- Die Plätze in den Notschlafstellen und Unterkünften sollen so gut ausgebaut werden, dass die Winternothilfe zukünftig überflüssig wird. Insgesamt muss es genügend Reserveplätze geben, auch abgestimmt mit Unterkunftsplätzen für geflüchtete Menschen.
- Digitale Informationen können neben den bereits existierenden Broschüren und Flyern zur Information obdachloser und wohnungsloser Menschen helfen, beispielsweise eine „Kälte-App“ nach Wiener Vorbild. Regelmäßige Kampagnen für die Belange obdachloser und wohnungsloser Menschen sind ein weiterer Ansatz.
- Die Hilfen und Angebote für obdachlose und wohnungslose Frauen wollen wir entsprechend des gestiegenen Bedarfs ausbauen, mit einem neuen Standort für die Frauen-Notschlafstelle inklusive eines Tagesaufenthalts, speziellem Streetwork und zusätzlichen Frauenplätzen im Obdach.
- Für wohnungslose Menschen aus EU Staaten, die formal keinerlei Hilfen in Anspruch nehmen können, haben wir 2019 erste städtische Not-Angebote aufgebaut, die wir verbessern und ausbauen wollen.
- Für psychisch erkrankte Menschen müssen besondere Plätze in den Unterkünften ausgebaut werden, in Kooperation zwischen den zuständigen Ämtern und Trägern.

Menschen mit psychischen Erkrankungen/Auffälligkeiten und ihren Familien wollen wir Krisenanlaufstellen bieten, die neben den bestehenden Landeskrankenhäusern und ihren ergänzenden ambulanten Strukturen unbürokratisch erste Hilfen schaffen. Auch in den Quartiersstrukturen muss dies Berücksichtigung finden.

Auf dem guten Erfolg des Düsselpasses aufbauend, können wir das Angebot zusammen mit den Kooperationspartnern erweitern und bürokratische Hürden beseitigen.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 1 Keine Armut
- 2 Kein Hunger
- 3 Gesundheit und Wohlergehen

KW11 Sport

Gremium:	Kreisvorstand
Beschlussdatum:	05.02.2020
Tagesordnungspunkt:	2.11. Sport

Text

Von der Breite in die Spitze – Sport- und Bewegungspolitik in Düsseldorf

Sport und Bewegung sind wichtig für die Gesundheit von Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen und Senior*innen. Im Sportverein zählen Teamgeist und Leistungsbereitschaft. Sport bringt Freude, neue Kontakte und fördert den sozialen Zusammenhalt und die Persönlichkeitsentwicklung. Gute Möglichkeiten für Sport und Bewegung können viel zu einem lebenswerten Düsseldorf beitragen. Dafür muss die Politik die Rahmenbedingungen schaffen: ausreichend Platz und sichere Wege für Bewegung im Alltag, gute Infrastrukturen für Vereine, öffentliche Angebote, die gut nutzbar und bezahlbar sind.

Breitensportpolitik in Düsseldorf läuft, wie in jeder Kommune, vor allem über den Stadtsportbund und die Vereine. Sie organisieren das Sportleben der Landeshauptstadt und bemühen sich um finanzielle Unterstützung bei der Stadt für konkrete Vorhaben. Wir GRÜNE haben erreicht, dass über Förderanträge transparenter entschieden wird.

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass jede Schule eine eigene Sporthalle bekommt und bestehende Hallen saniert werden. Im Rahmen der Schulbauoffensive haben wir zahlreiche Projekte umgesetzt. Damit ist ein wichtiger Schritt getan.

Mit dem Bäderkonzept 2020 gibt es erstmalig einen umfassenden Sanierungsplan für die Düsseldorfer Stadtbäder. Auch, wenn noch nicht alles fertig ist: in neuen oder sanierten Bädern am Flinger Broich, in Oberkassel, Benrath und Unterrath lässt es sich (bald) gut schwimmen.

Multifunktionsflächen sind Einladungen zu Sport und Bewegung, vor allem für Jugendliche und junge Erwachsene. Schon in vier Stadtteilen gibt es solche Flächen mit unterschiedlichen Schwerpunkten: von Basketball über Fußball bis zu Parcour und Pump-Track. Weitere Flächen folgen – immer mit Beteiligung der Jugendlichen aus dem Stadtteil.

Der Skatepark Eller ist eine bundesweite Sensation und ein Magnet für junge Skater*innen aus Düsseldorf und Umgebung.

Mit Sport im Park wurde ein kostenloses, regelmäßiges Sportangebot geschaffen, das alle Altersstufen gleichermaßen erreicht. Auf diesen Erfolg wollen wir aufbauen, das Programm weiter ausbauen und durch Sportgeräte im Park für Erwachsene ergänzen.

Es ist Zeit, dass wir in Düsseldorf den Blick für Sport- und Bewegungspolitik noch einmal erweitern. Sport und Bewegungsangebote müssen für alle Menschen zugänglich sein, egal wie es um die körperliche oder geistige Gesundheit, den Geldbeutel oder die geschlechtliche Identität bestellt ist. Männer, Frauen und LSBTTIQ*, Junge und Alte, Alteingesessene und Zugezogene: Sport kann integrativ sein, wenn man die Rahmenbedingungen dafür schafft. Wir wollen deswegen in den nächsten fünf Jahren weiter vor allem dafür sorgen, dass Sport- und

Bewegungsmöglichkeiten barriereärmer werden. Dafür müssen wir auch erfassen, wie es um die Barrierefreiheit in Düsseldorfer Sporteinrichtungen bestellt ist und welche Angebote es für all die gibt, die auf Barrierefreiheit angewiesen sind. Zur Barrierefreiheit gehört auch, dass möglichst ein breites Angebot an Sportarten in unmittelbarer Nähe, im Quartier, erreichbar ist. (Bezug Quartier).

Im Sport ist in Punkto Gleichberechtigung viel passiert. Erstmalig richtet Düsseldorf im Sommer 2020 die Eurogames – ein Sportevent für Sichtbarkeit und Akzeptanz von LSBTTIQ* im Sport - aus. Wir haben uns mit der Initiative für geschlechtergerechten Sportstättenbau für gleichberechtige Nutzungsmöglichkeiten eingesetzt und bleiben weiter dran, damit der Beschluss auch zügig umgesetzt wird. Außerdem haben wir eine Sportwirksamkeitsstudie in Auftrag gegeben: nun lässt sich einfacher erkennen, wer wo von kommunaler Sportförderung profitiert und wer nicht. Sie ist eine gute Grundlage für zukünftige Förderentscheidungen und schafft Transparenz für antragsstellende Vereine und Verbände. Für uns GRÜNE ist es wichtig, dass am Ende alle Geschlechter von den ausgegebenen Geldern in diesem Bereich gleichermaßen profitieren – ganz im Sinne des Gender Budgeting.

Sport bleibt trotzdem eines der Felder, in denen sich Vorurteile über angebliche genderspezifische Vorlieben mit am längsten halten. Auch im Breitensport gibt es gelegentlich die Tendenz der Vereine, Sportarten für Jungen oder für Mädchen anzubieten, aber nicht für alle Geschlechter. Wir GRÜNE haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass endlich das Versprechen, den Mädchenfußball in Düsseldorf zu fördern, eingelöst wird. Die Vereine öffnen sich erst vorsichtig, weil bisher die Förderung und ausreichend Trainer*innen fehlten und es Konkurrenz um Plätze gibt. Dies wird nicht der letzte Kampf um eine gendergerechte Verteilung von Ressourcen sein, aber es ist ein wichtiger und wir sind stolz auf das, was wir erreicht haben.

Die Debatte um die Vor- und Nachteile von Kunstrasen hat in der Düsseldorfer Fußballwelt hohe Wellen geschlagen. Wir haben durchgesetzt, dass Kunstrasen nur noch mit Sand oder Kork statt mit Plastikgranulat gefüllt und abgenutzter Kunstrasen umweltgerecht entsorgt wird. So leistet Düsseldorf auch in dem Bereich immer mehr einen Beitrag zu Schutz von Umwelt und Natur und der Gesundheit der Kinder.

Wir fordern außerdem:

- Mehr feste und mobile Trinkwasserspender: Gut bei Bewegung, gut bei Hitze, gut für die Reduzierung von Plastikmüll – im sportlichen Düsseldorfer Alltag und bei sportlichen Großereignissen
- Mehr Bewegungskitas: Gerade kleine Großstädter*innen brauchen viel Bewegung
- Starkes Ehrenamt, starker Sport: Trainer*innemangel angehen!
- Sportaction-Bus Angebot verstetigen: Niedrigschwellige Bewegungsmöglichkeiten stärken!

Bäderpolitik

Sicherheit und ein freundlicher Umgang miteinander sind im Schwimmbad besonders wichtig. Bäder sind Orte, an denen sich alle wohlfühlen sollen: Jugendliche

genauso wie Senior*innen oder Familien mit kleinen Kindern. Wir unterstützen die Bädergesellschaft in ihrem Vorhaben durch Prävention und Deeskalation für Sicherheit zu sorgen.

Wir wollen, dass alle Kinder in Düsseldorf schwimmen lernen. Die Kapazitäten in den Bädern sind stark ausgelastet. Die neuen und sanierten Bäder werden hier Abhilfe schaffen. Darüber hinaus braucht es innovative Konzepte, damit Schulkinder möglichst effektiv schwimmen lernen. Auch Schwimmkurse für Erwachsene wollen wir verstärkt ermöglichen.

Sportevents können die Begeisterung für Sport fördern, Düsseldorf über die Stadtgrenzen hinaus sichtbar machen und wichtige Impulse für bessere Infrastruktur setzen. Leider haben sich bei der Tour de France aber die Befürchtungen, die mit Großveranstaltungen einhergehen, bestätigt: die Tour wurde teurer und die versprochenen Impulse für den lokalen Radsport und den Radverkehr im Alltag wurden nicht geschaffen. Der Pétit Départ ist gut, aber kein Meilenstein auf dem Weg zu mehr Radsport und Radverkehr in Düsseldorf.

So wie alle anderen größeren Vorhaben sollten sich auch Sportevents in Zukunft durch eine frühzeitige Beteiligung und transparente Verfahren auszeichnen. Die nächste Debatte, die es auch in Düsseldorf zu führen gilt, ist die um eine gemeinsame Bewerbung für Olympische Spiele in der Ruhrregion 2032 („Rhein Ruhr City 2032“). Düsseldorf könnte sich mit Spielstätten beteiligen und würde als Hotelstandort auch viele Besucher*innen aufnehmen können. Es sollen die nachhaltigsten Spiele der Olympiageschichte der Moderne werden. Doch jedes Großevent ist auch mit vielen Veränderungen und Kosten verbunden. Ein spezieller Diskussionspunkt wird dabei auch der Standort des Olympischen Dorfes sein. Für uns GRÜNE gilt, dass auch ein solches herausragendes Projekt zur Stadt- und Quartiersentwicklung passen muss (Hier Hinweis auf Kapitel Stadtentwicklung). Bei der Planung müssen die Bürger*innen frühzeitig und umfassend beteiligt werden. Das Ergebnis muss auch nach den Olympischen Spielen einen Mehrwert für das Quartier und für Düsseldorf haben.

Nur, wenn die Bürger*innen in der Region und in jeder beteiligten Stadt dahinter stehen, kann ein solches Event das leisten, was es verspricht. Eine Bürgerbefragung auf Basis belastbarer Planungen und Kostenschätzungen ist daher Pflicht.

Die D.LIVE veranstaltet in Düsseldorf publikumsintensive und stadtmarketingrelevante Sportgroßevents. Wir wollen, dass sie sich noch mehr als bisher den Zielen der Nachhaltigkeit verpflichtet und dem vom Deutschen Olympischen Sportbund entwickelten Konzept „Green Champions“ folgt. Die Events müssen zu Düsseldorf passen und positive Impulse für das Düsseldorfer Sportleben mitbringen.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 3 Gesundheit und Wohlergehen

Beschluss Sport

Gremium:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	07.03.2020
Tagesordnungspunkt:	2.11. Sport

Text

Von der Breite in die Spitze – Sport- und Bewegungspolitik in Düsseldorf

Sport und Bewegung sind wichtig für die Gesundheit von Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen und Senior*innen. Im Sportverein zählen Teamgeist und Leistungsbereitschaft. Sport bringt Freude, neue Kontakte und fördert den sozialen Zusammenhalt und die Persönlichkeitsentwicklung. Gute Möglichkeiten für Sport und Bewegung können viel zu einem lebenswerten Düsseldorf beitragen. Dafür muss die Politik die Rahmenbedingungen schaffen: ausreichend Platz und sichere Wege für Bewegung im Alltag, gute Infrastrukturen für Vereine, öffentliche Angebote, die gut nutzbar und bezahlbar sind.

Grün wirkt

Breitensportpolitik in Düsseldorf läuft, wie in jeder Kommune, vor allem über den Stadtsportbund und die Vereine. Sie organisieren das Sportleben der Landeshauptstadt und bemühen sich um finanzielle Unterstützung bei der Stadt für konkrete Vorhaben. Wir GRÜNE haben erreicht, dass über Förderanträge transparenter entschieden wird.

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass jede Schule eine eigene Sporthalle bekommt und bestehende Hallen saniert werden. Im Rahmen der Schulbauoffensive haben wir zahlreiche Projekte umgesetzt. Damit ist ein wichtiger Schritt getan.

Mit dem Bäderkonzept 2020 gibt es erstmalig einen umfassenden Sanierungsplan für die Düsseldorfer Stadtbäder. Auch, wenn noch nicht alles fertig ist: in neuen oder sanierten Bädern am Flinger Broich, in Oberkassel, Benrath und Unterrath lässt es sich (bald) gut schwimmen.

Multifunktionsflächen sind Einladungen zu Sport und Bewegung, vor allem für Jugendliche und junge Erwachsene. Schon in vier Stadtteilen gibt es solche Flächen mit unterschiedlichen Schwerpunkten: von Basketball über Fußball bis zu Parcour und Pump-Track. Weitere Flächen folgen – immer mit Beteiligung der Jugendlichen aus dem Stadtteil.

Der Skatepark Eller ist eine bundesweite Sensation und ein Magnet für junge Skater*innen aus Düsseldorf und Umgebung.

Mit Sport im Park wurde ein kostenloses, regelmäßiges Sportangebot geschaffen, das alle Altersstufen gleichermaßen erreicht. Auf diesen Erfolg wollen wir aufbauen, das Programm weiter ausbauen und durch Sportgeräte im Park für Erwachsene ergänzen.

Grüne Vision

Es ist Zeit, dass wir in Düsseldorf den Blick für Sport- und Bewegungspolitik noch einmal erweitern. Sport und Bewegungsangebote müssen für alle Menschen zugänglich sein, egal wie es um die körperliche oder geistige Gesundheit, den

Geldbeutel oder die geschlechtliche Identität bestellt ist. Männer, Frauen und LSBTTIQ*, Junge und Alte, Alteingesessene und Zugezogene: Sport kann integrativ sein, wenn man die Rahmenbedingungen dafür schafft. Wir wollen deswegen in den nächsten fünf Jahren weiter vor allem dafür sorgen, dass Sport- und Bewegungsmöglichkeiten barriereärmer werden. Dafür müssen wir auch erfassen, wie es um die Barrierefreiheit in Düsseldorfer Sporteinrichtungen bestellt ist und welche Angebote es für all die gibt, die auf Barrierefreiheit angewiesen sind. Zur Barrierefreiheit gehört auch, dass möglichst ein breites Angebot an Sportarten in unmittelbarer Nähe, im Quartier, erreichbar ist. (Bezug Quartier).

Im Sport ist in Punkto Gleichberechtigung viel passiert. Erstmalig richtet Düsseldorf im Sommer 2020 die Eurogames – ein Sportevent für Sichtbarkeit und Akzeptanz von LSBTTIQ* im Sport - aus. Wir haben uns mit der Initiative für geschlechtergerechten Sportstättenbau für gleichberechtige Nutzungsmöglichkeiten eingesetzt und bleiben weiter dran, damit der Beschluss auch zügig umgesetzt wird. Außerdem haben wir eine Sportwirksamkeitsstudie in Auftrag gegeben: nun lässt sich einfacher erkennen, wer wo von kommunaler Sportförderung profitiert und wer nicht. Sie ist eine gute Grundlage für zukünftige Förderentscheidungen und schafft Transparenz für antragsstellende Vereine und Verbände. Für uns GRÜNE ist es wichtig, dass am Ende alle Geschlechter von den ausgegebenen Geldern in diesem Bereich gleichermaßen profitieren – ganz im Sinne des Gender Budgeting.

Sport bleibt trotzdem eines der Felder, in denen sich Vorurteile über angebliche genderspezifische Vorlieben mit am längsten halten. Auch im Breitensport gibt es gelegentlich die Tendenz der Vereine, Sportarten für Jungen oder für Mädchen anzubieten, aber nicht für alle Geschlechter. Wir GRÜNE haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass endlich das Versprechen, den Mädchenfußball in Düsseldorf zu fördern, eingelöst wird. Die Vereine öffnen sich erst vorsichtig, weil bisher die Förderung und ausreichend Trainer*innen fehlten und es Konkurrenz um Plätze gibt. Dies wird nicht der letzte Kampf um eine gendergerechte Verteilung von Ressourcen sein, aber es ist ein wichtiger und wir sind stolz auf das, was wir erreicht haben.

Die Debatte um die Vor- und Nachteile von Kunstrasen hat in der Düsseldorfer Fußballwelt hohe Wellen geschlagen. Wir haben durchgesetzt, dass Kunstrasen nur noch mit Sand oder Kork statt mit Plastikgranulat gefüllt und abgenutzter Kunstrasen umweltgerecht entsorgt wird. So leistet Düsseldorf auch in dem Bereich immer mehr einen Beitrag zu Schutz von Umwelt und Natur und der Gesundheit der Kinder.

Wir fordern außerdem:

- Mehr feste und mobile Trinkwasserspender: Gut bei Bewegung, gut bei Hitze, gut für die Reduzierung von Plastikmüll – im sportlichen Düsseldorfer Alltag und bei sportlichen Großereignissen

- Mehr Bewegungskitas: Um die Bewegung bereits im jungen Alter in den Alltag einzubauen

- Starkes Ehrenamt, starker Sport: Trainer*innenmangel angehen!

- Sportaction-Bus Angebot verstetigen: Niedrigschwellige Bewegungsmöglichkeiten stärken!

Bäderpolitik

Sicherheit und ein freundlicher Umgang miteinander sind im Schwimmbad besonders wichtig. Bäder sind Orte, an denen sich alle wohlfühlen sollen: Jugendliche genauso wie Senior*innen oder Familien mit kleinen Kindern. Wir unterstützen die Bädergesellschaft in ihrem Vorhaben durch Prävention und Deeskalation für Sicherheit zu sorgen.

Wir wollen, dass alle Kinder in Düsseldorf schwimmen lernen. Die Kapazitäten in den Bädern sind stark ausgelastet. Die neuen und sanierten Bäder werden hier Abhilfe schaffen. Darüber hinaus braucht es innovative Konzepte, damit Schulkinder möglichst effektiv schwimmen lernen. Auch Schwimmkurse für Erwachsene wollen wir verstärkt ermöglichen.

Sportevents können die Begeisterung für Sport fördern, Düsseldorf über die Stadtgrenzen hinaus sichtbar machen und wichtige Impulse für bessere Infrastruktur setzen. Leider haben sich bei der Tour de France aber die Befürchtungen, die mit Großveranstaltungen einhergehen, bestätigt: die Tour wurde teurer und die versprochenen Impulse für den lokalen Radsport und den Radverkehr im Alltag wurden nicht geschaffen. Der Pétit Départ ist gut, aber kein Meilenstein auf dem Weg zu mehr Radsport und Radverkehr in Düsseldorf.

So wie alle anderen größeren Vorhaben sollten sich auch Sportevents in Zukunft durch eine frühzeitige Beteiligung und transparente Verfahren auszeichnen. Die nächste Debatte, die es auch in Düsseldorf zu führen gilt, ist die um eine gemeinsame Bewerbung für Olympische Spiele in der Ruhrregion 2032 („Rhein Ruhr City 2032“). Düsseldorf könnte sich mit Spielstätten beteiligen und würde als Hotelstandort auch viele Besucher*innen aufnehmen können. Es sollen die nachhaltigsten Spiele der Olympiageschichte der Moderne werden. Doch jedes Großevent ist auch mit vielen Veränderungen und Kosten verbunden. Ein spezieller Diskussionspunkt wird dabei auch der Standort des Olympischen Dorfes sein. Für uns GRÜNE gilt, dass auch ein solches herausragendes Projekt zur Stadt- und Quartiersentwicklung passen muss (Hier Hinweis auf Kapitel Stadtentwicklung). Bei der Planung müssen die Bürger*innen frühzeitig und umfassend beteiligt werden. Das Ergebnis muss auch nach den Olympischen Spielen einen Mehrwert für das Quartier und für Düsseldorf haben.

Nur, wenn die Bürger*innen in der Region und in jeder beteiligten Stadt dahinter stehen, kann ein solches Event das leisten, was es verspricht. Eine Bürgerbefragung auf Basis belastbarer Planungen und Kostenschätzungen ist daher Pflicht.

Die D.LIVE veranstaltet in Düsseldorf publikumsintensive und stadtmarketingrelevante Sportgroßevents. Wir wollen, dass sie sich noch mehr als bisher den Zielen der Nachhaltigkeit verpflichtet und dem vom Deutschen Olympischen Sportbund entwickelten Konzept „Green Champions“ folgt. Die Events müssen zu Düsseldorf passen und positive Impulse für das Düsseldorfer Sportleben mitbringen.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 3 Gesundheit und Wohlergehen

KW12 Kultur

Gremium:	Kreisvorstand
Beschlussdatum:	05.02.2020
Tagesordnungspunkt:	2.12. Kultur

Text

Düsseldorf ist eine historisch gewachsene, lebendige und vielfältige Kunst- und Kulturstadt. Mit unseren Bühnen und Museen, der selbstverwalteten Freien Szene, diversen Festivals und zahlreichen Initiativen und Projekten von Künstler*innen und Bürger*innen verfügt unsere Stadt über einen großen Reichtum an kulturellen Erfahrungs- und Erlebnismöglichkeiten für alle Bürger*innen und Besucher*innen. In den bestehenden Werken der Kunst und Kultur bildet sich die Geschichte unserer Stadt und ihrer Bewohner*innen ab, zeitgenössische und neue Kunstwerke und Kunstproduktionen befähigen uns, unsere Zeit und unsere Gesellschaft aus unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten, zu befragen und uns zu orientieren. Dabei sind die „großen" Institutionen wie Schauspielhaus und Oper genauso wichtig, wie zum Beispiel die vielen „kleinen" Initiativen aus der Freien Szene.

Kultur ist wichtig für unsere Stadt – nicht als Marketinginstrument, sondern als Grundlage und Bereicherung unserer Stadtgesellschaft. Kunst und Kultur sind nicht schöne Nebensächlichkeiten oder „nice to have", sondern Teil der Daseinsvorsorge. Dabei geht es auch um die gesamte Stadt: Stadtraum ist Kulturraum.

<u>GRÜN wirkt</u>

Wir haben der Kultur-Debatte, den Künstler*innen und allen Interessierten in der letzten Wahlperiode mehr Raum und mehr Unterstützung ermöglicht:

- Mit dem Kulturentwicklungsplan, bei dem sich viele Kulturschaffende eingebracht haben, konnten wir uns eine Übersicht über die drängenden Aufgaben für die Zukunft von Kunst- und Kultur in Düsseldorf verschaffen.

- In einem ersten Schritt ist daraus der neue „Rat der Künste" als demokratisch gewählte starke Stimme für Kunst und Kultur entstanden. In einem weiteren Schritt werden gerade die Förderrichtlinien für den Bereich der Kultur hinsichtlich ihrer Transparenz und ihrer Nachhaltigkeit überarbeitet.

- Mit höherer Förderung für die Freie Szene (u.a. Zakk, FFT und tanzhaus nrw) und mit einer neuen Stelle für die Off-Szene im Kulturamt.

- Mit der ersten „Hall of Fame", einer legalen Fläche für Graffiti, an der Vennhauser Allee.

- Mit der Kunstkommission für faire Wettbewerbe bei Kunst am Bau und im öffentlichen Raum

- Mit großen Investitionen in die Sanierung der Kulturgebäude: Schauspielhaus, Kunstpalast, Aquazoo, neue Zentralbibliothek und neues FFT am Konrad-Adenauer-Platz und viele mehr. Darüber hinaus haben wir dafür

gesorgt, dass es erstmals eine Übersicht über den Sanierungsbedarf aller Kulturbauten gibt.

GRÜNE Vision

Kulturbauten: Der Sanierungsbedarf ist weiterhin extrem hoch. Wir Grüne setzen uns für die Sanierung der großen Bühnen und Museen ein, kämpfen aber genauso für die dringenden Maßnahmen für die Freie Szene und die kleineren Häuser. Wir wollen das tanzhaus nrw zügig sanieren und die überfällige Erweiterung schaffen. Für das Zakk wollen wir über die Möglichkeiten von Sanierung oder Neubau entscheiden.

Ob Sanierung oder Neubau der Oper: wir Grüne wollen unabhängig davon, dass die Oper sich noch stärker für die Stadtgesellschaft öffnet. Zum Beispiel als Ort der Begegnung zu den spielfreien Tageszeiten für alle Altersklassen und alle Schichten der Stadtgesellschaft oder als Labor für ungewöhnliche interdisziplinäre Kulturprojekte.

Kultur braucht Raum: Düsseldorfs Stärke war immer eine Stadt der Kunst- und Kulturschaffenden zu sein. Wir wollen, dass das so auch in Zukunft so bleibt. In der wachsenden Stadt stehen viele Produktions-, Aufführungs- und andere Kulturorte unter Druck und verschwinden zum Teil. Wir Grüne wollen die bestehenden Räume für die Freie Szene und Off-Szene, für Musiker*innen und Künstler*innen sichern. In der Stadtentwicklung setzen wir uns dafür ein, dass beim Um- und Neubau von Quartieren neue Kulturräume, insbesondere Künstler*innen-Ateliers und Ausstellungsräume geschaffen werden.

Mit dem von den Düsseldorfer Künstler*innen konzipierten und gewünschten Werkkunsthaus werden wir die Produktionsbedingungen für Künstler*innen deutlich verbessern. Dort werden Künstler*innen aus Düsseldorf und ganz Nordrhein-Westfalen die Werkstätten temporär für ihre Arbeit nutzen können.

Die Kammerspiele in der Jahnstraße wollen wir nach dem Umzug des FFT als Kulturraum sichern, beispielsweise für Proben und Aufführungen sowie als Heimat der Off-Szene. Den Konrad-Adenauer-Platz 1 (KAP1) direkt am Hauptbahnhof wollen wir mit der neuen Zentralbibliothek und dem FFT zu einem lebendigen und vielfältigen Kulturort machen, insbesondere durch Kooperationen mit anderen Bühnen, Museen, Instituten und Akteur*innen der Freien Szene.

Darüber hinaus wollen wir Künstler*innen an der Stadtplanung und Quartiersentwicklung stärker beteiligen, um eine qualitativ bessere Kultur beim Bauen und Planen zu erzielen.

Kulturelle Bildung: Ob für jung oder alt, Kunst und Kultur sind ein wichtiger Baustein für die Bildung der gesamten Persönlichkeit. Sich selbst kulturell zu bilden bietet die Möglichkeit zur aktiven Teilhabe am kulturellen und politischen Leben in der Stadt und schafft einen Reichtum an Beziehungen zur Welt. Wir Grüne wollen, dass kulturelle Bildung integraler Bestandteil in Schulen, Museen und Kulturinstituten in Düsseldorf wird. Unabhängig von der sozialen Herkunft sollen alle Bürger*innen Zugang zu Kultur und kultureller Bildung haben. Dazu werden wir in einem partizipativen Verfahren ein tragfähiges gesamtstädtisches Konzept erarbeiten und umsetzen.

Wir wollen die Angebote der musikalischen Früherziehung weiter ausbauen. Die Clara-Schumann-Musikschule braucht neben zusätzlichen Lehrer*innen Unterstützung beim Ausbau von Kooperationen mit Kitas und Schulen.

Mit einem neuen Beirat für die kulturelle Bildung, der mit Fachleuten besetzt wird, wollen wir neue Wege gehen und für die Umsetzung des gesamtstädtischen Konzepts sorgen.

Wir setzen uns für bessere Arbeitsbedingungen von Kulturschaffenden im Bereich der kulturellen Bildung ein, nach vielen Jahren des Stillstands in der Honorierung und Sozialversicherungspflicht.

Städtische Museen: von Heine bis Goethe, von Keramik bis Schifffahrt, von Kunsthalle bis Kunst im Tunnel – die Stadt hat selbst unglaublich vielfältige und spannende Institute. Wir Grüne wollen sie stärken, öffnen und bekannter machen. Dazu sind Kooperationen untereinander oder mit den größeren Häusern von Stadt und Land ebenso nötig wie eine Überprüfung der Öffnungszeiten und Eintrittspreise.

Kultur ist divers und vielfältig: Dies muss sich auch in den Kulturangeboten und geförderten Kulturprojekten in Düsseldorf deutlicher abbilden. Künstler*innen, Kurator*innen, Juror*innen und viele Rollen mehr werden immer noch von Männern dominiert. Wir Grüne streiten für Geschlechtergerechtigkeit in der Kultur. Auch Menschen mit Migrationshintergrund sind sowohl bei den Akteur*innen im Kulturbetrieb, als auch bei den Besucher*innen in Kultureinrichtungen unterrepräsentiert. Das heterogene kulturelle Erbe der Bürger*innen und ihre heterogenen kulturellen Anliegen und Themen sollen Zugang zu allen Strukturen und Programmen der städtischen Kultur erhalten.

Musikstadt: Wir wollen die Tradition Düsseldorfs als Musikstadt mit Kraftwerk, den Toten Hosen und vielen anderen Musikgrößen, aber auch mit der Robert-Schumann-Hochschule, beleben und in die Zukunft tragen. Dafür brauchen wir mehr Proberäume und Auftrittsorte und eine lebendige Clubszene und Nachtkultur.

Fotostadt: Mit dem Ankauf der „Sammlung Kicken“ haben wir den Kunstpalast als Standort für Fotografie gestärkt. Mit der Ansiedlung eines bundesweiten Fotoinstituts wollen wir Düsseldorf zu einem Zentrum für die Bewahrung des kulturellen Erbes der Fotografie, aber auch der Forschung und Innovation für die Zukunft der Fotografie machen.

Gedenkkultur: Gegen das Erstarken von rechtsradikalen und menschenfeindlichen Kräften stärken wir die Kultur insgesamt und die Gedenkkultur im Besonderen. Dazu gehören ein weiterer Ausbau der Angebote der Mahn- und Gedenkstätte, eine ernsthafte Diskussion über Straßenbenennungen, eine städtische Unterstützung der Kolonialismus-Forschung, eine umfassende Provenienz-Forschung und der sensible und transparente Umgang mit Raubkunst.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 4 Hochwertige Bildung
- 5 Geschlechtergerechtigkeit
- 12 Nachhaltige/r Konsum und Produktion
- 16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

Beschluss Kultur

Gremium:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	07.03.2020
Tagesordnungspunkt:	2.12. Kultur

Text

Düsseldorf ist eine historisch gewachsene, lebendige und vielfältige Kunst- und Kulturstadt. Mit unseren Bühnen und Museen, der selbstverwalteten Freien Szene, diversen Festivals und zahlreichen Initiativen und Projekten von Künstler*innen und Bürger*innen verfügt unsere Stadt über einen großen Reichtum an kulturellen Erfahrungs- und Erlebnismöglichkeiten für alle Bürger*innen und Besucher*innen. In den bestehenden Werken der Kunst und Kultur bildet sich die Geschichte unserer Stadt und ihrer Bewohner*innen ab, zeitgenössische und neue Kunstwerke und Kunstproduktionen befähigen uns, unsere Zeit und unsere Gesellschaft aus unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten, zu befragen und uns zu orientieren. Dabei sind die „großen" Institutionen wie Schauspielhaus und Oper genauso wichtig, wie zum Beispiel die vielen „kleinen" Initiativen aus der Freien Szene.

Dabei geht es auch um die gesamte Stadt: Stadtraum ist Kulturraum.

GRÜN wirkt

Wir haben der Kultur-Debatte, den Künstler*innen und allen Interessierten in der letzten Wahlperiode mehr Raum und mehr Unterstützung ermöglicht:

- Mit dem Kulturentwicklungsplan, bei dem sich viele Kulturschaffende eingebracht haben, konnten wir uns eine Übersicht über die drängenden Aufgaben für die Zukunft von Kunst- und Kultur in Düsseldorf verschaffen.
- In einem ersten Schritt ist daraus der neue „Rat der Künste" als demokratisch gewählte starke Stimme für Kunst und Kultur entstanden. In einem weiteren Schritt werden gerade die Förderrichtlinien für den Bereich der Kultur hinsichtlich ihrer Transparenz und ihrer Nachhaltigkeit überarbeitet.
- Mit höherer Förderung für die Freie Szene und Zakk, FFT und tanzhaus nrw und mit einer neuen Stelle für die Off-Szene im Kulturamt.
- Mit der ersten „Hall of Fame", einer legalen Fläche für Graffiti, an der Vennhauser Allee.
- Mit der Kunstkommission für faire Wettbewerbe bei Kunst am Bau und im öffentlichen Raum.
- Mit großen Investitionen in die Sanierung der Kulturgebäude: Schauspielhaus, Kunstpalast, Aquazoo, neue Zentralbibliothek und neues FFT am Konrad-Adenauer-Platz und viele mehr. Darüber hinaus haben wir dafür gesorgt, dass es erstmals eine Übersicht über den Sanierungsbedarf aller Kulturbauten gibt.

GRÜNE Vision

Kulturbauten: Der Sanierungsbedarf ist weiterhin extrem hoch. Wir GRÜNE setzen uns für die Sanierung der großen Bühnen und Museen ein, kämpfen aber genauso für die dringenden Maßnahmen für die Freie Szene und die kleineren Häuser. Wir wollen das tanzhaus nrw zügig sanieren und die überfällige Erweiterung schaffen. Für das Zakk wollen wir über die Möglichkeiten von Sanierung oder Neubau entscheiden.

Ob Sanierung oder Neubau der Oper: wir GRÜNE wollen unabhängig davon, dass die Oper sich noch stärker für die Stadtgesellschaft öffnet. Zum Beispiel als Ort der Begegnung zu den spielfreien Tageszeiten für alle Altersklassen und alle Schichten der Stadtgesellschaft oder als Labor für ungewöhnliche interdisziplinäre Kulturprojekte.

Kultur braucht Raum: Düsseldorfs Stärke war immer eine Stadt der Kunst- und Kulturschaffenden zu sein. Wir wollen, dass das so auch in Zukunft so bleibt. In der wachsenden Stadt stehen viele Produktions-, Aufführungs- und andere Kulturorte unter Druck und verschwinden zum Teil. Wir GRÜNE wollen die bestehenden Räume für die Freie Szene und Off-Szene, für Musiker*innen und Künstler*innen sichern. In der Stadtentwicklung setzen wir uns dafür ein, dass beim Um- und Neubau von Quartieren neue Kulturräume, insbesondere Künstler*innen-Ateliers und Ausstellungsräume geschaffen werden.

Mit dem von den Düsseldorfer Künstler*innen konzipierten und gewünschten Werkkunsthaus werden wir die Produktionsbedingungen für Künstler*innen deutlich verbessern. Dort werden Künstler*innen aus Düsseldorf und ganz Nordrhein-Westfalen die Werkstätten temporär für ihre Arbeit nutzen können.

Die Kammerspiele in der Jahnstraße wollen wir nach dem Umzug des FFT als Kulturraum sichern, beispielsweise für Proben und Aufführungen sowie als Heimat der Off-Szene. Den Konrad-Adenauer-Platz 1 (KAP1) direkt am Hauptbahnhof wollen wir mit der neuen Zentralbibliothek, dem FFT und dem Theatermuseum zu einem lebendigen und vielfältigen Kulturort machen, insbesondere durch Kooperationen mit anderen Bühnen, Museen, Instituten und Akteur*innen der Freien Szene.

Darüber hinaus wollen wir Künstler*innen an der Stadtplanung und Quartiersentwicklung stärker beteiligen, um eine qualitativ bessere Kultur beim Bauen und Planen zu erzielen. Zur Unterstützung der freischaffenden Künstler*innen möchten wir Konzepte entwickeln, wie deren Arbeit und deren öffentliche Austellungen honoriert werden können.

Kulturelle Bildung: Ob für jung oder alt, Kunst und Kultur sind ein wichtiger Baustein für die Bildung der gesamten Persönlichkeit. Sich selbst kulturell zu bilden bietet die Möglichkeit zur aktiven Teilhabe am kulturellen und politischen Leben in der Stadt und schafft einen Reichtum an Beziehungen zur Welt. Wir GRÜNE wollen, dass kulturelle Bildung integraler Bestandteil in Schulen, Museen und Kulturinstituten in Düsseldorf wird. Unabhängig von der sozialen Herkunft sollen alle Bürger*innen Zugang zu Kultur und kultureller Bildung haben. Dazu werden wir in einem partizipativen Verfahren ein tragfähiges gesamtstädtisches Konzept erarbeiten und umsetzen.

Wir wollen die Angebote der musikalischen (Früh-) Erziehung weiter ausbauen. Die Clara-Schumann-Musikschule braucht neben zusätzlichen Lehrer*innen Unterstützung beim Ausbau von Kooperationen mit Kitas und Schulen.

Mit einem neuen Beirat für die kulturelle Bildung, der mit Fachleuten besetzt wird, wollen wir neue Wege gehen und für die Umsetzung des gesamtstädtischen Konzepts sorgen.

Wir setzen uns für bessere Arbeitsbedingungen von Kulturschaffenden im Bereich der kulturellen Bildung ein, nach vielen Jahren des Stillstands in der Honorierung und Sozialversicherungspflicht.

Städtische Museen: von Heine bis Goethe, von Keramik bis Schifffahrt, von Kunsthalle bis Kunst im Tunnel – die Stadt hat selbst unglaublich vielfältige und spannende Institute. Wir GRÜNE wollen sie stärken, öffnen und bekannter machen. Dazu sind Kooperationen untereinander oder mit den größeren Häusern von Stadt und Land ebenso nötig wie eine Überprüfung der Öffnungszeiten und Eintrittspreise.
Wir möchten Angebote der städtischen Institute, die dem Beispiel des Schauspielhauses folgen ("Schaupiel to go") und kleinere Projekte (Ausstellungen, Konzerte, Vorträge etc.) in die Stadtbezirke bringen, unterstützen, da diese aufsuchende und niedrigschwellige Kulturarbeit vor Ort eine zusätzliche Klientel in die Häuser bringen kann.

Kultur ist divers und vielfältig: Dies muss sich auch in den Kulturangeboten und geförderten Kulturprojekten in Düsseldorf deutlicher abbilden. Wir GRÜNE streiten für Geschlechtergerechtigkeit in der Kultur. An vielen Stellen im Kulturbereich dominieren nach wie vor Männer: Deshalb werden wir da, wo wir Einfluss nehmen können, darauf achten, dass Frauen stärker als bisher zum Zuge kommen: Sei es bei der Besetzung von Jurys, von Aufsichtsräten oder auch leitenden Funktionen in städtischen Kultureinrichtungen.

Auch Menschen mit Migrationshintergrund sind sowohl bei den Akteur*innen im Kulturbetrieb, als auch bei den Besucher*innen in Kultureinrichtungen unterrepräsentiert. Das heterogene kulturelle Erbe der Bürger*innen und ihre ebenso heterogenen kulturellen Anliegen und Themen sollen Zugang zu allen Strukturen und Programmen der städtischen Kultur finden.

Musikstadt: Die legendäre popmusikalische Avantgarde Düsseldorfs hat weltweit wichtige Impulse gegeben und wirkt bis heute fort. Wir haben in Düsseldorf weiterhin eine lebendige Musikszene in nahezu allen Genres. Wir wollen den „Sound Of Düsseldorf“ stärker fördern, Räume und Auftrittsorte sichern und schaffen.
Gemeinsam mit der Musikbranche und den Musiker*innen wollen wir ein Konzept für ein Popbüro/Musikzentrum entwickeln. Es soll alle Bedarfe einer bedeutenden Musikstadt berücksichtigen: Sicherung und/oder Neuschaffung von Proberäumen, Förderprojekten, Schall- und Lärmschutz Fonds, SoundLabs, Konzertstätten, Clubs, Studios. Popkulturell bedeutende Orte für Düsseldorf wollen wir erhalten und für die Öffentlichkeit erlebbar machen. Die städtische Clara-Schumann Musikschule erfüllt hierbei die öffentliche Aufgabe der Musikalischen Frühbildung und Talentförderung und soll ebenso wie die Robert Schumann-Hochschule eingebunden werden.
Die Belange der Musikförderung müssen auch in der Stadtplanung berücksichtigt werden. Handlungsempfehlungen aus einer von uns angeregten und bereits beauftragten Studie zur Nachtökonomie (siehe Kapitel Wirtschaft) sollen hierbei ebenfalls einfließen.

Fotostadt: Mit dem Ankauf der „Sammlung Kicken“ für den Kunstpalast und der Unterstützung des aus der Szene heraus entstandenen Fotofestivals "Photo+" haben wir Düsseldorf als Standort für Fotografie gestärkt. Mit der Ansiedlung eines bundesweiten Fotoinstituts wollen wir Düsseldorf zu einem Zentrum für die Bewahrung des kulturellen Erbes der Fotografie, aber auch der Forschung und Innovation für die Zukunft der Fotografie machen.

Gedenkkultur: Gegen das Erstarken von rechtsradikalen und menschenfeindlichen Kräften stärken wir die Kultur insgesamt und die Gedenkkultur im Besonderen. Dazu gehören ein weiterer Ausbau der Angebote der Mahn- und Gedenkstätte, eine genauere Betrachtung der Täterorte des Nationalsozialismus, eine ernsthafte Diskussion über Straßenbenennungen und die städtische Unterstützung der Kolonialismus-Forschung. Dazu gehören aber auch umfassende Provenienz-Forschung, der sensible und transparente Umgang mit Raubkunst und die zügige Digitalisierung der Kunstwerke und Artefakte, deren Eigentümerin die Stadt ist.

Volkshochschule: Die VHS ist eine der größten Weiterbildungsinstitutionen der Stadt und bietet mit ihrem Angebot der Stadtbevölkerung eine Grundlage für lebenslanges Lernen. Die anstehenden Veränderungen am Hauptsitz Berta-von-Suttner-Platz möchten wir Grünen nutzen, um die VHS durch den Bau von modernen und einladenden Räumlichkeiten zu stärken, damit die VHS ihrem Bildungsauftrag auch in der Zukunft gerecht werden kann. Für die Zeit der Bauphase muss dafür gesorgt werden, dass der Unterricht ohne Abstriche an Qualität und Komfort durchgeführt werden kann.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 4 Hochwertige Bildung
- 5 Geschlechtergerechtigkeit
- 12 Nachhaltige/r Konsum und Produktion
- 16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

KW13 Integration und Teilhabe

Gremium:	Kreisvorstand
Beschlussdatum:	05.02.2020
Tagesordnungspunkt:	2.13. Integration und Teilhabe

Text

Unsere Stadt ist weltoffen, vielfältig und international. Düsseldorf profitiert kulturell, wirtschaftlich und gesellschaftlich von seiner Internationalität und Multikulturalität.

Migration ist ein dauerhafter Prozess, der unsere Gesellschaft stetig verändert. 42 % aller Düsseldorfer*innen haben einen sogenannten Migrationshintergrund, 180 Nationalitäten sind hier beheimatet. Düsseldorf ist schon lange eine Einwanderungsstadt. Deshalb gestalten wir unsere grüne Politik mit einem postmigrantischen Ansatz, das heißt wir nehmen die Einflüsse der Zuwanderung als Gewinn für unsere Gesellschaft auf.

People of Colour - Menschen aus zugewanderten und geflohenen Familien - sind in ihrem Alltag, bei der Wohnungssuche, in der Schule und bei der Arbeit häufiger Diskriminierung ausgesetzt. Für sie ist es oft schwer, Arbeit zu finden, die auch ihrer Qualifikation entspricht. Außerdem verzeichnen wir eine massive Repräsentationslücke von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Politik, Medien, Institutionen und Verwaltung. Wir GRÜNE wollen konkrete Maßnahmen ergreifen, um eine diskriminierungsfreie Gesellschaft zu gestalten, in der Herkunftsgeschichte oder Herkunftsfamilie nicht mehr über Zukunft und Chancen entscheiden.

Wichtig ist nicht, woher ein Mensch kommt, sondern wohin er will.

Wir GRÜNE setzen uns für ein friedliches, gleichberechtigtes und inklusives Zusammenleben in Vielfalt und gegenseitiger Wertschätzung ein. Ziel unserer grünen Politik ist gleiche Teilhabe von Menschen mit und ohne Migrations- oder Fluchtgeschichte an Politik, Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft in unserer Stadt. Alle Düsseldorfer*innen sollen ihre Individualität und ihre Fähigkeiten frei und selbstbestimmt entfalten können.

Alle Menschen, die in Düsseldorf leben, sind Düsseldorfer*innen.

In Düsseldorf überwiegt eine Willkommenskultur für zugewanderte und geflüchtete Menschen, die wir wachsam und entschlossen gegen rechtsradikale und menschenfeindliche Tendenzen verteidigen – auf den Straßen und in der Politik. Wir setzen uns weiterhin für eine humanitäre Flüchtlingspolitik ein, durch die sich alle geflüchteten Menschen in Düsseldorf sicher und wohl fühlen können.

<u>GRÜN wirkt</u>

In den letzten sechs Jahren hat Düsseldorf einen großen integrationspolitischen Wandel erlebt. Zusammen mit Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen in Flüchtlingsinitiativen und Migrantenorganisationen haben wir einen Politikwechsel eingeleitet, der sich an den Bedürfnissen von Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund ausrichtet und Integration als städtische Querschnittsaufgabe definiert. Wir haben unmittelbar nach der Kommunalwahl 2014 den Runden Tisch für Asyl- und Fluchtfragen initiiert - den Rahmen für Haupt- und Ehrenamtliche aus Politik, Verwaltung, Flüchtlingsinitiativen, Kirchen und

Wohlfahrtsverbänden, um sich auszutauschen, Aufgaben zu verteilen und gemeinsam Lösungen für akute Probleme zu erarbeiten. 2015 wurde eine Grüne die erste Flüchtlingsbeauftragte der Stadt und hat ein neues Konzept entwickelt, durch das langfristige und menschenwürdige Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden konnten.

Am 1. Januar 2018 startete das neu geschaffene Amt für Migration und Integration unter der Leitung der bisherigen Flüchtlingsbeauftragten. Hier wurden die verschiedenen Verwaltungszuständigkeiten für Flucht, Migration und Integration fusioniert und bieten nun eine gemeinsame Anlaufstelle, die sich um die Belange von Ausländer*innen, Migrant*innen und geflüchteten Menschen kümmert. Mit dem Umzug des Amtes für Migration und Integration in die Erkrather Straße eröffnet sich die Chance, den Eingangsbereich von einem ServicePoint mit Terminvergabe zu einem einladenden WelcomeCenter mit vielfältigen Angeboten - von ausgelegten Flyern bis hin zu offenen Sprechstunden anderer Ämter, Institutionen, Verbände und Organisationen - weiterzuentwickeln.

Die WelcomePoints in jedem der zehn Düsseldorfer Stadtbezirke bilden eine Brücke zwischen geflüchteten Menschen und der Nachbarschaft im Quartier. Sie koordinieren die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe, bieten geflüchteten Menschen Beratung und Unterstützung und beantworten die Fragen der Anwohner*innen. Die städtische finanzielle Förderung der WelcomePoints haben wir erfolgreich eingeführt und somit ein wichtiges Instrument zur Förderung der Begegnung zwischen den „neuen“ und „alten“ Düsseldorfer*innen im Quartier geschaffen.

Menschen, die vor Krieg, Terror und Menschenrechtsverletzungen fliehen, tragen oft schwere Traumatisierungen davon und entwickeln auch noch Jahre nach der Flucht psychische Störungen. Zur frühzeitigen Erkennung haben wir die dauerhafte finanzielle Förderung der Stabilisierungshelfer*innen durchgesetzt, die in Unterkünften Screenings durchführen und psychisch belastete Menschen an die therapeutische Hilfe vermitteln, die sie dringend benötigen. Das Psychosoziale Zentrum für Flüchtlinge Düsseldorf e.V. ist eine Beratungs- und Therapieeinrichtung für traumatisierte Geflüchtete, das interkulturell und mehrsprachig arbeitet und psychologische, medizinische und sozialarbeiterische Hilfe vereint. Hier haben wir die finanzielle Förderung durch die Stadt sichergestellt. Zur besseren gesundheitlichen Versorgung haben wir die Krankenkassen-Karte für Geflüchtete eingeführt.

Sogenannte Nachtabschiebungen, bei der Einzelpersonen oder Familien nachts ohne Ankündigung zur sofortigen Abreise abgeholt werden, sind insbesondere für Kinder traumatisierend. Gegen diese menschenunwürdige Abschiebepraxis haben wir uns erfolgreich eingesetzt. Sie wird in Düsseldorf nicht mehr praktiziert. Auch Abschiebungen nach Afghanistan werden in Düsseldorf auf unsere grüne Initiative hin mit allen rechtlichen Möglichkeiten vermieden.

Das von den Migrantenorganisationen seit vielen Jahren geforderte „Haus der Kulturen“ wird nun endlich konkret auf der Münsterstraße geplant. Die Migrantenorganisationen, die als Trägerverein das Haus betreiben werden, können dort individuelle Beratungen, Seminare und Veranstaltungen anbieten und ein vielfältiges kulturelles Angebot auch in Kooperation mit der Düsseldorfer Kunst- und Kulturszene realisieren. Das Haus der Kulturen ist nicht nur in den Stadtteil hinein geöffnet, sondern wird darüber hinaus Wirkung erzielen.

GRÜNE Vision

Mitgestalten durch politische Partizipation

- Für die kommunale Demokratie ist die politische Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund unverzichtbar. Grüne Politik heißt hier nicht nur Verstärkung des Dialogs mit den Migrantenorganisationen sondern auch Öffnung zur aktiven politischen Mitgestaltung im Integrationsrat, Stadtrat oder Fachausschüssen unserer Stadt.

- Alle Düsseldorfer*innen sollen gleichberechtigt an der Politik der Stadt teilhaben können. Deshalb muss sich die Stadt dafür einsetzen, dass alle Einwohner*innen mit oder ohne deutsche Staatsangehörigkeit als sachkundige Bürger*innen mit Stimmrecht in Ausschüssen tätig sein können. Außerdem soll sich Düsseldorf mit verbündeten Städten für das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer einsetzen.

- Der Integrationsrat vertritt die Interessen von Menschen mit Migrationshintergrund in Düsseldorf. Wir wollen, dass er seine vom Landesgesetzgeber zugestandenen Kompetenzen voll ausschöpft.

Sprachhürden überwinden und Mehrsprachigkeit fördern

- Für uns steht eine aktive und schnelle Integration zugewanderter Menschen an erster Stelle. Dafür ist der Zugang zu qualifizierten Sprachkursen oberste Priorität. Wir wollen weiterhin Angebote fördern, bei denen Menschen auch ohne rechtlichen Anspruch kostenlose Sprachkurse erhalten.

- Vereine und Dienste, die verschiedenen Einrichtungen kultursensible Beratungen und Sprachmittlungen anbieten, müssen Standardangebot werden. Von diesen Diensten sollen auch kleine Initiativen, Vereine und Einzelpersonen profitieren,

- Für junge Menschen kann das Erlernen einer zweiten Muttersprache eine wertvolle Ressource sein, von der sie ein Leben lang profitieren. Doch Bilingualität entsteht nicht von alleine. Wir wollen, dass Mehrsprachigkeit in Schulen, Kitas und Verwaltung geschätzt und gefördert wird. Zur Förderung der Bilingualität sollen in Düsseldorfer Kitas und Schulen mehrsprachige Angebote mit Fokus auf Kinder mit Migrationshintergrund gezielt ausgebaut und die Eltern für dieses große Potenzial sensibilisiert werden.

- Die gesetzlichen Rahmenbedingungen ermöglichen schon jetzt die Einführung der zweiten Muttersprache als zweite Fremdsprache in der Schule. Die Stadt soll für die Schulen Anreize schaffen, solche Kurse anzubieten. Schüler*innen und Eltern sollen über diese Angebote aktiv informiert werden.

Teilhabe ermöglichen

- Einige Migrant*innen leben in Düsseldorf isoliert und haben Schwierigkeiten, die deutsche Sprache zu erlernen. Das kann beispielsweise Frauen betreffen, die auf Grund ihrer zu betreuenden Kinder keine Sprachkurse wahrnehmen können. Hier ist der Ausbau von Diensten nötig, die solche Menschen gezielt aufsuchen, sie über vorhandene Sprach- und

Integrationsangebote informieren und sie unterstützen, an den entsprechenden Angeboten teilzunehmen.

- Bürgerschaftliches Engagement, Vereinsleben und Sport sind Orte des Miteinanders, die den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärken. Da Menschen mit Migrationshintergrund hier oft unterrepräsentiert sind, sollte die Stadt die Vereine dabei unterstützen, sich interkulturell öffnen und gezielt auf Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte zuzugehen, insbesondere durch die Teilnahme an bestehenden Landes- und Bundesprogrammen zur Einbindung dieser Zielgruppe.

- Wir wollen die vielfältige Arbeit der islamischen Community, die insbesondere auch für Geflüchtete unschätzbare HIlfe geboten hat, verstärkt unterstützen - auch finanziell. Dazu wollen wir mit dem Kommunalen Integrationszentrum und dem Kreis der Düsseldorfer Muslime (KDDM - der Arbeitsgemeinschaft zahlreicher muslimischer Institutionen und Moscheen) ein Konzept zur Förderung entwickeln, an der alle Vereinigungen, islamische Institutionen, Moscheevereine und Einzelpersonen teilhaben können.

- Immer mehr Menschen der sogenannten Gastarbeiter*innen-Generationen kommen nun in das Alter, in dem Gesundheit und Pflege eine wichtige Rolle spielen. Die Stadt soll bei den entsprechenden Institutionen kultursensible Angebote fördern, um den Bedürfnissen dieser Menschen gerecht zu werden.

- Lücken im Informationsstand über das deutsche Schul- und Ausbildungssystem sind immer noch ein entscheidender Faktor für verpasste Chancen. Diese Lücken können durch niedrigschwellige Angebote geschlossen werden. Die Mitwirkung von Eltern mit Migrationshintergrund an den Düsseldorfer Kitas und Schulen muss gefördert werden, von der Sprechstunde bis zur Elternpflegschaft.

- Junge Menschen mit Migrationshintergrund sind in Ausbildungsbetrieben unterrepräsentiert. Durch eine Ausbildungsoffensive soll die Stadt Düsseldorf Vorreiterin bei der Gewinnung von Jugendlichen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte werden und auf die Industrie- und Handelskammer sowie die Handwerkskammer und andere Berufsverbände mit Netzwerksangeboten zugehen.

- Die städtische Wirtschaftsförderung sollte die größere Gründungsbereitschaft von Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte als Chance begreifen und spezifische Beratungsangebote, die bei der Bewältigung der bürokratischen Hürden unterstützen, entwickeln.

Integration gemeinsam durch Stadt und Ehrenamt

- Das 2017 aktualisierte gesamtstädtische Integrationskonzept, das einen gemeinsamen Orientierungsrahmen für Integrationsarbeit schafft und

Handlungsanweisungen formuliert, wollen wir weiterhin gemeinsam mit Haupt- und Ehrenamtlichen Schritt für Schritt umsetzen und weiterentwickeln.

- Auf Wunsch vieler Ehrenamtlicher in Flüchtlings- und Migrationsverbänden wollen wir ein "Forum für Integration" unter breiter Beteiligung der Ehrenamtlichen in Flüchtlingsorganisationen, Verbänden, Welcome Points, Migrantenorganisationen und Hauptamtlichen in der Verwaltung etablieren und weiterentwickeln.

- Wir wollen, dass sich die städtische Verwaltung interkulturell öffnet und Menschen mit Migrationshintergrund besser repräsentiert. Potenzielle Mitarbeiter*innen und Auszubildende sollen durch anonyme Bewerbungsverfahren, die direkte Ansprache von Menschen mit Migrationshintergrund und eine Diversität in der Außendarstellung der Verwaltung gezielt geworben werden. Evaluierungs- und Personalentwicklungsmaßnahmen sowie ein selbstverpflichtendes Leitbild sollen den Prozess begleiten.

- Die kommunale Ausländerbehörde im Amt für Migration und Integration muss gestärkt werden, damit ein besserer Bürger*innenservice und längere Öffnungszeiten möglich werden. Dies kann unter anderem durch eine schnellstmögliche Digitalisierung der Arbeitsabläufe und durch externe Quereinsteiger*innen für die vielen vakanten Stellen gelingen.

Asylpolitik, bei der der Mensch zählt

- Die Stadt muss sich weiterhin dafür einsetzen, dass geduldete Geflüchtete, die die deutsche Sprache gelernt haben und hier Arbeit gefunden haben oder sich in Ausbildung befinden, eine dauerhafte Bleibeperspektive erhalten.

- Die Stabilisierungshelfer*innen sind unverzichtbar für die psychische Gesundheit geflüchteter Menschen und werden dauerhaft in allen Unterkünften benötigt.

- Die Stadt Düsseldorf hat sich 2018 mit weiteren Städte zur Aufnahme aus Seenot geretteter Geflüchteter - über die gesetzliche Quote hinaus - bereit erklärt. Wir wollen, dass Düsseldorf nicht nur symbolisch ein „sicherer Hafen“ bleibt. Die Stadt soll weiterhin Druck auf Bund und Land ausüben, gesetzliche Lösungen für eine kommunale Aufnahme zu schaffen und Worten Taten folgen zu lassen. Des Weiteren unterstützen wir GRÜNE alle Initiativen von Städten, die sich in ganz Europa für eine humanitäre kommunale Flüchtlingspolitik stark machen und nicht auf einen europaweiten Konsens warten wollen.

- Nur 1 % der Geflüchteten bekommen die Chance, im Rahmen eines Resettlementprogramms in ein sicheres Land umzusiedeln. Diese Programme müssen auf Landes- und Bundesebene dringend ausgebaut und um landeseigene Aufnahmeprogramme ergänzt werden, so lange eine direkte Beteiligung der Kommunen an solchen Aufnahmeprogrammen noch nicht vorgesehen ist.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 1 Keine Armut
- 4 Hochwertige Bildung
- 5 Geschlechtergerechtigkeit
- 16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

Beschluss Integration und Teilhabe

Gremium:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	07.03.2020
Tagesordnungspunkt:	2.13. Integration und Teilhabe

Text

Unsere Stadt ist weltoffen, vielfältig und international. Düsseldorf profitiert kulturell, wirtschaftlich und gesellschaftlich von seiner Internationalität und Multikulturalität.

Migration ist ein dauerhafter Prozess, der unsere Gesellschaft stetig verändert. 42 % aller Düsseldorfer*innen haben einen sogenannten Migrationshintergrund, 180 Nationalitäten sind hier beheimatet. Deshalb ist unser Ansatz postmigrantisch: Grüne Politik berücksichtigt, dass Düsseldorf schon lange eine Einwanderungsstadt ist.

People of Colour, Migrant*innen und Menschen aus zugewanderten oder geflohenen Familien sind in ihrem Alltag, bei der Wohnungssuche, in der Schule, bei der Arbeit und bei der sozialen Teilhabe häufiger Diskriminierung ausgesetzt. Für sie ist es oft schwer, Arbeit zu finden, die auch ihrer Qualifikation entspricht. Außerdem verzeichnen wir eine massive Repräsentationslücke von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Politik, Medien, Institutionen und Verwaltung. Wir GRÜNE wollen konkrete Maßnahmen ergreifen, um eine diskriminierungsfreie Gesellschaft zu gestalten, in der Herkunftsgeschichte oder Herkunftsfamilie nicht mehr über Zukunft und Chancen entscheiden.

Wichtig ist nicht, woher ein Mensch kommt, sondern wohin er will.

Wir GRÜNE setzen uns für ein friedliches, gleichberechtigtes und inklusives Zusammenleben in Vielfalt und gegenseitiger Wertschätzung ein. Ziel unserer grünen Politik ist gleiche Teilhabe von Menschen mit und ohne Migrations- oder Fluchtgeschichte an Politik, Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft in unserer Stadt. Alle Düsseldorfer*innen sollen ihre Individualität und ihre Fähigkeiten frei und selbstbestimmt entfalten können.

Alle Menschen, die in Düsseldorf leben, sind Düsseldorfer*innen.

In Düsseldorf überwiegt eine Willkommenskultur für zugewanderte und geflüchtete Menschen, die wir wachsam und entschlossen gegen rechtsradikale und menschenfeindliche Tendenzen verteidigen – auf den Straßen und in der Politik. Wir setzen uns weiterhin für eine humanitäre Flüchtlingspolitik ein, durch die sich alle geflüchteten Menschen in Düsseldorf sicher und wohl fühlen können.

<u>GRÜN wirkt</u>

In den letzten sechs Jahren hat Düsseldorf einen großen integrationspolitischen Wandel erlebt. Zusammen mit Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen in Flüchtlingsinitiativen und Migrantenorganisationen haben wir einen Politikwechsel eingeleitet, der sich an den Bedürfnissen von Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund ausrichtet und Integration als städtische Querschnittsaufgabe definiert. Wir haben unmittelbar nach der Kommunalwahl 2014 den Runden Tisch für Asyl- und Fluchtfragen initiiert - den Rahmen für Haupt- und Ehrenamtliche aus Politik, Verwaltung, Flüchtlingsinitiativen, Kirchen und

Wohlfahrtsverbänden, um sich auszutauschen, Aufgaben zu verteilen und gemeinsam Lösungen für akute Probleme zu erarbeiten. 2015 wurde eine Grüne die erste Flüchtlingsbeauftragte der Stadt und hat ein neues Konzept entwickelt, durch das langfristige und menschenwürdige Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden konnten.

Am 1. Januar 2018 startete das neu geschaffene Amt für Migration und Integration unter der Leitung der bisherigen Flüchtlingsbeauftragten. Hier wurden die verschiedenen Verwaltungszuständigkeiten für Flucht, Migration und Integration fusioniert und bieten nun eine gemeinsame Anlaufstelle, die sich um die Belange von Ausländer*innen, Migrant*innen und geflüchteten Menschen kümmert. Mit dem Umzug des Amtes für Migration und Integration in die Erkrather Straße eröffnet sich die Chance, den Eingangsbereich von einem ServicePoint mit Terminvergabe zu einem einladenden WelcomeCenter mit vielfältigen Angeboten - von ausgelegten Flyern bis hin zu offenen Sprechstunden anderer Ämter, Institutionen, Verbände und Organisationen - weiterzuentwickeln.

Die WelcomePoints in jedem der zehn Düsseldorfer Stadtbezirke bilden eine Brücke zwischen geflüchteten Menschen und der Nachbarschaft im Quartier. Sie koordinieren die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe, bieten geflüchteten Menschen Beratung und Unterstützung und beantworten die Fragen der Anwohner*innen. Die städtische finanzielle Förderung der WelcomePoints haben wir erfolgreich eingeführt und somit ein wichtiges Instrument zur Förderung der Begegnung zwischen den „neuen“ und „alten“ Düsseldorfer*innen im Quartier geschaffen.

Menschen, die vor Krieg, Terror und Menschenrechtsverletzungen fliehen, tragen oft schwere Traumatisierungen davon und können auch noch Jahre nach der Flucht psychische Störungen entwickeln. Zur frühzeitigen Erkennung haben wir die dauerhafte finanzielle Förderung der Stabilisierungshelfer*innen durchgesetzt, die in Unterkünften Screenings durchführen und psychisch belastete Menschen an die therapeutische Hilfe vermitteln, die sie dringend benötigen. Das Psychosoziale Zentrum für Flüchtlinge Düsseldorf e.V. ist eine Beratungs- und Therapieeinrichtung für traumatisierte Geflüchtete, die interkulturell und mehrsprachig arbeitet und psychologische, medizinische und sozialarbeiterische Hilfe vereint. Hier haben wir die finanzielle Förderung durch die Stadt sichergestellt. Zur besseren gesundheitlichen Versorgung haben wir die Krankenkassen-Karte für Geflüchtete eingeführt.

Sogenannte Nachtabschiebungen, bei der Einzelpersonen oder Familien nachts ohne Ankündigung zur sofortigen Abreise abgeholt werden, sind insbesondere für Kinder traumatisierend. Gegen diese menschenunwürdige Abschiebepraxis haben wir uns erfolgreich eingesetzt. Sie wird in Düsseldorf nicht mehr praktiziert. Auch Abschiebungen nach Afghanistan werden in Düsseldorf auf unsere grüne Initiative hin mit allen rechtlichen Möglichkeiten vermieden.

Das von den Migrantenorganisationen seit vielen Jahren geforderte „Haus der Kulturen“ wird nun endlich konkret auf der Münsterstraße geplant. Die Migrantenorganisationen, die als Trägerverein das Haus betreiben werden, können dort individuelle Beratungen, Seminare und Veranstaltungen anbieten und ein vielfältiges kulturelles Angebot auch in Kooperation mit der Düsseldorfer Kunst- und Kulturszene realisieren. Das Haus der Kulturen ist nicht nur in den Stadtteil hinein geöffnet, sondern wird darüber hinaus Wirkung erzielen.

GRÜNE Vision

Mitgestalten durch politische Partizipation

- Für die kommunale Demokratie ist die politische Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund unverzichtbar. Grüne Politik heißt hier nicht nur Verstärkung des Dialogs mit den Migrantenorganisationen sondern auch Öffnung zur aktiven politischen Mitgestaltung im Integrationsrat, Stadtrat oder Fachausschüssen unserer Stadt.

- Alle Düsseldorfer*innen sollen gleichberechtigt an der Politik der Stadt teilhaben können. Deshalb muss sich die Stadt dafür einsetzen, dass alle Einwohner*innen mit oder ohne deutsche Staatsangehörigkeit als sachkundige Bürger*innen mit Stimmrecht in Ausschüssen tätig sein können. Außerdem soll sich Düsseldorf mit verbündeten Städten für das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer einsetzen.

- Der Integrationsrat vertritt die Interessen von Menschen mit Migrationshintergrund in Düsseldorf. Wir wollen, dass er seine vom Landesgesetzgeber zugestandenen Kompetenzen voll ausschöpft.

Sprachhürden überwinden und Mehrsprachigkeit fördern

- Für uns steht eine aktive und schnelle Integration zugewanderter Menschen an erster Stelle. Dafür ist der Zugang zu qualifizierten Sprachkursen oberste Priorität. Wir wollen weiterhin Angebote fördern, bei denen Menschen auch ohne rechtlichen Anspruch kostenlose Sprachkurse erhalten.

- Vereine und Dienste, die verschiedenen Einrichtungen kultursensible Beratungen und Sprachmittlungen anbieten, müssen Standardangebot werden. Von diesen Diensten sollen auch kleine Initiativen, Vereine und Einzelpersonen profitieren.

- Für junge Menschen kann das Erlernen einer zweiten Muttersprache eine wertvolle Ressource sein, von der sie ein Leben lang profitieren. Doch Bilingualität entsteht nicht von alleine. Wir wollen, dass Mehrsprachigkeit in Schulen, Kitas und Verwaltung geschätzt und gefördert wird. Zur Förderung der Bilingualität sollen in Düsseldorfer Kitas und Schulen mehrsprachige Angebote mit Fokus auf Kinder mit Migrationshintergrund gezielt ausgebaut und die Eltern für dieses große Potenzial sensibilisiert werden.

- Die gesetzlichen Rahmenbedingungen ermöglichen schon jetzt die Einführung der zweiten Muttersprache als zweite Fremdsprache in der Schule. Die Stadt soll für die Schulen Anreize schaffen, solche Kurse anzubieten. Schüler*innen und Eltern sollen über diese Angebote aktiv informiert werden.

Teilhabe ermöglichen

- Einige Migrant*innen leben in Düsseldorf isoliert und haben Schwierigkeiten, die deutsche Sprache zu erlernen. Das kann beispielsweise Frauen betreffen, die auf Grund ihrer zu betreuenden Kinder keine Sprachkurse wahrnehmen können. Hier ist der Ausbau von Diensten nötig, die solche Menschen gezielt aufsuchen, sie über vorhandene Sprach- und

Integrationsangebote informieren und sie unterstützen, an den entsprechenden Angeboten teilzunehmen.

- Bürgerschaftliches Engagement, Vereinsleben und Sport sind Orte des Miteinanders, die den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärken. Da Menschen mit Migrationshintergrund hier oft unterrepräsentiert sind, sollte die Stadt die Vereine dabei unterstützen, sich interkulturell zu öffnen und gezielt auf Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte zuzugehen, insbesondere durch die Teilnahme an bestehenden Landes- und Bundesprogrammen zur Einbindung dieser Zielgruppe.

- Migrantenorganisationen bleiben oft in niedrigschwellige Projektarbeit eingegrenzt und stoßen nicht selten auf Zugangsbarrieren zur kommunal finanzierten Förderstruktur der freien Wohlfahrtspflege (Regelförderung). Wir wollen das sozialpolitische Engagement migrantischer Organisationen würdigen und diese Zugangsbarrieren abbauen; insbesondere dort, wo Migrantenorganisationen einen Transformationsprozess zum professionellen Träger sozialer Arbeit angestossen haben.

- Wir wollen die vielfältige Arbeit der muslimischen Community, die insbesondere auch für Geflüchtete unschätzbare HIlfe geboten hat, verstärkt unterstützen - auch finanziell. Dazu wollen wir mit dem Kommunalen Integrationszentrum und dem Kreis der Düsseldorfer Muslime (KDDM - der Arbeitsgemeinschaft zahlreicher muslimischer Institutionen und Moscheen) ein Konzept zur Förderung entwickeln, an der alle Vereinigungen, muslimische Institutionen, Moscheevereine und Einzelpersonen teilhaben können.

- Immer mehr Menschen der sogenannten Gastarbeiter*innen-Generationen kommen nun in das Alter, in dem Gesundheit und Pflege eine wichtige Rolle spielen. Die Stadt soll bei den entsprechenden Institutionen kultur- und religionssensible Angebote fördern, um den Bedürfnissen dieser Menschen gerecht zu werden.

- Lücken im Informationsstand über das deutsche Schul- und Ausbildungssystem sind immer noch ein entscheidender Faktor für verpasste Chancen. Diese Lücken können durch niedrigschwellige Angebote geschlossen werden. Die Mitwirkung von Eltern mit Migrationshintergrund an den Düsseldorfer Kitas und Schulen muss gefördert werden, von der Sprechstunde bis zur Elternpflegschaft.

- Junge Menschen mit Migrationshintergrund oder Fluchtgeschichte sind in Ausbildungsbetrieben unterrepräsentiert. Durch eine Ausbildungsoffensive soll die Stadt Düsseldorf Vorreiterin bei der Gewinnung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund oder Fluchtgeschichte werden und auf die Industrie- und Handelskammer sowie die Handwerkskammer und andere Berufsverbände mit Netzwerksangeboten zugehen.

- Die städtische Wirtschaftsförderung sollte die größere Gründungsbereitschaft von Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte als Chance begreifen und spezifische Beratungsangebote, die bei der Bewältigung der bürokratischen Hürden unterstützen, entwickeln.

Integration gemeinsam durch Stadt und Ehrenamt

- Das 2017 aktualisierte gesamtstädtische Integrationskonzept, das einen gemeinsamen Orientierungsrahmen für Integrationsarbeit schafft und Handlungsanweisungen formuliert, wollen wir weiterhin gemeinsam mit Haupt- und Ehrenamtlichen Schritt für Schritt umsetzen und weiterentwickeln.

- Auf Wunsch vieler Ehrenamtlicher in Flüchtlings- und Migrationsverbänden wollen wir ein "Forum für Integration" unter breiter Beteiligung der Ehrenamtlichen in Flüchtlingsorganisationen, Verbänden, Welcome Points, Migrantenorganisationen und Hauptamtlichen in der Verwaltung etablieren und weiterentwickeln.

- Wir wollen, dass sich die städtische Verwaltung interkulturell öffnet und Menschen mit Migrationshintergrund besser repräsentiert. Potenzielle Mitarbeiter*innen und Auszubildende sollen durch anonyme Bewerbungsverfahren, die direkte Ansprache von Menschen mit Migrationshintergrund und eine Diversität in der Außendarstellung der Verwaltung gezielt geworben werden. Evaluierungs- und Personalentwicklungsmaßnahmen sowie ein selbstverpflichtendes Leitbild sollen den Prozess begleiten.

- Die kommunale Ausländerbehörde im Amt für Migration und Integration muss gestärkt werden, damit ein besserer Bürger*innenservice und längere Öffnungszeiten möglich werden. Dies kann unter anderem durch eine schnellstmögliche Digitalisierung der Arbeitsabläufe und durch externe Quereinsteiger*innen für die vielen vakanten Stellen gelingen.

Asylpolitik, bei der der Mensch zählt

- Die Stadt muss sich weiterhin dafür einsetzen, dass geduldete Geflüchtete, die die deutsche Sprache gelernt haben und hier Arbeit gefunden haben oder sich in Ausbildung befinden, eine dauerhafte Bleibeperspektive erhalten.

- Die Stabilisierungshelfer*innen sind unverzichtbar für die psychische Gesundheit geflüchteter Menschen und werden dauerhaft in allen Unterkünften benötigt.

- Die Stadt Düsseldorf hat sich 2018 mit weiteren Städten zur Aufnahme aus Seenot geretteter Geflüchteter - über die gesetzliche Quote hinaus - bereit erklärt. Wir wollen, dass Düsseldorf nicht nur symbolisch ein „sicherer Hafen“ bleibt. Die Stadt soll weiterhin Druck auf Bund und Land ausüben, gesetzliche Lösungen für eine kommunale Aufnahme zu schaffen und Worten Taten folgen zu lassen. Des Weiteren unterstützen wir GRÜNE alle Initiativen von Städten, die sich in ganz Europa für eine humanitäre kommunale Flüchtlingspolitik stark machen und nicht auf einen europaweiten Konsens warten wollen.

- Nur 1 % der Geflüchteten bekommen die Chance, im Rahmen eines Resettlement-Programms in ein sicheres Land umzusiedeln. Diese Programme müssen auf Landes- und Bundesebene dringend ausgebaut und um landeseigene

Aufnahmeprogramme ergänzt werden, so lange eine direkte Beteiligung der Kommunen an solchen Aufnahmeprogrammen noch nicht vorgesehen ist.

- Da trotz aller Bemühungen nicht alle anerkannten Geflüchteten sofort in Wohnraum vermittelt werden können, wollen wir perspektivisch von Modulbauten zu Unterkünften in festen Häusern weiter entwickeln.

- Die Beratung in den Unterkünften wollen wir qualitativ mit einem verbesserten Beratungsschlüssel weiter entwickeln, um die Integrationsleistung (z.B die Wohnungsvermittlung) zu optimieren.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 1 Keine Armut
- 4 Hochwertige Bildung
- 5 Geschlechtergerechtigkeit
- 10 Weniger Ungleichheiten
- 16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

KW14NEU Gleichstellung und Vielfalt

Gremium:	Kreisvorstand
Beschlussdatum:	05.02.2020
Tagesordnungspunkt:	2.14. Gleichstellung und Vielfalt

Text

Selbstbestimmt und frei leben – Düsseldorf divers und geschlechtergerecht

Anspruch grüner Politik ist es, geschlechtergerecht, kultursensibel, diskriminierungsfrei und inklusiv zu sein. Wir stellen uns konsequent gegen den rechtspopulistischen Rollback, der sich mit seiner antifeministischen, menschenfeindlichen Politik auf der ganzen Welt ausbreitet. Nie waren die Errungenschaften von Emanzipation und Dekolonialisierung so sichtbar, nie waren sie so sehr in Gefahr.

In der Kommune zählt‘s - Religions- und Weltanschauungsfreiheit

In Düsseldorf ist die Zusammenarbeit zwischen der jüdischen Gemeinde, dem Kreis der Düsseldorfer Muslime (KDDM) und den christlichen Gemeinden so gut wie kaum anderswo. Es ist ein besonderer Verdienst der Aktiven, dass dies so gut gelingt. Der interreligiöse Dialog ist wichtig, um den Zusammenhalt in der Stadt zu stärken und Brücken zwischen Muslim*innen, Jüd*innen und Christ*innen zu bauen.

Religiöse Menschen – allen voran Jüd*innen und Muslim*innen – sind auch in Düsseldorf von Beleidigungen, Angriffen und Diskriminierung betroffen. Wir stellen uns dem als GRÜNE entschieden entgegen und setzen uns weiter im Stadtrat dafür ein, dass Menschen in Düsseldorf ihren Glauben frei und in Sicherheit ausüben können. (Verweis Gegen Rechts und Inklusion)

Ohne Barrieren durch Düsseldorf – Selbstbestimmung für eine inklusive Gesellschaft

Seit 2009 ist die UN-Behindertenkonvention durch die Bundesregierung ratifiziert. Sie formuliert umfangreiche Teilhabe und soziale Rechte für Menschen mit Einschränkungen. Wir GRÜNE streiten für die „Verwirklichung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle Menschen mit Behinderungen ohne jede Diskriminierung aufgrund von Behinderung“ (UN Behindertenrechtskonvention) und setzen uns für die Umsetzung vor Ort in Düsseldorf ein. Barrierefreiheit und Antidiskriminierung betreffen alle Lebensbereiche: Mobilität, Bildung und Arbeit, politische Teilhabe, Wohnen und Freizeit.

Vielfalt der Herkunft

In Düsseldorf leben Menschen aus dutzenden Nationen, die unzählige Muttersprachen und vielfältige kulturelle und religiöse Identitäten haben. Sogenannte „Gastarbeiter*innen“ aus z.B. Italien, der Türkei, Griechenland, Marokko und Spanien haben sich seit den 50er Jahren in ganz Deutschland und auch in Düsseldorf ein neues Leben aufgebaut. Ihre Enkelkinder sind längst Deutsche, keine Gäste mehr und Düsseldorf ist ihre Heimat. Trotzdem sind sie genauso wie andere People of Colour, Frauen mit Kopftuch, Menschen mit ausländischen Familiennamen oder fremdsprachigem Akzent häufig Diskriminierungserfahrungen ausgesetzt. Insbesondere bei der Wohnungssuche, Bewerbungsgesprächen, Polizeikontrollen und sogar in der Freizeit sind sie in besonderem Maße von

Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen. Rassistische Beleidigungen gehören in der Altstadt am Wochenende zum Alltag und auch in Schule, Ausbildung, Universität oder im Job werden Menschen ausgegrenzt oder sogar angegriffen. Diese Angriffe gelten diesen Menschen und deshalb brauchen diese Menschen unseren Schutz - sie gelten aber auch unserer pluralistischen Gesellschaft als Ganzes. Dort, wo Benachteiligung strukturell ist, muss Politik handeln. Eine unabhängige Stelle für Anti-Diskriminierung mit dem Schwerpunkt Rassismus soll Hilfe bei Rechtsfragen und Beratung nach dem Gleichbehandlungsgesetz leisten, an die richtigen Stellen vermitteln, aktive Öffentlichkeitsarbeit betreiben, Lösungen bei systemischer Diskriminierung ersuchen und wissenschaftliche Untersuchungen zu diskriminierten Gruppen in Düsseldorf betreiben. (Verweise auf Kapitel Integration und gegen Rechts)

Frauen und Gleichstellung

Auch im Jahr 2020 bestehen Benachteiligungen von Frauen fort: noch immer verdienen Frauen im Durchschnitt weniger als Männer, noch immer sind sie in vielen Berufen und Karriereebenen deutlich unterrepräsentiert. Noch immer sind es vor allem Frauen, die „Sorgearbeit“ beispielsweise in der Pflege und der Erziehung leisten und die als Alleinerziehende für ihre Kinder Verantwortung übernehmen. Frauen sind häufiger von Armut, von häuslicher Gewalt und Übergriffen in der Öffentlichkeit betroffen.

Feminismus muss nach wie vor sein. Vor allem jetzt, wo rechtspopulistische Kräfte die Errungenschaften der Emanzipation zurückdrehen wollen und versuchen, antifeministische Diskurse für ihre rassistischen Zwecke zu instrumentalisieren.

Heute haben wir in Düsseldorf ein lebendiges frauenpolitisches Leben - auch und insbesondere wegen der vielfältigen Arbeit des Gleichstellungsbüros. Im Stadtrat haben wir GRÜNE uns unter anderem für eine geschlechtergerechte und eine geschlechtersensible pädagogische Betreuung von Anfang an eingesetzt. Das gilt für die Kita ebenso wie für außerschulische Angebote im Nachmittagsbereich. Den Mädchentreff Leyla unterstützen wir genauso wie spezielle Arbeit an der Schnittstelle Mädchen und Inklusion. Neben der Förderung im Sport, z. B. beim Mädchenfußball, ist es uns gelungen, eine Mädchenzuflucht in Düsseldorf zu realisieren, welche Mädchen und jungen Frauen zwischen 14 und 21 Jahren, die von Gewalt betroffen oder bedroht sind, Schutz bietet.

- Gleichheit fängt beim Geld an: das höchste Recht der kommunalen Selbstverwaltung ist des Haushaltsrecht. Doch wir wissen heute gar nicht, welche Mittel welchem Geschlecht zugute kommt. Deshalb braucht es ein kommunales Gender-Budgeting, damit Finanzen geschlechtergerecht geplant werden können.

- Düsseldorf braucht einen Gleichstellungsmonitor, der Daten und Zahlen zu Themen, die Frauen, Mädchen und LSBTTIQ* in Besonderem betreffen, erfasst

und Diskriminierung und Fortschritte in der Gleichstellung so regelmäßig festhält.

- Frauen und LSBTTIQ* mit Migrationshintergrund haben häufig besondere Bedarfe, wenn es um Schutz, Teilhabe oder Antidiskriminierung geht. Ihre Perspektiven müssen verstärkt einbezogen werden!

- Der internationale Mädchentag soll im Kalender der Stadt mehr Aufmerksamkeit erfahren und jährlich mit einem Fest von Gleichstellungsbüro und Jugendamt gefeiert werden.

- Bestehende Städtepartnerschaften sind wie dafür gemacht, mehr aus der Perspektive von Frauen- und Gleichstellungspolitik bespielt zu werden. Der Feminismus kann noch internationaler werden!

- Das Gleichstellungsbüro sollte personell um eine Stelle für Konzeption aufgestockt werden.

- Es sollen vom Gleichstellungsbüro Kriterien geschaffen werden, die in Entscheidungen zur regionalen Wirtschaftsförderung zu berücksichtigen sind. Unternehmen müssen selbstverständlich ihren gesellschaftlichen Auftrag wahrnehmen und ein diskriminierungsfreies und inklusives Arbeitsumfeld schaffen.

Häusliche Gewalt – Frauen nicht allein lassen, Schutz verbessern

Häusliche Gewalt betrifft nach wie vor allem Frauen und LSBTTIQ*. Dagegen anzugehen bedarf des Engagements aller Ebenen. Gerade vor Ort kann Politik viel tun, um Betroffenen zu helfen. Die Istanbul-Konvention muss auf die kommunale Ebene runtergebrochen werden und nächste Schritte im Schutz vor Gewalt müssen definiert werden.

- Es braucht eine Anlaufstelle für psychosoziale Hilfen,

- eine Clearing-Stelle, die das Notfallmanagement bei akuten Fällen übernimmt und

- dauerhaft verfügbare Übersetzer*innen, die nicht-deutschsprachigen Frauen im Krisenfall bei der Inanspruchnahme von kommunalen Hilfsangeboten helfen.

- Die Kapazitäten für Frauenhäuser müssen weiter ausgebaut werden und die Stadt muss helfen, anonymen Wohnraum für von Gewalt betroffene Frauen zu finden. Es darf nicht sein, dass in Düsseldorf hilfesuchende Frauen und LSBTTIQ* aus Kapazitätsgründen zurückgewiesen werden.

- Das Bundesweite „Hilfe-Telefon Gewalt gegen Frauen“, das entsprechende Chat-Angebot und die mehrsprachigen Angebote des Hilfe-Telefons müssen bei Düsseldorfer Frauen noch bekannter gemacht werden

Die Stadtverwaltung sollte bei der Frage von Gleichstellung und Vielfalt mit gutem Beispiel voran gehen und bei Stellenbesetzungen noch mehr als bisher auf eine paritätische und diverse Besetzung in allen Ebenen achten. Um zu sehen, welche Entwicklungen es gibt, wollen wir die Verwaltung verpflichten, jährlich

einen Bericht zu veröffentlichen, aus dem ersichtlich ist, wie die Verwaltung personell im Bezug auf Diversität und Gleichstellung ausgestattet ist und eingestellt hat. Städtische Tochtergesellschaften sollen in diese Aufstellung mit einbezogen werden. Außerdem fordern wir eine Vereinbarkeitsoffensive, damit Menschen mit Kindern und vor allem Frauen* in der Stadtverwaltung bessere Karrierechancen haben. (Verweis. „Düsseldorf gut regiert“)

Queer Leben in Düsseldorf

Gerade in der Antidiskriminierungsarbeit für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans*, inter* und Queer-Personen hat sich in Düsseldorf seit der letzten Wahl viel getan. Seit 2018 hat die Stadt eine Diversity-Beauftragte, die eine klare Ansprechperson für die Bürger*innen unserer Stadt ist. Bei zahlreichen Veranstaltungen geht es um Sichtbarkeit und Sensibilisierung – mit Erfolg. Für zusätzliche Antidiskriminierungsarbeit steht auch das von uns mitgeförderte Projekt „SchLau macht Vielfalt“ Düsseldorf, welches in Schulen gegen Vorurteile und Mobbing in diesem Bereich angeht. Beim queeren Jugendzentrum PULS haben Heranwachsende die Möglichkeit eines pädagogischen Nachmittagsangebots und mit der Trans*Beratungsstelle eine Anlaufstelle zum Austausch, zur Beratung und Unterstützung. Diese Unterstützung von trans*- und inter*-Personen werden wir weiter festigen und vor allem die Beratungssituation der Familien verbessern.

Wir wollen den bestehenden Beratungsangeboten ermöglichen, langfristiger zu planen und sich weiter zu professionalisieren. Dazu braucht es eine finanzielle Basis, die nicht nach Kassenlage von Jahr zu Jahr neu entschieden wird. Neuen Angeboten stehen wir offen gegenüber und wollen es Initiativen erleichtern, in Düsseldorf ihre wertvolle Arbeit zu machen.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 5 Geschlechtergerechtigkeit
- 16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

Beschluss Gleichstellung und Vielfalt

Gremium:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	07.03.2020
Tagesordnungspunkt:	2.14. Gleichstellung und Vielfalt

Text

Selbstbestimmt und frei leben – Düsseldorf divers und geschlechtergerecht

Anspruch grüner Politik ist es, geschlechtergerecht, kultursensibel, diskriminierungsfrei und inklusiv zu sein. Wir stellen uns konsequent gegen den rechtspopulistischen Rollback, der sich mit seiner antifeministischen, menschenfeindlichen Politik auf der ganzen Welt ausbreitet. Nie waren die Errungenschaften von Emanzipation und Dekolonialisierung so sichtbar, allerdings waren sie auch nie so sehr in Gefahr.

In der Kommune zählt‘s - Religions- und Weltanschauungsfreiheit

In Düsseldorf ist die Zusammenarbeit zwischen der jüdischen Gemeinde, dem Kreis der Düsseldorfer Muslime (KDDM) und den christlichen Gemeinden so gut wie kaum anderswo. Es ist ein besonderer Verdienst der Aktiven, dass dies so gut gelingt. Der interreligiöse Dialog ist wichtig, um den Zusammenhalt in der Stadt zu stärken und Brücken zwischen Muslim*innen, Jüd*innen und Christ*innen zu bauen.

Religiöse Menschen – allen voran Jüd*innen und Muslim*innen – sind auch in Düsseldorf von Beleidigungen, Angriffen und Diskriminierung betroffen. Wir stellen uns dem als GRÜNE entschieden entgegen und setzen uns weiter im Stadtrat dafür ein, dass Menschen in Düsseldorf ihren Glauben frei und in Sicherheit ausüben können. (Verweis Gegen Rechts und Inklusion)

Ohne Barrieren durch Düsseldorf – Selbstbestimmung für eine inklusive Gesellschaft

Seit 2009 ist die UN-Behindertenkonvention durch die Bundesregierung ratifiziert. Sie formuliert umfangreiche Teilhabe und soziale Rechte für Menschen mit Einschränkungen. Wir GRÜNE streiten für die „Verwirklichung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle Menschen mit Behinderungen ohne jede Diskriminierung aufgrund von Behinderung“ (UN-Behindertenrechtskonvention) und setzen uns für die Umsetzung vor Ort in Düsseldorf ein. Barrierefreiheit und Antidiskriminierung betreffen alle Lebensbereiche: Mobilität, Bildung und Arbeit, politische Teilhabe, Wohnen und Freizeit.

Vielfalt der Herkunft

In Düsseldorf leben Menschen aus dutzenden Nationen, die unzählige Muttersprachen und vielfältige kulturelle und religiöse Identitäten haben. Sogenannte „Gastarbeiter*innen“ aus z.B. Italien, der Türkei, Griechenland, Marokko und Spanien haben sich seit den 50er Jahren in ganz Deutschland und auch in Düsseldorf ein neues Leben aufgebaut. Ihre Enkelkinder sind längst Deutsche, keine Gäste mehr und Düsseldorf ist ihre Heimat. Trotzdem sind sie und andere People of Colour, Frauen mit Kopftuch, Menschen mit ausländischen Familiennamen oder fremdsprachigem Akzent häufig Diskriminierung ausgesetzt. Insbesondere bei der Wohnungssuche, Bewerbungsgesprächen, Polizeikontrollen und sogar in der Freizeit sind sie in besonderem Maße von Diskriminierung und Ausgrenzung

betroffen. Rassistische Beleidigungen gehören in der Altstadt zum Alltag und auch in Schule, Ausbildung, Universität oder im Job werden Menschen ausgegrenzt, benachteiligt oder sogar angegriffen. Diese Angriffe gelten einerseits den Betroffenen, die dann auf Schutz angewiesen sind - sie gelten aber auch unserer pluralistischen Gesellschaft als Ganzes. Dort, wo Benachteiligung strukturell ist, muss Politik handeln.

- Eine unabhängige Stelle für Anti-Diskriminierung mit dem Schwerpunkt Rassismus soll Hilfe bei Rechtsfragen und Beratung nach dem Gleichbehandlungsgesetz leisten, an die richtigen Stellen vermitteln, aktive Öffentlichkeitsarbeit betreiben, Lösungen bei systemischer Diskriminierung ersuchen und wissenschaftliche Untersuchungen zu diskriminierten Gruppen in Düsseldorf betreiben.

- Genauso müssen wir für Verleumdungsnetzwerke sensibilisieren und ihnen entgegenwirken. (Verweise auf Kapitel Integration und gegen Rechts)

Frauen und Gleichstellung

Auch im Jahr 2020 bestehen Benachteiligungen von Frauen fort: noch immer verdienen Frauen im Durchschnitt weniger als Männer, noch immer sind sie in vielen Berufen und Karriereebenen deutlich unterrepräsentiert. Noch immer sind es vor allem Frauen, die „Sorgearbeit“ beispielsweise in der Pflege und der Erziehung leisten und die als Alleinerziehende für ihre Kinder Verantwortung übernehmen. Frauen sind häufiger von Armut, von häuslicher Gewalt und Übergriffen in der Öffentlichkeit betroffen.

Feminismus muss nach wie vor sein. Vor allem jetzt, wo rechtspopulistische Kräfte die Errungenschaften der Emanzipation zurückdrehen wollen und versuchen, antifeministische Diskurse für ihre rassistischen Zwecke zu instrumentalisieren.

Heute haben wir in Düsseldorf ein lebendiges frauenpolitisches Leben - auch und insbesondere wegen der vielfältigen Arbeit des Gleichstellungsbüros. Im Stadtrat haben wir GRÜNE uns unter anderem für eine geschlechtergerechte und eine geschlechtersensible pädagogische Betreuung von Anfang an eingesetzt. Das gilt für die Kita ebenso wie für außerschulische Angebote im Nachmittagsbereich. Den Mädchentreff Leyla unterstützen wir genauso wie spezielle Arbeit an der Schnittstelle Mädchen und Inklusion. Neben der Förderung im Sport, z. B. beim Mädchenfußball, ist es uns gelungen, eine Mädchenzuflucht in Düsseldorf zu realisieren, welche Mädchen und jungen Frauen zwischen 14 und 21 Jahren, die von Gewalt betroffen oder bedroht sind, Schutz bietet.

- Gleichheit fängt beim Geld an: das höchste Recht der kommunalen Selbstverwaltung ist das Haushaltsrecht. Doch wir wissen heute gar nicht, welche Mittel welchem Geschlecht zugute kommt. Deshalb braucht es ein kommunales Gender-Budgeting, damit Finanzen geschlechtergerecht geplant werden können.

- Düsseldorf braucht einen Gleichstellungsmonitor, der Daten und Zahlen zu Themen, die Frauen, Mädchen und LSBTTIQ* in Besonderem betreffen, erfasst

und Diskriminierung und Fortschritte in der Gleichstellung so regelmäßig festhält.

- Frauen und LSBTTIQ* mit Migrationshintergrund haben häufig besondere Bedarfe, wenn es um Schutz, Teilhabe oder Antidiskriminierung geht. Ihre Perspektiven müssen verstärkt einbezogen werden!

- Der internationale Mädchentag soll im Kalender der Stadt mehr Aufmerksamkeit erfahren und jährlich mit einem Fest von Gleichstellungsbüro und Jugendamt gefeiert werden.

- Bestehende Städtepartnerschaften sind wie dafür gemacht, mehr aus der Perspektive von Frauen- und Gleichstellungspolitik bespielt zu werden. Der Feminismus kann noch internationaler werden!

- Das Gleichstellungsbüro sollte personell um eine Stelle für Konzeption aufgestockt werden.

- Es sollen vom Gleichstellungsbüro Kriterien geschaffen werden, die in Entscheidungen zur regionalen Wirtschaftsförderung zu berücksichtigen sind. Unternehmen müssen selbstverständlich ihren gesellschaftlichen Auftrag wahrnehmen und ein diskriminierungsfreies und inklusives Arbeitsumfeld schaffen.

Häusliche Gewalt – Frauen nicht allein lassen, Schutz verbessern

Häusliche Gewalt betrifft nach wie vor allem Frauen und LSBTTIQ*. Dagegen anzugehen bedarf des Engagements aller Ebenen. Gerade vor Ort kann Politik viel tun, um Betroffenen zu helfen. Die Istanbul-Konvention muss auf die kommunale Ebene runtergebrochen werden und nächste Schritte im Schutz vor Gewalt müssen im Rahmen eines Aktionsplanes definiert werden.

- Es braucht eine Anlaufstelle für psychosoziale Hilfen,

- eine Clearing-Stelle, die das Notfallmanagement bei akuten Fällen übernimmt und

- dauerhaft verfügbare Übersetzer*innen, die nicht-deutschsprachigen Frauen im Krisenfall bei der Inanspruchnahme von kommunalen Hilfsangeboten helfen.

- Die Kapazitäten für Frauenhäuser müssen weiter ausgebaut werden und die Stadt muss helfen, anonymen Wohnraum für von Gewalt betroffene Frauen zu finden. Es darf nicht sein, dass in Düsseldorf hilfesuchende Frauen und LSBTTIQ* aus Kapazitätsgründen zurückgewiesen werden.

- Das Bundesweite „Hilfe-Telefon Gewalt gegen Frauen“, das entsprechende Chat-Angebot und die mehrsprachigen Angebote des Hilfe-Telefons müssen bei Düsseldorfer Frauen noch bekannter gemacht werden.

Die Stadtverwaltung, die städtischen Töchter und Beteiligungen sollten bei der Frage von Gleichstellung und Vielfalt mit gutem Beispiel voran gehen und bei Stellenbesetzungen noch mehr als bisher auf eine paritätische und diverse Besetzung in allen Ebenen achten. Um zu sehen, welche Entwicklungen es gibt,

wollen wir die Verwaltung verpflichten, jährlich einen Bericht zu veröffentlichen, aus dem ersichtlich ist, wie die Verwaltung personell im Bezug auf Diversität und Gleichstellung ausgestattet ist und eingestellt hat. Städtische Tochtergesellschaften sollen in diese Aufstellung mit einbezogen werden. Außerdem fordern wir eine Vereinbarkeitsoffensive, damit Menschen mit Kindern und vor allem Frauen* in der Stadtverwaltung bessere Karrierechancen haben. (Verweis. „Düsseldorf gut regiert“)

Queer Leben in Düsseldorf

Gerade in der Antidiskriminierungsarbeit für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans*, inter* und Queer-Personen hat sich in Düsseldorf seit der letzten Wahl viel getan. Seit 2018 hat die Stadt eine Diversity-Beauftragte, die eine klare Ansprechperson für die Bürger*innen unserer Stadt ist. Bei zahlreichen Veranstaltungen geht es um Sichtbarkeit und Sensibilisierung – mit Erfolg. Für zusätzliche Antidiskriminierungsarbeit steht auch das von uns mitgeförderte Projekt „SchLau macht Vielfalt“ Düsseldorf, welches in Schulen gegen Vorurteile und Mobbing in diesem Bereich angeht. Beim queeren Jugendzentrum PULS haben Heranwachsende die Möglichkeit eines pädagogischen Nachmittagsangebots und mit der Trans*Beratungsstelle eine Anlaufstelle zum Austausch, zur Beratung und Unterstützung. Diese Unterstützung von trans*- und inter*-Personen werden wir weiter festigen und vor allem die Beratungssituation der Familien verbessern.

Wir wollen den bestehenden Beratungsangeboten ermöglichen, langfristiger zu planen und sich weiter zu professionalisieren. Dazu braucht es eine finanzielle Basis, die nicht nach Kassenlage von Jahr zu Jahr neu entschieden wird. Neuen Angeboten stehen wir offen gegenüber und wollen es Initiativen erleichtern, in Düsseldorf ihre wertvolle Arbeit zu machen. Wir werden einen Aktionsplan auflegen, der allen Maßnahmen im LSBTTIQ*-Bereich einen konzeptionellen Rahmen gibt, Lücken identifiziert und einen Fahrplan zur Umsetzung weiterer Angebote definiert.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 4 Hochwertige Bildung
- 5 Geschlechtergerechtigkeit
- 10 Weniger Ungleichheiten
- 16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

KW15 Für Demokratie, gegen Rechts

Gremium:	Kreisvorstand
Beschlussdatum:	05.02.2020
Tagesordnungspunkt:	2.15. Für Demokratie, gegen Rechts

Text

Düsseldorf ist eine weltoffene und vielfältige Stadt – das soll auch so bleiben! Wir alle sind aufgerufen, unseren Rechtsstaat und unsere Demokratie zu schützen, zu stabilisieren und auszugestalten.

Wir stellen fest, dass es auch in Düsseldorf antidemokratische und antisemitische Tendenzen gibt, dass insbesondere in einzelnen Stadtteilen rechte Aufmärsche stattfinden und Bewohner*innen eingeschüchtert werden sollen. Rechte Akteur*innen versuchen Menschen, die sich benachteiligt fühlen, gegen geflüchtete und andersgläubige Menschen aufzuhetzen. Dies darf nicht gelingen – Hetze gegen Migrant*innen, Geflüchtete und Andersgläubige werden wir entschieden bekämpfen.

In den zurückliegenden Jahren haben wir im Stadtrat und auf der Straße gezeigt, dass in unserer Stadt kein Platz für Hass und Hetze ist:

- Zusammen mit vielen Düsseldorfer*innen, Initiativen und Vereinen in einem breiten Bündnis sind wir gegen den „PEGIDA"-Ableger „DÜGIDA" viele Monate auf die Straße gegangen – erfolgreich.

- Im Rat haben wir den Grundsatzbeschluss initiiert, keine städtischen Räume für Hetze zur Verfügung zu stellen.

- Das Fest für Frieden, Freiheit und Demokratie am 1. September 2019 im Ehrenhof hat die Demokrat*innen bestärkt und die vielfältigen Möglichkeiten des Engagements in der unserer Stadtgesellschaft sichtbar gemacht.

- Die Arbeit gegen Antisemitismus haben wir mit einer stärkeren Unterstützung der Servicestelle bei der Jüdischen Gemeinde (SABRA) und der Bildungsarbeit der Mahn- und Gedenkstätte personell und finanziell gestärkt.

- Für die Überprüfung von historisch belasteten Straßen- und Platznamen in Düsseldorf haben wir eine wissenschaftliche Untersuchung und eine gemeinsame Kommission aus Wissenschaftler*innen und Politiker*innen beauftragt, die inzwischen erste Ergebnisse vorgelegt hat.

Eine der wichtigsten Grundlagen für die Verteidigung unserer Demokratie und der Düsseldorfer Weltoffenheit stellt die Vermittlung und das Lernen aus unserer Geschichte dar. Wir müssen uns kritisch mit unserer Vergangenheit auseinandersetzen und diese mit unserer Gegenwart in Beziehung setzen. Düsseldorfer Bürger*innen müssen vielfältige Möglichkeiten haben, sich mit der Geschichte unserer Stadt zu beschäftigen. Wir müssen Orte schaffen, die die Geschichte der Stadtteile erlebbar machen. Geschichte fand ihre Umsetzung in der

direkten Nachbarschaft, dort wo Menschen sich solidarisierten oder wo sie wegsahen.

- Demokratie praktisch: In allen Bildungseinrichtungen sollten demokratische Strukturen nicht nur gelehrt, sondern auch praktisch angewendet und gelebt werden. Deshalb setzen wir Düsseldorfer GRÜNE uns dafür ein, dass die Demokratieförderung und Antirassismusarbeit gestärkt werden.

- Erinnerungskultur pflegen: Wir müssen uns mit dem Erbe der Stadt kritisch auseinandersetzen und es ggf. kommentieren: Erklärungstafeln, künstlerische Kommentierungen (beispielsweise am Reeser Platz), Hervorhebungen und Geschichtspfade. Die für die Stadt(teil)geschichte bedeutenden Geschichtsorte wollen wir sichtbar machen und möglichst in jeder Bezirksvertretung einen Arbeitskreis „Orte der Erinnerung“ einrichten, der sich parteiübergreifend mit der Geschichte des Bezirkes auseinandersetzt und diese ggf. im öffentlichen Leben darstellt. Die Düsseldorfer Kolonialgeschichte wollen wir wissenschaftlich und partizipativ aufarbeiten. Die Diskussion über die (Um)Benennung von Straßen und Plätzen werden wir fortführen und für neue Straßenbenennungen klare Kriterien und Verfahren entwickeln.

- Die Angebote der Mahn- und Gedenkstätte und des Erinnerungsortes Alter Schlachthof wollen wir weiter ausbauen, ebenso die Arbeit für Demokratieförderung und Antirassismus, beispielsweise durch Beauftragte, die sie vernetzen und ausweiten.

- Bildungsangebote und Demokratieprojekte: Demokratie und Partizipation wollen wir schon in den Kitas und Grundschulen lehren und lernen. Dazu sollten Partizipationsmodelle für alle Bildungsformen entwickelt und unterstützt werden, die beispielsweise gewaltfreie Kommunikation an Schulen sowie Fortbildung- und Vernetzungsprogramme umfassen.

- Beteiligungsprojekte unterstützen: Wir müssen weiterhin Aktionen und Veranstaltungen ermöglichen - vom Demokratiefest bis zum Putzen von Stolpersteinen. Dazu braucht es neben einer finanziellen Unterstützung auch Vernetzungsplattformen und fachliche Unterstützung. Mit einem Demokratiepreis wollen wir gute Projekte und Initiativen noch sichtbarer machen.

- Klare Kante zeigen: Keine städtischen Räume für Hass und rechte Hetze. Wir schöpfen für die Durchsetzung unseres Grundsatzbeschlusses alle rechtlichen Möglichkeiten aus. Gemeinsam mit den Düsseldorfer Bürger*innen, den Vereinen und Initiativen zeigen wir auch auf der Straße weiter in aller Deutlichkeit: Hier ist kein Platz für Rassismus, Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit. Wir stehen zusammen für den Schutz und die Teilhabe von People of Colour, Jüd*innen und Muslim*innen. Aufklärungs- und Informationskampagnen sowie Aussteigerprogramme wollen wir fördern, bewerben und unterstützen.

Mit der Jüdischen Gemeinde werden wir die enge Zusammenarbeit weiter ausbauen. Jüdisches Leben in Düsseldorf soll in der Stadtgesellschaft noch sichtbarer und

selbstverständlicher werden. Antisemitischen Angriffen in Wort oder Tat treten wir gemeinsam mit allen Demokrat*innen entschlossen entgegen.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

Beschluss Für Demokratie, gegen Rechts

Gremium:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	07.03.2020
Tagesordnungspunkt:	2.15. Für Demokratie, gegen Rechts

Text

Düsseldorf ist eine weltoffene und vielfältige Stadt – das soll auch so bleiben! Wir alle sind aufgerufen, unseren Rechtsstaat und unsere Demokratie zu schützen, zu stabilisieren und auszugestalten.

Wir stellen fest, dass es auch in Düsseldorf antidemokratische und menschenfeindlicheTendenzen gibt, dass insbesondere in einzelnen Stadtteilen rechte Aufmärsche stattfinden und Bewohner*innen eingeschüchtert werden sollen. Rechte Akteur*innen versuchen Menschen, die sich benachteiligt fühlen, gegenandere aufzuhetzen. Dies darf nicht gelingen – Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus, Homo- und Trans*feindlichkeit sowie Obdachlosen- und Behindertenfeindlichkeit werden wir entschieden bekämpfen.

In den zurückliegenden Jahren haben wir im Stadtrat und auf der Straße gezeigt, dass in unserer Stadt kein Platz für Hass und Hetze ist:

- Zusammen mit vielen Düsseldorfer*innen, Initiativen und Vereinen in einem breiten Bündnis sind wir gegen den „PEGIDA“-Ableger „DÜGIDA“ viele Monate auf die Straße gegangen – erfolgreich.

- Im Rat haben wir den Grundsatzbeschluss initiiert, keine städtischen Räume für Hetze zur Verfügung zu stellen. Ebenfalls im Rat haben wir beschlossen, dass ein Düsseldorfer Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit unter Beteiligung von Stadt, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Kirchen und Wohlfahrtverbänden sowie den in diesem Bereich tätigen Vereinen entwickelt und umgesetzt wird.

- Das Fest für Frieden, Freiheit und Demokratie am 1. September 2019 im Ehrenhof hat die Demokrat*innen bestärkt und die vielfältigen Möglichkeiten des Engagements in unserer Stadtgesellschaft sichtbar gemacht.

- Die Arbeit gegen Antisemitismus haben wir mit einer stärkeren Unterstützung der Servicestelle bei der Jüdischen Gemeinde (SABRA) und der Bildungsarbeit der Mahn- und Gedenkstätte personell und finanziell gestärkt.

- Für die Überprüfung von historisch belasteten Straßen- und Platznamen in Düsseldorf haben wir eine wissenschaftliche Untersuchung und eine gemeinsame Kommission aus Wissenschaftler*innen und Politiker*innen beauftragt, die inzwischen erste Ergebnisse vorgelegt hat.

Eine der wichtigsten Grundlagen für die Verteidigung unserer Demokratie und der Düsseldorfer Weltoffenheit stellt die Vermittlung und das Lernen aus unserer

Geschichte dar. Wir müssen uns kritisch mit unserer Vergangenheit auseinandersetzen und diese mit unserer Gegenwart in Beziehung setzen. Düsseldorfer Bürger*innen müssen vielfältige Möglichkeiten haben, sich mit der Geschichte unserer Stadt zu beschäftigen. Wir müssen Orte schaffen, die die Geschichte der Stadtteile erlebbar machen. Geschichte fand ihre Umsetzung in der direkten Nachbarschaft, dort wo Menschen sich solidarisierten oder wo sie wegsahen.

- Demokratie praktisch: In allen Bildungseinrichtungen sollten demokratische Strukturen nicht nur gelehrt, sondern auch praktisch angewendet und gelebt werden. Deshalb setzen wir Düsseldorfer GRÜNE uns dafür ein, dass die Demokratieförderung und Antirassismusarbeit gestärkt werden.

- Erinnerungskultur pflegen: Wir müssen uns mit dem Erbe der Stadt kritisch auseinandersetzen und es ggf. kommentieren: Erklärungstafeln, künstlerische Kommentierungen (beispielsweise am Reeser Platz), Hervorhebungen und Geschichtspfade. In der kritischen Auseinandersetzung sollen auch die Täterorte des Nationalsolzialismus mit einbezogen werden. Die für die Stadt(teil)geschichte bedeutenden Geschichtsorte wollen wir sichtbar machen und möglichst in jeder Bezirksvertretung einen Arbeitskreis „Orte der Erinnerung“ einrichten, der sich parteiübergreifend mit der Geschichte des Bezirkes auseinandersetzt und diese ggf. im öffentlichen Leben darstellt. Die Düsseldorfer Kolonialgeschichte wollen wir wissenschaftlich und partizipativ aufarbeiten. Die Diskussion über die (Um)Benennung von Straßen und Plätzen werden wir fortführen und für neue Straßenbenennungen klare Kriterien und Verfahren entwickeln.

- Die Angebote der Mahn- und Gedenkstätte und des Erinnerungsortes Alter Schlachthof wollen wir weiter ausbauen, ebenso die Arbeit für Demokratieförderung und Antirassismus, beispielsweise durch Beauftragte, die sie vernetzen und ausweiten.

- Bildungsangebote und Demokratieprojekte: Demokratie und Partizipation wollen wir schon in den Kitas und Grundschulen lehren und lernen. Dazu sollten Partizipationsmodelle für alle Bildungsformen entwickelt und unterstützt werden, die beispielsweise gewaltfreie Kommunikation an Schulen sowie Fortbildung- und Vernetzungsprogramme umfassen.

- Beteiligungsprojekte unterstützen: Wir müssen weiterhin Aktionen und Veranstaltungen ermöglichen - vom Demokratiefest bis zum Putzen von Stolpersteinen. Dazu braucht es neben einer finanziellen Unterstützung auch Vernetzungsplattformen und fachliche Unterstützung. Mit einem Demokratiepreis wollen wir gute Projekte und Initiativen noch sichtbarer machen.

- Klare Kante zeigen: Keine städtischen Räume für Hass und rechte Hetze. Wir schöpfen für die Durchsetzung unseres Grundsatzbeschlusses alle rechtlichen Möglichkeiten aus. Gemeinsam mit den Düsseldorfer Bürger*innen, den Vereinen und Initiativen zeigen wir auch auf der Straße weiter in aller Deutlichkeit: Hier ist kein Platz für Rassismus, Rechtsradikalismus, Antisemitismus und weitere Formen der Menschenfeindlichkeit. Wir stehen zusammen für die Sicherheit und Teilhabe

aller Menschen in unserer Stadt.. Aufklärungs- und Informationskampagnen sowie Aussteigerprogramme wollen wir fördern, bewerben und unterstützen. Wir wollen, wenn nötig, über das Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus hinaus ein Forderungspapier erarbeiten und umsetzen.

- Mit der Jüdischen Gemeinde werden wir die enge Zusammenarbeit weiter ausbauen. Jüdisches Leben in Düsseldorf soll in der Stadtgesellschaft noch sichtbarer und selbstverständlicher werden. Antisemitischen Angriffen in Wort oder Tat treten wir gemeinsam mit allen Demokrat*innen entschlossen entgegen

Um Rassismus und Menschenfeindlichkeit entgegenzutreten müssen wir u.a. gegen Alltagsrassismus vorgehen, zivilgesellschaftliche Initiativen stärken und unsere politische Bildungsarbeit deutlich ausbauen. Daher wollen wir zusätzliche Stellen schaffen, die Präventionsangebote und Beratungen verstärken.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 10 Weniger Ungleichheiten
- 16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

KW16 Ordnung

Gremium:	Kreisvorstand
Beschlussdatum:	05.02.2020
Tagesordnungspunkt:	2.16. Ordnung

Text

Sicherheit und Ordnung tragen maßgeblich zur Lebensqualität in unserer Stadt bei. In Düsseldorf sollen alle Bürger*innen sicher leben und sich sicher fühlen. Wer sich nicht sicher fühlt, meidet mitunter offene Plätze, öffentliche Verkehrsmittel oder verzichtet auf die Teilnahme am Nachtleben. Das schränkt individuelle Freiheiten und die selbstbestimmte Gestaltung des Alltags massiv ein. Ziel unserer GRÜNEN Politik ist es Angst- und Sorgenfreiheit sowie gegenseitige Rücksichtnahme zu fördern, um die Lebensqualität und die individuellen Freiheiten der Düsseldorfer Bürger*innen zu gewährleisten. Dabei ist für uns klar, dass Sicherheit eine von mehreren Voraussetzungen für Freiheit ist, viele Sicherheitsmaßnahmen jedoch gleichzeitig Freiheitsrechte einschränken. Die Maßnahmen müssen daher sehr gut abgewogen werden: sie müssen erforderlich, wirksam und verhältnismäßig sein. Grundsätzlich haben für uns präventive Arbeit, städtebauliche Maßnahmen und personelle Präsenz Priorität.

GRÜN wirkt

- Der Ordnungs- und Servicedienst (OSD) hat vielfältige Aufgaben vom Jugendschutz über Lärmbeschwerden bis zur Überwachung von öffentlichen Plätzen. Wir haben eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Bezahlung und der Aus- und Fortbildung angestoßen, soweit es die rechtlichen und tariflichen Rahmenbedingungen aktuell erlauben.

- Für die Verkehrsüberwachung haben wir zusätzliche Schwerpunkte beschlossen, insbesondere die Kontrolle von Falschparkern auf Rad- und Gehwegen. In der Umsetzung müssen wir erkennen, dass hier mehr und dauerhafter Druck notwendig ist.

- Die Ausweitung der Videoüberwachung haben wir kritisch begleitet. Die Umsetzung ist begrenzt auf Bereiche der Altstadt, in denen die Polizei je nach beobachteter Situation innerhalb kürzester Zeit eingreifen kann.

GRÜNE Vision

Angsträume vermeiden und sichere Heimwege schaffen

- Städtebäuliche Maßnahmen können die Lebensqualität und das Sicherheitsgefühl in unserer Stadt verbessern. Wir wollen maroder Infrastruktur, verwahrlosten Plätzen, Vandalismus und Vermüllung entgegenwirken. Stattdessen setzen wir auf Übersichtlichkeit, Sauberkeit und ausreichend beleuchtete Plätze und Wege. (Verweis auf Kapitel Umwelt)

- Unterführungen oder Tiefgaragen werden oft als Räume von Bedrohung und Gefahr wahrgenommen. Durch angemessene Beleuchtung, Sichtverbindungen und

der Schaffung von Übersichtlichkeit wollen wir solchen Angsträumen entgegenwirken.

- Damit Fußgänger*innen nachts gar nicht erst auf die Nutzung von Unterführungen oder Parks angewiesen sind, soll die Errichtung von alternativenUm- und Überwegen geprüft werden.

- Besonders Frauen und ältere Menschen fühlen sich auf dem Nachhauseweg im Dunkeln teilweise unsicher. Damit niemand auf den dunklen Fußweg nach Hause angewiesen ist, wollen wir das Angebot im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in den Abend- und Nachtstunden ausbauen. Da sich viele Menschen im Bus sicherer fühlen als in der U-Bahn, werden wir einen besonderen Fokus auf den Ausbau von nächtlichen Busverbindungen legen.

- Neben dem ÖPNV benötigen wir weitere Mobilitätskonzepte, die den nächtlichen Weg zwischen Bus- oder Bahnhaltestelle und den eigenen vier Wänden überbrücken. On-Demand-Dienste sind dabei eine moderne Alternative, die wir insbesondere für die Außenbezirke und die Nachtzeiten nutzen wollen. Projekte der Rheinbahn und der Stadtwerke unterstützen wir. Kooperationen mit dem Taxigewerbe wollen wir anstoßen.

- Damit sich Passagiere bei der Nutzung von Bus und Bahn zu späten und nächtlichen Stunden sicherer und wohler fühlen, sollen Mitarbeiter*innen der Rheinbahn als Fahrbegleiter*innen in den Bahnen mitfahren und für die Passagiere ansprechbar sein.

Umwelt- und tierfreundliche Beleuchtung

- Eine ausreichende Beleuchtung muss kein Widerspruch zu Umwelt- und Klimaschutz sein. Energiesparende und insektenfreundliche Straßenbeleuchtung sollten eingesetzt werden, um Klima und Tier zu schonen. (Verweis auf Kapitel Umwelt)

- Der Nutzen von bewegungsgesteuerter Beleuchtung sollte ebenfalls auf weniger genutzten Wegen geprüft werden, um auch in abgelegenen Gebieten Angsträume zu vermeiden und gleichzeitig Energie zu sparen.

Mehr Lebensqualität durch eine saubere Umwelt

- Gezielte Öffentlichkeitskampagnen sollen eingesetzt werden, um über Umweltverschmutzung aufzuklären, ein Bewusstsein für ihre Problematiken und Konsequenzen zu schaffen und Bürger*innen und Gäste für ein solidarisches Miteinander im öffentlichen Raum zu gewinnen.

- Vermüllte Plätze, Wege und Parks sind nicht nur schlecht für unsere Umwelt, sondern beeinflussen auch maßgeblich, wie wohl wir uns in unserer Stadt fühlen. Wir wollen, dass Vermüllung und Umweltverschmutzung zum Wohle von Mensch und Umwelt streng kontrolliert und konsequent geahndet werden.

- Die Entsorgung von Müll in Natur und Gewässern gefährdet Mensch, Tier und Umwelt. Wir fordern eine strenge Ahndung solcher Ordnungswidrigkeiten gegen die Umwelt und die Errichtung eines Naturschutzfonds, in den Mittel

in Höhe dieser Bußgelder fließen sollen. Die Einnahmen des Umweltschutzfonds sollen genutzt werden, um städtische Naturschutzmaßnahmen zu finanzieren. (Verweis auf Kapitel Umwelt)

- Weggeworfene Zigarettenkippen auf Straßen und Wiesen sind nicht nur hässlich, sondern gefährden auch unsere Gesundheit, wenn sie in Gewässer gelangen und unser Grundwasser verunreinigen oder sogar Brände entfachen. Wir fordern Aufklärungskampagnen sowie eine Erhöhung des Bußgeldes für weggeworfene Zigaretten auf 100 Euro.

Sicherheit durch personelle Präsenz

- Videobeobachtung im öffentlichen Raum ist für mehr Sicherheit oft unwirksam, aber ein großer Eingriff in die individuelle Freiheit. Sie darf nur eingesetzt werden, wenn die Polizei auch ein umgehendes Eingreifen garantieren kann. Wir wollen vor allem auf ausreichende personelle Präsenz der Polizei und des städtischen Ordnungs- und Sicherheitsdienstes (OSD) setzen, die für Bürger*innen ansprechbar sind und in gefährlichen Situationen tatsächlich eingreifen können

- Die alltägliche Arbeit des OSD erfordert Sensibilität und viel Fingerspitzengefühl. Wir wollen die Attraktivität dieses Berufes durch eine gute Ausbildung, ein faires Gehalt sowie berufliche Perspektiven steigern, um qualifiziertes Personal für den OSD zu gewinnen. Des weiteren benötigen die Mitarbeiter*innen qualifizierte Fortbildungen und die Gelegenheit zur Supervision. „Doppelstreifen“ von OSD und Polizei haben sich bewährt und sollen ausgebaut werden.

- Wir fordern einfache Kontaktmöglichkeiten und zentrale Ansprechstellen, bei denen Bürger*innen ordnungspolitische Fragen und Probleme zu Baustellen, Lärm, Staub und Verkehr klären und melden können – unabhängig davon, welches Fachamt formal zuständig ist.

- OSD-Mitarbeiter*innen müssen sich gegen Gewalt und potenzielle Übergriffe gut schützen können. Strategien der Deeskalation sowie Techniken zur Selbstverteidigung haben dabei für uns immer Vorrang. Deshalb setzen wir vor allem auf die Stärkung von Aus- und Fortbildungen. Die Ausrüstung des OSD mit Waffen, etwa durch Schlagstöcke, lehnen wir ab.

- Ordnungspolitische Maßnahmen, die obdachlose Menschen grundsätzlich von öffentlichen Plätzen fernhalten sollen, sind menschenunwürdig und verlagern Obdachlosigkeit nur. Wir wollen die differenzierten Angebote für obdachlose Menschen ausbauen, von Notschlafstellen über Unterkünfte bis zur Vermittlung in Wohnungen (Verweise auf Kapitel Wohnen und Soziales).

- Für eine Überarbeitung der Düsseldorfer Straßenordnung wollen wir einen partizipativen Prozess anstoßen. Insbesondere zum umstrittenen § 6, der „störendes Verhalten“ definiert wollen wir die Perspektiven und Bedürfnisse aller Betroffenen im Verfahren berücksichtigen.

Sicherheit im Straßenverkehr

- Wir setzen uns für die personelle Aufstockung der Fahrradstaffel des Ordnungsamtes ein, die mit mindestens drei Streifen täglich überwachen soll, ob Fahrradstraßen, Radwege, Gehwege und barrierefreie Überwege zugeparkt werden.

- Falschparkende Autos, die Rettungswege versperren oder Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen zwingen, auf die Straße auszuweichen, gefährden konkret Menschenleben. Hier darf es keine Toleranz geben. Wir fordern mehr Kontrollen, eine strenge Ahndung und konsequentes Abschleppen von verkehrsgefährdenden Falschparker*innen. (Weitere verkehrspolitische Maßnahmen zur Erhöhung Sicherheit im Straßenverkehr, Verweis auf Kapitel Mobilität.)

Schutz vor Gewalt und Diskriminierung

- Häusliche Gewalt betrifft nach wie vor allem Frauen und LSBTTIQ*. Gerade vor Ort kann Politik viel tun, um Betroffenen zu helfen. Die Kapazitäten für Frauenhäuser müssen weiter ausgebaut werden und die Stadt muss helfen, Wohnraum für von Gewalt betroffene Frauen zu finden. (Verweis Kapitel Gleichstellung und Vielfalt)

- Zur öffentlichen Sicherheit gehört auch Schutz vor Diskriminierung auf Grund der Religion, der Hautfarbe, der Herkunft oder der sexuellen Identität. Eine Stelle für Anti-Diskriminierung mit dem Schwerpunkt Rassismus soll Hilfe bei Rechtsfragen und Beratung nach dem Gleichbehandlungsgesetz leisten, an die richtigen Stellen vermitteln, aktive Öffentlichkeitsarbeit betreiben, Lösungen bei systemischer Diskriminierung ersuchen und wissenschaftliche Untersuchungen zu diskriminierten Gruppen in Düsseldorf betreiben. (Verweis Kapitel Gleichstellung und Vielfalt)

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

Beschluss Ordnung

Gremium:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	07.03.2020
Tagesordnungspunkt:	2.16. Ordnung

Text

Sicherheit und Ordnung tragen maßgeblich zur Lebensqualität in unserer Stadt bei. In Düsseldorf sollen alle Bürger*innen sicher leben und sich sicher fühlen. Wer sich nicht sicher fühlt, meidet mitunter offene Plätze, öffentliche Verkehrsmittel oder verzichtet auf die Teilnahme am Nachtleben. Das schränkt individuelle Freiheiten und die selbstbestimmte Gestaltung des Alltags massiv ein. Ziel unserer grünen Politik ist es Angst- und Sorgenfreiheit sowie gegenseitige Rücksichtnahme zu fördern, um die Lebensqualität und die individuellen Freiheiten der Düsseldorfer Bürger*innen zu gewährleisten. Dabei ist für uns klar, dass Sicherheit eine von mehreren Voraussetzungen für Freiheit ist, viele Sicherheitsmaßnahmen jedoch gleichzeitig Freiheitsrechte einschränken. Die Maßnahmen müssen daher sehr gut abgewogen werden: sie müssen erforderlich, wirksam und verhältnismäßig sein. Grundsätzlich haben für uns präventive Arbeit, städtebauliche Maßnahmen und personelle Präsenz Priorität.

GRÜN wirkt

- Der Ordnungs- und Servicedienst (OSD) hat vielfältige Aufgaben vom Jugendschutz über Lärmbeschwerden bis zur Überwachung von öffentlichen Plätzen. Wir haben eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Bezahlung und der Aus- und Fortbildung angestoßen, soweit es die rechtlichen und tariflichen Rahmenbedingungen aktuell erlauben.

- Für die Verkehrsüberwachung haben wir zusätzliche Schwerpunkte beschlossen, insbesondere die Kontrolle von Falschparkern auf Rad- und Gehwegen. In der Umsetzung müssen wir erkennen, dass hier mehr und dauerhafter Druck notwendig ist.

- Die Ausweitung der Videoüberwachung haben wir kritisch begleitet. Die Umsetzung ist begrenzt auf Bereiche der Altstadt, in denen die Polizei je nach beobachteter Situation innerhalb kürzester Zeit eingreifen kann.

GRÜNE Vision

Angsträume vermeiden und sichere Heimwege schaffen

- Städtebäuliche Maßnahmen können die Lebensqualität und das Sicherheitsgefühl in unserer Stadt verbessern. Wir wollen maroder Infrastruktur, verwahrlosten Plätzen, Vandalismus und Vermüllung entgegenwirken. Stattdessen setzen wir auf Übersichtlichkeit, Sauberkeit und ausreichend beleuchtete Plätze und Wege. (Verweis auf Kapitel Umwelt)

- Unterführungen oder Tiefgaragen werden oft als Räume von Bedrohung und Gefahr wahrgenommen. Durch angemessene Beleuchtung, Sichtverbindungen und

die Schaffung von Übersichtlichkeit wollen wir solchen Angsträumen entgegenwirken.

- Damit Fußgänger*innen nachts gar nicht erst auf die Nutzung von Unterführungen oder Parks angewiesen sind, soll die Errichtung von alternativen Um- und Überwegen geprüft werden.

- Besonders Frauen und ältere Menschen fühlen sich auf dem Nachhauseweg im Dunkeln teilweise unsicher. Damit niemand auf den dunklen Fußweg nach Hause angewiesen ist, wollen wir das Angebot im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in den Abend- und Nachtstunden ausbauen. Da sich viele Menschen im Bus sicherer fühlen als in der U-Bahn, werden wir einen besonderen Fokus auf den Ausbau von nächtlichen Busverbindungen legen.

- Neben dem ÖPNV benötigen wir weitere Mobilitätskonzepte, die den nächtlichen Weg zwischen Bus- oder Bahnhaltestelle und den eigenen vier Wänden überbrücken. On-Demand-Dienste, also Services auf Abruf, sind dabei eine moderne Alternative, die wir insbesondere für die Außenbezirke und die Nachtzeiten nutzen wollen. Projekte der Rheinbahn und der Stadtwerke unterstützen wir. Kooperationen mit dem Taxigewerbe wollen wir anstoßen.

- Damit sich Passagiere bei der Nutzung von Bus und Bahn zu späten und nächtlichen Stunden sicherer und wohler fühlen, sollen Mitarbeiter*innen der Rheinbahn als Fahrbegleiter*innen in den Bahnen mitfahren und für die Passagiere ansprechbar sein.

Umwelt- und tierfreundliche Beleuchtung

- Eine ausreichende Beleuchtung muss kein Widerspruch zu Umwelt- und Klimaschutz sein. Energiesparende und insektenfreundliche Straßenbeleuchtung sollten eingesetzt werden, um Klima und Tier zu schonen. (Verweis auf Kapitel Umwelt)

- Der Nutzen von Beleuchtung mit dimmbaren und in der Lichtfarbe veränderbaren Leuchtmitteln sollte ebenfalls auf weniger genutzten Wegen geprüft werden, um auch in abgelegenen Gebieten Angsträume zu vermeiden und gleichzeitig Energie zu sparen.

Mehr Lebensqualität durch eine saubere Umwelt

- Gezielte Öffentlichkeitskampagnen sollen eingesetzt werden, um über Umweltverschmutzung aufzuklären, ein Bewusstsein für ihre Problematiken und Konsequenzen zu schaffen und Bürger*innen und Gäste für ein solidarisches Miteinander im öffentlichen Raum zu gewinnen.

- Vermüllte Plätze, Wege und Parks sind nicht nur schlecht für unsere Umwelt, sondern beeinflussen auch maßgeblich, wie wohl wir uns in unserer Stadt fühlen. Wir wollen, dass Vermüllung und Umweltverschmutzung zum Wohle von Mensch und Umwelt streng kontrolliert und konsequent geahndet werden.

- Die Entsorgung von Müll in Natur und Gewässern gefährdet Mensch, Tier und Umwelt. Wir fordern eine strenge Ahndung solcher Ordnungswidrigkeiten

gegen die Umwelt und die Errichtung eines Naturschutzfonds, in den Mittel in Höhe dieser Bußgelder fließen sollen. Die Einnahmen des Umweltschutzfonds sollen genutzt werden, um städtische Naturschutzmaßnahmen zu finanzieren. (Verweis auf Kapitel Umwelt)

- Weggeworfene Zigarettenkippen auf Straßen und Wiesen sind nicht nur hässlich, sondern gefährden auch unsere Gesundheit, wenn sie in Gewässer gelangen und unser Grundwasser verunreinigen oder sogar Brände entfachen. Wir fordern Aufklärungskampagnen sowie eine Erhöhung des Bußgeldes für weggeworfene Zigaretten auf 100 Euro.

Sicherheit durch personelle Präsenz

- Videobeobachtung im öffentlichen Raum ist ein großer Eingriff in die individuelle Freiheit. Sie soll nur eingesetzt werden, wenn die Polizei auch ein umgehendes Eingreifen garantieren kann. Wir wollen vor allem auf ausreichende personelle Präsenz der Polizei und des städtischen Ordnungs- und Sicherheitsdienstes (OSD) setzen, die für Bürger*innen ansprechbar sind und in gefährlichen Situationen tatsächlich eingreifen können.

- Die alltägliche Arbeit des OSD erfordert Sensibilität und viel Fingerspitzengefühl. Wir wollen die Attraktivität dieses Berufes durch eine gute Ausbildung, ein faires Gehalt sowie berufliche Perspektiven steigern, um qualifiziertes Personal für den OSD zu gewinnen. Des weiteren benötigen die Mitarbeiter*innen qualifizierte Fortbildungen und die Gelegenheit zur Supervision. „Doppelstreifen“ von OSD und Polizei haben sich bewährt und sollen ausgebaut werden.

- Wir fordern einfache Kontaktmöglichkeiten und zentrale Ansprechstellen, bei denen Bürger*innen ordnungspolitische Fragen und Probleme zu Baustellen, Lärm, Staub und Verkehr klären und melden können – unabhängig davon, welches Fachamt formal zuständig ist.

- OSD-Mitarbeiter*innen müssen sich gegen Gewalt und potenzielle Übergriffe gut schützen können. Strategien der Deeskalation sowie Techniken zur Selbstverteidigung haben dabei für uns immer Vorrang. Deshalb setzen wir auch in diesem Zusammenhang vor allem auf die Stärkung von Aus- und Fortbildungen. Die Ausrüstung des OSD mit Waffen, etwa durch Schlagstöcke, lehnen wir ab.

- Ordnungspolitische Maßnahmen, die obdachlose Menschen grundsätzlich von öffentlichen Plätzen fernhalten sollen, sind menschenunwürdig und verlagern Obdachlosigkeit nur. Wir wollen die differenzierten Angebote für obdachlose Menschen ausbauen, von Notschlafstellen über Unterkünfte bis zur Vermittlung in Wohnungen (Verweise auf Kapitel Wohnen und Soziales). Dies soll auch öffentlichkeitswirksam vertreten werden.

- Für eine Überarbeitung der Düsseldorfer Straßenordnung wollen wir einen partizipativen Prozess anstoßen. Insbesondere zum umstrittenen § 6, der „störendes Verhalten“ definiert, wollen wir die Perspektiven und Bedürfnisse aller Betroffenen im Verfahren berücksichtigen.

Sicherheit im Straßenverkehr

- Wir setzen uns für die personelle Aufstockung der Fahrradstaffel des Ordnungsamtes ein, die mit mindestens drei Streifen täglich überwachen soll, ob Fahrradstraßen, Radwege, Gehwege und barrierefreie Überwege zugeparkt werden.

- Falschparkende Autos, die Rettungswege versperren oder Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen zwingen, auf die Straße auszuweichen, gefährden konkret Menschenleben. Hier darf es keine Toleranz geben. Wir fordern mehr Kontrollen, eine strenge Ahndung und konsequentes Abschleppen von verkehrsgefährdenden Falschparker*innen. (Weitere verkehrspolitische Maßnahmen zur Erhöhung Sicherheit im Straßenverkehr, Verweis auf Kapitel Mobilität.)

Schutz vor Gewalt und Diskriminierung

- Häusliche Gewalt betrifft nach wie vor vor allem Frauen und LSBTTIQ*. Gerade vor Ort kann Politik viel tun, um Betroffenen zu helfen. Die Kapazitäten für Frauenhäuser müssen weiter ausgebaut werden und die Stadt muss helfen, Wohnraum für von Gewalt betroffene Frauen zu finden. (Verweis Kapitel Gleichstellung und Vielfalt)

- Zur öffentlichen Sicherheit gehört auch Schutz vor Diskriminierung auf Grund der Religion, der Hautfarbe, der Herkunft oder der sexuellen Identität. Eine Stelle für Anti-Diskriminierung mit dem Schwerpunkt Rassismus soll Hilfe bei Rechtsfragen und Beratung nach dem Gleichbehandlungsgesetz leisten, an die richtigen Stellen vermitteln, aktive Öffentlichkeitsarbeit betreiben, Lösungen bei systemischer Diskriminierung ersuchen und wissenschaftliche Untersuchungen zu diskriminierten Gruppen in Düsseldorf betreiben. (Verweis Kapitel Gleichstellung und Vielfalt)

Weniger Werbung, mehr Platz für Grün

- Außenwerbungen können die Gestaltung der Stadt überlagern und kommerzialisieren den öffentlichen Raum. Wir wollen kommerzielle Werbung auf städtischen Werbeflächen im öffentlichen Raum verringern und den Ausblick auf städtisches Grün und die Stadtgestaltung öffnen. Den freigewordenen Platz wollen wir u.a. für Begrünung sowie für Ankündigungen politischer, kultureller und gemeinnütziger Veranstaltungen und Aktionen nutzen.

- Sexistische und menschenverachtende Werbung darf im Stadtbild keinen Platz haben. Darüber hinaus sollen für städtische Werbeflächen klare Richtlinien für u.a. Tabak-, Alkohol- und Glückspielwerbung erarbeitet werden.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 3 Gesundheit und Wohlergehen

- 16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

KW17 Schule

Gremium:	Kreisvorstand
Beschlussdatum:	05.02.2020
Tagesordnungspunkt:	2.17. Schule

Text

Wir nehmen Kinder und Jugendliche sowohl in den Kindertagesstätten als auch in den Schulen ganzheitlich in den Blick und setzen auf die Wertschätzung ihrer Vielfalt sowie auf individuelle Förderung.

Bildung ist mehr als die Vermittlung von Wissen und von grundlegenden Fähigkeiten wie Rechnen, Schreiben und Lesen. Es geht um die Lernfähigkeit an sich, den Erhalt von Neugierde, Wissensdurst und Kreativität. Und es geht darum, Menschen die selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen und sie zu kritischem Denken, nachhaltigem Handeln und verantwortungsvollem Entscheiden zu befähigen. Hierfür sind individuelle Förderung und ein gemeinsames Lernen, das kein Kind zurücklässt, entscheidend.

Die zentralen bildungspolitischen Entscheidungen werden in der Landes- und Bundespolitik getroffen. Die Stadt Düsseldorf kann aber wichtige Rahmenbedingungen beeinflussen: Schulgebäude, Betreuung im Ganztag, Schulsozialarbeit und mehr.

GRÜN wirkt

Schulsanierung: Nach jahrzehntelangem Sanierungsstau haben wir für die Düsseldorfer Grundschulen und weiterführenden Schulen ein massives Investitionspaket von über einer Milliarde Euro auf den Weg gebracht.

Schul(aus)bau: Mit neuen und erweiterten Grundschulen, Gesamtschulen, Berufsschulen, Haupt- und Realschulen und Gymnasien tragen wir der stark steigenden Zahl der Schüler*innen Rechnung. Mit der Schulbauleitlinie haben wir einen guten Standard dafür definiert.

Beteiligung: Für die weiterführenden Schulen haben wir die Elternbefragung eingeführt. Im Schulausschuss haben wir die Mitsprache der Schüler*innen und Eltern ermöglicht.

Schulsozialarbeit: Für die soziale pädagogische Unterstützung und soziale Begleitung wird es bis zum Schuljahr 2020/2021 an allen Grund-, Haupt- und Förderschulen Schulsozialarbeit geben.

Ganztag: Wir haben die Plätze an Grundschulen um 1.750 Plätze auf über 15.000 Plätze ausgebaut und bei stark steigenden Schülerzahlen die Betreuungsquote auf 65 % gesteigert. Zusammen mit alternativen Betreuungsangeboten liegt die Quote bei 75 %.

GRÜNE Vision

Schulbau: Grüne stehen für eine Fortsetzung der hohen Investitionen in Schulsanierungen, Neu- und Ausbauten. Neben dem reinen Platzangebot geht es dabei auch um innovative pädagogische Raumkonzepte, um nachhaltiges und klimaangepasstes Bauen und um gesunde Lernräume. In der Planung wollen wir die Schüler*innen und Pädagog*innen noch stärker beteiligen.

Grundschule im Quartier: Die Düsseldorfer Grundschulen sind aufgrund ihrer Standorte und der Stärke oder Schwäche der jeweiligen Quartiere sehr unterschiedlich beliebt. Grüne wollen die Schulen in Quartieren mit sozialen Herausforderungen stärken, beispielsweise mit besonderer Ausstattung, mehr Schulsozialarbeit und innovativen Ganztagsangeboten.

Weiterführende Schulen: Düsseldorf braucht weitere Gesamtschulen. Grüne streiten dafür, möglichst vielen Schüler*innen ein längeres gemeinsames Lernen bei individueller Förderung und mit allen Abschlusschancen zu ermöglichen. Daher wollen wir zusätzlich zur geplanten Gesamtschule im Linksrheinischen auch weitere, kleinere Standorte in den Stadtteilen prüfen, die über Kooperationen auch Abschlüsse der Sekundarstufe II anbieten können.

Mehr als 55 % der Eltern entscheiden sich für das Gymnasium als weiterführende Schule für ihr Kind. Wir brauchen ein weiteres neues Gymnasium. Gleichzeitig müssen wir anerkennen, dass die Gymnasien mit der wachsenden Zahl der Schüler*innen auch vielfältiger werden und mehr Differenzierung und individuelle Förderung benötigen. Wir wollen verhindern, dass es Gymnasien unterschiedlicher Qualitäten gibt. Auch die zunehmende Zahl der Schüler*innen, die am Gymnasium starten, im Laufe der Jahre aber wechseln (müssen), müssen wir ernst nehmen. Wir wollen die Zahl dieser „Abschulungen“ reduzieren und gleichzeitig die Gesamt-, Real- und Hauptschulen dabei unterstützen, die Schüler*innen, die im Laufe der Jahre dazu kommen, optimal zu fördern. Wichtig ist uns, Schüler*innen vielfältige Wege und Perspektiven für ihren persönlichen Bildungserfolg an den unterschiedlichen Schulformen zu ermöglichen. Dafür erhalten wir die Düsseldorfer Hauptschulen und setzen uns für eine zusätzliche neue Realschule ein. Die Modernisierung und Weiterentwicklung der Berufskollegs werden wir weiterführen.

Ganztag: Den Ausbau der Plätze im offenen und im gebundenen Ganztag wollen wir Grünen vorantreiben und die pädagogische Qualität dabei weiter verbessern. In den Gesamtschulen ist der Ganztag schon Standard, bei Grundschulen, Gymnasien, Real- und Hauptschulen wollen wir Grüne den Ausbau vorantreiben. Bei der Mittagsverpflegung setzen wir auf mehr frische Zubereitung, beispielsweise indem Mensen benachbarter Schulen mitgenutzt werden.

Digitalisierung: Die digitale Transformation in den Schulen muss mehr sein als neue Tablets und Tafeln. Wir Grünen wollen die Schüler*innen – die ja heute schon als „digital natives“ aufwachsen – befähigen, sich auch in der digitalen Welt kompetent, selbstbestimmt und frei bewegen zu können. Dazu gehört Prävention zum Schutz vor Risiken genauso wie die Vorbereitung auf Chancen und Berufe, die wir heute noch gar nicht kennen. Neben der Hardware geht es uns daher insbesondere um die pädagogischen Konzepte, um die nötigen Kompetenzen und um passende Fortbildungen.

Sichere Schulwege: Wir wollen, dass noch mehr Schüler*innen zu Fuß, mit dem Rad oder dem Roller zur Schule kommen können, ohne dass sich die Eltern Sorgen aufgrund der Verkehrssituationen machen müssen. Den „Elterntaxis“, die aufgrund dieser Sorgen fahren und die Situation doch nur verschlimmern, wollen wir durch bessere Geh- und Radwege, mehr Verkehrsüberwachung und Aufklärung begegnen. Je nach Schulstandort kann auch eine etwas entfernt liegende Hol- und Bringzone den Kreislauf durchbrechen. GRÜNE schlagen vor, mehrere Modellschulen zu entwickeln, um die unterschiedlichen Herausforderungen und mögliche Lösungen zu testen.

Die Sonderfahrten zu außerschulischen Lernorten wie Sportstätten, Kultur- oder Naturorten wollen wir erhalten.

Demokratie lernen: Selbstbestimmung, Teilhabe und Demokratie lernen Kinder weniger durch theoretischen Unterricht als durch Handeln. Wir GRÜNE wollen Konzepte für tatsächliche selbst- und mitbestimmte Schulen unterstützen. Passend dazu setzen wir uns auch für den Ausbau der kulturellen Bildung ein, in den Schulen sowie an außerschulischen (Kultur-)Orten.

Inklusion: Gemeinsames Lernen bedeutet für uns GRÜNE auch, dass Kinder mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf zusammen unterrichtet werden. Inklusion ist kein netter Gefallen, sondern ein verbrieftes Menschenrecht. Um die Chancen zu nutzen und die Herausforderungen zu meistern, muss insbesondere die Landespolitik für die nötigen Voraussetzungen und für Sonderpädagog*innen, Inklusionshelfer*innen, Fortbildungen etc. sorgen. Dabei dürfen auch die Gymnasien, in denen die Mehrheit der Kinder in Düsseldorfs weiterführenden Schulen lernt, nicht länger ausgenommen werden.

Als Stadt Düsseldorf müssen wir barrierefreie Schulen mit Pflege-, Therapie- und Differenzierungsräumen schaffen. Dies werden wir beim Schulbau noch stärker einfordern.

Im Sinne der humanistischen Bildung setzen wir uns weiter für die bekenntnisfreien Schulen ein, damit Eltern und Kinder in allen Stadtteilen neben den konfessionell gebundenen Schulen ein solches Angebot haben.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 4 Hochwertige Bildung

Beschluss Schule

Gremium:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	07.03.2020
Tagesordnungspunkt:	2.17. Schule

Text

Wir nehmen Kinder und Jugendliche sowohl in den Kindertagesstätten als auch in den Schulen ganzheitlich in den Blick und setzen auf die Wertschätzung ihrer Vielfalt sowie auf individuelle Förderung.

Bildung ist mehr als die Vermittlung von Wissen und von grundlegenden Fähigkeiten wie Rechnen, Schreiben und Lesen. Es geht um die Lernfähigkeit an sich, den Erhalt von Neugierde, Wissensdurst und Kreativität. Und es geht darum, Menschen die selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen und sie zu kritischem Denken, nachhaltigem Handeln und verantwortungsvollem Entscheiden im Sinne humanistischer Bildung zu befähigen. Hierfür sind individuelle Förderung und ein gemeinsames Lernen, das kein Kind zurücklässt, entscheidend.

Die zentralen bildungspolitischen Entscheidungen werden in der Landes- und Bundespolitik getroffen. Die Stadt Düsseldorf kann aber wichtige Rahmenbedingungen beeinflussen: Schulgebäude, Betreuung im Ganztag, Schulsozialarbeit und mehr.

<u>GRÜN wirkt</u>

Schulsanierung: Nach jahrzehntelangem Sanierungsstau haben wir für die Düsseldorfer Grundschulen und weiterführenden Schulen ein massives Investitionspaket von über einer Milliarde Euro auf den Weg gebracht.

Schul(aus)bau: Mit neuen und erweiterten Grundschulen, Gesamtschulen, Berufsschulen, Haupt- und Realschulen und Gymnasien tragen wir der stark steigenden Zahl der Schüler*innen Rechnung. Mit der Schulbauleitlinie haben wir einen guten Standard dafür definiert.

Beteiligung: Für die weiterführenden Schulen haben wir die Elternbefragung eingeführt. Im Schulausschuss haben wir die Mitsprache der Schüler*innen und Eltern ermöglicht.

Schulsozialarbeit: Für die soziale pädagogische Unterstützung und soziale Begleitung wird es bis zum Schuljahr 2020/2021 an allen Grund-, Haupt- und Förderschulen Schulsozialarbeit geben.

Ganztag: Wir haben die Plätze an Grundschulen um 1.750 Plätze auf über 15.000 Plätze ausgebaut und bei stark steigenden Schülerzahlen die Betreuungsquote auf 65 % gesteigert. Zusammen mit alternativen Betreuungsangeboten liegt die Quote bei 75 %.

Bildung für nachhaltige Entwicklung:Wir haben Schulen unterstützt, wenn sie Bildung für nachhaltige Entwicklung in ihr Schulprofll integrieren wollten. Diese Arbeit ist inzwischen mehrfach, unter anderem von der UNESCO, ausgezeichnet worden.

Digitalisierung: Wir haben inzwischen fast alle Schulen mit schnellen

Internetverbindungen ausgestattet und investieren massiv in Hardware für die Schulen.

GRÜNE Vision

Schulbau: Wir GRÜNE stehen für eine Fortsetzung der hohen Investitionen in Schulsanierungen, Neu- und Ausbauten. Neben dem reinen Platzangebot geht es dabei auch um innovative pädagogische Raumkonzepte, um nachhaltiges und klimaangepasstes Bauen und um gesunde Lernräume. In der Planung wollen wir die Schüler*innen und Pädagog*innen noch stärker beteiligen.

Grundschule im Quartier: Die Düsseldorfer Grundschulen sind aufgrund ihrer Standorte und der Stärke oder Schwäche der jeweiligen Quartiere sehr unterschiedlich beliebt. Grüne wollen die Schulen in Quartieren mit sozialen Herausforderungen stärken, beispielsweise mit besonderer Ausstattung, mehr Schulsozialarbeit und innovativen Ganztagsangeboten.

Weiterführende Schulen: Düsseldorf braucht weitere Gesamtschulen. Wir GRÜNE streiten dafür, möglichst vielen Schüler*innen ein längeres gemeinsames Lernen bei individueller Förderung und mit allen Abschlusschancen zu ermöglichen. Daher wollen wir zusätzlich zur geplanten Gesamtschule im Linksrheinischen auch weitere, kleinere Standorte in den Stadtteilen prüfen, die über Kooperationen auch Abschlüsse der Sekundarstufe II anbieten können.

Auf Grund der starken Nachfrage brauchen wir ein weiteres neues Gymnasium und wir haben uns für eine neue Realschule eingesetzt. Gleichzeitig müssen wir anerkennen, dass die Gymnasien mit der wachsenden Zahl der Schüler*innen auch vielfältiger werden und mehr Differenzierung und individuelle Förderung benötigen. Auch die zunehmende Zahl der Schüler*innen, die am Gymnasium starten, im Laufe der Jahre aber wechseln (müssen), sehen wir kritisch. Im Rahmen unserer städtischen Zuständigkeiten wollen wir die Zahl dieser „Abschulungen“ reduzieren und gleichzeitig die Gesamt-, Real- und Hauptschulen dabei unterstützen, die Schüler*innen, die im Laufe der Jahre dazu kommen, optimal zu fördern. Wichtig ist uns, Schüler*innen vielfältige Wege und Perspektiven für ihren persönlichen Bildungserfolg zu ermöglichen. Wir unterstützen die bestehenden Düsseldorfer Haupt- und Realschulen.

Die Berufskollegs: Die berufliche Bildung und das vielseitige Bildungsangebot der Düsseldorfer Berufskollegs unterstützen wir voll umfänglich, indem wir die Modernisierung der Gebäude und der Ausstattung weiter vorantreiben. Neben der Berufsschule des dualen Systems bieten die Düsseldorfer Berufskollegs mit ihrem vielfältigen Bildungsangebot eine Vielzahl von beruflichen und schulischen Abschlüssen. Um den künftigen Anforderungen, die an die Jugendlichen in den jeweiligen Berufen gestellt werden, gerecht zu werden, befürworten wir diese Vielfalt und stehen für die stetige Weiterentwicklung der Berufskollegs.

Ganztag: Den Ausbau der Plätze im offenen und im gebundenen Ganztag wollen wir GRÜNE vorantreiben und die pädagogische Qualität dabei weiter verbessern. In den Gesamtschulen ist der gebundene Ganztag schon Standard, bei Grundschulen und weiterführenden Schulen wollen wir GRÜNE den Ausbau vorantreiben. Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen verfügen über Räume, die für die Ganztagsbetreuung als Alternativen zu Schulräumen gut geeignet sind. Sie sollen verstärkt einbezogen werden.

Gesunde Schulverpflegung: Eine gesunde, regelmäßige Mahlzeit ist wichtig für die Entwicklung unserer Kinder und Basis für ein gutes Lernen. Allen Schüler*innen soll deshalb ein warmes Mittagessen im Rahmen einer verlässlichen, attraktiven Schulverpflegung angeboten werden. Neben einer vielfältigen Wahlmöglichkeit, auch von vegetarischer Kost, befürworten wir Produkte aus biologischer, fairer und regionaler Landwirtschaft. Mehrausgaben dürfen nicht zu Lasten von Kindern aus Familien mit niedrigeren Einkommen gehen. Bei baulichen Erfordernissen gibt die Stadt Hilfestellungen und leistet so ihren Beitrag zu einer nachhaltigen und gesunden Ernährung. Wir befürworten einen flächendeckenden Ausbau von Trinkwasserausgabestellen bzw. -brunnen in allen Düsseldorfer Schulen.

Digitalisierung: Die digitale Transformation in den Schulen muss mehr als neue Tablets und Tafeln sein. Wir GRÜNE wollen die Schüler*innen, die heute in einer medialisierten Welt aufwachsen, befähigen, sich auch in der digitalen Welt kompetent, selbstbestimmt und frei bewegen zu können. Dazu gehört die Prävention zum Schutz vor Risiken genauso wie die Vorbereitung auf Chancen und Berufe, die wir heute noch gar nicht kennen. Mit dem Medienentwicklungsplan haben wir ein Instrument geschaffen, um die Digitalisierung in den Schulen zu verankern. Um die Ziele des Plans und die dort beschriebenen Maßnahmen zu verwirklichen, ist es uns wichtig, die zuständige Verwaltung, die für die Bereitstellung und Wartung der Hardware zuständig ist, mit zusätzlichen Stellen zu erweitern. Neben der Hardware geht es uns jedoch insbesondere um die Förderung pädagogischer Konzepte, um die nötigen Kompetenzen und um passende Fortbildungen. Die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit Hardware darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängen.

Sichere Schulwege: Wir wollen, dass noch mehr Schüler*innen zu Fuß, mit dem Rad oder dem Roller zur Schule kommen können, ohne dass sich die Eltern Sorgen aufgrund der Verkehrssituationen machen müssen. Wir wissen, wie wichtig für Kinder das frühzeitige Erlernen ist, selbstständig zur Schule zu kommen. Den „Elterntaxis“, die aufgrund dieser Sorgen fahren und die Situation doch nur verschlimmern, wollen wir durch bessere Geh- und Radwege, mehr Verkehrsüberwachung und Aufklärung begegnen. Je nach Schulstandort kann auch eine etwas entfernt liegende Hol- und Bringzone den Kreislauf durchbrechen. Wir GRÜNE schlagen vor, mehrere Modellschulen zu entwickeln, um die unterschiedlichen Herausforderungen und mögliche Lösungen zu testen.

Die Sonderfahrten zu außerschulischen Lernorten wie Sportstätten, Kultur- oder Naturorten wollen wir erhalten.

Demokratie lernen: Selbstbestimmung, Teilhabe und Demokratie lernen Kinder weniger durch theoretischen Unterricht als durch Handeln. Wir wollen Schulen dabei unterstützen, indem wir die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune stärken: über den Jugendrat, die Einrichtung von Stadtteilparlamenten in allen Stadtbezirken und Beteiligung an Planungsprozessen (z.B. Renovierung bzw. Neubau von Schulen oder im Stadtbezirk). Wir wollen Lehrerinnen und Lehrer durch Förderprogramme und Auszeichnungen (Umweltprojektförderung, Demokratieförderprogramm) ermutigen, mit ihren Schüler*innen Projekte für unsere Stadt zu entwickeln, welche dann – wenn eben möglich – auch realisiert werden sollen.

Kulturelle und erinnerungspolitische Bildung: Wir werden die kulturelle und erinnerungspolitische Bildung, z.B. über die Museen und die Mahn- und

Gedenkstätte, weiter fördern. (Verweis Kapitel Kultur)

Bildung für nachhaltige Entwicklung: Wir unterstützen weiterhin die Schulen in Düsseldorf, die Bildung für nachhaltige Entwicklung in ihr pädagogisches Angebot integrieren wollen. Dafür können Schulen auf Erfahrungsaustausch, Beratung und Begleitung bei Schulentwicklungsprozessen zurückgreifen.

Inklusion: Gemeinsames Lernen bedeutet für uns GRÜNE auch, dass Kinder mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf zusammen unterrichtet werden. Inklusion ist kein netter Gefallen, sondern ein verbrieftes Menschenrecht. Um die Chancen zu nutzen und die Herausforderungen zu meistern, muss insbesondere die Landespolitik für die nötigen Voraussetzungen und für Sonderpädagog*innen, Inklusionshelfer*innen, Fortbildungen etc. sorgen. Inklusion ist nach unserer Auffassung Aufgabe aller Schulformen.

Als Stadt Düsseldorf müssen wir barrierefreie Schulen mit Pflege-, Therapie- und Differenzierungsräumen schaffen. Dies werden wir beim Schulbau noch stärker einfordern.

Wir setzen uns weiter für die bekenntnisfreien Schulen ein, damit Eltern und Kinder in allen Stadtteilen neben den konfessionell gebundenen Schulen ein solches Angebot haben.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 3 Gesundheit und Wohlergehen
- 4 Hochwertige Bildung
- 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden

KW18 Kinder und Jugendliche

Gremium:	Kreisvorstand
Beschlussdatum:	05.02.2020
Tagesordnungspunkt:	2.18. Kinder und Jugendliche

Text

Für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Stadtpolitik müssen wir die jüngsten Einwohner*innen in den Mittelpunkt stellen. Wir GRÜNE setzen uns für eine kinder-, jugend- und familiengerechte Stadt ein, die auf die Bedürfnisse der jungen Generationen ausgerichtet ist. Chancengleichheit, gesundes Aufwachsen, Teilhabe und Partizipation in vielfältigen altersgerechten Formaten gemäß der UN-Kinderrechtskonvention sind hierfür wesentliche Voraussetzungen.

Durch die Schüler*innen von "Fridays for Future" wurde für alle sichtbar, dass die junge Generation bestimmt nicht politikverdrossen ist und ihr Mitspracherecht aktiv einfordert. Wir wollen nicht nur die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen berücksichtigen, sondern junge Menschen als Vertreter*innen ihrer Interessen ernst nehmen und eine aktive Partizipation in Politik und allen Lebensbereichen ermöglichen.

Familien leisten unglaublich viel. Im Alltag ist es für Eltern jedoch oft schwierig, Familie und Beruf erfolgreich zu verbinden. Sie wollen mit voller Aufmerksamkeit für die Kinder da sein, sich im Beruf und im Ehrenamt engagieren, sich den eigenen Eltern widmen – oder einfach mal Zeit für sich haben. Besonders Alleinerziehende verdienen unseren Respekt. Wir wollen sie entlasten, indem wir passende Angebote schaffen.

<u>GRÜN wirkt</u>

- Mit der Servicestelle Partizipation bei Jugendamt und Jugendring haben wir sichergestellt, dass Kinder und Jugendliche in alle Projekte einbezogen werden, die sie betreffen. Zentral dabei sind die Bezirks-Checks – „Jugend checkt Düsseldorf“, bei denen Kinder und Jugendliche die Stadtteile analysieren und beispielsweise die Gestaltung von Freiflächen oder Spielplätzen beeinflussen. Durch die intensive Kinder- und Jugendbeteiligung im Rahmen von „Garath 2.0 – den Wandel gestalten“ konnten wir im März 2019 das erste Düsseldorfer Kinderparlament in Garath realisieren.

- Wir haben mehrere Jugendfreizeiteinrichtungen saniert, einige Neubauten auf den Weg gebracht und die Öffnungszeiten erweitert. So haben viele Einrichtungen nun auch am Abend geöffnet.

- 2018 haben wir den größten Skaterpark Deutschlands in Eller fertiggestellt - eine Initiative des Jugendrates. Nachdem unter schwarz-gelb neun Jahre lang darüber geredet wurde, haben wir den Skaterpark innerhalb von drei Jahren umgesetzt.

- Schulsozialarbeit hilft dabei, Auswirkungen sozialer Unterschiede abzufedern und fördert die Selbstentfaltung von Kindern und Jugendlichen. Sie ist eine unverzichtbare Unterstützung für unsere Schulen in Düsseldorf geworden. Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass jede Schule in

Düsseldorf durch Sozialarbeiter*innen unterstützt wird. In einem weiteren Schritt wird der individuelle Bedarf an Sozialarbeit erfasst und ausgebaut.

- 4.000 neue Betreuungsplätze: Bis Mitte 2020 werden ca. 28.000 Betreuungsplätze in Kindertagesstätten und in der Kindertagespflege zur Verfügung stehen, gegenüber ca. 24.000 Plätzen in 2014. Die Betreuungsquote bei Kindern unter drei Jahren konnte somit von 41 % auf ca. 50 % gesteigert werden, obwohl heute 2.000 Kinder mehr in Düsseldorf leben. Bei Kindern über drei Jahren konnten wir die Quote bei 100 % halten, obwohl die Zahl der Kinder um ca. 1.500 gestiegen ist.

- Kita-Zeiten: in 17 städtischen Kindertagesstätten konnten wir in einem ersten Schritt die Betreuungszeiten um fünf Stunden pro Woche ausbauen, was für berufstätige Eltern und insbesondere für Alleinerziehende wichtig ist.

- Musikalische Früherziehung bereichert das Leben von Kindern, fördert die Motorik und die Sprache, schult die Wahrnehmung und macht Freude. Wir haben die musikalische Bildung durch eine Ausweitung der Kooperation mit der Clara-Schumann-Musikschule verbessert, indem wir in jedem Stadtbezirk eine Musik-Kindertagesstätte eingerichtet haben.

- Auch wenn die Akzeptanz steigt, sind Regenbogenfamilien immer noch Diskriminierung in ihrem Alltag ausgesetzt und gehen oft zurückhaltend mit ihrem Familienmodell um. Wir haben eine Beratungsstelle für Regenbogenfamilien eingerichtet, die diese Familien in Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen sichtbar und selbstverständlich machen soll.

<u>GRÜNE Vision</u>

Jugendbeteiligung stärken

- Ein Pfeiler für mehr Beteiligung muss eine Stärkung städtischer Kinder- und Jugendgremien sein. Das Garather Kinderparlament sehen wir als Erfolgsmodell und wollen in jedem Stadtbezirk ein Kinderparlament einrichten, das eine beratende Funktion in den jeweiligen Bezirksvertretungen erhalten soll. Zudem soll Antragsrecht im Jugendhilfeausschuss und im Jugendrat bestehen.

- Jugendbeteiligung heißt Mitreden auf höchster Ebene. Wir wollen der direkt gewählten Vertretung der Düsseldorfer Jugendlichen, dem Jugendrat, ein Rederecht im Stadtrat ermöglichen.

- Wir wollen einen Ausbau der Jugendbeteiligung auch über feste Gremien hinaus. Die Arbeit der neu eingerichteten Partizipationsstelle in Form von „Jugend checkt Düsseldorf“ ist hier wegweisend. Wir wollen eine Aufstockung der Ressourcen und eine deutliche Verstetigung von altersgerechten Beteiligungsprozessen mit direkter Ansprache in allen Kinder- und Jugendliche betreffenden Planungen.

- Für den Jugendbeteiligungsprozess ist es wichtig, dass die Stadtverwaltung für Kinder- und Jugendbeteiligung qualifiziert wird und diese in ihren

organisatorischen Prozessen verankert. Das geht beispielsweise durch Kooperationsvereinbarungen zwischen Ämtern und Partizipationsstelle, detaillierte Veröffentlichungen der Beteiligungsergebnisse oder durch eine Berücksichtigung von entsprechenden Erfahrungen bei Stellenausschreibungen. Jugendbeteiligung und Generationengerechtigkeit muss in der kompletten Verwaltung als Querschnittsthema berücksichtigt werden.

- Häufig empfinden Jugendliche Politik als zu trocken, die Sprache als unverständlich und unattraktiv und ihre aktive Mitbestimmung als unerwünscht. Deshalb brauchen wir mehr und besser verbreitete Informationskanäle speziell für Jugendliche, wie das Jugendportal „youpod". Auch die Stadt selbst sollte Inhalte jugendgerecht aufbereiten und darstellen.

- Düsseldorfer Kinder und Jugendliche engagieren sich vielfältig für ihr Umfeld und bringen sich ein. Wir wollen eine Jugendprojektstelle bei der Stadt einrichten, die jungen Menschen bei der Planung und Umsetzung von demokratiefördernden, pratizipatorischen, sozialen oder ökologischen Projektideen beratend zur Seite steht.

- Dass junge Menschen ab 16 Jahren in Düsseldorf bei den Stadtratswahlen ein aktives Stimmrecht erhalten ist vorbildlich. Doch uns reicht das nicht. Wir fordern, dass sich Düsseldorf gegenüber dem Land auch für ein passives Wahlrecht bei Kommunalwahlen und eine Absenkung des Wahlalters auf 14 einsetzt.

Demokratie und Vielfalt fördern, Rechtsextremismus bekämpfen

- Gerade in Zeiten von aufstrebenden antidemokratischen Strömungen ist es zentral, demokratische Werte von klein auf zu vermitteln. Die Stadt soll sich beim Land dafür einsetzen, dass politische Bildung Querschnittsthema in allen Unterrichtsfächern wird. Darüber hinaus müssen Düsseldorfer Projekte und Initiativen weiterhin gestärkt werden, die sich die demokratische Bildung von jungen Menschen zum Ziel gesetzt haben.

- Um Vielfalt, Akzeptanz und Demokratie in unserer Gesellschaft zu fördern, sind präventive Ansätze von Anfang an unverzichtbar. Wir wollen weiterhin Schulen unterstützen, die sich Netzwerken wie Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage oder Schule ohne Homo- und Transphobie anschließen wollen oder angeschlossen haben.

- Rassistische, islamfeindliche und antisemitische Vorfälle nehmen auch in Düsseldorf zu. Gleichzeitig wirbt die rechtsextreme Szene aktiv Jugendliche für ihre menschenfeindlichen Ideologien an. Wir nehmen diese Bedrohung sehr ernst und wollen eine zusätzliche Stelle bei der Stadt einrichten, die präventiv gegen Rechtsextremismus bei Jugendlichen arbeitet.

Freiräume schaffen

- Jugendplätze, legale Graffitiflächen und selbstverwaltete Jugendfreizeiteinrichtungen sollen jungen Menschen den gemeinsamen,

ungestörten Aufenthalt ermöglichen. Insbesondere befürworten wir den Bau von Pumptracks, MTB-Trails und Skateparks, als Sportanlagen und Treffpunkte des sozialen Miteinanders.

- Wir wollen prüfen, inwiefern eine freie Nutzung von Sporthallen durch Jugendliche z. B. in den Schulferien möglich ist.

- Wir wollen mehr Orte für die künstlerische Verwirklichung junger Menschen bereitstellen. Ob Streetart oder "klassische" Kultur in Museen und auf Bühnen – die Vielfalt muss anerkannt und gefördert werden.

- Wir wollen gut ausgestattete und erreichbare Spielplätze, die auf die Bedürfnisse der jungen Nutzer*innen abgestimmt sind. Dafür wollen wir den Masterplan Spielplätze fortführen und alle Kinder in die Ausgestaltung und Planung von Spielplätzen einzubeziehen.

- Wir wollen, dass Natur in der Stadt besonders von unseren Kindern erlebt werden kann. Deshalb brauchen wir neue grüne Plätze und Grünflächen, aber auch „verwilderte" Flächen, auf denen die Kinder sich austoben und die Natur begreifen lernen können. Auch die Anbindung an bereits vorhandene Naturräume muss ausgebaut werden. Kinder und Jugendliche müssen die Möglichkeit haben, Natur in der Stadt selbstständig aufzusuchen und zu erleben.

- Der Zugang zu musikalischer Bildung sollte für alle Kinder und Jugendliche unabhängig der finanziellen Möglichkeiten möglich sein. Wir setzen uns für den Ausbau von Proberäumen mit musikalischem Equipment ein, die für junge Menschen kostenlos zur Verfügung stehen.

Kinder- und jugendgerechte Mobilität schaffen

- Auch zu späten Uhrzeiten muss die sichere Mobilität junger Menschen gewährleistet sein. Wir fordern einen spürbaren Ausbau nächtlicher Bus- und Bahnverbindungen, beispielsweise zu den Studierendenwohnheimen.

- Mobilität heißt Teilhabe. Wir wollen Familien entlasten und allen jungen Menschen eine klimafreundliche und selbstbestimmte Mobilität ermöglichen, dazu gehören deutlich günstigere ÖPNV-Tarife und Verbesserungen beim Schoko-Ticket. (Verweis Kapitel Mobilität)

- Kinder und Jugendliche müssen durch Einbindung in einem Fahrgastbeirat, enge Abstimmung von Schulen und Rheinbahn sowie bedarfsgerechte Planung an der Linienplanung beteiligt werden.

- Für einen attraktiven Universitätsstandort Düsseldorf muss eine gute Anbindung an die Universität selbstverständlich sein. Die Taktung von Bahnen, die die Heinrich-Heine-Universität mit dem Hauptbahnhof und der Innenstadt verbinden, müssen insbesondere in den späten Abendstunden sowie am Wochenende erhöht werden.

Jugendfreizeiteinrichtungen stärken

- Jugendfreizeiteinrichtungen müssen möglichst vor Ort verfügbar und gut erreichbar sein. Wir wollen auch kleine Einrichtungen erhalten und Öffnungszeiten weiter ausbauen – insbesondere an Wochenenden. Eine Jugendfreizeiteinrichtung muss für alle Kinder und Jugendlichen in der Stadt erreichbar sein.

- Wir wollen zusätzlich ein flexibles mobiles Jugendzentrum schaffen, das all jene Menschen erreicht, die keinen Zugang zu gewöhnlichen Jugendfreizeiteinrichtungen haben.

Kitas brauchen Qualität und Vielfalt

- Mehr Platz: Wir GRÜNE wollen weiter jedes Jahr etwa 1.000 zusätzliche Betreuungsplätze ermöglichen. Um geeignete Grundstücke zu finden, sollen Kitas und Tagespflege in der Stadtplanung noch konsequenter mitgedacht werden, gerade bei Projekten der Nachverdichtung (Verweis auf Stadtentwicklung). Für die Umsetzung wollen wir auch auf die städtische Baufirma IPM zurückgreifen. Bei Neubauten und auch bei bestehenden Kitas müssen wir Maßnahmen zum Klimaschutz und zum sommerlichen Hitzeschutz berücksichtigen.

- Mehr Flexibilität: Wir wollen die Öffnungszeiten der Kitas weiter den tatsächlichen Bedürfnissen der Eltern und ihrer Kinder anpassen, was insbesondere für Alleinerziehende große Bedeutung hat.

- Wir wollen, dass Mehrsprachigkeit in Schulen und Kitas geschätzt und gefördert wird. Für junge Menschen kann das Erlernen einer zweiten Muttersprache eine wertvolle Ressource sein, von der sie ein Leben lang profitieren. Doch Bilingualität entsteht nicht von alleine. Daher sollen in Düsseldorfer Kitas und Schulen mehrsprachige Angebote mit Fokus auf Kinder mit Migrationshintergrund gezielt gefördert und ausgebaut werden sowie die betroffenen Eltern für dieses große Potenzial sensibilisiert werden. (Verweis auf Kapitel Integration)

- Alle Angebote in den Kitas sollen kultur- und geschlechtersensibel ausgerichtet sein.

- Nachhaltigkeit fängt bei den Kleinsten an. Wir wollen flächendeckend gesunde, biologische, regionale und bezahlbare Verpflegung, die auch in Kooperation mehrerer Kitas oder mit benachbarten Schulen gelingen kann.

- Beteiligung muss bereits im Kindesalter praktiziert werden. Wir wollen Erzieher*innen dahingehend beraten, wie sie altersgerechte Beteiligungsformate umsetzen und damit Kindern das Bewusstsein geben, dass ihre Stimme zählt.

- Neue Erzieher*innen: Für den Ausbau der Plätze und der Qualität wollen und müssen wir zusätzliche, motivierte und qualifizierte Erzieher*innen gewinnen. Dafür sollten Stadt und freie Träger gemeinsam die Rahmenbedingungen verbessern. Auch das Land ist hier in der Pflicht. Als GRÜNE wollen wir die Ausbildungszahlen verbessern und die „weichen

Standortfaktoren“ wie bezahlbare Wohnungen und moderne Mobilität setzen. Wir wollen mehr junge Männer als Erzieher werben, unter anderem durch den Ausbau von Angeboten der Berufsorientierung zum Schwerpunkt soziale Berufe.

- Kita-Navigator: Wir wollen den Kita-Navigator weiter ausbauen und verbessern. Ein wichtiges Ziel ist dabei, die Platzvergabe der Kitas weiterhin schnell und noch transparenter zu gestalten.

Hilfe in schwierigen Lagen

- Kinder und Jugendliche in Not brauchen - wie ihre Eltern - umfassende und verlässliche Hilfe und Unterstützung von Seiten der Stadt. Jugendliche brauchen Angebote, die Süchten vorbeugen, beispielsweise zur Vermeidung von Alkoholkonsum. Angebote der Gewaltprävention und im Kinder- und Jugendschutz müssen entwickelt und ausgebaut werden.

- Depressionen und andere psychische Erkrankungen werden immer häufiger schon im Jugendalter diagnostiziert. Hier gilt es, die Problemlage junger Menschen ernst zu nehmen und sie nicht als pubertäre Begleiterscheinung abzutun. Wir wollen Anlaufstellen für Jugendliche in Problemlagen bekannter machen und den Weg zur professionellen Behandlung vereinfachen.

- Ein digitales Hilfsangebot soll jungen Menschen bei Problemen und Anliegen anonym den Weg zur richtigen Service- oder Beratungsstelle im Stadtraum weisen.

- Für Mädchen und junge Frauen, die von Zwangsheirat bedroht oder betroffen sind, haben wir spezialisierte Beratung und Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen und werden die Kapazitäten den Bedarfen anpassen.

- Wenn Familien ihren Kindern zeitweise oder regelmäßig keine Grundversorgung oder gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen können, muss es Aufgabe der Stadt sein, diese Familien zu unterstützen. Wir kämpfen dafür, dass jedes Kind in Düsseldorf unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern die gleichen Chancen und Möglichkeiten hat.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 1 Keine Armut

- 4 Hochwertige Bildung

Beschluss Kinder und Jugendliche

Gremium:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	07.03.2020
Tagesordnungspunkt:	2.18. Kinder und Jugendliche

Text

Für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Stadtpolitik müssen wir die jüngsten Einwohner*innen in den Mittelpunkt stellen. Wir GRÜNE setzen uns für eine kinder-, jugend- und familiengerechte Stadt ein, die auf die Bedürfnisse der jungen Generationen ausgerichtet ist. Chancengleichheit, gesundes Aufwachsen, Teilhabe und Partizipation in vielfältigen altersgerechten Formaten gemäß der UN-Kinderrechtskonvention sind hierfür wesentliche Voraussetzungen.

Durch die Schüler*innen von "Fridays for Future" wurde für alle sichtbar, dass die junge Generation bestimmt nicht politikverdrossen ist und ihr Mitspracherecht aktiv einfordert. Wir wollen nicht nur die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen berücksichtigen, sondern junge Menschen als Vertreter*innen ihrer Interessen ernst nehmen und eine aktive Partizipation in Politik und allen Lebensbereichen ermöglichen.

Familien leisten unglaublich viel. Im Alltag ist es für Eltern jedoch oft schwierig, Familie und Beruf erfolgreich zu verbinden. Sie wollen mit voller Aufmerksamkeit für die Kinder da sein, sich im Beruf und im Ehrenamt engagieren, sich den eigenen Eltern widmen – oder einfach mal Zeit für sich haben. Besonders Alleinerziehende verdienen unseren Respekt. Wir wollen sie entlasten, indem wir passende Angebote schaffen.

<u>GRÜN wirkt</u>

- Mit der Servicestelle Partizipation bei Jugendamt und Jugendring haben wir sichergestellt, dass Kinder und Jugendliche in alle Projekte einbezogen werden, die sie betreffen. Zentral dabei sind die Bezirks-Checks – „Jugend checkt Düsseldorf“, bei denen Kinder und Jugendliche die Stadtteile analysieren und beispielsweise die Gestaltung von Freiflächen oder Spielplätzen beeinflussen. Durch die intensive Kinder- und Jugendbeteiligung im Rahmen von „Garath 2.0 – den Wandel gestalten“ konnten wir im März 2019 das erste Düsseldorfer Kinderparlament in Garath realisieren.

- Wir haben mehrere Jugendfreizeiteinrichtungen saniert, einige Neubauten auf den Weg gebracht und die Öffnungszeiten erweitert. So haben viele Einrichtungen nun auch am Abend geöffnet.

- 2018 haben wir den größten Skaterpark Deutschlands in Eller fertiggestellt - eine Initiative des Jugendrates. Nachdem unter schwarz-gelb neun Jahre lang darüber geredet wurde, haben wir den Skaterpark innerhalb von drei Jahren umgesetzt.

- Schulsozialarbeit hilft dabei, Auswirkungen sozialer Unterschiede abzufedern und fördert die Selbstentfaltung von Kindern und Jugendlichen. Sie ist eine unverzichtbare Unterstützung für unsere Schulen in Düsseldorf geworden. Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass jede Schule in

Düsseldorf durch Sozialarbeiter*innen unterstützt wird. In einem weiteren Schritt wird der individuelle Bedarf an Sozialarbeit erfasst und ausgebaut.

- 4.000 neue Betreuungsplätze: Bis Mitte 2020 werden ca. 28.000 Betreuungsplätze in Kindertagesstätten und in der Kindertagespflege zur Verfügung stehen, gegenüber ca. 24.000 Plätzen in 2014. Die Betreuungsquote bei Kindern unter drei Jahren konnte somit von 41 % auf ca. 50 % gesteigert werden, obwohl heute 2.000 Kinder mehr in Düsseldorf leben. Bei Kindern über drei Jahren konnten wir die Quote bei 100 % halten, obwohl die Zahl der Kinder um ca. 1.500 gestiegen ist.

- Kita-Zeiten: in 17 städtischen Kindertagesstätten konnten wir in einem ersten Schritt die Betreuungszeiten um fünf Stunden pro Woche ausbauen, was für berufstätige Eltern und insbesondere für Alleinerziehende wichtig ist.

- Musikalische Früherziehung bereichert das Leben von Kindern, fördert die Motorik und die Sprache, schult die Wahrnehmung und macht Freude. Wir haben die musikalische Bildung durch eine Ausweitung der Kooperation mit der Clara-Schumann-Musikschule verbessert, indem wir in jedem Stadtbezirk eine Musik-Kindertagesstätte eingerichtet haben.

- Auch wenn die Akzeptanz steigt, sind Regenbogenfamilien immer noch Diskriminierung in ihrem Alltag ausgesetzt und gehen oft zurückhaltend mit ihrem Familienmodell um. Wir haben eine Beratungsstelle für Regenbogenfamilien eingerichtet, die diese Familien in Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen sichtbar und selbstverständlich machen soll.

<u>GRÜNE Vision</u>

Kinder- und Jugendbeteiligung stärken

- Ein Pfeiler für mehr Beteiligung muss eine Stärkung städtischer Kinder- und Jugendgremien sein. Das Garather Kinderparlament sehen wir als Erfolgsmodell und wollen in jedem Stadtbezirk ein Kinderparlament einrichten, das eine beratende Funktion in den jeweiligen Bezirksvertretungen erhalten soll. Zudem soll Antragsrecht im Jugendhilfeausschuss und im Jugendrat bestehen.

- Jugendbeteiligung heißt Mitreden auf höchster Ebene. Wir wollen der direkt gewählten Vertretung der Düsseldorfer Jugendlichen, dem Jugendrat, ein Rederecht im Stadtrat ermöglichen.

- Wir wollen einen Ausbau der Jugendbeteiligung auch über feste Gremien hinaus. Die Arbeit der neu eingerichteten Partizipationsstelle in Form von „Jugend checkt Düsseldorf“ ist hier wegweisend. Wir wollen eine Aufstockung der Ressourcen und eine deutliche Verstetigung von altersgerechten Beteiligungsprozessen mit direkter Ansprache in allen Kinder- und Jugendliche betreffenden Planungen.

- Für den Jugendbeteiligungsprozess ist es wichtig, dass die Stadtverwaltung für Kinder- und Jugendbeteiligung qualifiziert wird und diese in ihren

organisatorischen Prozessen verankert. Das geht beispielsweise durch Kooperationsvereinbarungen zwischen Ämtern und Partizipationsstelle, detaillierte Veröffentlichungen der Beteiligungsergebnisse oder durch eine Berücksichtigung von entsprechenden Erfahrungen bei Stellenausschreibungen. Jugendbeteiligung und Generationengerechtigkeit muss in der kompletten Verwaltung als Querschnittsthema berücksichtigt werden.

- Häufig empfinden Jugendliche Politik als zu trocken, die Sprache als unverständlich und unattraktiv und ihre aktive Mitbestimmung als unerwünscht. Deshalb brauchen wir mehr und besser verbreitete Informationskanäle speziell für Jugendliche, wie das Jugendportal „youpod". Auch die Stadt selbst sollte Inhalte jugendgerecht aufbereiten und darstellen.

- Düsseldorfer Kinder und Jugendliche engagieren sich vielfältig für ihr Umfeld und bringen sich ein. Wir wollen eine Jugendprojektstelle bei der Stadt einrichten, die jungen Menschen bei der Planung und Umsetzung von demokratiefördernden, partizipatorischen, sozialen oder ökologischen Projektideen beratend zur Seite steht.

- Dass junge Menschen ab 16 Jahren in Düsseldorf bei den Stadtratswahlen ein aktives Stimmrecht erhalten ist vorbildlich. Doch uns reicht das nicht. Wir fordern, dass sich Düsseldorf gegenüber dem Land auch für ein passives Wahlrecht bei Kommunalwahlen und eine Absenkung des Wahlalters auf 14 einsetzt.

Demokratie und Vielfalt fördern, Rechtsextremismus bekämpfen

- Gerade in Zeiten von aufstrebenden antidemokratischen Strömungen ist es zentral, demokratische Werte von klein auf zu vermitteln. Die Stadt soll sich beim Land dafür einsetzen, dass politische Bildung Querschnittsthema in allen Unterrichtsfächern wird. Darüber hinaus müssen Düsseldorfer Projekte und Initiativen weiterhin gestärkt werden, die sich die demokratische Bildung von jungen Menschen zum Ziel gesetzt haben.

- Um Vielfalt, Akzeptanz und Demokratie in unserer Gesellschaft zu fördern, sind präventive Ansätze von Anfang an unverzichtbar. Wir wollen weiterhin Schulen unterstützen, die sich Netzwerken wie Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage oder Schule ohne Homo- und Transphobie anschließen wollen oder angeschlossen haben.

- Rassistische, islamfeindliche und antisemitische Vorfälle nehmen auch in Düsseldorf zu. Gleichzeitig wirbt die rechtsextreme Szene aktiv Jugendliche für ihre menschenfeindlichen Ideologien an. Wir nehmen diese Bedrohung sehr ernst und wollen eine zusätzliche Stelle bei der Stadt einrichten, die präventiv gegen Rechtsextremismus bei Jugendlichen arbeitet.

Freiräume schaffen

- Jugendplätze, legale Graffitiflächen,selbstverwaltete Jugendfreizeiteinrichtungen und von Nutzungen freizuhaltende Freiflächen

auf Stadtplätzen sollen jungen Menschen den gemeinsamen, ungestörten Aufenthalt ermöglichen. Insbesondere befürworten wir den Bau von Bike- und Skateparks, als Sportanlagen und Treffpunkte des sozialen Miteinanders.

- Wir wollen prüfen, inwiefern eine freie Nutzung von Sporthallen durch Jugendliche z. B. in den Schulferien möglich ist.

- Wir wollen mehr Orte für die künstlerische Verwirklichung junger Menschen bereitstellen. Ob Streetart oder "klassische" Kultur in Museen und auf Bühnen – die Vielfalt muss anerkannt und gefördert werden.

- Wir wollen gut ausgestattete und erreichbare Spielplätze, die auf die Bedürfnisse der jungen Nutzer*innen abgestimmt sind. Dafür wollen wir den Masterplan Spielplätze fortführen und alle Kinder in die Ausgestaltung und Planung von Spielplätzen einbeziehen.

- Kinder und Jugendliche brauchen auch abseits der herkömmlichen Spielplätze Raum, um sich entfalten und entwickeln zu können. Deswegen setzen wir uns für mindestens einen weiteren Abenteuerspielplatz in Düsseldorf ein, in dem Kinder betreut, aber ohne Erziehungsberechtigte elementare Erfahrungen machen, selbstständig handeln und den achtsamen Umgang mit Menschen, Tieren und Natur erproben können. Zudem wollen wir mit der Einrichtung temporärer Spielstraßen Kommunikationsorte und Spielräume für Kinder und Jugendliche im Quartier schaffen.

- Wir wollen, dass Natur in der Stadt besonders von unseren Kindern erlebt werden kann. Deshalb brauchen wir neue grüne Plätze und Grünflächen, aber auch „verwilderte" Flächen, auf denen die Kinder sich austoben und die Natur begreifen lernen können. Auch die Anbindung an bereits vorhandene Naturräume muss ausgebaut werden. Kinder und Jugendliche müssen die Möglichkeit haben, Natur in der Stadt selbstständig aufzusuchen und zu erleben.

- Der Zugang zu musikalischer Bildung sollte für alle Kinder und Jugendliche, unabhängig der finanziellen Möglichkeiten, möglich sein. Wir setzen uns für den Ausbau von Proberäumen mit musikalischem Equipment ein, die für junge Menschen kostenlos zur Verfügung stehen.

Kinder- und jugendgerechte Mobilität schaffen

- Auch zu späten Uhrzeiten muss die sichere Mobilität junger Menschen gewährleistet sein. Wir fordern einen spürbaren Ausbau nächtlicher Bus- und Bahnverbindungen, beispielsweise zu den Studierendenwohnheimen.

- Mobilität heißt Teilhabe. Wir wollen Familien entlasten und allen jungen Menschen eine klimafreundliche und selbstbestimmte Mobilität ermöglichen, dazu gehören deutlich günstigere ÖPNV-Tarife und Verbesserungen beim Schoko-Ticket. (Verweis Kapitel Mobilität)

- Kinder und Jugendliche sollen sich in Düsseldorf sicher zu Fuß und mit dem Fahrrad bewegen können. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass sich die Fahrradinfrastruktur stärker an den Bedürfnissen von Kindern und

Jugendlichen, die mit dem Fahrrad zur Schule oder zum Sport etc. fahren möchten, ausrichtet. (Verweis Kapitel Mobilität)

- Kinder und Jugendliche sollen in den Fahrgastbeirat eingebunden und an der Linienplanung beteiligt werden. Eine enge Abstimmung von Schulen und Rheinbahn ist unbedingt notwendig.

Kinder-und Jugendfreizeiteinrichtungen stärken

- Jugendfreizeiteinrichtungen müssen möglichst vor Ort verfügbar und gut erreichbar sein. Wir wollen auch kleine Einrichtungen erhalten und Öffnungszeiten weiter ausbauen – insbesondere an Wochenenden. Eine Jugendfreizeiteinrichtung muss für alle Kinder und Jugendlichen in der Stadt erreichbar sein.

- Wir wollen zusätzlich ein flexibles mobiles Jugendzentrum schaffen, das all jene Menschen erreicht, die keinen Zugang zu gewöhnlichen Jugendfreizeiteinrichtungen haben.

Kitas und Kindertagespflege brauchen Qualität und Vielfalt

- Mehr Platz: Wir GRÜNE wollen weiter jedes Jahr etwa 1.000 zusätzliche Betreuungsplätze ermöglichen. Um geeignete Grundstücke zu finden, sollen Kitas und Kindertagespflege in der Stadtplanung noch konsequenter mitgedacht werden, gerade bei Projekten der Nachverdichtung (Verweis auf Stadtentwicklung). Für die Umsetzung wollen wir auch auf die städtische Baufirma IPM zurückgreifen. Bei Neubauten und auch bei bestehenden Kitas müssen wir Maßnahmen zum Klimaschutz und gegen sommerliche Hitze berücksichtigen.

- Mehr Flexibilität: Wir wollen die Öffnungszeiten der Kitas weiter den tatsächlichen Bedürfnissen der Eltern und ihrer Kinder anpassen, was insbesondere für Alleinerziehende große Bedeutung hat.

- Wir wollen, dass Mehrsprachigkeit in Schulen, Kitas und Kindertagespflege geschätzt und gefördert wird. Für junge Menschen kann das Erlernen einer zweiten Muttersprache eine wertvolle Ressource sein, von der sie ein Leben lang profitieren. Doch Bilingualität entsteht nicht von alleine. Daher sollen in Düsseldorfer Kitas und Schulen mehrsprachige Angebote mit Fokus auf Kinder mit Migrationshintergrund gezielt gefördert und ausgebaut werden sowie die betroffenen Eltern für dieses große Potenzial sensibilisiert werden. (Verweis auf Kapitel Integration)

- Alle Angebote in den Kitas und in der Kindertagespflege sollen kultur- und geschlechtersensibel ausgerichtet sein.

- Nachhaltigkeit fängt bei den Kleinsten an. Wir wollen weiter das Programm „Mit Energie gewinnen“ in den KITAs unterstützen. Wir wollen Bildungs- und Aktionsangebote für nachhaltige Entwicklung, auf die Schulen in Düsseldorf schon kostenlos zugreifen können, auch für die KITAs anbieten. Wir wollen flächendeckend gesunde, biologische, regionale, faire, nachhaltige und bezahlbare Verpflegung, die auch in Kooperation mehrerer Kitas und

Kindertagespflegestellen im Sozialraum oder mit benachbarten Schulen gelingen kann.

- Beteiligung muss bereits im Kindesalter praktiziert werden. Wir wollen Erzieher*innen und Kindertagespflegepersonen dahingehend beraten, wie sie altersgerechte Beteiligungsformate umsetzen und damit Kindern das Bewusstsein geben, dass ihre Stimme zählt.

- Neue Erzieher*innen und Kindertagespflegepersonen: Für den Ausbau der Plätze und der Qualität wollen wir zusätzliche, motivierte und qualifizierte Erzieher*innen und Kindertagespflegepersonen gewinnen. Dafür sollten Stadt und freie Träger gemeinsam die Rahmenbedingungen verbessern. Auch das Land ist hier in der Pflicht. Als GRÜNE wollen wir die Ausbildungszahlen verbessern und auf die „weichen Standortfaktoren“ wie bezahlbare Wohnungen und moderne Mobilität setzen. Wir wollen mehr junge Männer als Erzieher werben, unter anderem durch den Ausbau von Angeboten der Berufsorientierung zum Schwerpunkt soziale Berufe.

- Kita-Navigator: Wir wollen den Kita-Navigator weiter ausbauen und verbessern. Ein wichtiges Ziel ist dabei, die Platzvergabe der Kitas weiterhin schnell und noch transparenter zu gestalten.

- Kindertagespflege: Die Kindertagespflege ist in Düsseldorf ein unverzichtbares Angebot der Kindertagesbetreuung - insbesondere für Kinder unter drei Jahren, aber auch darüber hinaus, zum Beispiel in der Randzeitenbetreuung. Gut ein Drittel der Kinder unter drei Jahren werden von einer Kindertagespflegeperson betreut. Wir Grüne möchten, dass die Kooperation zwischen Kitas und Kindertagespflegepersonen im jeweiligen Quartier stärker unterstützt wird. Für die Anliegen der Kindertagespflegepersonen und Eltern in Düsseldorf haben wir Grüne immer ein offenes Ohr.

Hilfe in schwierigen Lagen

- Kinder und Jugendliche in Not brauchen - wie ihre Eltern - umfassende und verlässliche Hilfe und Unterstützung von Seiten der Stadt. Jugendliche brauchen Angebote, die Süchten vorbeugen, beispielsweise zur Vermeidung von Alkoholkonsum. Angebote der Gewaltprävention und im Kinder- und Jugendschutz müssen entwickelt und ausgebaut werden.

- Depressionen und andere psychische Erkrankungen werden immer häufiger schon im Jugendalter diagnostiziert. Hier gilt es, die Problemlage junger Menschen ernst zu nehmen und sie nicht als pubertäre Begleiterscheinung

abzutun. Wir wollen Anlaufstellen für Jugendliche in Problemlagen bekannter machen und den Weg zur professionellen Behandlung vereinfachen.

- Ein digitales Hilfsangebot soll jungen Menschen bei Problemen und Anliegen anonym den Weg zur richtigen Service- oder Beratungsstelle im Stadtraum weisen.

- Für Mädchen und junge Frauen, die von Zwangsheirat bedroht oder betroffen sind, haben wir spezialisierte Beratung und Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen und werden die Kapazitäten dem Bedarf anpassen.

- Wenn Familien ihren Kindern zeitweise oder regelmäßig keine Grundversorgung oder gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen können, muss es Aufgabe der Stadt sein, diese Familien zu unterstützen. Wir kämpfen dafür, dass jedes Kind in Düsseldorf unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern die gleichen Chancen und Möglichkeiten hat.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 1 Keine Armut

- 4 Hochwertige Bildung

- 10 Weniger Ungleichheiten

KW19 Düsseldorf gut regiert

Gremium:	Kreisvorstand
Beschlussdatum:	05.02.2020
Tagesordnungspunkt:	2.19. Düsseldorf gut regiert

Text

Düsseldorf ist die Landeshauptstadt von Nordrhein-Westfalen, hier leben fast 650.000 Menschen. Alle Bürger*innen haben es verdient, dass Düsseldorf gut regiert wird. Eine Kommune ist immer so gut, wie die Menschen, die für sie arbeiten.

Fachkräfte für Düsseldorfs Verwaltung – halten und werben: Schon heute gibt es einen großen Fachkräftemangel, der auch die Verwaltung betrifft. Bisher sollte dieses Problem vielfach durch eine Verschlankung der Verwaltung gelöst werden. Doch für die vielen Aufgaben in der Stadt, für bürger*innennahe Politik und guten Service braucht es ausreichend und gut qualifizierte Mitarbeiter*innen. Die letzte Verwaltungsreform war zu sehr auf das Streichen von Stellen ausgerichtet. Unser Weg soll ein anderer sein.

Wir brauchen eine Kultur des Vertrauens und Zutrauens, klare Kompetenzen, gute Führung und eine positive Fehlerkultur und -toleranz. Nur so kann man zusammenwachsen und die beste Version der Düsseldorfer Stadtverwaltung werden.

Wir wollen eine Vereinbarkeits- und Attraktivitätsoffensive für aktuelle und zukünftige Mitarbeiter*innen im Rathaus starten. Die Möglichkeiten, von zu Hause aus zu arbeiten, sollen verbessert und die Option dazu selbstverständlich werden. Auch in Führungsjobs sollen vollzeitnahe Teilzeit und das Teilen von Jobs möglich werden. In der Konkurrenz um Fachkräfte zählt es auch, adäquate, attraktive Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten. Mit dem neuen Technischen Rathaus werden wir dafür einen Meilenstein setzen. Wir GRÜNE wollen in einem zweiten Schritt auch für die bürger*innennahen Ämter einen Neubau, beispielsweise an der Moskauer Straße.

Verwaltungsmitarbeiter*innen wissen häufig am besten, wo der Schuh drückt, wenn es um Qualitätssteigerung und effiziente Prozesse geht. Sie müssen mehr gehört, ihre Kompetenzen ernster genommen werden. Zurzeit können die Verwaltungsmitarbeiter*innen niedrigschwellig über eine eingerichtete E-Mailadresse ‚mitreden'. Wir wollen weitere Formen, sich jenseits der Hierarchien zu Abläufen zu äußern, schaffen und streben ein verwaltungsinternes Social Intranet an, auf der Verwaltungsmitarbeiter*innen proaktiv um Rückmeldung gebeten und Reformvorschläge breit diskutiert werden können.

Verwaltung wird von Menschen gemacht und wo Menschen arbeiten, gibt es immer einige wenige, die ihre Macht missbrauchen, Entscheidungen aus unlauteren Gründen treffen oder anderweitig grobe Verstöße gegen Recht und Gesetz begehen. Vorwürfe, die Verwaltung hätte nicht korrekt gehandelt, fallen auf alle Mitarbeiter*innen zurück, die ihre Arbeit nach bestem Gewissen und im Dienste des Allgemeinwohls machen. Wir fordern deshalb eine Whistleblowing-Stelle für die Stadtverwaltung als Ergänzung zum Beschwerdemanagement der Stadt.

Die Verwaltung und die Politik in Düsseldorf sollten mit gutem Beispiel voran gehen und sich in besonderem Maße den Nachhaltigkeitszielen verpflichtet fühlen.

Dienstwagen, die viel verbrauchen und vergleichsweise wenig im Einsatz sind, sind nicht mehr zeitgemäß. Wir fordern deshalb, dass es ab 2021 keine Dienstwagenprivilegien für städtische Angestellte, Amtsleitungen und Vorstände städtischer Tochterunternehmen mehr gibt.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

Beschluss Düsseldorf gut regiert

Gremium:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	07.03.2020
Tagesordnungspunkt:	2.19. Düsseldorf gut regiert

Text

Düsseldorf ist die Landeshauptstadt von Nordrhein-Westfalen und hier leben fast 650.000 Menschen. Alle Bürger*innen haben es verdient, dass Düsseldorf gut regiert wird. Eine Kommune ist immer so gut, wie die Menschen, die für sie arbeiten.

Fachkräfte für Düsseldorfs Verwaltung – halten und werben: Schon heute gibt es einen großen Fachkräftemangel, der auch die Verwaltung betrifft. Bisher sollte dieses Problem vielfach durch eine Verschlankung der Verwaltung gelöst werden. Doch für die vielen Aufgaben in der Stadt, für bürger*innennahe Politik und guten Service braucht es ausreichend und gut qualifizierte Mitarbeiter*innen. Die letzte Verwaltungsreform war zu sehr auf das Streichen von Stellen ausgerichtet. Unser Weg soll ein anderer sein.

Wir brauchen eine Kultur des Vertrauens und Zutrauens, klare Kompetenzen, gute Führung und eine positive Fehlerkultur und -toleranz. Nur so kann man zusammenwachsen und die beste Version der Düsseldorfer Stadtverwaltung werden.

Wir wollen eine Vereinbarkeits- und Attraktivitätsoffensive für aktuelle und zukünftige Mitarbeiter*innen der Stadt starten. Wir werden die Einstellung von Quereinsteiger*innen ermöglichen und prüfen, ob für die Mitarbeiter*innen der Verwaltung ein so genannter "Düsseldorf-Zuschlag" gezahlt werden kann - so, wie es andere Großstädte bereits tun. Die Möglichkeiten, von zu Hause aus zu arbeiten, sollen verbessert und die Option dazu selbstverständlich werden. Auch in Führungsjobs sollen vollzeitnahe Teilzeit und das Teilen von Jobs möglich werden. In der Konkurrenz um Fachkräfte zählt es auch, adäquate, attraktive Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten. Mit dem neuen Technischen Rathaus werden wir dafür einen Meilenstein setzen. Wir GRÜNE wollen in einem zweiten Schritt auch für die bürger*innennahen Ämter einen Neubau, beispielsweise an der Moskauer Straße.

Verwaltungsmitarbeiter*innen wissen häufig am besten, wo der Schuh drückt, wenn es um Qualitätssteigerung und effiziente Prozesse geht. Sie müssen mehr gehört, ihre Kompetenzen ernster genommen werden. Zurzeit können die Verwaltungsmitarbeiter*innen niedrigschwellig über eine eingerichtete E-Mailadresse ‚mitreden'. Wir wollen weitere Formen, sich jenseits der Hierarchien zu Abläufen zu äußern, schaffen und streben ein verwaltungsinternes Social Intranet an, auf der Verwaltungsmitarbeiter*innen proaktiv um Rückmeldung gebeten und Reformvorschläge breit diskutiert werden können.

Verwaltung wird von Menschen gemacht und wo Menschen arbeiten, gibt es immer einige wenige, die ihre Macht missbrauchen, Entscheidungen aus unlauteren Gründen treffen oder anderweitig grobe Verstöße gegen Recht und Gesetz begehen. Vorwürfe, die Verwaltung hätte nicht korrekt gehandelt, fallen auf alle Mitarbeiter*innen zurück, die ihre Arbeit nach bestem Gewissen und im Dienste des Allgemeinwohls machen. Wir fordern deshalb eine Whistleblowing-Stelle für die Stadtverwaltung als Ergänzung zum Beschwerdemanagement der Stadt.

Wir setzen auf Transparenz - nicht nur bei Open Data, auch bei Verträgen und Vereinbarungen, die die Stadt trifft. Mit allen Vertragspartner*innen soll, wann immer dies rechtlich möglich ist, die Öffentlichkeit der Vereinbarungen verhandelt werden.

Die Verwaltung und die Politik in Düsseldorf sollten mit gutem Beispiel voran gehen und sich in besonderem Maße den Nachhaltigkeitszielen verpflichtet fühlen. Dienstwagen, die viel verbrauchen und vergleichsweise wenig im Einsatz sind, sind nicht mehr zeitgemäß. Wir fordern deshalb, dass es ab 2021 keine Dienstwagenprivilegien für städtische Angestellte, Amtsleitungen und Vorstände städtischer Tochterunternehmen mehr gibt.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 5 Geschlechtergleichstellung
- 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden
- 16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

KW20 Nachhaltige Entwicklung

Gremium:	Kreisvorstand
Beschlussdatum:	05.02.2020
Tagesordnungspunkt:	2.20. Nachhaltige Entwicklung

Text

Global denken, lokal handeln und global wirken. Kommunalpolitik kann globale Herausforderungen, seien es die Klimakrise, das Artensterben, die Migration oder die Veränderungen in der Weltwirtschaft, nicht mehr ignorieren. Nachhaltige Entwicklung, wie sie die Vereinten Nationen in der Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen definiert haben, sind ein Handlungsrahmen für eine zukunftsfähige Politik – auch und gerade auf kommunaler Ebene.

Seit vielen Jahren engagieren sich Bürger*innen, Politik und Stadtverwaltung in Düsseldorf für nachhaltige Entwicklung, beispielsweise lange Zeit im Rahmen der „Lokalen Agenda". Viele innovative Projekte konnten schon realisiert werden, aber die allgemeine Verankerung in der Verwaltung und der Stadtgesellschaft muss gestärkt werden.

GRÜN wirkt

Auf Basis der 2015 von den Vereinten Nationen beschlossenen und 2016 in Kraft getretenen Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG) haben wir in Düsseldorf eine Neuausrichtung und Intensivierung der Nachhaltigkeitspolitik angestoßen. Nachhaltigkeit ist heute deutlich als Querschnittsaufgabe in der gesamten Stadtverwaltung definiert. Für den weiteren Prozess haben wir eine Kleine Kommission und einen Nachhaltigkeitsbeirat geschaffen, detaillierte Analysen und die darauf aufbauende Neuausrichtung von Politik und Verwaltung initiiert. Eine stärkere Beteiligung der Düsseldorfer Zivilgesellschaft wird durch eine zusätzliche Koordinierungsstelle angegangen. Wir haben einiges anstoßen können. Insgesamt ist nach vielen Debatten jedoch festzustellen, dass die Ausrichtung von Politik und Verwaltung entlang der SDG noch zu langsam erfolgt.

GRÜNE Vision

Wir GRÜNE nutzen die SDG als grundlegenden Referenzrahmen für die Düsseldorfer Politik und Verwaltung. Dafür müssen die Strukturen weiterentwickelt und die Ziele für Düsseldorf konkretisiert werden. Die Orientierung an den SDG und an den Nachhaltigkeitsstrategien von EU, Bund und Land soll für alle kommunalen Konzepte und im laufenden Verwaltungshandeln Pflicht sein.

Wir wollen Düsseldorf in der regionalen, überregionalen und internationalen öffentlichen Wahrnehmung als nachhaltige Stadt positionieren.

Nachhaltigkeit ist Chef*in-Sache: Als Querschnittsthema, das alle Fachbereiche betrifft, muss die Steuerung bei einer Stabsstelle der*des Oberbürgermeister*in liegen. Nur von dort aus kann eine dauerhafte und wirksame Arbeitsstruktur mit den Dezernaten und mit Projektgruppen der Fachämter etabliert werden.

Nachhaltigkeit ist planbar und messbar: Wir benötigen eine geeignete Auswahl von Indikatoren und konkreten Zielen definieren, um Fortschritte messbar zu machen. Nachhaltigkeits-Kennzahlen sollen auch in den städtischen Haushalt integriert

werden. Die Beiträge aller Fachämter und auch der städtischen Unternehmen zu den jeweiligen Zielen sollen definiert werden. Vor politischen Entscheidungen soll deren Beitrag zur Umsetzung der SDG erläutert werden.

Über die Nachhaltigkeits-Aktivitäten der Stadt soll regelmäßig in den Gremien des Rates und in der Öffentlichkeit berichtet werden. Nachhaltigkeitsberichte sollen alle zwei Jahre einen umfassenderen Zwischenstand über die Ziele, Erfolge und Schwächen geben.

Nachhaltigkeit geht nur gemeinsam: Wir GRÜNE wollen den Nachhaltigkeitsbeirat zur Plattform der Partizipation für Zivilgesellschaft und Bürger*innen weiterentwickeln. Auch die Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung wollen wir einbinden und stärken, u. a. mit Fortbildungen zu Fragen nachhaltiger Entwicklung.

Regionale und internationale Kooperation: Ebenso wichtig sind überregionale und internationale Kooperationen zur Weiterentwicklung des kommunalen Nachhaltigkeits-Managements, beispielsweise durch aktive Mitarbeit im Städtetag, Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Institutionen und durch das Engagement in nationalen und internationalen Bündnissen zur nachhaltigen Entwicklung.

Hintergrundinformation SDGs

Auf dem Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro wurde die Agenda 21, die „Tagesordnung fürs 21. Jahrhundert“, beschlossen. Seitdem wird Nachhaltige Entwicklung als Strategie zur Lösung globaler Probleme auf allen Politikebenen diskutiert und umgesetzt. Sowohl die EU als auch die Bundes- und viele Landesregierungen, aber auch Kommunen haben Nachhaltigkeitsstrategien formuliert und berichten regelmäßig über die Umsetzung. Die teilweise beachtlichen Erfolge der Milleniums-Entwicklungsziele der UN („Millennium Development Goals“ Vorgänger der SDG) zeigen, dass ein weltweiter gemeinsamer Handlungsrahmen nötig ist und erfolgreich sein kann.

Die Sustainable Development Goals (SDG), deutsch meist „17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung“ wurden 2016 beschlossen und stellen die aktuelle Vereinbarung der Staaten für alle Politikebenen dar. Derzeit werden bzw. sind schon die Strategien in EU, Bund, Ländern und Kommunen angepasst. Ein solches Vorgehen erhöht die Erfolgsaussichten, weil alle Ebenen in einem definierten Rahmen gemeinsam handeln. Die politischen und institutionellen Maßnahmen zum Erreichen von Zielen werden so besser abgestimmt, Politik wird kohärenter.

Solche Kohärenz ist auch deshalb wichtig, weil es Zielkonflikte bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen zu berücksichtigen gilt: Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums z. B. darf nicht einfach auf Kosten des Naturschutzes in unserer Stadt gehen oder die Finanzierung des Klimaschutzes sollte gerade keine Ausgabenkürzungen im Bereich Soziales zur Folge haben. Aber Dilemmata nicht zu ignorieren und divergierende Interessen zu berücksichtigen, gute Lösungen für möglichste viele Bürger*innen zu finden, geht nur durch breite Partizipation der Bürger*innen bei der nachhaltigen Entwicklung auf den verschiedenen politischen Ebenen. Bürger*innenbeteiligung gilt international als wesentlicher Erfolgsgarant für Nachhaltigkeitsprozesse.

Weitere Informationen unter 17ziele.de

Beschluss Nachhaltige Entwicklung

Gremium:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	07.03.2020
Tagesordnungspunkt:	2.20. Nachhaltige Entwicklung

Text

Global denken, lokal handeln und global wirken. Kommunalpolitik kann globale Herausforderungen, seien es die Klimakrise, das Artensterben, die Migration oder die Veränderungen in der Weltwirtschaft, nicht mehr ignorieren. Nachhaltige Entwicklung, wie sie die Vereinten Nationen in der Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen definiert haben, sind ein Handlungsrahmen für eine zukunftsfähige Politik – auch und gerade auf kommunaler Ebene.

Seit vielen Jahren engagieren sich Bürger*innen, Politik und Stadtverwaltung in Düsseldorf für nachhaltige Entwicklung, beispielsweise lange Zeit im Rahmen der „Lokalen Agenda". Viele innovative Projekte konnten schon realisiert werden, aber die allgemeine Verankerung in der Verwaltung und der Stadtgesellschaft muss gestärkt werden.

GRÜN wirkt

Auf Basis der 2015 von den Vereinten Nationen beschlossenen und 2016 in Kraft getretenen Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, kurz: SDG) haben wir in Düsseldorf eine Neuausrichtung und Intensivierung der Nachhaltigkeitspolitik angestoßen. Nachhaltigkeit ist heute deutlich als Querschnittsaufgabe in der gesamten Stadtverwaltung definiert. Für den weiteren Prozess haben wir eine Kleine Kommission und einen Nachhaltigkeitsbeirat geschaffen, detaillierte Analysen und die darauf aufbauende Neuausrichtung von Politik und Verwaltung initiiert. Eine stärkere Beteiligung der Düsseldorfer Zivilgesellschaft wird durch eine zusätzliche Koordinierungsstelle angegangen. Wir haben also bereits einiges anstoßen können. Insgesamt ist nach vielen Debatten jedoch festzustellen, dass die Ausrichtung von Politik und Verwaltung entlang der SDG noch zu langsam erfolgt.

GRÜNE Vision

Wir GRÜNE nutzen die SDG als grundlegenden Referenzrahmen für die Düsseldorfer Politik und Verwaltung. Dafür müssen die Strukturen weiterentwickelt und die Ziele für Düsseldorf konkretisiert werden. Die Orientierung an den SDG und an den Nachhaltigkeitsstrategien von EU, Bund und Land soll für alle kommunalen Konzepte und im laufenden Verwaltungshandeln Pflicht sein.

Wir wollen Düsseldorf in der regionalen, überregionalen und internationalen öffentlichen Wahrnehmung als nachhaltige Stadt positionieren.

Nachhaltigkeit ist Chef*in-Sache: Als Querschnittsthema, das alle Fachbereiche betrifft, muss die Steuerung bei einer Stabsstelle der*des Oberbürgermeister*in liegen. Nur von dort aus kann eine dauerhafte und wirksame Arbeitsstruktur mit den Dezernaten und mit Projektgruppen der Fachämter etabliert werden.

Nachhaltigkeit ist planbar und messbar: Wir benötigen eine geeignete Auswahl von Indikatoren und konkreten Zielen, um Fortschritte messbar zu machen. Nachhaltigkeits-Kennzahlen sollen auch in den städtischen Haushalt integriert

werden. Die Beiträge aller Fachämter und auch der städtischen Unternehmen zu den jeweiligen Zielen sollen definiert werden. Vor politischen Entscheidungen soll deren Beitrag zur Umsetzung der SDG erläutert werden.

Über die Nachhaltigkeits-Aktivitäten der Stadt soll regelmäßig in den Gremien des Rates und in der Öffentlichkeit berichtet werden. Nachhaltigkeitsberichte sollen alle zwei Jahre einen umfassenden Zwischenstand über die Ziele, Erfolge und Schwächen geben.

Nachhaltigkeit geht nur gemeinsam: Wir GRÜNE wollen den Nachhaltigkeitsbeirat zur Plattform der Partizipation für Zivilgesellschaft und Bürger*innen weiterentwickeln. Auch die Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung wollen wir einbinden und stärken, u. a. mit Fortbildungen zu Fragen nachhaltiger Entwicklung.

Regionale und internationale Kooperation: Ebenso wichtig sind überregionale und internationale Kooperationen zur Weiterentwicklung des kommunalen Nachhaltigkeits-Managements, beispielsweise durch aktive Mitarbeit im Städtetag, Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Institutionen und durch das Engagement in nationalen und internationalen Bündnissen zur nachhaltigen Entwicklung.

Hintergrundinformation SDGs

Auf dem Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro wurde die Agenda 21, die „Tagesordnung fürs 21. Jahrhundert“, beschlossen. Seitdem wird Nachhaltige Entwicklung als Strategie zur Lösung globaler Probleme auf allen Politikebenen diskutiert und umgesetzt. Sowohl die EU als auch die Bundes- und viele Landesregierungen, aber auch Kommunen haben Nachhaltigkeitsstrategien formuliert und berichten regelmäßig über die Umsetzung. Die teilweise beachtlichen Erfolge der Milleniums-Entwicklungsziele der UN („Millennium Development Goals“, Vorgänger der SDG) zeigen, dass ein weltweiter gemeinsamer Handlungsrahmen nötig ist und erfolgreich sein kann.

Die Sustainable Development Goals (SDG), deutsch meist „17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung“ wurden 2016 beschlossen und stellen die aktuelle Vereinbarung der Staaten für alle Politikebenen dar. Derzeit werden bzw. sind schon die Strategien in EU, Bund, Ländern und Kommunen angepasst. Ein solches Vorgehen erhöht die Erfolgsaussichten, weil alle Ebenen in einem definierten Rahmen gemeinsam handeln. Die politischen und institutionellen Maßnahmen zum Erreichen von Zielen werden so besser abgestimmt, Politik wird also in sich stimmiger.

Solche Abstimmung ist auch deshalb wichtig, weil es Zielkonflikte bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen zu berücksichtigen gilt: Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums z. B. darf nicht einfach auf Kosten des Naturschutzes in unserer Stadt gehen oder die Finanzierung des Klimaschutzes sollte gerade keine Ausgabenkürzungen im Bereich Soziales zur Folge haben. Aber Dilemmata nicht zu ignorieren und divergierende Interessen zu berücksichtigen, gute Lösungen für möglichste viele Bürger*innen zu finden, geht nur durch breite Partizipation der Bürger*innen bei der nachhaltigen Entwicklung auf den verschiedenen politischen Ebenen. Bürger*innenbeteiligung gilt international als wesentlicher Erfolgsgarant für Nachhaltigkeitsprozesse.

Weitere Informationen unter 17ziele.de

KW21 Internationale Zusammenarbeit

Gremium:	Kreisvorstand
Beschlussdatum:	05.02.2020
Tagesordnungspunkt:	2.21. Internationale Zusammenarbeit

Text

Die Menschen in Düsseldorf sind international, die Unternehmen sind es, die Kulturbetriebe, Schulen und Vereine. Auch die Stadtverwaltung wagt immer mehr den Blick über den rheinischen Tellerrand. Das Büro für Internationale Angelegenheiten hat in den letzten Jahren die Zusammenarbeit mit den Partnerstädten verstärkt. Bisher kommt davon aber noch zu wenig bei den Bürger*innen der Stadt an. Das wollen die GRÜNEN weiter verbessern.

- Europa kann so schön sein: Die Städtefreundschaft und der Austausch mit Toulouse soll intensiviert und verstetigt werden.
- Europa kann so nah sein: Düsseldorf soll sich um eine Partnerschaft mit einer niederländischen Stadt bemühen. Der nächste Nachbar hat das Potential für niedrigschwelligen, stetigen Austausch von dem viele Düsseldorfer*innen profitieren.
- Städtenetzwerke wie die Eurocities, der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) oder den Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie wollen wir stärker als Netzwerke nutzen und die Fachverwaltung der Stadt einbeziehen – das ist wichtiger als Show-Auslandsreisen der Stadtspitze.
- Internationalität wollen wir noch realer und praktischer machen durch die Vermittlung von Praktika und Kurzzeitjobs für Facharbeiter*innen und Verwaltungsangestellte.
- Das Anwerben von EU-Fördermitteln wollen wir gemeinsam in der Region angehen. (hier Verweis auf Kapitel Regionale Zusammenarbeit)
- Wir feiern Europa am Europatag, aber es geht noch konkreter. Denn die Europäische Union hat mit Feinstaub-, Badegewässer- und anderen Themen unmittelbar Einfluss auf unsere Kommune – das muss sichtbarer werden!
- Immigrationsfreundliche Behörden: um Menschen aus Europa und der Welt in Düsseldorf schnell eine neue Heimat zu geben braucht es mehrsprachige, niedrigschwellige Angebote (Verweis Kapitel Integration).
- Unterstützung von Kitas, Schulen und anderen Einrichtungen, die ihre Angebote mehrsprachig oder internationaler gestalten wollen.
- Parlez-vous anglais? – die Fremdsprachenkompetenzen der Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung wollen wir evaluieren und sie durch Fortbildungen in ihren Fremdsprachenkompetenzen stärken.
- Wer selbst international ist, kann besser international denken und handeln. Wir möchten, dass die Stadtverwaltung auch die Diversität der Düsseldorfer*innen widerspiegelt. Deshalb wollen wir eine gezielte

Förderung von Verwaltungsmitarbeiter*innen und Auszubildenden, die „People of Colour“ sind und/oder eine andere Sprache als Deutsch als Muttersprache haben. (Verweis Kapitel Integration)

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 17 Partnerschaften zur Erreichung der Ziele

Beschluss Internationale Zusammenarbeit

Gremium:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	07.03.2020
Tagesordnungspunkt:	2.21. Internationale Zusammenarbeit

Text

Die Menschen in Düsseldorf sind international, die Unternehmen sind es, die Kulturbetriebe, Schulen und Vereine. Auch die Stadtverwaltung wagt immer mehr den Blick über den rheinischen Tellerrand. Das Büro für Internationale Angelegenheiten hat in den letzten Jahren die Zusammenarbeit mit den Partnerstädten verstärkt. Bisher kommt davon aber noch zu wenig bei den Bürger*innen der Stadt an. Das wollen die GRÜNEN weiter verbessern.

- Europa kann so schön sein: Die Städtefreundschaft und der Austausch mit Toulouse soll intensiviert und verstetigt werden.

- Europa kann so nah sein: Düsseldorf soll sich um eine Partnerschaft mit einer niederländischen Stadt bemühen. Der nächste Nachbar hat das Potential für niedrigschwelligen, stetigen Austausch von dem viele Düsseldorfer*innen profitieren.

- Städtenetzwerke wie die Eurocities, der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) oder den Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie wollen wir stärker als Netzwerke nutzen und die Fachverwaltung der Stadt einbeziehen – das ist wichtiger als Show-Auslandsreisen der Stadtspitze.

- Internationalität wollen wir noch realer und praktischer machen durch die Vermittlung von Praktika und Kurzzeitjobs für Facharbeiter*innen und Verwaltungsangestellte.

- Das Anwerben von EU-Fördermitteln wollen wir gemeinsam in der Region angehen. (hier Verweis auf Kapitel Regionale Zusammenarbeit)

- Wir feiern Europa am Europatag, aber es geht noch konkreter. Denn die Europäische Union hat mit Feinstaub-, Badegewässer- und anderen Themen unmittelbar Einfluss auf unsere Kommune – das muss sichtbarer werden!

- Immigrationsfreundliche Behörden: um Menschen aus Europa und der Welt in Düsseldorf schnell eine neue Heimat zu geben braucht es mehrsprachige, niedrigschwellige Angebote (Verweis Kapitel Integration).

- Unterstützung von Kitas, Schulen und anderen Einrichtungen, die ihre Angebote mehrsprachig oder internationaler gestalten wollen.

- Parlez-vous anglais? – die Fremdsprachenkompetenzen der Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung wollen wir evaluieren und sie durch Fortbildungen in ihren Fremdsprachenkompetenzen stärken.

- Wer selbst international ist, kann besser international denken und handeln. Wir möchten, dass die Stadtverwaltung auch die Diversität der Düsseldorfer*innen widerspiegelt. (Verweis Kapitel Integration)

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden
- 17 Partnerschaften zur Erreichung der Ziele

KW22 Bürger*innenbeteiligung und -service

Gremium:	Kreisvorstand
Beschlussdatum:	05.02.2020
Tagesordnungspunkt:	2.22. Bürger*innenbeteiligung und Service

Text

Die Demokratie ist nichts, was in sich ruht, was fertig ist, was bleiben kann, wie es ist. In einer Demokratie wird Macht nicht konzentriert, sie wird geteilt und allen Bürger*innen muss der gleiche Zugang zum politischen Geschehen ermöglicht werden. Solange Gesellschaft nicht stehenbleibt, ist Demokratie nicht fertig, darf sie nicht stehenbleiben.

Die Gesellschaft bewegt sich schon lange viel schneller als die demokratischen Prozesse sich weiterentwickeln. Bürger*innen äußern immer wieder Unverständnis für politische Entscheidungen und demokratische Prozesse, die ihnen vorgelagert sind. Wir wollen der Demokratie neuen Schwung verleihen und neue demokratische Traditionen begründen. Wo, wenn nicht in der Kommune, kann man damit am besten anfangen?

Demokratie ist, was wir draus machen

Unsere Stadtgesellschaft braucht die Beteiligung möglichst aller Bürger*innen aller Altersstufen für eine lebenswerte Stadt. Dazu müssen wir verschiedene Formate einsetzen, um die unterschiedlichen Gruppen zu erreichen. Es sind auch die Ziele unterschiedlich, von der Gestaltung von Plätzen und Quartieren bis zur Wahl in die Interessenvertretungen wie der Beirat für Senioren*innen und dem Jugendrat. Anlässe müssen kreativ und niedrigschwellig zur Beteiligung angeboten werden und mit Expert*innen umgesetzt werden.

<u>GRÜN wirkt</u>

- Wir haben eine neue Beteiligungskultur angestoßen. Sowohl bei grundsätzlichen Themen wie dem Kulturentwicklungsplan als auch bei einzelnen Projekten wie dem Lärmaktionsplan, den städtebaulichen Wettbewerben oder der Neugestaltung des Konrad-Adenauer-Platzes gibt es eine frühzeitige und intensive Beteiligung der Bürger*innen.

- Aufsuchende Befragungen, die gleichzeitig zielgruppenorientiert umgesetzt worden sind, wie der Bauwagen zu Straßenplanung, haben große Rückläufe und viele Statements erbracht, die in die weitere Planung einfließen konnten. Diese vielversprechenden Methoden wollen wir weiterentwickeln und einsetzen.

- Wir haben mit dem „Raumwerk D“ und mit dem „Mobilitätsplan D“ Bürger*innen ermöglicht gemeinsam mit Expert*innen grundsätzlich über die Stadtentwicklung und die Zukunftsvision für Düsseldorf zu diskutieren. Auch der „Blau-Grüne Ring“ ist ein gutes Beispiel für den Dialog mit den Bewohner*innen unserer Stadt. Diese kreativen Beteiligungsformen müssen wir weiterentwickeln.

Agile Demokratie – jetzt!

Alles Politische beginnt mit der Frage nach dem, was ist. Nur so können sinnvolle Debatten darüber stattfinden, was sein soll. Deshalb haben wir uns im Rat dafür eingesetzt, dass die Verwaltung alle nicht-personenbezogenen Daten, die sie erhebt, veröffentlicht – open data by default. So eine Umstellung geht nicht von heute auf morgen, doch schon jetzt können Bürger*innen auf Pendler*innenzahlen zugreifen, im Haushalt sehen, welches Geld wo ausgegeben werden soll und die Bevölkerungsstatistik der Stadt einsehen. Das hilft Zivilgesellschaft, Presse und Wissenschaft: wichtige Säulen der Demokratie.

Um Bürger*innen mit ihren Anliegen ernster zu nehmen und Demokratie neu zu beleben, braucht es aber viel mehr als das.

- Jugendrat, Seniorenrat, Jugendamtselternbeirat, Beirat für Menschen mit Behinderungen und Integrationsrat: hier engagieren sich Menschen ehrenamtlich, investieren Zeit und Herzblut, um in ihren Themenbereichen und darüber hinaus Düsseldorf lebenswerter zu machen und konkret Politik mitzugestalten. Diese Gremien brauchen mehr Klarheit darüber, wohin ihre Beratungen und Empfehlungen führen und welche Aktivitäten der Verwaltung sie zukünftig mitgestalten können. Sie brauchen, wie jede ehrenamtliche Struktur, ausreichende hauptamtliche Begleitung und Unterstützung.

- Bürger*innen vernetzen sich spontan, um ihre politischen Anliegen zu formulieren. Bisher müssen sie dafür auf Angebote von Onlineplattformen zurückgreifen und hoffen, so über die Presse in das Aufmerksamkeitsfeld der Politik zu gelangen. Wir fordern eine eigene städtische Online-Plattform für Bürger*innenanliegen und Mechanismen, nach denen sich Rat und Oberbürgermeister*in mit den dort geäußerten Anliegen befassen müssen – ergänzend zu den landesrechtlich möglichen Wegen der verbindlichen Bürgerbeteiligung

- Landesrechtliche Möglichkeiten für verbindliche Bürgerentscheidungen besser nutzen: Abstimmungen zu strittigen Fragen können eine Klarheit schaffen, wie sie durch parlamentarische Entscheidungen nicht geschaffen werden können. Das Landesrecht sieht Bürgerentscheide auch auf kommunaler Ebene vor, doch die Stadtverwaltung muss noch besser aufgestellt sein, wenn es um eine konstruktive Begleitung und Durchführung geht.

- Düsseldorf ist divers und so muss Beteiligung sein. Alles, was für die aktive Mitgestaltung der kommunalen Demokratie nötig ist, sollte barrierefrei und mehrsprachig zur Verfügung gestellt werden. Beteiligung muss durch niedrigschwellige und vielfältige Formate allen ermöglicht werden, die in Düsseldorf leben und wirken.

- Nicht jede Verwaltungstätigkeit oder politische Entscheidung ist sinnvoll über verbindliche Beteiligung oder Gremienarbeit zu bearbeiten. Politik und Verwaltung können trotzdem in ihren Entscheidungen und Tätigkeiten auf die Wünsche und Meinungen der Bürger*innen eingehen, wenn sie die Meinungen denn kennen! Manche Formen des direkten Feedbacks oder der Meinungsumfragen sind kostengünstig, einfach zu handhaben und können einen wichtigen Baustein für eine agile Demokratie darstellen. Dafür müssen sie

aber anders als jetzt in ein politisches Konzept eingebettet und methodisch nachvollziehbar durchgeführt werden.

- Das Gegenteil von gut ist gut gemeint: der Mängelmelder der Stadt muss besser werden. Wir fordern ein transparentes, modernes Beschwerdesystem bei dem Bürger*innen jederzeit online einsehen können, an welcher Stelle ihre Beschwerde oder eine Mangelmeldung nun in der Verwaltung ist (zur digitalen Verwaltung s. Kap. Digitalisierung).

- Bürger*innen müssen außerdem die Möglichkeit haben, sich anonym über z. B. rassistisches oder sexistisches Verhalten von Verwaltungsmitarbeiter*innen zu beschweren. Nur so kann schädlichem Verhalten von Wenigen nachgegangen werden – zum Schutz des Ansehens der ganzen Verwaltung.

- Jedes große Unternehmen in Deutschland ist gesetzlich verpflichtet Maßnahmen zu ergreifen, die Korruption, Vetternwirtschaft und Rechtsbruch verhindern (compliance). Auch in der Verwaltung gibt es solche Mechanismen. Doch die Compliance-Stelle für die Stadtverwaltung muss mit ihrer Arbeit sichtbarer und ausgebaut werden. Wir setzen uns außerdem für Whistleblower-Schutz ein.

Beteiligungskonzept – professionell und auf dauerhafte Weiterentwicklung angelegt

Demokratie denkt sich nicht mal eben nebenbei neu. Die Ideen, mit denen wir Beteiligung in Düsseldorf vom Kopf auf die Füße stellen wollen, sind nicht gänzlich neu. Wer über den rheinischen Tellerrand hinausschaut sieht, dass andere Kommunen weiter sind als wir. Von ihnen können wir lernen. Und das erste, was wir von ihnen lernen können ist, dass das Ausbuchstabieren von Beteiligungswegen, Feedback-Tools und Verwaltungsmechanismen nichts ist, was sich im politischen Betrieb nebenbei erledigen lässt. Deswegen wollen wir eine*n Beteiligungsbeauftragte*n mit einem Team an Mitarbeiter*innen, die ausführliche Leitlinien für die agile Demokratie in Düsseldorf – gemeinsam mit externen Expert*innen und in wissenschaftlicher Begleitung - entwickeln und umsetzen.

Ziel der Konzepte und der Arbeit muss dabei ein niedrigschwelliger, vielfältiger Zugang sein:

- Verfahren: Online- und Offline-Befragungen, Bauwagenaktionen und breit angelegte Diskussionsforen und –tage, Beiräte und ad hoc zusammengestellte Arbeitsgruppen, viele Formen sind denkbar und müssen ihren festen Platz in der Planung, Vorbereitung und Umsetzung der politischen Beschlüsse haben.

- Stadtteilkonferenzen als Standard: Neben den Aufforderungen zu Planungen und Gestaltungen brauchen wir verlässliche Verfahren, um mit den Bürger*innen im Gespräch zu bleiben. Stadtteilkonferenzen zu Themen vor Ort, die gleichzeitig auch Raum bieten für spontane Fragestellungen haben sich bewährt und müssen im gesamten Stadtgebiet in den Bezirksvertretungen mindestens jährlich abgehalten werden.

- Orte: Wir brauchen verlässliche Orte, wo die Meinungen der Bürger*innen ungefragt eingegeben werden können. Internet, Beteiligungspavillon und Straßenaktionen, auch hier ist Vielfalt gefordert. Unterstützt werden

müssen diese Maßnahmen durch verständliche Broschüren und Flyer, durch professionelle Beauftragte und nachvollziehbare Dokumentationen und Wirksamkeitsüberprüfungen.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

Beschluss Bürger*innenbeteiligung und -service

Gremium:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	07.03.2020
Tagesordnungspunkt:	2.22. Bürger*innenbeteiligung und Service

Text

Die Demokratie ist nichts, was in sich ruht, was fertig ist, was bleiben kann, wie es ist. In einer Demokratie wird Macht nicht konzentriert, sie wird geteilt und allen Bürger*innen muss der gleiche Zugang zum politischen Geschehen ermöglicht werden. Solange Gesellschaft nicht stehenbleibt, ist Demokratie nicht fertig, darf sie nicht stehenbleiben.

Die Gesellschaft bewegt sich schon lange viel schneller als die demokratischen Prozesse sich weiterentwickeln. Bürger*innen äußern immer wieder Unverständnis für politische Entscheidungen und demokratische Prozesse, die ihnen vorgelagert sind. Wir wollen der Demokratie neuen Schwung verleihen und neue demokratische Traditionen begründen. Wo, wenn nicht in der Kommune, kann man damit am besten anfangen?

Demokratie ist, was wir draus machen

Unsere Stadtgesellschaft braucht die Beteiligung möglichst aller Bürger*innen aller Altersstufen für eine lebenswerte Stadt. Dazu müssen wir verschiedene Formate einsetzen, um die unterschiedlichen Gruppen zu erreichen. Es sind auch die Ziele unterschiedlich, von der Gestaltung von Plätzen und Quartieren bis zur Wahl in die Interessenvertretungen wie der Beirat für Senioren*innen und dem Jugendrat. Anlässe müssen kreativ und niedrigschwellig zur Beteiligung angeboten werden und mit Expert*innen umgesetzt werden.

<u>GRÜN wirkt</u>

- Wir haben eine neue Beteiligungskultur angestoßen. Sowohl bei grundsätzlichen Themen wie dem Kulturentwicklungsplan als auch bei einzelnen Projekten wie dem Lärmaktionsplan, den städtebaulichen Wettbewerben oder der Neugestaltung des Konrad-Adenauer-Platzes gibt es eine frühzeitige und intensive Beteiligung der Bürger*innen.

- Aufsuchende Befragungen, die gleichzeitig zielgruppenorientiert umgesetzt worden sind, wie der Bauwagen zu Straßenplanung, haben große Rückläufe und viele Statements erbracht, die in die weitere Planung einfließen konnten. Diese vielversprechenden Methoden wollen wir weiterentwickeln und einsetzen.

- Wir haben mit dem „Raumwerk D“ und mit dem „Mobilitätsplan D“ Bürger*innen ermöglicht gemeinsam mit Expert*innen grundsätzlich über die Stadtentwicklung und die Zukunftsvision für Düsseldorf zu diskutieren. Auch der „Blau-Grüne Ring“ ist ein gutes Beispiel für den Dialog mit den Bewohner*innen unserer Stadt. Diese kreativen Beteiligungsformen müssen wir weiterentwickeln.

Agile Demokratie – jetzt!

Alles Politische beginnt mit der Frage nach dem, was ist. Nur so können sinnvolle Debatten darüber stattfinden, was sein soll. Deshalb haben wir uns im Rat dafür eingesetzt, dass die Verwaltung alle nicht-personenbezogenen Daten, die sie erhebt, veröffentlicht – open data by default. So eine Umstellung geht nicht von heute auf morgen, doch schon jetzt können Bürger*innen auf Pendler*innenzahlen zugreifen, im Haushalt sehen, welches Geld wo ausgegeben werden soll und die Bevölkerungsstatistik der Stadt einsehen. Das hilft Zivilgesellschaft, Presse und Wissenschaft: wichtige Säulen der Demokratie.

Um Bürger*innen mit ihren Anliegen ernster zu nehmen und Demokratie neu zu beleben, braucht es aber viel mehr als das.

- Jugendrat, Seniorenrat, Jugendamtselternbeirat, Beirat für Menschen mit Behinderungen und Integrationsrat: hier engagieren sich Menschen ehrenamtlich, investieren Zeit und Herzblut, um in ihren Themenbereichen und darüber hinaus Düsseldorf lebenswerter zu machen und konkret Politik mitzugestalten. Diese Gremien brauchen mehr Klarheit darüber, wohin ihre Beratungen und Empfehlungen führen und welche Aktivitäten der Verwaltung sie zukünftig mitgestalten können. Sie brauchen, wie jede ehrenamtliche Struktur, ausreichende hauptamtliche Begleitung und Unterstützung.

- Bürger*innen vernetzen sich spontan, um ihre politischen Anliegen zu formulieren. Bisher müssen sie dafür auf Angebote von Onlineplattformen zurückgreifen und hoffen, so über die Presse in das Aufmerksamkeitsfeld der Politik zu gelangen. Wir fordern eine eigene städtische Online-Plattform für Bürger*innenanliegen und Mechanismen, nach denen sich Rat und Oberbürgermeister*in mit den dort geäußerten Anliegen befassen müssen – ergänzend zu den landesrechtlich möglichen Wegen der verbindlichen Bürgerbeteiligung

- Landesrechtliche Möglichkeiten für verbindliche Bürgerentscheidungen besser nutzen: Abstimmungen zu strittigen Fragen können eine Klarheit schaffen, wie sie durch parlamentarische Entscheidungen nicht geschaffen werden können. Das Landesrecht sieht Bürgerentscheide auch auf kommunaler Ebene vor, doch die Stadtverwaltung muss noch besser aufgestellt sein, wenn es um eine konstruktive Begleitung und Durchführung geht.

- Düsseldorf ist divers und so muss Beteiligung sein. Alles, was für die aktive Mitgestaltung der kommunalen Demokratie nötig ist, sollte barrierefrei und mehrsprachig zur Verfügung gestellt werden. Beteiligung muss durch niedrigschwellige und vielfältige Formate allen ermöglicht werden, die in Düsseldorf leben und wirken.

- Nicht jede Verwaltungstätigkeit oder politische Entscheidung ist sinnvoll über verbindliche Beteiligung oder Gremienarbeit zu bearbeiten. Politik und Verwaltung können trotzdem in ihren Entscheidungen und Tätigkeiten auf die Wünsche und Meinungen der Bürger*innen eingehen, wenn sie die Meinungen denn kennen! Manche Formen des direkten Feedbacks oder der Meinungsumfragen sind kostengünstig, einfach zu handhaben und können einen wichtigen Baustein für eine agile Demokratie darstellen. Dafür müssen sie

aber anders als jetzt in ein politisches Konzept eingebettet und methodisch nachvollziehbar durchgeführt werden.

- Das Gegenteil von gut ist gut gemeint: der Mängelmelder der Stadt muss besser werden. Wir fordern ein transparentes, modernes Beschwerdesystem bei dem Bürger*innen jederzeit online einsehen können, an welcher Stelle ihre Beschwerde oder eine Mangelmeldung nun in der Verwaltung ist (zur digitalen Verwaltung s. Kap. Digitalisierung).

- Bürger*innen müssen außerdem die Möglichkeit haben, sich anonym über z. B. rassistisches oder sexistisches Verhalten von Verwaltungsmitarbeiter*innen zu beschweren. Nur so kann schädlichem Verhalten von Wenigen nachgegangen werden – zum Schutz des Ansehens der ganzen Verwaltung.

- Jedes große Unternehmen in Deutschland ist gesetzlich verpflichtet Maßnahmen zu ergreifen, die Korruption, Vetternwirtschaft und Rechtsbruch verhindern (compliance). Auch in der Verwaltung gibt es solche Mechanismen. Doch die Compliance-Stelle für die Stadtverwaltung muss mit ihrer Arbeit sichtbarer und ausgebaut werden. Wir setzen uns außerdem für Whistleblower-Schutz ein.

Beteiligungskonzept – professionell und auf dauerhafte Weiterentwicklung angelegt

Demokratie denkt sich nicht mal eben nebenbei neu. Die Ideen, mit denen wir Beteiligung in Düsseldorf vom Kopf auf die Füße stellen wollen, sind nicht gänzlich neu. Wer über den rheinischen Tellerrand hinausschaut sieht, dass andere Kommunen weiter sind als wir. Von ihnen können wir lernen. Und das erste, was wir von ihnen lernen können ist, dass das Ausbuchstabieren von Beteiligungswegen, Feedback-Tools und Verwaltungsmechanismen nichts ist, was sich im politischen Betrieb nebenbei erledigen lässt. Deswegen wollen wir eine*n Beteiligungsbeauftragte*n mit einem Team an Mitarbeiter*innen, die ausführliche Leitlinien für die agile Demokratie in Düsseldorf – gemeinsam mit externen Expert*innen und in wissenschaftlicher Begleitung - entwickeln und umsetzen.

Ziel der Konzepte und der Arbeit muss dabei ein niedrigschwelliger, vielfältiger Zugang sein:

- Verfahren: Online- und Offline-Befragungen, Bauwagenaktionen und breit angelegte Diskussionsforen und –tage, Beiräte und ad hoc zusammengestellte Arbeitsgruppen, viele Formen sind denkbar und müssen ihren festen Platz in der Planung, Vorbereitung und Umsetzung der politischen Beschlüsse haben.

- Stadtteilkonferenzen als Standard: Neben den Aufforderungen zu Planungen und Gestaltungen brauchen wir verlässliche Verfahren, um mit den Bürger*innen im Gespräch zu bleiben. Stadtteilkonferenzen zu Themen vor Ort, die gleichzeitig auch Raum bieten für spontane Fragestellungen haben sich bewährt und müssen im gesamten Stadtgebiet in den Bezirksvertretungen mindestens jährlich abgehalten werden.

- Orte: Wir brauchen verlässliche Orte, wo die Meinungen der Bürger*innen ungefragt eingegeben werden können. Internet, Beteiligungspavillon und Straßenaktionen, auch hier ist Vielfalt gefordert. Unterstützt werden

müssen diese Maßnahmen durch verständliche Broschüren und Flyer, durch professionelle Beauftragte und nachvollziehbare Dokumentationen und Wirksamkeitsüberprüfungen.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden
- 16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

KW23 Finanzen

Gremium:	Kreisvorstand
Beschlussdatum:	05.02.2020
Tagesordnungspunkt:	2.23. Finanzen

Text

Nachhaltigkeit im Sinne der „Enkeltauglichkeit“ beinhaltet für uns GRÜNE eine solide und zukunftsfeste Finanz- und Haushaltspolitik. Wir müssen den nachfolgenden Generationen auch die finanziellen Handlungsspielräume für ihre Bedürfnisse erhalten. Gleichzeitig sind wir unseren Kindern und Enkel*innen verpflichtet, die Substanz und die Infrastruktur der Stadt zu erhalten und zu verbessern. Die Schuldenfreiheit alleine ist kein Wert, wenn sie durch Investitionsstau, unterlassenen Klimaschutz, fehlende soziale Teilhabe oder andere kurzsichtige Sparmaßnahmen erkauft wäre.

Gerade in der wachsenden Stadt Düsseldorf käme uns – beziehungsweise unseren Kindern und Enkel*innen – die „schwarze Null“ als alleiniges Ziel teuer zu stehen. Nachhaltige grüne Haushaltspolitik verbindet das Ziel der generationengerechten Finanzen mit dem Ziel der dauerhaft leistungsfähigen Daseinsvorsorge. Wir wollen den Haushalt der Stadt Düsseldorf in diesem Sinne auf eine „grüne Null“ ausrichten, die einen Ausgleich zwischen fiskalischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Interessen genauso wie zwischen heutigen und künftigen Generationen symbolisiert.

Grundsätzlich stehen alle Städte und Gemeinden strukturell weiterhin vor großen Herausforderungen, da wir von einer ausreichenden Finanzierung der kommunalen Pflichtaufgaben durch den Bund und das Land NRW weit entfernt sind. Aktuelles Beispiel: Die Rückkehr zum neunjährigen Abitur G9 wurde vom Land entschieden und erfordert in Düsseldorf Investitionen von mehr als 100 Millionen Euro, die nicht ansatzweise vom Land übernommen werden. Wir GRÜNE streiten daher auch im Land und im Bund dafür, dass die kommunalen Finanzen so aufgebaut werden, dass die Städte heute und in Zukunft nachhaltig investieren und haushalten können.

<u>GRÜN wirkt</u>

Haushaltsschwerpunkte neue gesetzt: In den vergangenen Jahren haben wir den Fokus der Stadt Düsseldorf schrittweise korrigiert. Nach den schwarz-gelben Prestige-Bauprojekten „Kö-Bogen“ und Wehrhahnlinie haben wir den Schwerpunkt neu gesetzt: auf die Investitionen in Schulen, Schwimmbäder, Kultureinrichtungen und weitere Elemente der Daseinsvorsorge.

Ausgleichsrücklage wieder aufgefüllt: Die Ausgleichsrücklage, also der Puffer innerhalb des städtischen Eigenkapitals zum Ausgleich von negativen wie positiven Jahresabschlüssen, war unter CDU und FDP von 570 Millionen Euro in 2009 auf nur noch ca. 160 Millionen Ende 2014 geschmolzen – mit weiter fallender Tendenz. Mit unserer Unterstützung konnten die Stadtverwaltung und die Stadtkämmerin umsteuern und sowohl die Rücklage wieder auffüllen als auch die liquiden Mittel für Investitionen sicher. Die entscheidende Maßnahme war hierfür die Übertragung des Kanalnetzes an den Stadtentwässerungsbetrieb.

Strukturell ausgeglichene Haushalte: Waren bei Schwarz-Gelb negative Jahresabschlüsse die Regel und strukturell ausgeglichene Haushalte die Ausnahme,

so haben wir das Verhältnis umgekehrt. 2017, 2018 und 2019 konnten wir mit einem Plus abschließen. 2020 ist erneut strukturell ausgeglichen geplant: Die Ausgleichsrücklage wird erhalten und schrittweise wieder aufgefüllt.

Stabile Rahmenbedingungen: Wir haben die steuerlichen Eckpunkte für die Düsseldorfer Bürger*innen sowie für die Wirtschaft stabil halten können. Insbesondere die Gewerbesteuer ist heute und in Zukunft die wichtigste Säule der städtischen Einnahmen. Hier verknüpfen wir unsere Ziele einer nachhaltigen Haushalts- mit Wirtschaftspolitik (Verweis auf Kapitel Wirtschaft).

Keine ÖPP: Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) zur Finanzierung von Investitionen sind für den Staat meist riskant und teuer. Bundesweit wird dies beispielweise an Autobahnprojekten deutlich. Wir GRÜNE haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass es nach dem von CDU und FDP beschlossenen Neubau des Balletthauses keine weiteren ÖPP gibt.

Divestment: Auf unseren Druck hat die Stadt Düsseldorf in 2019 endlich ihre letzten RWE-Aktien verkauft (Verweis auf Kapitel Wirtschaftsförderung).

Transparenz verbessert: Der Haushaltsplan und das laufende Controlling sind in den vergangenen Jahren ein erstes Stück transparenter und lesbarer geworden. Die Jahresabschlüsse der Stadt und des „Konzern Stadt“ mit den städtischen Tochterunternehmen und Beteiligungen werden deutlich schneller erstellt, beraten und beschlossen.

Neue Impulse: Mit der Idee, die Nachhaltigkeitsziele (SDG, siehe auch Kapitel ...) und eine geschlechtergerechte Finanzpolitik („Gender Budgeting“) auch im städtischen Haushalt zu etablieren, haben wir neue Impulse gesetzt, die in den kommenden Jahren stufenweise umgesetzt werden (Verweis auf Gleichstellung und Nachhaltige Entwicklung)

<u>GRÜNE Vision</u>

Nachhaltig: Wir GRÜNE wollen, dass der im städtischen Haushalt die Nachhaltigkeitsziele verankert werden. Dafür kann die vorhandene Struktur (Doppik) mit den Kenn- und Zielzahlen genutzt werden. Für die städtischen Finanzanlagen wollen wir nachhaltige Anlagekriterien.

Tragfähig: Basierend auf dem Projekt des Deutschen Instituts für Urbanistik (DIfU) am Beispiel der Stadt Köln wollen wir ein Tragfähigkeitskonzept für den Düsseldorfer Haushalt inklusive der städtischen Tochterunternehmen und Beteiligungen erarbeiten. Die Basis bildet eine Analyse, die neben den aktuellen und mittelfristigen Haushaltsdaten die langfristigen Bedarfe und Risiken umfasst. Darauf aufbauend werden Modelle entwickelt, die bei heutigen politischen Entscheidungen unmittelbar die Auswirkungen auf die langfristige finanzielle Nachhaltigkeit der Stadt abschätzen.

Wirkungsvoll: Die Chancen der Umstellung kommunaler Buchhaltung auf das „Neue Kommunale Finanzmanagement“ (NKF) inklusive der Doppik (Doppelte Buchführung in Produkten und Konten) sind im Düsseldorfer Haushalt noch weitgehend ungenutzt. Wir wollen die Vorteile besser nutzen, insbesondere die Steuerung über Ziele und Kennzahlen.

Transparent: Der städtische Haushalt ist auch heute kein Buch mit sieben Siegeln. Aber wir wollen insbesondere die Möglichkeiten der digitalen

Darstellung und Aufbereitung noch besser nutzen, um ihn für interessierte Bürger*innen zugänglich zu machen. Die Open Data Projekte können hierfür Vorbilder und Unterstützung liefern.

Bürgerhaushalt: Aufbauend auf einer verbesserten Transparenz des städtischen Haushalts wollen wir GRÜNE die unterschiedlichen Ansätze von Bürgerhaushalten weiterverfolgen. Denkbar sind sowohl partizipative Elemente zum Gesamthaushalt als auch sogenannte Bürgerbudgets auf Quartiers-, Stadtbezirks- oder Stadtebene, angelehnt an die erfolgreichen Verfügungsfonds in der integrierten Stadtentwicklung.

Keine ÖPP: Auch in Zukunft lehnen wir Öffentlich-Private-Partnerschaften als Projektfinanzierung ab. Wir wollen die Stadt und ihre Tochterunternehmen so aufstellen, das sie ihre Stärken nutzen können und die Projekte stemmen können.

Engagement der Bürger*innen: Bei besonderen Projekten wie der Sanierung des Schauspielhauses oder dem Neubau der Waldschule haben Bürger*innen sich finanziell stark engagiert. Wir GRÜNE haben für diese Verbundenheit der Düsseldorfer*innen mit ihrer Stadt und den besonderen Orten große Dankbarkeit und hohen Respekt. Wir möchten dieses Engagement auch in Zukunft für entsprechende Projekte ermöglichen und um Unterstützung werben. Denkbar wären beispielsweise spezielle Bürgeranleihen, die auch einen immateriellen Gegenwert erhalten können.

„Konzern Stadt“: Wir Grüne wollen die Prioritäten bei den städtischen Tochterunternehmen und den Unternehmensbeteiligungen überprüfen und neu ausrichten. Wie bei den inzwischen verkauften RWE-Aktien stellt sich die Frage, warum die Stadt 50 % des Flughafens besitzen muss. Für die Daseinsvorsorge in Düsseldorf sind die Beteiligungen an den Stadtwerken und der Awista strategisch wesentlich wichtiger. Hier streben wir eine Erhöhung der städtischen Anteile an.

Fördermittel: Für zahlreiche Themen gibt es projektbasierte Fördermittel der Europäischen Union, des Bundes oder des Landes. Wir wollen die Beratung und die konkrete Akquise durch eine zentrale Stelle in der Finanzverwaltung stärken.

Beschluss Finanzen

Gremium:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	07.03.2020
Tagesordnungspunkt:	2.23. Finanzen

Text

Nachhaltigkeit im Sinne der „Enkeltauglichkeit“ beinhaltet für uns GRÜNE eine solide und zukunftsfeste Finanz- und Haushaltspolitik. Wir müssen den nachfolgenden Generationen auch die finanziellen Handlungsspielräume für ihre Bedürfnisse erhalten. Gleichzeitig sind wir unseren Kindern und Enkel*innen verpflichtet, die Substanz und die Infrastruktur der Stadt zu erhalten und zu verbessern. Die Schuldenfreiheit alleine ist kein Wert, wenn sie durch Investitionsstau, unterlassenen Klimaschutz, fehlende soziale Teilhabe oder andere kurzsichtige Sparmaßnahmen erkauft wäre.

Gerade in der wachsenden Stadt Düsseldorf käme uns – beziehungsweise unseren Kindern und Enkel*innen – die „schwarze Null“ als alleiniges Ziel teuer zu stehen. Nachhaltige grüne Haushaltspolitik verbindet das Ziel der generationengerechten Finanzen mit dem Ziel der dauerhaft leistungsfähigen Daseinsvorsorge. Wir wollen den Haushalt der Stadt Düsseldorf in diesem Sinne auf eine „grüne Null“ ausrichten, die einen Ausgleich zwischen fiskalischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Interessen genauso wie zwischen heutigen und künftigen Generationen symbolisiert.

Grundsätzlich stehen alle Städte und Gemeinden strukturell weiterhin vor großen Herausforderungen, da wir von einer ausreichenden Finanzierung der kommunalen Pflichtaufgaben durch den Bund und das Land NRW weit entfernt sind. Aktuelles Beispiel: Die Rückkehr zum neunjährigen Abitur G9 wurde vom Land entschieden und erfordert in Düsseldorf Investitionen von mehr als 100 Millionen Euro, die nicht ansatzweise vom Land übernommen werden. Wir GRÜNE streiten daher auch im Land und im Bund dafür, dass die kommunalen Finanzen so aufgebaut werden, dass die Städte heute und in Zukunft nachhaltig investieren und haushalten können.

<u>GRÜN wirkt</u>

Haushaltsschwerpunkte neue gesetzt: In den vergangenen Jahren haben wir den Fokus der Stadt Düsseldorf schrittweise korrigiert. Nach den schwarz-gelben Prestige-Bauprojekten „Kö-Bogen“ und Wehrhahnlinie haben wir den Schwerpunkt neu gesetzt: auf die Investitionen in Schulen, Schwimmbäder, Kultureinrichtungen und weitere Elemente der Daseinsvorsorge.

Ausgleichsrücklage wieder aufgefüllt: Die Ausgleichsrücklage, also der Puffer innerhalb des städtischen Eigenkapitals zum Ausgleich von negativen wie positiven Jahresabschlüssen, war unter CDU und FDP von 570 Millionen Euro in 2009 auf nur noch ca. 160 Millionen Ende 2014 geschmolzen – mit weiter fallender Tendenz. Mit unserer Unterstützung konnten die Stadtverwaltung und die Stadtkämmerin umsteuern und sowohl die Rücklage wieder auffüllen als auch die liquiden Mittel für Investitionen sicher. Die entscheidende Maßnahme war hierfür die Übertragung des Kanalnetzes an den Stadtentwässerungsbetrieb.

Strukturell ausgeglichene Haushalte: Waren bei Schwarz-Gelb negative Jahresabschlüsse die Regel und strukturell ausgeglichene Haushalte die Ausnahme,

so haben wir das Verhältnis umgekehrt. 2017, 2018 und 2019 konnten wir mit einem Plus abschließen. 2020 ist erneut strukturell ausgeglichen geplant: Die Ausgleichsrücklage wird erhalten und schrittweise wieder aufgefüllt.

Stabile Rahmenbedingungen: Wir haben die steuerlichen Eckpunkte für die Düsseldorfer Bürger*innen sowie für die Wirtschaft stabil halten können. Insbesondere die Gewerbesteuer ist heute und in Zukunft die wichtigste Säule der städtischen Einnahmen. Hier verknüpfen wir unsere Ziele einer nachhaltigen Haushalts- mit Wirtschaftspolitik (Verweis auf Kapitel Wirtschaft).

Keine ÖPP: Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) zur Finanzierung von Investitionen sind für den Staat meist riskant und teuer. Bundesweit wird dies beispielweise an Autobahnprojekten deutlich. Wir GRÜNE haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass es nach dem von CDU und FDP beschlossenen Neubau des Balletthauses keine weiteren ÖPP gibt.

Divestment: Auf unseren Druck hat die Stadt Düsseldorf in 2019 endlich ihre letzten RWE-Aktien verkauft (Verweis auf Kapitel Wirtschaftsförderung).

Transparenz verbessert: Der Haushaltsplan und das laufende Controlling sind in den vergangenen Jahren ein erstes Stück transparenter und lesbarer geworden. Die Jahresabschlüsse der Stadt und ihrer städtischen Tochterunternehmen und Beteiligungen werden deutlich schneller erstellt, beraten und beschlossen.

Neue Impulse: Mit der Idee, die Nachhaltigkeitsziele (SDG, siehe auch Kapitel ...) und eine geschlechtergerechte Finanzpolitik („Gender Budgeting“) auch im städtischen Haushalt zu etablieren, haben wir neue Impulse gesetzt, die in den kommenden Jahren stufenweise umgesetzt werden (Verweis auf Gleichstellung und Nachhaltige Entwicklung)

<u>GRÜNE Vision</u>

Nachhaltig: Wir GRÜNE wollen, dass der im städtischen Haushalt die Nachhaltigkeitsziele verankert werden. Dafür kann die vorhandene Struktur (Doppik) mit den Kenn- und Zielzahlen genutzt werden. Für die städtischen Finanzanlagen wollen wir nachhaltige Anlagekriterien.

Tragfähig: Basierend auf dem Projekt des Deutschen Instituts für Urbanistik (DIfU) am Beispiel der Stadt Köln wollen wir ein Tragfähigkeitskonzept für den Düsseldorfer Haushalt inklusive der städtischen Tochterunternehmen und Beteiligungen erarbeiten. Die Basis bildet eine Analyse, die neben den aktuellen und mittelfristigen Haushaltsdaten die langfristigen Bedarfe und Risiken umfasst. Darauf aufbauend werden Modelle entwickelt, die bei heutigen politischen Entscheidungen unmittelbar die Auswirkungen auf die langfristige finanzielle Nachhaltigkeit der Stadt abschätzen.

Wirkungsvoll: Die Chancen der Umstellung kommunaler Buchhaltung auf das „Neue Kommunale Finanzmanagement“ (NKF) inklusive der Doppik (Doppelte Buchführung in Produkten und Konten) sind im Düsseldorfer Haushalt noch weitgehend ungenutzt. Wir wollen die Vorteile besser nutzen, insbesondere die Steuerung über Ziele und Kennzahlen.

Transparent: Der städtische Haushalt ist auch heute kein Buch mit sieben Siegeln. Aber wir wollen insbesondere die Möglichkeiten der digitalen Darstellung und Aufbereitung noch besser nutzen, um ihn für interessierte

Bürger*innen zugänglich zu machen. Die Open Data Projekte können hierfür Vorbilder und Unterstützung liefern.

Bürgerhaushalt: Aufbauend auf einer verbesserten Transparenz des städtischen Haushalts wollen wir GRÜNE die unterschiedlichen Ansätze von Bürgerhaushalten weiterverfolgen. Denkbar sind sowohl partizipative Elemente zum Gesamthaushalt als auch sogenannte Bürgerbudgets auf Quartiers-, Stadtbezirks- oder Stadtebene, angelehnt an die erfolgreichen Verfügungsfonds in der integrierten Stadtentwicklung.

Keine ÖPP: Auch in Zukunft lehnen wir Öffentlich-Private-Partnerschaften als Projektfinanzierung ab. Wir wollen die Stadt und ihre Tochterunternehmen so aufstellen, das sie ihre Stärken nutzen können und die Projekte stemmen können.

Engagement der Bürger*innen: Bei besonderen Projekten wie der Sanierung des Schauspielhauses oder dem Neubau der Waldschule haben Bürger*innen sich finanziell stark engagiert. Wir GRÜNE haben für diese Verbundenheit der Düsseldorfer*innen mit ihrer Stadt und den besonderen Orten große Dankbarkeit und hohen Respekt. Wir möchten dieses Engagement auch in Zukunft für entsprechende Projekte ermöglichen und um Unterstützung werben. Denkbar wären beispielsweise spezielle Bürgeranleihen, die auch einen nicht finanziellen Gegenwert erhalten können.

Kommunales Wirtschaften: Wir Grüne wollen die Prioritäten bei den städtischen Tochterunternehmen und den Unternehmensbeteiligungen überprüfen und neu ausrichten. Der Verkauf der RWE-Aktien war richtig. Einen möglichen Verkauf der städtischen Flughafenanteile schließen wir nicht aus. Für die Daseinsvorsorge in Düsseldorf sind die Beteiligungen an den Stadtwerken und der Awista strategisch wichtig. Hier streben wir eine Erhöhung der städtischen Anteile an.

Fördermittel: Für zahlreiche Themen gibt es projektbasierte Fördermittel der Europäischen Union, des Bundes oder des Landes. Wir wollen die Beratung und die konkrete Akquise durch eine zentrale Stelle in der Finanzverwaltung stärken.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 7 Bezahlbare und saubere Energie
- 12 Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster
- 17 Partnerschaften zur Erreichung der Ziele

KW24 Digitale Transformation

Gremium:	Kreisvorstand
Beschlussdatum:	05.02.2020
Tagesordnungspunkt:	2.24. Digitale Transformation

Text

Die digitale Transformation betrifft alle Lebensbereiche und sie ist die wohl wichtigste technologische Veränderung der letzten Jahrzehnte. Die Arbeitswelt hat sich in den letzten 30 Jahren durch sie enorm verändert, die Kommunikation und auch das soziale Miteinander gestaltet sich anders als noch vor einer Generation. Die Stadt muss diese Transformation aktiv mitgestalten, selber Themen setzen, statt sich an Trends abzuarbeiten und auf Veränderungen nur zu reagieren.

Smart City Düsseldorf - kommunale digitale Transformation

Im Düsseldorfer Nahverkehr sind die Ticket-App und die Echtzeitanzeige nicht mehr wegzudenken. Eltern, die ihre Kinder über den Kita-Navigator anmelden profitieren von einer vergleichsweise einfachen Abwicklung. Ein Termin im Bürgerbüro kann mittlerweile online gebucht werden und auf der Homepage der Stadt stehen wichtige Formulare zum Download bereit.

Doch auch in Düsseldorf ist noch viel Luft nach oben, wenn es darum geht, die digitale Transformation kommunal auszubuchstabieren. Viele öffentliche Einrichtungen, allen voran viele Schulen, sind nicht oder unzureichend mit W-LAN ausgestattet. Die Möglichkeiten, die sich durch digitale Technologien für die kommunale Verwaltung ergeben, schöpft Düsseldorf bei weitem nicht aus. Von einer “Smart City” im positiven Sinne sind wir weit entfernt, auch die Digitalisierung der Bürgerservices ist nicht so weit ausgebaut, wie wir es uns für das Jahr 2020 vorgestellt haben.

Neuer Fachausschuss des Stadtrats für die Themen Digitalisierung und Netzpolitik

Wir wollen in einem eigenständigen Ausschuss “Digitalisierung und Netzpolitik” als Kommunalpolitiker*innen gemeinsam mit der Fachverwaltung und unterstützt von externen Expert*innen eine Strategie für ein digitales Düsseldorf 2030 entwickeln. Wir brauchen einen Ort um dauerhaft Digitalpolitik in Düsseldorf zu denken und entschieden zu handeln. Als neuer Querschnittsausschuss arbeitet er gemeinsam mit anderen Fachausschüssen und Fachverwaltung an Themen der digitalen Transformation: Konzepte für eine sinnvolle digitale Ergänzung des Bürgerservices, Ausbau des W-Lans in öffentlichen Einrichtungen oder die Ausweitung der Bürger*innenbeteiligung.

Die Zeit rennt, entsprechend muss unkonventionell gehandelt werden. Wir Grüne schlagen deshalb zusätzlich eine Agentur für digitale Transformation vor, die temporär besteht und dafür sorgt, dass dieser wichtige Veränderungsprozess professionell weiter vorangetrieben wird.

Düsseldorf wird Vorreiterin für sozial-ökologische IT

Digitalisierung birgt gleichzeitig Chancen für effizienteren Ressourcengebrauch und Risiken für hohe ökologische Kosten. Wir Grünen wollen, dass unsere Stadt Vorreiterin für sozial-ökologische IT wird und Einkäufe nach entsprechenden

Kriterien ausrichtet, sowie das Recycling optimiert und den Stromverbrauch für die städtische IT vollständig aus erneuerbaren Energien bezieht. Die Verwaltung soll weitestgehend papierlos werden und damit einen Beitrag zur Ressourcenschonung leisten. Überall, wo die Stadt Software einkauft, muss sie darauf achten, dass diese keine diskriminierenden Algorithmen enthält. Die Verwaltung soll ein Pilotprojekt zur Verwendung von Blockchaintechnologie für Verwaltungsabläufe auf den Weg bringen.

safety first - Datenschutz...

Die Kommune erhebt, verwaltet und archiviert unzählige Daten über Bürger*innen, interne Prozesse, externe Projekte und Planungen. Daten mit Personenbezug bedeuten in erster Linie eine hohe Verantwortung - nämlich für den Datenschutz. Zur Abwicklung von offiziellen Anfragen sollten FIDO2 Technologien in Betracht gezogen werden (sichere, anonymisierte und nutzerfreundliche Zwei-Faktor-Authentifizierung). Die digitale Infrastruktur der Stadt muss auf höchstem Niveau vor Cyberangriffen und Sabotage geschützt werden.

...und Datenschätze - open data by default

Andere Daten sind Schätze. Immer dann, wenn Daten anonymisiert erhoben werden oder von vorne herein keine personenbezogenen Daten beinhalten, können sie für Forschung, Entwicklung und politische Arbeit oder in der Bildung genutzt werden: wie viele Jugendliche nehmen an Maßnahmen der offenen Jugendarbeit teil? In welcher Höhe wurden Fördergelder für Dachbegrünungen abgerufen? Wie hoch sind die Arbeitslosenzahlen in Düsseldorf? Bisher werden nur wenige Daten auf opendata.duesseldorf.de - zudem einfach nutzbar - zur Verfügung gestellt. Wir wollen, dass Transparenz zur Regel wird. Denn die Daten, die die Verwaltung erhebt, gehören allen Bürger*innen.

Digitale Transformation für, nicht gegen die Menschen

Ein digitales Bürgerbüro birgt viele Vorteile. Die Stadt sollte alle Bürgerservices - soweit rechtlich zulässig - auch digital anbieten. Von der Stadt geförderte Kulturprogramme, soziale Projekte und Kurse sollen online auf einer gemeinsamen Plattform zu finden und zu buchen sein, wie schon heute bei Angeboten für Familien und Kinder.

Homepages der Stadt und der öffentlicher Einrichtungen müssen vereinheitlicht und für alle Menschen zugänglich gemacht werden: durch leichte Sprache, automatische Übersetzungsservices, ermöglichen von Sprachausgabe und den Einsatz von Chat-Bots.

Düsseldorf braucht ein freies W-LAN im Freifunk-Standard in allen öffentlichen Einrichtungen, Schulen, Sportstätten, an öffentlichen Plätzen, Einkaufsstraßen und an Nahverkehrshaltestellen.

Doch wenn Services nur noch online zur Verfügung stehen, können diejenigen auf der Strecke bleiben, die mit der Umstellung nicht gut zurechtkommen, keine entsprechenden Geräte zur Verfügung haben oder keinen dauerhaften Zugang zum Internet haben. Bürgerservices müssen deshalb dauerhaft auch analog nutzbar bleiben.

Verwaltungsmitarbeiter*innen müssen die Fortbildungen bekommen, die sie brauchen, um eingekaufte Software zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit

effektiv einsetzen zu können. Dort, wo Mobiles Arbeiten und Home-Office Lösungen möglich sind, sollen sie beworben und auf Wunsch genutzt werden.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 8 Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum
- 9 Industrie, Innovation und Infrastruktur

Beschluss Digitale Transformation

Gremium:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	07.03.2020
Tagesordnungspunkt:	2.24. Digitale Transformation

Text

Die digitale Transformation betrifft alle Lebensbereiche und sie ist die wohl wichtigste technologische Veränderung der letzten Jahrzehnte. Die Arbeitswelt hat sich in den letzten 30 Jahren durch sie enorm verändert, die Kommunikation und auch das soziale Miteinander gestaltet sich anders als noch vor einer Generation. Die Stadt muss diese Transformation aktiv mitgestalten, selber Themen setzen, statt sich an Trends abzuarbeiten und auf Veränderungen nur zu reagieren.

Smart City Düsseldorf - kommunale digitale Transformation

Im Düsseldorfer Nahverkehr sind die Ticket-App und die Echtzeitanzeige nicht mehr wegzudenken. Eltern, die ihre Kinder über den Kita-Navigator anmelden profitieren von einer vergleichsweise einfachen Abwicklung. Ein Termin im Bürgerbüro kann mittlerweile online gebucht werden und auf der Homepage der Stadt stehen wichtige Formulare zum Download bereit.

Doch auch in Düsseldorf ist noch viel Luft nach oben, wenn es darum geht, die digitale Transformation kommunal auszubuchstabieren. Viele öffentliche Einrichtungen, allen voran viele Schulen, sind nicht oder unzureichend mit W-LAN ausgestattet. Die Möglichkeiten, die sich durch digitale Technologien für die kommunale Verwaltung ergeben, schöpft Düsseldorf bei weitem nicht aus. Von einer gemeinwohlorientierten “Smart City” sind wir weit entfernt, auch die Digitalisierung der Bürgerservices ist nicht so weit ausgebaut, wie wir es uns für das Jahr 2020 vorgestellt haben.

Neuer Fachausschuss des Stadtrats für die Themen Digitalisierung und Netzpolitik

Wir wollen in einem eigenständigen Ausschuss “Digitalisierung und Netzpolitik” als Kommunalpolitiker*innen gemeinsam mit der Fachverwaltung und unterstützt von externen Expert*innen eine Strategie für ein digitales Düsseldorf 2030 entwickeln. Wir brauchen einen Ort um dauerhaft Digitalpolitik in Düsseldorf zu denken und entschieden zu handeln. Als neuer Querschnittsausschuss arbeitet er gemeinsam mit anderen Fachausschüssen und Fachverwaltung an Themen der digitalen Transformation: Konzepte für eine sinnvolle digitale Ergänzung des Bürgerservices, Ausbau des W-Lans in öffentlichen Einrichtungen oder die Ausweitung der Bürger*innenbeteiligung.

Die Zeit rennt, entsprechend muss unkonventionell gehandelt werden. Wir Grüne schlagen deshalb zusätzlich eine Agentur für digitale Transformation vor, die temporär besteht und dafür sorgt, dass dieser wichtige Veränderungsprozess professionell weiter vorangetrieben wird.

Düsseldorf wird Vorreiterin für sozial-ökologische IT

Digitalisierung birgt gleichzeitig Chancen für effizienteren Ressourcengebrauch und Risiken für hohe ökologische Kosten. Wir Grünen wollen, dass unsere Stadt Vorreiterin für sozial-ökologische IT wird und Einkäufe nach entsprechenden

Kriterien ausrichtet, sowie das Recycling optimiert und den Stromverbrauch für die städtische IT vollständig aus erneuerbaren Energien bezieht. Die Verwaltung soll weitestgehend papierlos werden und damit einen Beitrag zur Ressourcenschonung leisten. Überall, wo die Stadt Software einkauft, muss sie darauf achten, dass diese keine diskriminierenden Algorithmen enthält.

Bei IT-Beschaffungen soll unter Berücksichtigung des Anwendernutzens, der Wirtschaftlichkeit sowie der erforderlichen Transparenz, IT-Sicherheit und Flexibilität das beste Produkt gewählt werden. Die Vorteile von Open-Source-Softwarelösungen sollen im Beschaffungsprozess berücksichtigt werden.

safety first - Datenschutz...

Die Kommune erhebt, verwaltet und archiviert unzählige Daten über Bürger*innen, interne Prozesse, externe Projekte und Planungen. Daten mit Personenbezug bedeuten in erster Linie eine hohe Verantwortung - nämlich für den Datenschutz. Zur Abwicklung von offiziellen Anfragen sollten FIDO2 Technologien in Betracht gezogen werden (sichere, anonymisierte und nutzerfreundliche Zwei-Faktor-Authentifizierung). Die digitale Infrastruktur der Stadt muss auf höchstem Niveau vor Cyberangriffen und Sabotage geschützt werden.

...und Datenschätze - open data by default

Andere Daten sind Schätze. Immer dann, wenn Daten anonymisiert erhoben werden oder von vorne herein keine personenbezogenen Daten beinhalten, können sie für Forschung, Entwicklung und politische Arbeit oder in der Bildung genutzt werden: wie viele Jugendliche nehmen an Maßnahmen der offenen Jugendarbeit teil? In welcher Höhe wurden Fördergelder für Dachbegrünungen abgerufen? Wie hoch sind die Arbeitslosenzahlen in Düsseldorf? Bisher werden nur wenige Daten auf opendata.duesseldorf.de - zudem einfach nutzbar - zur Verfügung gestellt. Wir wollen, dass Transparenz zur Regel wird. Denn die Daten, die die Verwaltung erhebt, gehören allen Bürger*innen.

Digitale Transformation für, nicht gegen die Menschen

Ein digitales Bürgerbüro birgt viele Vorteile. Die Stadt sollte alle Bürgerservices - soweit rechtlich zulässig - auch digital anbieten. Von der Stadt geförderte Kulturprogramme, soziale Projekte und Kurse sollen online auf einer gemeinsamen Plattform zu finden und zu buchen sein, wie schon heute bei Angeboten für Familien und Kinder.

Homepages der Stadt und der öffentlicher Einrichtungen müssen vereinheitlicht und für alle Menschen zugänglich gemacht werden: durch leichte Sprache, automatische Übersetzungsservices, ermöglichen von Sprachausgabe und den Einsatz von Chat-Bots.

Uns ist wichtig, dass bei der Neugestaltung und dem Ausbau der digitalen Bürgerservices die Bedarfe der Nutzer*innen im Mittelpunkt stehen. Wir wollen Digitale Werkstätten etablieren, in denen sowohl die Mitarbeiter*innen der Verwaltung als auch interessierte Bürger*innen frühzeitig ihre Wünsche und Ideen einbringen und an den Konzepten und Prototypen mitarbeiten können.

Düsseldorf braucht ein freies W-LAN im Freifunk-Standard in allen öffentlichen Einrichtungen, Schulen, Sportstätten, an öffentlichen Plätzen, Einkaufsstraßen und an Nahverkehrshaltestellen.

Doch wenn Services nur noch online zur Verfügung stehen, können diejenigen auf der Strecke bleiben, die mit der Umstellung nicht gut zurechtkommen, keine entsprechenden Geräte zur Verfügung haben oder keinen dauerhaften Zugang zum Internet haben. Bürgerservices müssen deshalb dauerhaft auch analog nutzbar bleiben.

Verwaltungsmitarbeiter*innen müssen die Fortbildungen bekommen, die sie brauchen, um eingekaufte Software zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit effektiv einsetzen zu können. Dort, wo Mobiles Arbeiten und Home-Office Lösungen möglich sind, sollen sie beworben und auf Wunsch genutzt werden.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 8 Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum
- 9 Industrie, Innovation und Infrastruktur
- 16 Friede, Gerechtigkeit und starke Institutionen

KW25 Wirtschaft

Gremium:	Kreisvorstand
Beschlussdatum:	05.02.2020
Tagesordnungspunkt:	2.25. Wirtschaft

Text

Grüne Wirtschaftspolitik hat Nachhaltigkeit im Blick: ökonomisch, ökologisch und sozial. Wir verknüpfen die Stärken, die Düsseldorf als Standort schon hat, mit den zentralen Zukunftsthemen Klima- und Umweltschutz, Digitalisierung und Demographischer Wandel.

Düsseldorf hat einen vielseitigen Branchenmix, ist gleichzeitig Heimat zahlreicher etablierter Unternehmen sowie junger Start-Ups. Zahlreiche Investitionen und Ansiedlungen globaler Firmen zeigen die starke Internationalität und Offenheit unserer Stadt. Mit den Hoch- und Fachhochschulen ist Düsseldorf zudem ein starker Standort für Wissenschaft und Innovation, was gerade für die Cluster Informations- und Kommunikationstechnologie (ITK) und Biotechnologie elementar ist. Auch die Messe, der Handel, die Gastronomie und nicht zuletzt die Kultur- und Kreativwirtschaft sind prägend in unserer Stadt – sowohl wirtschaftlich als auch für das gesellschaftliche und kulturelle Leben in unserer Stadt. Industrie und produzierendes Gewerbe bleiben ebenso elementar wichtig für Düsseldorf und seine Zukunft.

Die wirtschaftliche Stärke ist auch für die finanzielle Stärke der Stadt zentral. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sind die wichtigste Säule im städtischen Haushalt. Wir GRÜNE stehen für verlässliche Rahmenbedingungen und wollen Düsseldorf als Wirtschaftsstandort in allen Dimensionen – ökonomisch, ökologisch, sozial – zukunftsfest machen.

<u>GRÜN wirkt</u>

Innovativ: Start-Ups erfahren deutlich bessere Unterstützung, Beratung und Vernetzung durch die Stadt. Zahlreiche und unterschiedliche Co-Working Flächen sind entstanden und bieten eine kreative und wertvolle Umgebung.

Neu: Düsseldorf ist weiterhin attraktiv für Unternehmen aus dem In- und Ausland. Dynamisch wachsende Unternehmen wie Wacom, Stepstone oder Trivago konnten an neuen Standorten in der Stadt gehalten werden. Neue und innovative Entwicklungen wie der „EUREF-Campus“ am Flughafen Fernbahnhof konnten ermöglicht werden. Mit der Ko-Finanzierung des „digihub“ haben wir eine neue Vernetzung von Mittelstand, Start-Ups, Konzernen, Wissenschaft und Investor*innen ermöglicht.

Stabil: Mit dem Konzept der Industrie-Kernzonen haben wir den produzierenden Unternehmen einen verlässlichen Rahmen gegeben. Wir schützen Flächen für Industrie und Gewerbe, insbesondere gegen ausufernde Büroneubauten oder ungesteuerten großflächigen Einzelhandel. Und auch in finanziell schwierigeren Jahren haben wir die Gewerbesteuer und die Grundsteuern stabil gehalten.

Kreativ: Die in Düsseldorf wichtige Modebranche haben wir weiter unterstützt und mit Fair Fashion & Nachhaltigkeit neue Themen gesetzt. Mit dem Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft haben wir eine Anlaufstelle für kreative Köpfe geschaffen. Die Bedeutung von Kreativräumen ist endlich auch in der Stadtplanung etabliert, ebenso das Ziel, Räume wo immer möglich, zu sichern und auszubauen.

GRÜNE Vision

Wir GRÜNE wollen die Wirtschaftsförderung noch stärker an der ökonomischen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit ausrichten. Wir schaffen stabile Rahmenbedingungen und die Basis für eine zukunftsfeste Entwicklung der Düsseldorfer Wirtschaft.

Klimaschutz ist Pflicht und Chance: Damit Düsseldorf 2035 klimaneutral ist, müssen auch Industrie, Gewerbe und Handel Verantwortung übernehmen und große Beiträge leisten. Gleichzeitig sind die für den Klimaschutz nötigen Energie-, Wärme- und Verkehrswende große Markt-Chancen für die innovative Düsseldorfer Wirtschaft. Wir wollen ein Bündnis aus Stadt und Wirtschaft für das klimaneutrale Düsseldorf 2035. Energieeffizienz, Ökostrom-Ausbau, Wärme- und Kältenetze und viele Themen mehr müssen wir gemeinsam angehen. Ein besonderer Schwerpunkt muss dabei auf gemeinsamen Projekten für zukunftsfähige Mobilität und City-Logistik in Düsseldorf und der Region liegen.

Die Digitale Transformation bedeutet mehr als Breitband-Ausbau oder freies W-LAN. Sie bedeutet für viele Wirtschaftsbranchen grundsätzliche Umbrüche, die Herausforderungen und Chancen gleichzeitig sind. Gerade die in Düsseldorf starken Branchen der Telekomunikation, der Banken und Versicherungen stehen dabei im Fokus. Gemeinsam müssen Stadt und Wirtschaft die Digitalisierung gestalten, Rahmenbedingungen setzen und Innovationen ermöglichen. Auch die Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen wird dabei eine wichtige Aufgabe für die städtische Wirtschaftsförderung.

Auch bei der Digitalen Transformation steht für uns GRÜNE der Mensch im Mittelpunkt. Daten- und Verbraucherschutz sind daher nicht lästig, sondern spielen eine wichtige Rolle für das Gelingen und die Akzeptanz von Veränderungen. (hier Verweis auf das Kapitel Digitale Transformation)

Die Kultur- und Kreativwirtschaft wollen wir noch besser unterstützen. Das von uns initiierte Kompetenzzentrum „KomKuK“ werden wir weiterentwickeln und stärken, insbesondere für eine bessere Ermöglichung und Vermittlung von Räumen für Künstler*innen und Kreative. Dafür muss die Lotsenfunktion der KomKuK innerhalb der Stadtverwaltung besser unterstützt werden. Zusätzlich braucht es ein Budget für kleine und unkomplizierte aber wirksame Zuschüsse für Projekte in der Kultur- und Kreativwirtschaft.

„Düsseldorf nach Acht“: Wir GRÜNE wollen die Düsseldorfer Nachtkultur und Nachtökonomie noch stärker in den Fokus nehmen und das interdisziplinär: wirtschaftlich, kulturell, ordnungspolitisch und stadtplanerisch. Als Basis muss die bereits beschlossene Analyse dringend kommen. Für die Koordination ist ein*e „Nachtbürgermeister*in“ eine gute Option.

Die Unterstützung von Start-Ups und Gründer*innen wollen wir weiterentwickeln. Für die Wachstumsschritte gehört dazu insbesondere die Hilfe bei der Suche nach passenden Räumen und nach Fachkräften. Die Stadt muss auch die vielfältigen Co-Working Spaces noch besser wahrnehmen und die jeweiligen Stärken nutzen und unterstützen.

Der Einzelhandel ist aufgrund des weiter zunehmenden Onlinehandels immer noch inmitten großer Veränderungen. Wir wollen den Einzelhandel und das (Schaufenster-)Gewerbe in diesem Prozess bestmöglich unterstützen. Neben innovativen Verknüpfungen von lokalem Handel mit den eigenen online Angeboten

gehören dazu insbesondere attraktive Einkaufsstraßen mit hoher Aufenthaltsqualität, damit mehr Platz für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen – sowohl in der Innenstadt als auch in den Stadtteilzentren. Bestehende und neue Standortgemeinschaften in den Stadtteilen und Quartieren fördern wir.

Die Verknüpfung mit den Hoch- und Fachhochschulen wollen wir weiter ausbauen. Dazu wollen wir mit den Vorständen und Studierenden Vertretungen (ASTA) beraten, wie eine regelmäßige Vernetzung mit der Stadtverwaltung und der Kommunalpolitik am besten möglich wäre, um gemeinsame Projekte zu koordinieren. Der Kern wären zunächst die Düsseldorfer Hoch- und Fachhochschulen, perspektivisch streben wir regionale Kooperationen an. Auch die Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen privaten Hochschulen sollte verbessert werden.

Flächen für Industrie und Handwerk werden wir Grüne weiter sichern und das Konzept der Kernzonen stärken (hier Verweis auf das Kapitel Stadtentwicklung). Auch bei der Entwicklung innerstädtischer Innen- und Hinterhöfe streben wir eine urbane Nutzungsmischung aus Wohnen und Arbeiten an.

Qualifizierte Fachkräfte sind für die Zukunft unserer Stadt elementar wichtig – von der Pflege bis zur IT, von der städtischen Verwaltung bis zur Kita. Gemeinsam mit den Kammern, Verbänden und Gewerkschaften wollen wir die richtigen Rahmenbedingungen in Düsseldorf schaffen. Indem wir die Koordination mit dem Jobcenter, den Kammern und den städtischen Ämtern weiter verbessern, ermöglichen wir mehr qualifizierten Migrant*innen einen möglichst unkomplizierten Einstieg in den Arbeitsmarkt und die Gründung.

Zur erfolgreichen Fachkräftegewinnung gehören auch viele weiche Standortfaktoren wie Wohnen, moderne Mobilität, gute Schulen und Kitas sowie ein attraktives Lebensumfeld (u. a. „Düsseldorf nach Acht“).

Wir wollen Unternehmen der solidarischen Ökonomie besonders unterstützen. Sie spielen eine wichtige Rolle in Bezug auf den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft und verbinden die Dimensionen der Nachhaltigkeit unmittelbar. Düsseldorf sollte europäische Fördermöglichkeiten nutzen und innerhalb der Wirtschaftsförderung spezielle Unterstützung für Unternehmen der solidarischen Ökonomie aufbauen.

Die Transparenz der Wirtschaftsförderung wollen wir verbessern, insbesondere hinsichtlich der Fördermittel und der Kooperationen. Die Kriterien und Bedingungen für Zuschüsse müssen nachvollziehbar sein und den Zielsetzungen für einen nachhaltigen, sozialen und ökologischen Wirtschaftsstandort entsprechen.

Stadtmarketing und Tourismus ist in Düsseldorf in den vergangenen Jahren professioneller und moderner geworden. Neben dem viel diskutierten Motto „Nähe trifft Freiheit“ geht es dabei vornehmlich um bessere Strukturen und Koordination, um gezieltere Vermarktung und innovative Angebote. Wir wollen diesen Weg weitergehen und das Düsseldorfer Marketing noch moderner und nachhaltiger gestalten, beispielsweise mit einem Schwerpunkt auf der vielfältigen Kultur und Subkultur und neuen Initiativen für den Tages- und Radtourismus. So können die Ziele des „Slow Tourism“ oder „Soft Tourism“ mit den Düsseldorfer Stärken beispielsweise zu den Themen Musik und Mode verknüpft werden. Bei der strategischen Ausrichtung des Tourismus sollen Besucher*innen gleichwertig mit den Düsseldorfer*innen betrachtet werden.

Die Potentiale der Düsseldorfer Wirtschaft wirken in die Region, gleichzeitig profitiert Düsseldorf von der Wirtschaftskraft der Regionen. Wir wollen die Regionalen Kooperationen der Stadt ausbauen, beispielsweise die „Euregio"-Kooperationen mit den Niederlanden und in der RadRegion Rheinland e.V. (Hier Verweis auf das Kapitel Regionale Kooperationen)

Reisholzer Hafen

Die Idee, den Reisholzer Hafen zu einem trimodalen Hafen auszubauen, ist auch in den vergangenen fünf Jahren kaum konkreter geworden. Die vorliegenden Pläne und Untersuchungen sind immer noch keine ausreichende Basis für eine Entscheidung für oder gegen den Ausbau. Offen sind insbesondere die Fragen, welchen Bedarf die Industrie im Düsseldorfer Süden tatsächlich selbst hat, und welche Auswirkungen ein Ausbau auf den Verkehr hätte.

Denn die entscheidende Frage ist weiterhin die Verkehrsbelastung: Würde es ein Hafen für die Region oder ein überregionales Logistikdrehkreuz? Davon hängt ab, ob Güter, die aktuell per LKW über die Straßen in Wersten, Benrath und Reisholz rollen, auf den Rhein und die Schiene verlagert werden oder ob mehr Verkehr erzeugt wird. Die direkt im ausgebauten Hafen entstehenden Arbeitsplätze sind aufgrund der geringen Anzahl und der wenig arbeitsplatzintensiven Ausgestaltung moderner Häfen nachrangig. Wichtiger ist auch hier, dass durch einen lokalen Hafen für die Region die Industriestandorte und damit Jobs im Düsseldorfer Süden gesichert werden können.

Wir GRÜNE werden neben den direkten Verkehrsauswirkungen weiterhin die Konsequenzen für die umliegenden Naturschutzgebiete und Wohngebiete beachten. Im Fokus liegen dabei in erster Linie die Belastungen durch Lärm- und Lichtemissionen. Eine moderne, leise und wenig Streulicht erzeugende Anlagengestaltung ist für uns Voraussetzung. Weitere Punkte, die wir berücksichtigen werden, sind die Zukunft der Künstler*innen-Ateliers und der notwendige Lückenschluss im Rheinradweg.

GRÜNE haben seit der Kommunalwahl 2014 erfolgreich die Bedingungen für die weiteren Planungen durchgesetzt. Diese gelten für uns auch in Zukunft:

Die GRÜNEN stellen folgende Bedingungen an einen möglichen Ausbau des Reisholzer Hafens:

- Beteiligung und Transparenz: Alle Informationen und Planungen werden öffentlich gemacht und transparent erläutert. Bei allen Plänen und Entscheidungen werden die Bürger*innen frühzeitig informiert und beteiligt.

- Verkehrsverlagerung statt Verkehrsvermehrung: Das Konzept muss eine Verlagerung heutiger LKW-Verkehre auf Binnenschiffe und Schiene ermöglichen und somit eine Reduzierung der Verkehrsbelastung auf den Straßen im Düsseldorfer Süden erreichen. Einen überregionalen Hub, der neue Verkehrsströme auf den Düsseldorfer Straßen erzeugt, lehnen wir ab. Entsprechende vertragliche Sicherungen müssen festgeschrieben werden.

- Regionale Kooperation: Der Standort muss in der Kooperation mit den Häfen in Krefeld und Köln entwickelt und privatwirtschaftlich gebaut und

betrieben werden. Das Projekt muss unabhängig von Steuergeldern realisiert werden und wirtschaftlich betrieben werden können.

- Umweltschutz: Alle Auswirkungen auf den Rhein, die umliegende Natur und die Anwohner*innen müssen genau untersucht, öffentlich gemacht und minimiert werden.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 1 Keine Armut
- 8 Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum
- 9 Industrie, Innovation und Infrastruktur
- 10 Weniger Ungleichheit
- 12 Nachhaltige/r Konsum und Produktion

Beschluss Wirtschaft

Gremium:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	07.03.2020
Tagesordnungspunkt:	2.25. Wirtschaft

Text

Grüne Wirtschaftspolitik hat Nachhaltigkeit im Blick: ökonomisch, ökologisch und sozial. Wir verknüpfen die Stärken, die Düsseldorf als Standort schon hat, mit den zentralen Zukunftsthemen Klima- und Umweltschutz, Digitalisierung und Demographischer Wandel.

Düsseldorf hat einen vielseitigen Branchenmix, ist gleichzeitig Heimat zahlreicher etablierter Unternehmen sowie junger Start-Ups. Zahlreiche Investitionen und Ansiedlungen globaler Firmen zeigen die starke Internationalität und Offenheit unserer Stadt. Mit den Hoch- und Fachhochschulen ist Düsseldorf zudem ein starker Standort für Wissenschaft und Innovation, was gerade für die Cluster Informations- und Kommunikationstechnologie (ITK) und Biotechnologie elementar ist. Auch die Messe, der Handel, die Gastronomie und nicht zuletzt die Kultur- und Kreativwirtschaft sind prägend in unserer Stadt – sowohl wirtschaftlich als auch für das gesellschaftliche und kulturelle Leben in unserer Stadt. Industrie und produzierendes Gewerbe bleiben ebenso elementar wichtig für Düsseldorf und seine Zukunft.

Die wirtschaftliche Stärke ist auch für die finanzielle Stärke der Stadt zentral. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sind die wichtigste Säule im städtischen Haushalt. Wir GRÜNE stehen für verlässliche Rahmenbedingungen und wollen Düsseldorf als Wirtschaftsstandort in allen Dimensionen – ökonomisch, ökologisch, sozial – zukunftsfest machen.

<u>GRÜN wirkt</u>

Innovativ: Start-Ups erfahren deutlich bessere Unterstützung, Beratung und Vernetzung durch die Stadt. Zahlreiche und unterschiedliche Co-Working Flächen sind entstanden und bieten eine kreative und wertvolle Umgebung.

Neu: Düsseldorf ist weiterhin attraktiv für Unternehmen aus dem In- und Ausland. Dynamisch wachsende Unternehmen wie Wacom, Stepstone oder Trivago konnten an neuen Standorten in der Stadt gehalten werden. Neue und innovative Entwicklungen wie der „EUREF-Campus“ am Flughafen Fernbahnhof konnten ermöglicht werden. Mit der Ko-Finanzierung des „digihub“ haben wir eine neue Vernetzung von Mittelstand, Start-Ups, Konzernen, Wissenschaft und Investor*innen ermöglicht.

Stabil: Mit dem Konzept der Industrie-Kernzonen haben wir den produzierenden Unternehmen einen verlässlichen Rahmen gegeben. Wir schützen Flächen für Industrie und Gewerbe, insbesondere gegen ausufernde Büroneubauten oder ungesteuerten großflächigen Einzelhandel. Und auch in finanziell schwierigeren Jahren haben wir die Gewerbesteuer und die Grundsteuern stabil gehalten.

Kreativ: Die in Düsseldorf wichtige Modebranche haben wir weiter unterstützt und mit Fair Fashion & Nachhaltigkeit neue Themen gesetzt. Mit dem Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft haben wir eine Anlaufstelle für kreative Köpfe geschaffen. Die Bedeutung von Kreativräumen ist endlich auch in der Stadtplanung etabliert, ebenso das Ziel, Räume wo immer möglich, zu sichern und auszubauen.

GRÜNE Vision

Wir GRÜNE wollen die Wirtschaftsförderung noch stärker an der ökonomischen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit ausrichten. Wir schaffen stabile Rahmenbedingungen und die Basis für eine zukunftsfeste Entwicklung der Düsseldorfer Wirtschaft.

Klimaschutz ist Pflicht und Chance: Damit Düsseldorf 2035 klimaneutral ist, müssen auch Industrie, Gewerbe und Handel Verantwortung übernehmen und große Beiträge leisten. Gleichzeitig sind die für den Klimaschutz nötigen Energie-, Wärme- und Verkehrswende große Markt-Chancen für die innovative Düsseldorfer Wirtschaft. Wir wollen ein Bündnis aus Stadt und Wirtschaft für das klimaneutrale Düsseldorf 2035. Energieeffizienz, Ökostrom-Ausbau, Wärme- und Kältenetze und viele Themen mehr müssen wir gemeinsam angehen. Ein besonderer Schwerpunkt muss dabei auf gemeinsamen Projekten für zukunftsfähige Mobilität und City-Logistik in Düsseldorf und der Region liegen.

Die Digitale Transformation bedeutet mehr als Breitband-Ausbau oder freies W-LAN. Sie bedeutet für viele Wirtschaftsbranchen grundsätzliche Umbrüche, die Herausforderungen und Chancen gleichzeitig sind. Gerade die in Düsseldorf starken Branchen der Telekomunikation, der Banken und Versicherungen stehen dabei im Fokus. Gemeinsam müssen Stadt und Wirtschaft die Digitalisierung gestalten, Rahmenbedingungen setzen und Innovationen ermöglichen. Auch die Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen wird dabei eine wichtige Aufgabe für die städtische Wirtschaftsförderung.

Auch bei der Digitalen Transformation steht für uns GRÜNE der Mensch im Mittelpunkt. Daten- und Verbraucherschutz sind daher nicht lästig, sondern spielen eine wichtige Rolle für das Gelingen und die Akzeptanz von Veränderungen. (hier Verweis auf das Kapitel Digitale Transformation)

Die Kultur- und Kreativwirtschaft wollen wir noch besser unterstützen. Das von uns initiierte Kompetenzzentrum „KomKuK“ werden wir weiterentwickeln und stärken, insbesondere für eine bessere Ermöglichung und Vermittlung von Räumen für Künstler*innen und Kreative. Dafür muss die Lotsenfunktion der KomKuK innerhalb der Stadtverwaltung besser unterstützt werden. Zusätzlich braucht es ein Budget für kleine und unkomplizierte aber wirksame Zuschüsse für Projekte in der Kultur- und Kreativwirtschaft.

„Düsseldorf nach Acht“: Wir GRÜNE wollen die Düsseldorfer Nachtkultur und Nachtökonomie noch stärker in den Fokus nehmen und das interdisziplinär: wirtschaftlich, kulturell, ordnungspolitisch und stadtplanerisch. Als Basis muss die bereits beschlossene Analyse dringend kommen. Für die Koordination ist ein*e „Nachtbürgermeister*in“ eine gute Option.

Die Unterstützung von Start-Ups und Gründer*innen wollen wir weiterentwickeln. Für die Wachstumsschritte gehört dazu insbesondere die Hilfe bei der Suche nach passenden Räumen und nach Fachkräften. Die Stadt muss auch die vielfältigen Co-Working Spaces noch besser wahrnehmen und die jeweiligen Stärken nutzen und unterstützen.

Der Einzelhandel ist aufgrund des weiter zunehmenden Onlinehandels immer noch inmitten großer Veränderungen. Wir wollen den Einzelhandel und das (Schaufenster-)Gewerbe in diesem Prozess bestmöglich unterstützen. Neben innovativen Verknüpfungen von lokalem Handel mit den eigenen online Angeboten

gehören dazu insbesondere attraktive Einkaufsstraßen mit hoher Aufenthaltsqualität, damit mehr Platz für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen – sowohl in der Innenstadt als auch in den Stadtteilzentren. Bestehende und neue Standortgemeinschaften in den Stadtteilen und Quartieren fördern wir.

Die Verknüpfung mit den Hoch- und Fachhochschulen wollen wir weiter ausbauen. Dazu wollen wir mit den Vorständen und Studierenden Vertretungen (ASTA) beraten, wie eine regelmäßige Vernetzung mit der Stadtverwaltung und der Kommunalpolitik am besten möglich wäre, um gemeinsame Projekte zu koordinieren. Der Kern wären zunächst die Düsseldorfer Hoch- und Fachhochschulen, perspektivisch streben wir regionale Kooperationen an. Auch die Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen privaten Hochschulen sollte verbessert werden.

Flächen für Industrie und Handwerk werden wir Grüne weiter sichern und das Konzept der Kernzonen stärken (hier Verweis auf das Kapitel Stadtentwicklung). Auch bei der Entwicklung innerstädtischer Innen- und Hinterhöfe streben wir eine urbane Nutzungsmischung aus Wohnen und Arbeiten an.

Qualifizierte Fachkräfte sind für die Zukunft unserer Stadt elementar wichtig – von der Pflege bis zur IT, von der städtischen Verwaltung bis zur Kita. Gemeinsam mit den Kammern, Verbänden und Gewerkschaften wollen wir die richtigen Rahmenbedingungen in Düsseldorf schaffen. Indem wir die Koordination mit dem Jobcenter, den Kammern und den städtischen Ämtern weiter verbessern, ermöglichen wir mehr qualifizierten Migrant*innen einen möglichst unkomplizierten Einstieg in den Arbeitsmarkt und die Gründung.

Zur erfolgreichen Fachkräftegewinnung gehören auch viele weiche Standortfaktoren wie Wohnen, moderne Mobilität, gute Schulen und Kitas sowie ein attraktives Lebensumfeld (u. a. „Düsseldorf nach Acht“).

Wir wollen Unternehmen der solidarischen Ökonomie besonders unterstützen. Sie spielen eine wichtige Rolle in Bezug auf den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft und verbinden die Dimensionen der Nachhaltigkeit unmittelbar. Düsseldorf sollte europäische Fördermöglichkeiten nutzen und innerhalb der Wirtschaftsförderung spezielle Unterstützung für Unternehmen der solidarischen Ökonomie aufbauen.

Die Transparenz der Wirtschaftsförderung wollen wir verbessern, insbesondere hinsichtlich der Fördermittel und der Kooperationen. Die Kriterien und Bedingungen für Zuschüsse müssen nachvollziehbar sein und den Zielsetzungen für einen nachhaltigen, sozialen und ökologischen Wirtschaftsstandort entsprechen.

Stadtmarketing und Tourismus ist in Düsseldorf in den vergangenen Jahren professioneller und moderner geworden. Neben dem viel diskutierten Motto „Nähe trifft Freiheit“ geht es dabei vornehmlich um bessere Strukturen und Koordination, um gezieltere Vermarktung und innovative Angebote. Wir wollen diesen Weg weitergehen und das Düsseldorfer Marketing noch moderner und nachhaltiger gestalten, beispielsweise mit einem Schwerpunkt auf der vielfältigen Kultur und Subkultur und neuen Initiativen für den Tages- und Radtourismus. So können die Ziele des „Slow Tourism“ oder „Soft Tourism“ mit den Düsseldorfer Stärken beispielsweise zu den Themen Musik und Mode verknüpft werden. Bei der strategischen Ausrichtung des Tourismus sollen Besucher*innen gleichwertig mit den Düsseldorfer*innen betrachtet werden.

Die Potentiale der Düsseldorfer Wirtschaft wirken in die Region, gleichzeitig profitiert Düsseldorf von der Wirtschaftskraft der Regionen. Wir wollen die Regionalen Kooperationen der Stadt ausbauen, beispielsweise die „Euregio"-Kooperationen mit den Niederlanden und in der RadRegion Rheinland e.V. (Hier Verweis auf das Kapitel Regionale Kooperationen)

Reisholzer Hafen

Die Idee, den Reisholzer Hafen zu einem trimodalen Hafen auszubauen, ist auch in den vergangenen fünf Jahren kaum konkreter geworden. Die vorliegenden Pläne und Untersuchungen sind immer noch keine ausreichende Basis für eine Entscheidung für oder gegen den Ausbau. Offen sind insbesondere die Fragen, welchen Bedarf die Industrie im Düsseldorfer Süden tatsächlich selbst hat, und welche Auswirkungen ein Ausbau auf den Verkehr hätte.

Denn die entscheidende Frage ist weiterhin die Verkehrsbelastung: Würde es ein Hafen für die Region oder ein überregionales Logistikdrehkreuz? Davon hängt ab, ob Güter, die aktuell per LKW über die Straßen in Wersten, Benrath und Reisholz rollen, auf den Rhein und die Schiene verlagert werden oder ob mehr Verkehr erzeugt wird. Die direkt im ausgebauten Hafen entstehenden Arbeitsplätze sind aufgrund der geringen Anzahl und der wenig arbeitsplatzintensiven Ausgestaltung moderner Häfen nachrangig. Wichtiger ist auch hier, dass durch einen lokalen Hafen für die Region die Industriestandorte und damit Jobs im Düsseldorfer Süden gesichert werden können.

Wir GRÜNE werden neben den direkten Verkehrsauswirkungen weiterhin die Konsequenzen für die umliegenden Naturschutzgebiete und Wohngebiete beachten. Im Fokus liegen dabei in erster Linie die Belastungen durch Lärm- und Lichtemissionen. Eine moderne, leise und wenig Streulicht erzeugende Anlagengestaltung ist für uns Voraussetzung. Weitere Punkte, die wir berücksichtigen werden, sind die Zukunft der Künstler*innen-Ateliers und der notwendige Lückenschluss im Rheinradweg.

GRÜNE haben seit der Kommunalwahl 2014 erfolgreich die Bedingungen für die weiteren Planungen durchgesetzt. Diese gelten für uns auch in Zukunft:

Die GRÜNEN stellen folgende Bedingungen an einen möglichen Ausbau des Reisholzer Hafens:

- Beteiligung und Transparenz: Alle Informationen und Planungen werden öffentlich gemacht und transparent erläutert. Bei allen Plänen und Entscheidungen werden die Bürger*innen frühzeitig informiert und beteiligt.

- Verkehrsverlagerung statt Verkehrsvermehrung: Das Konzept muss eine Verlagerung heutiger LKW-Verkehre auf Binnenschiffe und Schiene ermöglichen und somit eine Reduzierung der Verkehrsbelastung auf den Straßen im Düsseldorfer Süden erreichen. Einen überregionalen Hub, der neue Verkehrsströme auf den Düsseldorfer Straßen erzeugt, lehnen wir ab. Entsprechende vertragliche Sicherungen müssen festgeschrieben werden.

- Regionale Kooperation: Der Standort muss in der Kooperation mit den Häfen in Krefeld und Köln entwickelt und privatwirtschaftlich gebaut und

betrieben werden. Das Projekt muss unabhängig von Steuergeldern realisiert werden und wirtschaftlich betrieben werden können.

- Umweltschutz: Alle Auswirkungen auf den Rhein, die umliegende Natur und die Anwohner*innen müssen genau untersucht, öffentlich gemacht und minimiert werden.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 1 Keine Armut
- 8 Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum
- 9 Industrie, Innovation und Infrastruktur
- 10 Weniger Ungleichheit
- 7 Bezahlbare und saubere Energie
- 12 Nachhaltige/r Konsum und Produktion

KW26 Regionale Zusammenarbeit

Gremium:	Kreisvorstand
Beschlussdatum:	05.02.2020
Tagesordnungspunkt:	2.26. Regionale Zusammenarbeit

Text

Regionale Zusammenarbeit auf Augenhöhe: Düsseldorf steht nicht für sich allein und darf sich selbst nicht genug sein. Die Stadt und ihre Bürger*innen sind mit der nahen und weiteren Region eng vernetzt. Tourist*innen, die Düsseldorf besuchen, zieht es ins Neandertal oder auf die Museumsinsel Hombroich. Menschen die in Mettmann oder Hilden leben, arbeiten in der Hafencity und Firmen, die in Düsseldorf produzieren, versuchen möglichst viel ihrer Gewerbesteuern in die benachbarte Steueroase Monheim zu schieben.

Die regionale Zusammenarbeit war viele Jahre geprägt von Konkurrenz, individueller Standortpolitik und mehr oder weniger freundlichem Nebeneinander. Diese Zeiten sind vorbei. Die Stadt Düsseldorf sucht immer öfter die Zusammenarbeit auf Augenhöhe, gerade in der Verkehrspolitik. Neue Kooperationen wurden geschaffen, wie die zwischen Mettmann, Düsseldorf und Neuss.

Zusammen schafft man mehr – auch in der Region

Doch die Zusammenarbeit muss jenseits des Atmosphärischen endlich konkreter werden. Aufgaben und Instrumente sind zahlreich. Wir GRÜNEN Düsseldorf wollen ein Zwei-Schichten-Modell, damit den unterschiedlichen Bedürfnissen der direkten Nachbarschaft und der weiteren Region ein Rahmen gegeben werden kann. Ausgangspunkte sind dafür die Kooperation zwischen Mettmann, Düsseldorf und Neuss einerseits und die Metropolregion andererseits.

Für die Kooperation zwischen Mettmann, Düsseldorf und Neuss braucht es in jedem Ressort Zuständige für die Regionale Zusammenarbeit, damit die politischen Vereinbarungen, die getroffen werden, auch in konkrete Verwaltungsarbeit übersetzt werden können. Die Kooperation muss politisch besser begleitet und die Umsetzung kontrolliert werden.

Doch auch darüber hinaus müssen Zusammenarbeit und Kooperation verstetigt und ausgebaut werden. Denn nur gemeinsam mit anderen können wesentliche Aufgaben in der Metropolregion Rheinland angegangen werden.

- Mit einem regionalen Flächennutzungsplan schaffen wir eine gemeinsame Grundlage für sinnvolle Wohnungspolitik, zukunftsfähige Gewerbeansiedlungen und effektiven Naturschutz in der Region.
- Es braucht einen gemeinsamen Verkehrsentwicklungsplan für die Region statt kommunalem Nebeneinander
- Kooperative wirtschaftliche Entwicklung der Region durch Absprachen zur Gewerbesteuer und Ansiedlungen ersetzen regionales Steuerdumping und eine Standortpolitik, die an den Stadtgrenzen aufhört.
- Handwerkerhöfe können helfen, Handwerksbetriebe in der Region zu halten - dem Preisdruck auf dem Immobilienmarkt zum Trotz.
- Eine touristische Vermarktung der Region stärkt diese als Urlaubsziel und hält Arbeitsplätze in der gesamten Region.
- Gemeinsames Anwerben von EU-Mitteln für die Wirtschaftsförderung ermöglicht der Region, zukunftsfähige Industrie anzusiedeln und zu halten

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 17 Partnerschaften zur Erreichung der Ziele

Beschluss Regionale Zusammenarbeit

Gremium:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	07.03.2020
Tagesordnungspunkt:	2.26. Regionale Zusammenarbeit

Text

Regionale Zusammenarbeit auf Augenhöhe: Düsseldorf steht nicht für sich allein und darf sich selbst nicht genug sein. Die Stadt und ihre Bürger*innen sind mit der nahen und weiteren Region eng vernetzt. Tourist*innen, die Düsseldorf besuchen, zieht es ins Neandertal oder auf die Museumsinsel Hombroich. Menschen die in Mettmann oder Hilden leben, arbeiten in der Hafencity und Firmen, die in Düsseldorf produzieren, versuchen möglichst viel ihrer Gewerbesteuern in die benachbarte Steueroase Monheim zu schieben.

Die regionale Zusammenarbeit war viele Jahre geprägt von Konkurrenz, individueller Standortpolitik und mehr oder weniger freundlichem Nebeneinander. Diese Zeiten sind vorbei. Die Stadt Düsseldorf sucht immer öfter die Zusammenarbeit auf Augenhöhe, gerade in der Verkehrspolitik. Neue Kooperationen wurden geschaffen, wie die zwischen Mettmann, Düsseldorf und Neuss.

Zusammen schafft man mehr – auch in der Region

Doch die Zusammenarbeit muss jenseits des Atmosphärischen endlich konkreter werden. Aufgaben und Instrumente sind zahlreich. Wir GRÜNEN Düsseldorf wollen ein Zwei-Schichten-Modell, damit den unterschiedlichen Bedürfnissen der direkten Nachbarschaft und der weiteren Region ein Rahmen gegeben werden kann. Ausgangspunkte sind dafür die Kooperation zwischen Mettmann, Düsseldorf und Neuss einerseits und die Metropolregion andererseits.

Für die Kooperation zwischen Mettmann, Düsseldorf und Neuss braucht es in jedem Ressort Zuständige für die Regionale Zusammenarbeit, damit die politischen Vereinbarungen, die getroffen werden, auch in konkrete Verwaltungsarbeit übersetzt werden können. Die Kooperation muss politisch besser begleitet und die Umsetzung kontrolliert werden.

Doch auch darüber hinaus müssen Zusammenarbeit und Kooperation verstetigt und ausgebaut werden. Denn nur gemeinsam mit anderen können wesentliche Aufgaben in der Metropolregion Rheinland angegangen werden.

- Mit einem regionalen Flächennutzungsplan schaffen wir eine gemeinsame Grundlage für sinnvolle Wohnungspolitik, zukunftsfähige Gewerbeansiedlungen und effektiven Naturschutz in der Region.
- Es braucht einen gemeinsamen Verkehrsentwicklungsplan für die Region statt kommunalem Nebeneinander
- Kooperative wirtschaftliche Entwicklung der Region durch Absprachen zur Gewerbesteuer und Ansiedlungen ersetzen regionales Steuerdumping und eine Standortpolitik, die an den Stadtgrenzen aufhört.
- Handwerkerhöfe können helfen, Handwerksbetriebe in der Region zu halten - dem Preisdruck auf dem Immobilienmarkt zum Trotz.
- Eine touristische Vermarktung der Region stärkt diese als Urlaubsziel und hält Arbeitsplätze in der gesamten Region.
- Gemeinsames Anwerben von EU-Mitteln für die Wirtschaftsförderung ermöglicht der Region, zukunftsfähige Industrie anzusiedeln und zu halten

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 9 Industrie, Innovation und Infrastruktur
- 17 Partnerschaften zur Erreichung der Ziele